

TRADUCTION

AUTORITE FLAMANDE

Environnement et Aménagement du Territoire

[C – 2020/10035]

16 DECEMBRE 2019. — Arrêté ministériel approuvant le « Compendium voor Monsterneming en Analyse » (Compendium pour échantillonnage et analyses)

LA MINISTRE FLAMANDE DE LA JUSTICE ET DU MAINTIEN, DE L'ENVIRONNEMENT ET DE L'AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE, DE L'ÉNERGIE ET DU TOURISME,

Vu le décret du 23 décembre 2011 relatif à la gestion durable de cycles de matériaux et de déchets, l'article 7 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement flamand du 19 novembre 2010 établissant le règlement flamand en matière d'agréments relatifs à l'environnement, l'article 45, § 1^{er}, dernier alinéa ;

Vu l'arrêté ministériel du 14 février 2019 approuvant le « Compendium voor Monsterneming en Analyse » (Compendium pour échantillonnage et analyses) ;

Considérant que, suite aux développements internationaux et régionaux et aux études récentes, des adaptations aux méthodes existantes s'imposent ;

Considérant que les différentes dates de publication au *Moniteur belge* des compendiums visés à VLAREL compliquent gravement l'entrée en vigueur simultanée souhaitée auprès des laboratoires, et que la sécurité juridique des résultats de mesurage est ainsi compromise ;

Considérant que nous souhaitons faire entrer en vigueur les modifications des compendiums visés à VLAREL simultanément le 15 janvier de chaque année calendaire ;

Arrête :

Article 1^{er}. Le « Compendium voor Monsterneming en Analyse » (Compendium pour échantillonnages et analyses) dans le cadre du Décret sur les Matériaux et le Décret relatif au sol, en abrégé CMA, et la table des matières y afférente, jointe en annexe au présent arrêté, sont approuvés.

Art. 2. L'arrêté ministériel du 14 février 2018 approuvant le « Compendium voor Monsterneming en Analyse » est abrogé.

Art. 3. Le présent arrêté entre en vigueur le 15 janvier 2020.

Bruxelles, le 16 décembre 2019.

La Ministre flamande de la Justice et du Maintien,
de l'Environnement et de l'Aménagement du Territoire, de l'Énergie et du Tourisme
Z. DEMIR

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/206043]

12. DEZEMBER 2019 — Programmdekret 2019

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Gesundheit

Artikel 1 - In Titel III des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 17. Mai 2019, wird folgendes Kapitel Vbis eingefügt, das die Artikel 77novies bis 77quaterdecies umfasst:

"KAPITEL VBIS - KOSTENBETEILIGUNG AN EINER LANGZEITREHABILITATION

Art. 77novies - Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind ausschließlich auf die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährten Erstattungen und Genehmigungen im Sinne des Artikels 77decies anwendbar.

Art. 77decies - In Abweichung von Artikel 34 Absatz 1 Nummern 7 und 10 und Artikel 136 § 1 gewährt die Regierung im Rahmen der Langzeitrehabilitation im Sinne von Artikel 5 § 1 I. Absatz 1 Nummer 5 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen:

1. eine Kostenrückerstattung für die Inanspruchnahme von Langzeitrehabilitationsmaßnahmen;
2. eine Vorabgenehmigung im Sinne der Verordnung (EG) 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit für die Inanspruchnahme von Langzeitrehabilitationsmaßnahmen im Ausland;
3. im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Kostenrückerstattung für die Inanspruchnahme von außergewöhnlichen Behandlungen;
4. eine Erstattung der Reisekosten für die Inanspruchnahme der in den Nummern 1-3 aufgeführten Maßnahmen und Behandlungen.

Die Regierung bestimmt:

1. weitere Kriterien, die erfüllt sein müssen, damit eine Behandlung als Langzeitrehabilitation betrachtet werden kann;

2. die Bedingungen zum Erhalt der Kostenrückerstattung für die Inanspruchnahme der in Absatz 1 Nummern 1, 3 und 4 aufgeführten Maßnahmen und Behandlungen sowie den entsprechenden Betrag dieser Erstattungen;

3. das Verfahren und die weiteren Modalitäten zum Erhalt der in Absatz 1 erwähnten Erstattungen bzw. Vorabgenehmigung.

Art. 77undecies - Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen ist die Regierung dazu verpflichtet, die Angaben, die ihr in Ausübung der in Artikel 77decies erwähnten Aufträge anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 77duodecies - Die Regierung ist für die Verarbeitung der in Artikel 77terdecies erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG ("Datenschutz-Grundverordnung") verantwortlich. Sie gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die in Artikel 77decies und seinen Ausführungsbestimmungen beschriebenen Aufgaben. Die Regierung darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufgaben verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.

Art. 77terdecies - Die Regierung kann alle gemäß Artikel 77undecies angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. in Bezug auf die Person, die einen Antrag auf die in Artikel 77decies aufgeführten Leistungen stellt:

a) die Daten zur Identifizierung;

b) die Daten zur Gesundheit;

c) die Daten zum Versicherungsstatus;

d) die Kontodaten;

2. die zur Identifizierung des behandelnden Arztes der in Nummer 1 erwähnten Person nötigen Daten;

3. die zur Identifizierung der Einrichtung, in der die Rehabilitationsmaßnahme oder außergewöhnliche Behandlung in Anspruch genommen wird, und der dort für die in Nummer 1 genannte Person verantwortlichen Personen nötigen Daten.

Die Regierung präzisiert die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien.

Art. 77quaterdecies - Die Regierung bestimmt in Bezug auf die in Artikel 77terdecies erwähnten Daten:

1. die Modalitäten, gemäß denen Daten zur Gesundheit verarbeitet werden;

2. die Dauer der Datenverarbeitung;

3. die Modalitäten, gemäß denen Daten an Dritte weitergegeben werden können;

4. die Modalitäten für die Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken;

5. die für die Verarbeitung nötigen Sicherheitsmaßnahmen."

Art. 2 - Artikel 4 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über den nicht dringenden Krankentransport, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. § 2 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Beschwerden zur Funktionsweise eines Krankentransportdienstes werden schriftlich an die interne Beschwerdestelle des betreffenden Krankentransportdienstes gerichtet."

2. In § 2 wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"In Ermangelung einer einvernehmlichen Beilegung der Beschwerde kann die betroffene Person ihre Beschwerde schriftlich an den Bediensteten richten."

3. In § 2 Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge "unter Einhaltung der Anonymität des Klägers, insofern dieser dies wünscht" gestrichen.

4. In § 2 Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge "vom Kläger" durch die Wortfolge "von der betroffenen Person" und die Wortfolge "dem Kläger" durch die Wortfolge "der Person" ersetzt.

5. In § 2 Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, wird die Wortfolge "den Kläger" durch die Wortfolge "die Person" ersetzt.

6. § 3 wird wie folgt ersetzt:

" § 3 - Auf den durch den Krankentransportdienst ausgestellten Rechnungen werden mindestens folgende Elemente vermerkt:

1. die im vorliegenden Artikel festgelegte Informations- und Beschwerdemöglichkeit samt Hinweis auf die Anschrift und Telefonnummer des für die interne Beschwerdestelle des Krankentransportdienstes zuständigen Mitarbeiters bzw. des Bediensteten;

2. Hinweis auf die Rückerstattungsmöglichkeiten des Krankentransportes durch die Krankenkassen."

7. Folgender § 4 wird eingefügt:

" § 4 - Jeder Krankentransportdienst legt dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums alle zwei Jahre im Laufe des ersten Jahresquartals einen Bericht über die eingegangenen Beschwerden, deren Art und Bearbeitungsfortschritt vor."

Art. 3 - In Kapitel 9 Abschnitt 2 des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe werden folgende Artikel 104.1 und 104.2 eingefügt:

"Art. 104.1 - Die Regierung bestimmt das Verfahren gemäß dem:

1. ein Inhaber einer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erlangten Berufsqualifikation, der seinen Beruf in einem anderen Mitgliedstaat ausüben wünscht, einen Antrag auf Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises stellen kann;

2. einem Migranten, der seine Berufsqualifikation in einem anderen Mitgliedstaat erworben hat, ein Europäischer Berufsausweis für die Zwecke der Niederlassung im deutschen Sprachgebiet erteilt werden kann.

Art. 104.2 - § 1 - Die für die Anerkennung von Berufsqualifikationen zuständige Behörde stellt sicher, dass alle Verfahren und Formalitäten, die die unter die Artikel 104.1, 105 und 106 fallenden Angelegenheiten betreffen, leicht aus der Ferne und elektronisch abgewickelt werden können.

Die Anwendung von Absatz 1 hindert die zuständige Behörde nicht daran, später im Fall begründeter Zweifel und soweit unbedingt geboten beglaubigte Kopien zu verlangen.

§ 2 - § 1 findet keine Anwendung auf die Durchführung eines Anpassungslehrgangs oder einer Eignungsprüfung.

§ 3 - Unter Berücksichtigung von Artikel 44 des Dienstleistungsdekrets vom 15. März 2010 laufen die Verfahrensfristen für die Anwendung der Artikel 105 und 106 ab dem Zeitpunkt, in dem ein Bürger seinen Antrag oder ein fehlendes Dokument bei der zuständigen Behörde einreicht. Eine Aufforderung zur Vorlage beglaubigter Kopien oder gegebenenfalls der Originale im Sinn von § 1 gilt nicht als Aufforderung zur Vorlage fehlender Dokumente."

Abschnitt 2 - Familie

Art. 4 - In Artikel 12 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Unbeschadet des Absatzes 2 kann die Regierung bei bezuschussten Dienstleistern Priorisierungskriterien bei der Vergabe der Betreuungsplätze in der Kinderbetreuung festlegen."

Art. 5 - In Artikel 57 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Absatz 1 gilt unbeschadet der Anwendung von Artikel 59.1."

Art. 6 - In Kapitel 5 Abschnitt 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 59.1 eingefügt:

"Art. 59.1 - Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen

Die zurückzufordernden Beträge können gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begetrieben werden.

In diesem Fall sind die Artikel 58 und 59 nicht anwendbar."

Art. 7 - Artikel 56 des Programmdekrets 2018 (II) vom 11. Dezember 2018 wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 werden die Angaben "7," und "25," gestrichen und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

"6. Artikel 7 und 25, die am 1. Januar 2021 in Kraft treten."

Abschnitt 3 - Soziales

Art. 8 - In Kapitel II des Dekrets vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung wird folgender Artikel 14bis eingefügt:

"Art. 14bis - Im Falle einer ausbleibenden Rückzahlung des gemäß Artikel 11 gewährten zinslosen Darlehens können die zurückzufordernden Beträge gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begetrieben werden."

Art. 9 - Artikel 6 § 2 Absatz 2 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird folgender Buchstabe d) eingefügt:

"d) Familienangehörige eines Belgiers, der sein Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt in einem EU-Staat, einem Staat des europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz wahrgenommen hat und im Anschluss nach Belgien zurückkehrt;"

2. In Nummer 9 wird zwischen die Wortfolge "Arbeiterlaubnis B" und das Wort "verfügen" die Wortfolge ", eine kombinierte Erlaubnis mit dem Vermerk "Arbeitsmarkt: begrenzt" oder eine Berufskarte" eingefügt.

3. In Nummer 12 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. Folgende Nummer 13 wird eingefügt:

"13. Migranten, die sich im Rahmen eines Förderprogramms höchstens zwölf Monate im deutschen Sprachgebiet aufhalten."

Art. 10 - Artikel 7 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. die Staatsangehörigkeit des Migranten."

Art. 11 - Artikel 12 § 2 Absatz 2 Nummer 3 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Abschnitt 4 - Jugendhilfe

Art. 12 - In Kapitel IV Abschnitt 9 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen wird folgender Artikel 32.1 eingefügt:

"Art. 32.1 - Im Falle einer ausbleibenden Zahlung der in Artikeln 32 erwähnten Kostenbeteiligung können die ausstehenden Beträge gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begetrieben werden."

KAPITEL 2 — KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Kultur

Art. 13 - In Artikel 2 des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes wird folgende Nummer 3.1 eingefügt:

“3.1 Periodikum: ein Druckerzeugnis, das mindestens einmal pro Jahr in regelmäßigen Abständen erscheint;”

Art. 14 - In Artikel 16 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 3 und Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, folgender Absatz eingefügt:

“Die in diesem Artikel vorgesehenen Zuschüsse können für Periodika und für Nicht-Periodika gewährt werden. Die Zuschüsse für Nicht-Periodika werden in Form von Vorschüssen in Höhe von 100 % des zu erwartenden Zuschussbetrags gewährt.”

Art. 15 - In Artikel 11 Absatz 2 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge “Kulturveranstalter in fünf und die Kulturproduzenten in drei Kategorien” durch die Wortfolge “Kulturveranstalter in zehn und die Kulturproduzenten in fünf Kategorien” ersetzt.

Art. 16 - Artikel 16 § 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2, ersetzt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird folgender Satz eingefügt:

“Erfolgt die Erstförderung eines Kulturveranstalters im letzten Jahr eines Förderzeitraums, wird bei den quantitativen Zuordnungskriterien der Durchschnitt der vier Kalenderjahre berücksichtigt, die dem Jahr der Antragstellung vorausgehen.”

2. In Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird die Wortfolge “oder für geförderte Kulturveranstalter, die noch keine fünf Jahre lang gefördert worden sind” gestrichen und zwischen das Wort “berücksichtigt” und den Punkt wird die Wortfolge “, die dem Jahr der Antragstellung vorausgehen” eingefügt.

Art. 17 - Artikel 17 § 3 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt wieder eingeführt:

“§ 3 - Die Anzahl Vollzeitäquivalente für die Kulturarbeit gemäß § 2 Absatz 2 wird anteilig berücksichtigt, wenn die entsprechenden Vollzeitäquivalente aus einem anderen Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder gemäß einer anderen Bestimmung des vorliegenden Dekrets gefördert werden.

Für die gemäß § 2 Absatz 2 geförderten Vollzeitäquivalente wird die Anzahl der annehmbaren Vollzeitäquivalente anteilig um den in Absatz 1 erwähnten prozentualen Fördersatz, der nicht aufgrund des vorliegenden Artikels gewährt wurde, an den Lohnkosten dieser Vollzeitäquivalente gemindert.

Die Regierung kann weitere Verrechnungskriterien und -modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen festlegen.”

Art. 18 - Artikel 18 § 6 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2, ersetzt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird folgender Satz eingefügt:

“Erfolgt die Erstförderung eines Kulturproduzenten im letzten Jahr eines Förderzeitraums, wird bei den quantitativen Zuordnungskriterien der Durchschnitt der vier Kalenderjahre berücksichtigt, die dem Jahr der Antragstellung vorausgehen.”

2. In Absatz 3, abgeändert durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird die Wortfolge “oder für geförderte Kulturproduzenten, die noch keine fünf Jahre lang gefördert worden sind,” gestrichen und zwischen das Wort “berücksichtigt” und den Punkt wird die Wortfolge “, die dem Jahr der Antragstellung vorausgehen” eingefügt.

Art. 19 - Artikel 19 § 7 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird wie folgt wieder eingeführt:

“§ 7 - Die Anzahl Vollzeitäquivalente für die Kulturarbeit gemäß § 6 wird anteilig berücksichtigt, wenn die entsprechenden Vollzeitäquivalente aus einem anderen Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder gemäß einer anderen Bestimmung des vorliegenden Dekrets gefördert werden.

Für die gemäß § 6 geförderten Vollzeitäquivalente wird die Anzahl der annehmbaren Vollzeitäquivalente anteilig um den in Absatz 1 erwähnten prozentualen Fördersatz, der nicht aufgrund des vorliegenden Artikels gewährt wurde, an den Lohnkosten dieser Vollzeitäquivalente gemindert.

Die Regierung kann weitere Verrechnungskriterien und -modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen festlegen.”

Art. 20 - Artikel 23 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummern 5 und 6 werden eingefügt:

“5. Autonome Gemeinderegien, die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft oder eine andere Kulturbehörde außerhalb des deutschen Sprachgebiets für die Durchführung kultureller Aktivitäten gefördert werden;

6. die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten, anerkannten oder subventionierten Bildungseinrichtungen.”

Art. 21 - In Artikel 43.3 § 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

“Der Zuschuss wird in Form eines Vorschusses in Höhe von 100 % des zu erwartenden Zuschussbetrags gewährt.”

Art. 22 - In Artikel 89.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“Die Regierung legt die Beurteilungskriterien fest, gemäß denen die Kunstkommission ihre in Absatz 1 erwähnten Aufgaben erfüllt.”

Abschnitt 2 — Jugend

Art. 23 - Artikel 80 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit wird wie folgt abgeändert:

1. Der einzige Absatz wird zu § 1.
2. Folgender § 2 wird eingefügt:

“§ 2 - In Abweichung von Artikel 4 Absatz 4 endet die Umsetzung des zweiten Strategieplans im zweiten Jahr, das der Wahl zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgt.

In Abweichung von Artikel 33 wird die Dauer des im Rahmen des zweiten Strategieplans abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung und dem Jugendbüro um ein Jahr verlängert.

Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen werden die im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und Umsetzung des dritten Strategieplans stehenden zeitlichen Vorgaben und Einreichungsfristen des vorliegenden Dekrets um ein Jahr verschoben.”

KAPITEL 3 — UNTERRICHTSWESEN

Art. 24 - In Artikel 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2017 und abgeändert durch das Dekret vom 6. Mai 2019, wird folgender § 3 eingefügt:

“§ 3 - Die Regierung stellt sicher, dass alle Verfahren und Formalitäten, die das Antragsverfahren gemäß §§ 1 und 2 betreffen, leicht aus der Ferne und elektronisch abgewickelt werden können.

Die Anwendung von Absatz 1 hindert die Regierung nicht daran, in Anwendung von § 1 Absatz 5 im Fall von berechtigten Zweifeln von der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität der in jenem Mitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise zu verlangen.

Absatz 1 findet keine Anwendung auf die Durchführung eines Anpassungslehrgangs oder einer Eignungsprüfung.

Unter Berücksichtigung von Artikel 44 des Dienstleistungsdekrets vom 15. März 2010 laufen die Verfahrensfristen gemäß § 1 ab dem Zeitpunkt, ab dem ein Bürger seinen Antrag oder ein fehlendes Dokument bei der Regierung einreicht. Eine Aufforderung zur Vorlage einer Bestätigung der Authentizität im Sinne von Absatz 2 gilt nicht als Aufforderung zur Vorlage fehlender Dokumente.”

KAPITEL 4 — DENKMALSCHUTZ

Art. 25 - In der Überschrift des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen wird das Wort “Landschaften” durch die Wortfolge “historischen Kulturlandschaften” ersetzt.

Art. 26 - In demselben Dekret wird, mit Ausnahme von Artikel 1 Nummer 3, das Wort “Landschaft” jeweils durch die Wortfolge “historische Kulturlandschaft” mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen ersetzt.

Art. 27 - Artikel 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort “geschaffenes” durch die Wortfolge “oder die Natur geschaffenes oder gestaltetes” ersetzt.

2. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

“3. historische Kulturlandschaft: ein gemeinsam von Mensch und Natur geschaffenes Gebiet, dessen Gestaltung teilweise baulicher oder teilweise nutzungsbedingter Natur ist, unter der Voraussetzung eines ausreichend zusammenhängenden Ganzen, das eine topografische Abgrenzung ermöglicht und durch seinen archäologischen, ästhetischen, historischen, künstlerischen, kulturellen, volkskundlichen, wissenschaftlichen, sozialen oder technischen Wert von allgemeinem Interesse ist. Sie ist beispielhaft für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und Ansiedlung im Verlauf der Zeit unter dem Einfluss der physischen Beschränkungen und/oder Möglichkeiten, die ihre natürliche Umwelt aufweist, sowie der von außen und von innen einwirkenden Abfolge von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräften;”

3. In Nummer 10 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz eingefügt:

“Es handelt sich hierbei um Orte, wo Funde bestätigt wurden oder solche aufgrund früherer Besiedlungen vermutet werden;”

Art. 28 - Artikel 7 § 1 Absatz 1 Nummer 4 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 29 - Artikel 8 § 3 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

2. Nummer 6 wird aufgehoben.

Art. 30 - In Artikel 8.1 § 2 Absatz 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 14. Februar 2011 und abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Wortfolge “, der Regierung der Wallonischen Region” gestrichen.

Art. 31 - Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird zwischen die Wortfolge “geschützten Gut” und das Wort “sind” die Wortfolge “oder an einer archäologischen Stätte sowie bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an Gütern, die im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegen,” eingefügt.

2. § 1 Absatz 2, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt ersetzt:

“Die in Absatz 1 erwähnten Handlungen und Arbeiten:

1. unterliegen der in Artikel D.IV.4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Städtebaugenehmigung oder

2. sind von der Pflicht der Städtebaugenehmigung nicht betroffen oder befreit und unterliegen der durch die Regierung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Artikels erteilten Denkmalgenehmigung.”

3. In § 1 Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird der erste Satz gestrichen und das Wort "Diese" durch die Wortfolge "Die Denkmalgenehmigung" ersetzt.

4. § 2, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt ersetzt:

"§ 2 - Die Denkmalgenehmigung wird mittels eines von der Regierung festgelegten Formulars per Einschreiben bei der Regierung beantragt."

5. § 3 Absatz 1 Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

6. In § 3, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird zwischen Absatz 3 und Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Betrifft der Antrag auf Denkmalgenehmigung eine archäologische Stätte, prüft die Regierung innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang des Antrags, ob die beantragten baulichen Veränderungsarbeiten eine Veränderung, Instandsetzung oder Beeinträchtigung der archäologischen Güter bewirken können. Liegt eine solche Auswirkung nicht vor, kann die Regierung entscheiden, dass keine Denkmalgenehmigung erforderlich ist. Dies wird dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt und das Antragsverfahren wird beendet."

7. In § 3 Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Angabe "Absatz 3" durch die Angabe "den Absätzen 3 oder 4" ersetzt, die Wortfolge "und dem zuständigen Gemeindegremium" gestrichen und der zweite Satz gestrichen.

8. § 3 Absatz 5, der zu Absatz 6 wird, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

a) Die Wortfolge "und das Gemeindegremium verfügen für die Abgabe ihrer Gutachten" wird durch die Wortfolge "verfügt für die Abgabe ihres Gutachtens" ersetzt.

b) Das Wort "ihnen" wird durch das Wort "ihr" ersetzt.

c) Die Wortfolge "bzw. das Gemeindegremium" wird gestrichen.

d) Der dritte Satz wird gestrichen.

9. In § 3 Absatz 6, der zu Absatz 7 wird, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird das Wort "letzten" jeweils gestrichen.

10. § 3 Absatz 8, der zu Absatz 9 wird, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

a) Nummer 2 wird aufgehoben.

b) In Nummer 3 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

c) Nummer 4 wird aufgehoben.

11. In § 5 wird vor den einzigen Absatz folgender Absatz eingefügt:

"Die Denkmalgenehmigung verleiht ihrem Inhaber im Rahmen der Anwendung des vorliegenden Dekrets erworbene Rechte vorbehaltlich des Absatzes 2 und unbeschadet der Zivilrechte von Drittpersonen."

12. In § 6, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird zwischen das Wort "Dringlichkeit" und das Wort "kann" die Wortfolge "und bei beantragten Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten" eingefügt und die Wortfolge "und des Gemeindegremiums" gestrichen.

Art. 32 - In Kapitel II Abschnitt 3 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird folgender Artikel 13.1 eingefügt:

"Art. 13.1 - Denkmalgutachten

Vor der Erteilung des in Artikel D.IV.35 § 1 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Denkmalgutachtens wird bei der Kommission ein Gutachten beantragt. Die Bestimmungen von Artikel 13 § 3 Absatz 6 und § 6 sind entsprechend anwendbar."

Art. 33 - Artikel 25 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 25 - Archäologische Schutzkarte

§ 1 - Die Regierung erstellt eine archäologische Schutzkarte, in der die archäologischen Stätten mit ihren genauen Abgrenzungen aufgeführt werden, und aktualisiert diese fortlaufend.

Die archäologische Schutzkarte wird auf der Website des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und per Verweis im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht.

§ 2 - Vor Einreichung eines jeden Antrags auf Städtebaugenehmigung, Verstädterungsgenehmigung, Städtebaubescheinigung Nr. 2, Globalgenehmigung, integrierte Genehmigung oder im Rahmen von Untersuchungen oder Sanierungsprojekten im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung, der sich auf ein Gut bezieht, das als archäologische Stätte aufgeführt wird, kann der Antragsteller die Regierung um archäologische Auskünfte zu diesem Gut ersuchen.

Die Regierung liefert die Auskünfte binnen zwanzig Kalendertagen ab Erhalt der Anfrage und übermittelt dem zuständigen Gemeindegremium eine Abschrift.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest."

Art. 34 - Artikel 25.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird aufgehoben.

Art. 35 - In der Überschrift von Kapitel IV Abschnitt 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "und Ausgrabungen" durch die Wortfolge ", Ausgrabungen oder Benutzung von Suchgeräten" ersetzt.

Art. 36 - Artikel 26 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird die Wortfolge "Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen" durch die Wortfolge "Ausgrabungen, archäologische Sondierungen oder die Verwendung elektronischer oder magnetischer Suchgeräte im Hinblick auf Aktivitäten, die zu einer Veränderung des Bodens oder zur Entnahme von Objekten führen," ersetzt.

2. In Absatz 2, abgeändert durch die Dekrete vom 14. Februar 2011 und 26. Februar 2018, wird zwischen die Wortfolge "archäologische Sondierung" und den Punkt die Wortfolge "und kann gegebenenfalls geografisch begrenzt werden" eingefügt und die Wortfolge "sechzig Kalendertagen ab Erhalt des Antrags" durch die Wortfolge "dreißig Kalendertagen ab Erhalt des vollständigen Antrags" ersetzt.

3. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

“Wird die Verwendung elektronischer oder magnetischer Suchgeräte beantragt, ist ein Beratungsgespräch zur Klärung der Rahmenbedingungen bei der Nutzung der Suchgeräte mit der zuständigen Dienststelle des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor Einreichen des Antrags verpflichtend.”

Art. 37 - Artikel 29 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 38 - Artikel 43 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird zwischen die Wortfolge “Gut oder” und das Wort “bauliche” die Wortfolge “an einer archäologischen Stätte beziehungsweise” und zwischen die Angabe “Artikel 13 § 3 Absatz 3” und die Wortfolge “erwähnten Beschluss” die Angabe “oder 4” eingefügt.

2. In Nummer 4 wird zwischen die Wortfolge “Gut oder” und das Wort “bauliche” die Wortfolge “an einer archäologischen Stätte beziehungsweise” eingefügt.

3. In Nummer 5 wird zwischen die Wortfolge “geschützten Gut” und das Wort “entgegen” die Wortfolge “oder an einer archäologischen Stätte” eingefügt.

4. Nummer 8 wird aufgehoben.

5. Nummer 9 wird aufgehoben.

6. In Nummer 10 wird zwischen die Wortfolge “Vorschriften durchführt” und das Semikolon die Wortfolge “beziehungsweise elektronische oder magnetische Suchgeräte ohne die in Artikel 26 vorgesehene Erlaubnis oder entgegen den darin enthaltenen Vorschriften verwendet” eingefügt.

7. Nummer 11 wird aufgehoben.

Art. 39 - Artikel 44 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

2. Nummer 5 wird aufgehoben.

Art. 40 - Artikel 46 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Wortfolge “, der erteilten Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1” gestrichen und die Wortfolge “Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen” durch die Wortfolge “Ausgrabungen, archäologische Sondierungen oder die Verwendung von elektronischen oder magnetischen Suchgeräten” ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird die Wortfolge “, ohne Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1” gestrichen und die Wortfolge “Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen” durch die Wortfolge “Ausgrabungen, archäologische Sondierungen oder die Verwendung von elektronischen oder magnetischen Suchgeräten” ersetzt.

3. In Absatz 4 Nummer 4 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

4. Absatz 4 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird aufgehoben.

Art. 41 - Artikel 46.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge “, auf Genehmigung für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten gemäß Artikel 25.1” gestrichen und die Wortfolge “Ausgrabungen oder archäologische Sondierungen” durch die Wortfolge “Ausgrabungen, archäologische Sondierungen oder die Verwendung von elektronischen oder magnetischen Suchgeräten” ersetzt.

2. In § 3 Absatz 3 wird die Angabe “, 25.1” gestrichen.

3. In § 4 Absatz 4 wird die Angabe “, 25.1” gestrichen.

4. In § 6 Nummer 4 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

5. § 6 Nummer 5 wird aufgehoben.

6. In § 8 wird im einleitenden Satz die Angabe “, 25.1” gestrichen.

7. In § 9 Absatz 1 Nummer 23 wird die Angabe “, 25.1” gestrichen.

Art. 42 - Artikel 46.3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird die Angabe “, 25.1” gestrichen.

2. In § 4 Nummer 4 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

3. § 4 Nummer 5 wird aufgehoben.

KAPITEL 5 — BESCHÄFTIGUNG

Art. 43 - In Artikel 16 Absatz 1 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung wird zwischen die Wortfolgen “im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme” und “beschäftigt waren” die Wortfolge “oder einer Beschäftigung, deren Form und Höchstdauer durch die Regierung festgelegt werden,” eingefügt.

Art. 44 - In Kapitel 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 32.1 eingefügt:

“Art. 32.1 - Die in Kapitel 3 und 4 erwähnten AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüsse können nicht im Rahmen eines in Titel VII des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge erwähnten Studentenvertrags gewährt werden.”

Art. 45 - Die Überschrift von Kapitel 6 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

“KAPITEL 6 - ABLEHNUNG DES ANTRAGS, INVERZUGSETZUNG, AUSSETZUNG UND AUFHEBUNG DER ZUSCHÜSSE”

Art. 46 - Artikel 34 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge “Die Gewährung der Zuschüsse ist” durch die Wortfolge “Die Genehmigung des Antrags sowie die Gewährung der Zuschüsse sind” ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge “ist die Gewährung der Zuschüsse” durch die Wortfolge “sind die Genehmigung des Antrags sowie die Gewährung der Zuschüsse” ersetzt.

KAPITEL 6 — LOKALE BEHÖRDEN

Art. 47 - Artikel 7 des Dekrets vom 15. Dezember 2008 über die Finanzierung der Gemeinden und Öffentlichen Sozialhilfezentren durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Spiegelstriche 12 bis 14 wie folgt ersetzt:

- “für das Haushaltsjahr 2020: 2.250.000 EUR;

- für das Haushaltsjahr 2021: 2.250.000 EUR;

- für das Haushaltsjahr 2022: 2.250.000 EUR.”

2. In Absatz 2 wird die Angabe “3.000.000 EUR” durch die Angabe “2.250.000 EUR” ersetzt.

Art. 48 - In Artikel 193 Absatz 2 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 wird zwischen die Wortfolgen “zu diesem Gesetzbuch” und “auf die Gemeindesteuern” die Wortfolge “sowie die Bestimmungen des Gesetzbuches über die gültliche Beitreibung und die Zwangsbeitreibung von Steuerforderungen und nichtsteuerlichen Forderungen” eingefügt.

KAPITEL 7 — TOURISMUS

Art. 49 - § 1 - Artikel 7 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Nummer 7 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. In § 1 wird folgende Nummer 8 eingefügt:

“8. gewährleistet mindestens während der Öffnungszeiten einen kostenlosen Internetzugang für mobile Geräte.”

3. In § 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“Die Regierung kann ein einheitliches Kennschild für die touristischen Informationsstellen festlegen.”

4. In § 2 Nummer 1 Buchstabe *b*) wird die Wortfolge “und der Erlebniswelt” gestrichen;

5. In § 2 Nummer 1 Buchstabe *f*) wird folgender Satz eingefügt:

“An besucherstarken Tagen ist mindestens ein qualifiziertes Personalmitglied, das den in § 1 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Bedingungen genügt, anwesend;”

6. In § 2 Nummer 1 werden folgende Buchstaben *g*) und *h*) eingefügt:

“*g*) ist bei touristisch relevanten Veranstaltungen mit einem mobilen Informationsangebot vor Ort;

h) gewährleistet durchgehend einen kostenlosen Internetzugang für mobile Geräte.”

7. In § 2 Nummer 2 Buchstabe *c*) wird folgender Satz eingefügt:

“An besucherstarken Tagen ist mindestens ein qualifiziertes Personalmitglied, das den in § 1 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Bedingungen genügt, anwesend.”

§ 2 - In Artikel 21 § 1 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge “oder der Erlebniswelten” gestrichen.

Art. 50 - In Artikel 25 § 1 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:

“Unbeschadet des Absatzes 1 sind die Personalmitglieder der in Artikel 2 des Gesetzes vom 5. August 1992 über das Polizeiamt genannten Polizeidienste ebenfalls befugt, Verstöße gegen dieses Dekret und seine Ausführungserlasse festzustellen und in einem Protokoll festzuhalten.”

Art. 51 - Artikel 26 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird die Angabe “Artikel 25 § 1 Absatz 1” durch die Angabe “Artikel 25 § 1 Absätze 1 oder 3” ersetzt.

2. In § 2 wird die Angabe “Artikel 25 § 1 Absatz 1” durch die Angabe “Artikel 25 § 1 Absätze 1 oder 3” ersetzt.

KAPITEL 8 — RAUMORDNUNG UND STÄDTEBAU

Abschnitt 1 — Raumordnung und Städtebau

Art. 52 - Artikel D.I.1 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort “Wallonie” durch die Wortfolge “Deutschsprachigen Gemeinschaft” ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge “Die Region” durch die Wortfolge “Die Deutschsprachige Gemeinschaft” und die Wortfolge “der Region” durch die Wortfolge “der Deutschsprachigen Gemeinschaft” ersetzt.

Art. 53 - Artikel D.I.2 - § 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

“Art. D.I.2 - § 2 - Die Regierung koordiniert die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzbuches sowohl in deutscher als auch in französischer Sprache.”

Art. 54 - Buch I einziger Titel Kapitel II desselben Gesetzbuches, das den Artikel D.I.3 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 55 - Die Überschrift von Buch I einziger Titel Kapitel III Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 1 - Beirat für Raumordnung“

Art. 56 - Artikel D.I.4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Der Pool „Raumordnung““ durch die Wortfolge „Der Beirat für Raumordnung, nachfolgend „Beirat“ genannt,“ ersetzt.

2. § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird aufgehoben.

3. § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird aufgehoben.

4. § 1 Absatz 1 Nummer 4 wird aufgehoben.

5. § 1 Absatz 1 Nummer 6, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 24. April 2018, wird aufgehoben.

6. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge „Pool „Raumordnung““ durch das Wort „Beirat“ ersetzt.

7. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge „Pool „Raumordnung““ durch das Wort „Beirat“ ersetzt.

8. In § 1 Absatz 4 wird die Wortfolge „Pool „Raumordnung““ durch das Wort „Beirat“ ersetzt.

9. § 2 wird aufgehoben.

Art. 57 - Artikel D.I.5 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Der Beirat besteht neben dem Vorsitzenden aus den folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

1. zwei Vertreter der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets;

2. zwei Vertreter des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wovon ein Vertreter der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen und ein Vertreter der überbetrieblichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

3. ein Vertreter der Umweltorganisationen;

4. ein Vertreter des Landwirtschaftssektors;

5. ein Vertreter von Organisationen im Bereich der Wirtschaftsförderung;

6. drei Fachleute im Bereich Raumordnung und Städtebau, darunter mindestens ein Architekt und ein Stadtplaner.“

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft nimmt an den Sitzungen des Beirats mit beratender Stimme teil.“

3. Absatz 3 wird aufgehoben.

4. Absatz 4 wird aufgehoben.

Art. 58 - In Buch I einziger Titel Kapitel III Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.I.5.1 eingefügt:

„Art. D.I.5.1 - § 1 - Die Regierung bestellt den Vorsitzenden und die Mitglieder des Beirats und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied auf Vorschlag der im Beirat vertretenen Organisationen.

Die Mandatszeit der Mitglieder beträgt höchstens fünf Jahre und ist erneuerbar.

Auf Antrag der betreffenden Organisation kann die Regierung das Mandat eines Mitglieds vor Ablauf der normalen Mandatszeit beenden und ein neues Mitglied bestellen, das das Mandat seines Vorgängers fortführt.

§ 2 - Der Beirat tritt spätestens zwei Monate nach der Bestellung seiner Mitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt der Beirat sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Beirats.

Die Regierung bestimmt die Modalitäten für die weitere Arbeitsweise.

§ 3 - Die Entscheidungen des Beirats werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Ist der Beirat nicht beschlussfähig, lädt der Vorsitzende zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Beirat ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Bedingungen beschlussfähig ist.

§ 4 - Der Beirat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben weitere Fachleute zu den Sitzungen einladen. Sie nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Darüber hinaus kann der Beirat Arbeitsgruppen einsetzen.

§ 5 - Die Regierung sorgt für die Protokollführung der Sitzungen des Beirats.

§ 6 - Zum 30. April eines jeden Kalenderjahres, mit Ausnahme des Jahres seiner Schaffung, verfasst der Beirat einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr und übermittelt diesen zeitgleich dem Parlament und der Regierung.

§ 7 - Die stimmberechtigten Mitglieder des Beirats sowie die Fachleute, die in Anwendung von § 4 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.“

Art. 59 - Artikel D.I.6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird das Wort „Namur“ durch das Wort „Eupen“ und die Wortfolge „vom beauftragten Beamten“ durch die Wortfolge „von der Regierung in erster Instanz“ ersetzt.

2. § 2 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Kommission besteht neben dem Vorsitzenden aus den folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

1. zwei Architekten;
2. zwei Stadtplaner;

3. eine Fachperson im Bereich Denkmalschutz, wenn die Beschwerde ein in Artikel D.IV.14.1 oder D.IV.14.2 genanntes Gut betrifft.“

3. § 2 Absatz 3 wird aufgehoben.

4. In § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge „von der OGD4“ durch die Wortfolge „vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 60 - In Artikel D.I.10 § 4 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Beamten der OGD4“ durch die Wortfolge „Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 61 - In Artikel D.I.12 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird im einleitenden Satz zwischen die Wortfolge „Die Regierung kann“ und das Wort „nach“ die Wortfolge „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und“ eingefügt.

Art. 62 - In Artikel D.I.13 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Dekrets vom 27. März 2014 über die Mitteilungen auf elektronischem Weg zwischen den Benutzern und den wallonischen öffentlichen Behörden“ durch die Wortfolge „Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets“ ersetzt.

Art. 63 - In Artikel D.II.1 Nummer 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Wallonie“ durch die Wortfolge „Deutschsprachige Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 64 - Artikel D.II.2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge „auf regionaler Ebene“ gestrichen und das Wort „Wallonie“ durch die Wortfolge „Deutschsprachige Gemeinschaft“ ersetzt.

2. In § 2 Absatz 4 wird das Wort „Regierung“ durch die Wortfolge „Wallonischen Region“ ersetzt.

Art. 65 - Artikel D.II.3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge „Pool „Raumordnung““ durch das Wort „Beirat“ ersetzt, zwischen die Wortfolge „Pool „Umwelt““ und das Komma die Wortfolge „der Wallonischen Region, nachfolgend „Pool „Umwelt““ genannt“ eingefügt und die Wortfolge „dem Wirtschafts- und Sozialrat der Wallonie“ gestrichen.

2. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge „Pools „Raumordnung““ durch das Wort „Beirats“ ersetzt und die Wortfolge „, des Wirtschafts- und Sozialrats der Wallonie“ gestrichen.

Art. 66 - In Artikel D.II.6 § 2 Absatz 5 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Regierung“ durch die Wortfolge „Wallonischen Region“ ersetzt.

Art. 67 - Artikel D.II.7 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge „der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4 sowie des oder der betroffenen beauftragten Beamten“ durch die Wortfolge „des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

2. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge „Pool „Raumordnung““ durch das Wort „Beirat“ ersetzt.

3. In § 4 Absatz 3 wird die Wortfolge „dem beauftragten, Beamten und der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4“ durch die Wortfolge „der Regierung“ ersetzt.

4. § 4 Absatz 4 wird aufgehoben.

5. In § 5 wird die Wortfolge „durch die Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4“ gestrichen.

6. In § 6 Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Pool „Raumordnung““ durch das Wort „Beirat“ ersetzt.

7. In § 6 Absatz 2 wird die Wortfolge „Pool „Raumordnung““ durch das Wort „Beirat“ und die Wortfolge „Pools „Raumordnung““ durch das Wort „Beirats“ ersetzt.

Art. 68 - In Artikel D.II.10 § 2 Absatz 5 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Regierung“ durch die Wortfolge „Wallonischen Region“ ersetzt.

Art. 69 - Artikel D.II.12 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 3 wird die Wortfolge „Pools „Raumordnung““ durch das Wort „Beirats“ ersetzt.

2. In § 4 Absatz 3 wird die Wortfolge „dem beauftragten Beamten und der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4“ durch die Wortfolge „der Regierung“ ersetzt.

3. § 4 Absatz 4 wird aufgehoben.

4. In § 5 Absatz 1 wird die Wortfolge „durch die Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4“ gestrichen.

5. In § 5 Absatz 6 wird die Wortfolge „dem leitenden Beamten und“ gestrichen.

Art. 70 - In Artikel D.II.14 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Artikel L1133-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung“ durch die Wortfolge „Artikel 74 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018“ ersetzt.

Art. 71 - In Artikel D.II.16 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a) desselben Gesetzbuches wird die Angabe „D.IV.25“ durch die Angabe „D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.

Art. 72 - In Artikel D.II.19 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Pools „Raumordnung““ durch das Wort „Beirats“ ersetzt.

Art. 73 - In Artikel D.II.37 § 4 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „des von der Wallonischen Region geförderten regionalen Projekts zur touristischen Aufwertung der Waldgebiete oder“ gestrichen.

Art. 74 - In Artikel D.II.45 § 4 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 75 - In Artikel D.II.47 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten," gestrichen und die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.

Art. 76 - In Artikel D.II.48 § 4 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten," gestrichen und die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.

Art. 77 - Artikel D.II.49 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.
2. In § 6 wird die Wortfolge "Pools "Raumordnung"," durch die Wortfolge "Beirats und" ersetzt und die Wortfolge "und des beauftragten Beamten" gestrichen.
3. In § 7 wird die Wortfolge "Pools "Raumordnung"" durch das Wort "Beirats" ersetzt.
4. In § 8 wird die Wortfolge "Pools "Raumordnung"" durch das Wort "Beirats" ersetzt.

Art. 78 - In Artikel D.II.50 § 1 Absatz 4 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "dem leitenden Beamten und" gestrichen.

Art. 79 - Artikel D.II.51 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Pools "Raumordnung"" durch das Wort "Beirats" ersetzt.
2. In § 5 Absatz 3 wird die Wortfolge "dem leitenden Beamten und" gestrichen.

Art. 80 - Artikel D.II.52 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "Pools "Raumordnung"" durch das Wort "Beirats" ersetzt.
2. In § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge "Pools "Raumordnung"" durch das Wort "Beirats" ersetzt.
3. In § 7 Absatz 3 wird die Wortfolge "dem leitenden Beamten und" gestrichen.

Art. 81 - Artikel D.II.54 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge ", der Umweltgenehmigung oder der Globalgenehmigung im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung" gestrichen.
2. § 2 Absatz 6 Nummer 4 wird aufgehoben.

Art. 82 - In Artikel D.III.1. Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "die Wallonie oder für einen Teil ihres Gebiets" durch die Wortfolge "das deutsche Sprachgebiet oder für einen Teil dieses Gebiets" ersetzt.

Art. 83 - Artikel D.III.3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.
2. In § 4 wird die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.
3. In § 5 wird die Wortfolge "der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4" durch die Wortfolge "des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 84 - Artikel D.III.6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "Pool "Raumordnung", dem beauftragten Beamten" durch das Wort "Beirat" ersetzt.
2. In § 5 Absatz 1 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten und der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
3. § 5 Absatz 2 wird aufgehoben.
4. In § 6 Absatz 1 wird die Wortfolge "bei der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4" gestrichen.

Art. 85 - Artikel D.IV.1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird zwischen die Wörter "Städtebaugenehmigung" und "befreit" die Wortfolge "nicht betroffen oder" eingefügt und die Wortfolge "der Erklärung visée à l'article 25, alinéa 1^{er}, 1^o, was das französische Sprachgebiet betrifft" durch die Wortfolge "Artikel 13 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen, nachfolgend "Denkmalschutzdekret" genannt, erwähnten Denkmalgenehmigung" ersetzt.

2. § 2 Absatz 2, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.
3. § 2 Absatz 3, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.
4. In § 3 Nummer 2 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 86 - Artikel D.IV.4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 15 Buchstabe b) wird die Wortfolge "durch eine Genehmigung gemäß dem wallonischen Tourismusgesetzbuch, dem Dekret vom 4. März 1991 über die Betriebsbedingungen für Caravaningplätze oder dem Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Mai 1994 zugelassenen mobilen Anlagen" durch die Wortfolge "mobilen Unterkünfte, die auf einem Campingplatz gemäß Artikel 9 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus genutzt werden" ersetzt.

2. Absatz 1 Nummer 16, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.

Art. 87 - In Artikel D.IV.10 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Pools "Raumordnung" durch das Wort "Beirats" ersetzt.

Art. 88 - In Artikel D.IV.11 desselben Gesetzbuches wird die Angabe ",10 und 11" durch die Angabe "und 10" ersetzt.

Art. 89 - Artikel D.IV.14 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten;" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt;
3. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
4. In Absatz 2 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 90 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.14.1 eingefügt:

"Art. D.IV.14.1 - Unbeschadet des Artikels D.IV.14 befindet das Gemeindegremium über die Genehmigungsanträge und erteilt die Städtebaubescheinigungen Nr. 2 nach gleich lautender Stellungnahme des für Denkmalschutz zuständigen Ministers im Besonderen, nachfolgend "gleich lautendes Denkmalgutachten" genannt, wenn der Antrag ein Gut betrifft, das in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt ist."

Art. 91 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.14.2 eingefügt:

"Art. D.IV.14.2 - Unbeschadet des Artikels D.IV.14 befindet das Gemeindegremium über die Genehmigungsanträge und erteilt die Städtebaubescheinigungen Nr. 2 nach vorheriger Stellungnahme des für Denkmalschutz zuständigen Ministers im Besonderen, nachfolgend "einfaches Denkmalgutachten" genannt, wenn der Antrag ein Gut betrifft, das sich in Anwendung des Denkmalschutzdekrets im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes oder in einer archäologischen Stätte befindet."

Art. 92 - Artikel D.IV.15 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 93 - Artikel D.IV.16 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 94 - Artikel D.IV.17 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. Absatz 1 Nummer 3, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.
3. In Absatz 2 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 95 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.17.1 eingefügt:

"Art. D.IV.17.1 - Das Gemeindegremium darf die Genehmigung nur nach gleich lautendem Denkmalgutachten ausstellen, wenn der Antrag ein in Artikel D.IV.14.1 erwähntes Projekt betrifft.

Jedoch kann das Gemeindegremium die Genehmigung ablehnen, ohne das Denkmalgutachten einzuholen."

Art. 96 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.17.2 eingefügt:

"Art. D.IV.17.2 - Das Gemeindegremium darf die Genehmigung nur nach einfachem Denkmalgutachten ausstellen, wenn der Antrag ein in Artikel D.IV.14.2 erwähntes Projekt betrifft.

Jedoch kann das Gemeindegremium die Genehmigung ablehnen, ohne das Denkmalgutachten einzuholen."

Art. 97 - In Artikel D.IV.18 desselben Gesetzbuches wird im einleitenden Satz die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 98 - Artikel D.IV.19 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 99 - Artikel D.IV.20 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 100 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.20.1 eingefügt:

"Art. D.IV.20.1 - Das Gemeindegremium erteilt nach gleich lautendem Denkmalgutachten die Städtebaubescheinigungen Nr. 2 in Bezug auf Projekte, die in den Anwendungsbereich von Artikel D.IV.14.1 fallen.

Allerdings kann das Gemeindegremium die Städtebaubescheinigung Nr. 2 mit einer ungünstigen Stellungnahme ausstellen, ohne dabei das Denkmalgutachten einzuholen."

Art. 101 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.20.2 eingefügt:

"Art. D.IV.20.2 - Das Gemeindegremium erteilt nach einfachem Denkmalgutachten die Städtebaubescheinigungen Nr. 2 in Bezug auf Projekte, die in den Anwendungsbereich von Artikel D.IV.14.2 fallen.

Allerdings kann das Gemeindegremium die Städtebaubescheinigung Nr. 2 mit einer ungünstigen Stellungnahme ausstellen, ohne dabei das Denkmalgutachten einzuholen."

Art. 102 - Die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 2 - Regierung"

Art. 103 - Artikel D.IV.22 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

2. Absatz 1 Nummer 11, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.

3. In Absatz 1 wird folgende Nummer 12 eingefügt:

"12° zwingende Gründe des Allgemeininteresses aufweisen, nämlich die Handlungen und Arbeiten im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Investitionsplan der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen."

4. In Absatz 4 wird die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt und die Wortfolge "sowie über die geringfügigen Änderungen der von der Regierung aufgrund von Artikel D.IV.25 ausgestellten Genehmigungen" gestrichen.

5. Absatz 5 wird aufgehoben.

6. Absatz 6 wird aufgehoben.

7. In Absatz 7 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 104 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.22.1 eingefügt:

"Art. D.IV.22.1 - Die Regierung darf die Genehmigung nur nach gleich lautendem Denkmalgutachten ausstellen, wenn der Antrag ein in Artikel D.IV.14.1 erwähntes Projekt betrifft.

Jedoch kann die Regierung die Genehmigung ablehnen, ohne das Denkmalgutachten einzuholen."

Art. 105 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.22.2 eingefügt:

"Art. D.IV.22.2 - Die Regierung darf die Genehmigung nur nach einfachem Denkmalgutachten ausstellen, wenn der Antrag ein in Artikel D.IV.14.2 erwähntes Projekt betrifft.

Jedoch kann die Regierung die Genehmigung ablehnen, ohne das Denkmalgutachten einzuholen."

Art. 106 - In Artikel D.IV.23 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt und die Wortfolge "sowie auf die geringfügigen Änderungen der von der Regierung aufgrund von Artikel D.IV.25 ausgestellten Genehmigungen" gestrichen.

Art. 107 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.23.1 eingefügt:

"Art. D.IV.23.1 - Die Regierung erteilt nach gleich lautendem Denkmalgutachten die Städtebaubescheinigungen Nr. 2 in Bezug auf Projekte, die in den Anwendungsbereich von Artikel D.IV.14.1 fallen.

Allerdings kann die Regierung die Städtebaubescheinigung Nr. 2 mit einer ungünstigen Stellungnahme ausstellen, ohne dabei das Denkmalgutachten einzuholen."

Art. 108 - In Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.23.2 eingefügt:

"Art. D.IV.23.2 - Die Regierung erteilt nach einfachem Denkmalgutachten die Städtebaubescheinigungen Nr. 2 in Bezug auf Projekte, die in den Anwendungsbereich von Artikel D.IV.14.2 fallen.

Allerdings kann die Regierung die Städtebaubescheinigung Nr. 2 mit einer ungünstigen Stellungnahme ausstellen, ohne dabei das Denkmalgutachten einzuholen."

Art. 109 - Die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel I Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 3 - Beschwerdeinstanz"

Art. 110 - In Artikel D.IV.24 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "gegen ihre eigenen Beschlüsse, die in erster Instanz gefasst wurden," und die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "sie in erster Instanz" ersetzt.

Art. 111 - Artikel D.IV.25 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird aufgehoben.

Art. 112 - In Buch IV Titel II Kapitel II Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.27.1 eingefügt:

"Art. D.IV.27.1 - Wenn sich der Antrag auf Handlungen und Arbeiten bezieht, die ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut betreffen, umfasst er eine Abschrift des in Artikel D.IV.31.1 § 3 erwähnten Protokolls sowie die Informationen und Unterlagen, die die Regierung in dem Protokoll für die Einschätzung der denkmalrelevanten Auswirkungen des Projekts als notwendig erachtet."

Art. 113 - In Artikel D.IV.28 Absatz 1 Nummer 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Buchstabe g) eingefügt:

"g) gegebenenfalls der in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahmen;"

Art. 114 - Artikel D.IV.31 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" jeweils durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt, nach der Wortfolge "technischen Beamten" die Wortfolge "der Wallonischen Region" eingefügt und zwischen die Wortfolge "Beamten für Handelsniederlassungen" und die Wortfolge "im Sinne des Dekrets" die Wortfolge "der Wallonischen Region" eingefügt.

2. § 2 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

“Wenn die zuständige Behörde das Kollegium ist und die Regierung, der technische Beamte oder der Beamte für Handelsniederlassungen der Wallonischen Region um die Abgabe ihrer bzw. seiner Stellungnahme ersucht wird, wird sie bzw. er ebenfalls zum Treffen eingeladen. Dabei kann sie bzw. er sich vertreten lassen.”

3. § 3 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

“Handelt es sich um ein in Artikel D.IV.14.2 genanntes Gut, lädt sie den für Denkmalschutz zuständigen Minister zum Projekttreffen ein. Dabei kann dieser sich vertreten lassen.

4. In § 5 Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge “des beauftragten Beamten” durch die Wortfolge “der Regierung” ersetzt.

Art. 115 - In Buch IV Titel II Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.31.1 eingefügt:

“Art. D.IV.31.1 - § 1 - Handelt es sich um ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut und in Abweichung von Artikel D.IV.31, beantragt der Projektträger vor der Einreichung des Bescheinigungs- bzw. Genehmigungsantrags die Verabredung eines verbindlichen Projekttreffens mit der Regierung und übermittelt dieser die Entwürfe seiner Pläne und Unterlagen. In diesem Fall erhält der Betroffene innerhalb von fünfzehn Tagen nach Antragstellung eine Einladung zu einem Treffen.

§ 2 - Die Regierung lädt zeitgleich folgende Personen und Behörden zu dem Projekttreffen ein:

1. das Gemeindegremium oder seinen Vertreter;
2. den technischen Beamten der Wallonischen Region im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung, wenn dieser die mitzuständige Behörde ist, um über seinen Antrag zu entscheiden;
3. den Beamten für Handelsniederlassungen der Wallonischen Region im Sinne des Dekrets vom 5. Februar 2015 über die Handelsniederlassungen, wenn dieser die mitzuständige Behörde ist, um über seinen Antrag zu entscheiden.

Die Regierung kann auch jede in Artikel D.IV.35 genannte Instanz zum Treffen einladen. Sie fordert den Kommunalausschuss (wenn es diesen gibt) auf, dort einen Vertreter zu entsenden.

§ 3 - Der Projektträger kann mit der Regierung und dem bzw. den Vertreter(n) der zuständigen Behörde über sein Projekt diskutieren und es gegebenenfalls vor der Fertigstellung seines Antrags anpassen. Die Regierung fertigt ein Protokoll des Treffens ohne Entscheidungsgewalt an. Das Protokoll wird auf elektronischem Wege den anwesenden Parteien unterbreitet, die dann über eine Frist von dreißig Tagen verfügen, um der Regierung ihre Anmerkungen zukommen zu lassen. Andernfalls ist davon auszugehen, dass dem Protokoll zugestimmt worden ist.

In dem Protokoll vermerkt die Regierung die Informationen und Unterlagen, die sie für die Einschätzung der denkmalrelevanten Auswirkungen des Projekts als notwendig erachtet und die dem Bescheinigungs- bzw. Genehmigungsantrag beigefügt werden müssen. In Abweichung von Absatz 1 ist dieser Vermerk verbindlich für den Projektträger.

§ 4 - Das Treffen findet binnen dreißig Tagen nach Einreichung des in § 1 erwähnten Antrags statt.”

Art. 116 - In Artikel D.IV.32 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge “des beauftragten Beamten fallen oder vom beauftragten Beamten untersucht werden” durch die Wortfolge “der Regierung fallen” und die Wortfolge “den beauftragten Beamten” durch die Wortfolge “die Regierung” ersetzt.

Art. 117 - Artikel D.IV.33 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge “der beauftragte Beamte” durch die Wortfolge “die Regierung” ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge “der beauftragte Beamte” durch die Wortfolge “die Regierung” ersetzt.
3. In Absatz 2 wird die Wortfolge “dem beauftragten Beamten” jeweils durch die Wortfolge “der Regierung”, die Wortfolge “den beauftragten Beamten” durch die Wortfolge “die Regierung” und die Wortfolge “der beauftragte Beamte” durch die Wortfolge “die Regierung” ersetzt.
4. In Absatz 3 wird die Wortfolge “der beauftragte Beamte” durch die Wortfolge “die Regierung” ersetzt.

Art. 118 - Artikel D.IV.34 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge “des beauftragten Beamten” durch die Wortfolge “der Regierung” ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 5 wird die Wortfolge “des beauftragten Beamten” durch die Wortfolge “der Regierung” ersetzt und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
3. In Absatz 1 wird folgende Nummer 6 eingefügt:
“6° gleich lautendes oder einfaches Denkmalgutachten.”
4. In Absatz 3 wird die Wortfolge “dem beauftragten Beamten” durch die Wortfolge “der Regierung” ersetzt.

Art. 119 - Artikel D.IV.35 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird durch folgenden § 1 ersetzt:
“§ 1 - Die Genehmigung oder die Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann nur nach gleich lautendem Denkmalgutachten ausgestellt werden, wenn der Antrag ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut betrifft.
Die Genehmigung oder die Städtebaubescheinigung Nr. 2 kann nur nach einfachem Denkmalgutachten ausgestellt werden, wenn der Antrag ein in Artikel D.IV.14.2 genanntes Gut betrifft.”
2. Die Absätze 2 und 3 werden zu § 2 Absätze 1 und 2.
3. In Absatz 3, der zu § 2 Absatz 2 wird, wird die Wortfolge “, der beauftragte Beamte” gestrichen.

Art. 120 - Artikel D.IV.36 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge “der beauftragte Beamte” durch die Wortfolge “die Regierung” ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge “dem beauftragten Beamten” durch die Wortfolge “der Regierung” ersetzt.
3. In Absatz 3 wird die Wortfolge “der beauftragte Beamte” durch die Wortfolge “die Regierung” ersetzt, die Wortfolge “oder die mit der Untersuchung der Akte beauftragte Behörde” gestrichen und das Wort “er” durch das Wort “sie” ersetzt.

Art. 121 - Artikel D.IV.37 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 bis 3 werden zu § 1 Absätze 1 bis 3.
2. In Absatz 1, der zu § 1 Absatz 1 wird, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird die Angabe "D.IV.35" durch die Angabe "D.IV.35 § 2" ersetzt und der dritte Satz gestrichen.
3. Absatz 3 wird aufgehoben.
4. Folgender § 2 wird eingefügt:
"§ 2 - Das gemäß Artikel D.IV.35 § 1 Absatz 1 geforderte Denkmalgutachten wird innerhalb von fünfundvierzig Tagen nach dem Versand des Antrags durch die zuständige Behörde übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig."

Das gemäß Artikel D.IV.35 § 1 Absatz 2 geforderte Denkmalgutachten wird innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand des Antrags durch die zuständige Behörde übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig."

Art. 122 - Artikel D.IV.38 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" jeweils durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt, die Wortfolge "oder die mit der Untersuchung der Akte beauftragte Behörde" gestrichen und die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 123 - Artikel D.IV.39 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung", das Wort "seine" durch das Wort "ihre" und die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In § 1 wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:
"In Abweichung von Absatz 1 gilt die Stellungnahme der Regierung nach Ablauf der genannten Frist als ungünstig, wenn der Antrag ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut betrifft und das gleich lautende Denkmalgutachten negativ ausfällt."
3. In § 1 Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte seine" durch die Wortfolge "die Regierung ihre" und das Wort "er" durch das Wort "sie" ersetzt.
4. § 2 wird aufgehoben.

Art. 124 - Artikel D.IV.40 Absatz 4 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.

Art. 125 - Artikel D.IV.42 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung", das Wort "er" durch das Wort "sie" ersetzt und die Wortfolge ", sowie für die geringfügigen Änderungen der von der Regierung aufgrund des Artikels D.IV.25 ausgestellten Genehmigungen" gestrichen.
2. § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird aufgehoben.
3. In § 1 Absatz 1 Nummer 4 wird zwischen die Angabe "Absatz 1" und die Wortfolge "gefassten Beschluss" die Wortfolge "in erster Instanz" eingefügt, die Wortfolge "des beauftragten Beamten" gestrichen und die Wortfolge ", sowie für die geringfügigen Änderungen der von der Regierung aufgrund des Artikels D.IV.25 ausgestellten Genehmigungen, oder bei Ausbleiben eines diesbezüglichen Beschlusses" gestrichen.
4. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge ", außer auf Antrag der Regierung, wie in Artikel D.IV.51 erwähnt" gestrichen.
5. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
6. Folgender § 4 wird eingefügt:
"§ 4 - Unbeschadet des Paragraphen 3 wird bei in Artikel D.IV.35 § 1 Absatz 1 genannten Anträgen das gleich lautende Denkmalgutachten erneut eingeholt. Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt."

Art. 126 - Artikel D.IV.45 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 3 wird aufgehoben.
2. Nummer 4 wird aufgehoben.
3. In Nummer 5 wird die Wortfolge "im Sinne des Artikels 1 des Dekrets des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Mai 1994 über Camping und Campingplätze" durch die Wortfolge "gemäß Artikel 9 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus" ersetzt.

Art. 127 - Artikel D.IV.46 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" jeweils durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe c) wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" jeweils durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
3. In Absatz 1 Nummer 3 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "des beauftragten Beamten" jeweils durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
4. In Absatz 2 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
5. In Absatz 4 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 128 - Artikel D.IV.47 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" und die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "der beauftragten Beamte seinen" durch die Wortfolge "die Regierung ihren", das Wort "Er" jeweils durch das Wort "Sie" und die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

3. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt und zwischen die Wortfolge "die Regierung wird" und die Wortfolge "mit dem Antrag" wird die Wortfolge "als Beschwerdeinstanz" eingefügt.

4. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung", die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" und die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

5. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt und zwischen die Wortfolge "wird die Regierung" und die Wortfolge "mit dem Antrag" wird die Wortfolge "als Beschwerdeinstanz" eingefügt.

6. In § 3 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte seine" durch die Wortfolge "die Regierung ihre" ersetzt und zwischen die Wortfolge "die Regierung wird" und die Wortfolge "mit dem Antrag" wird die Wortfolge "als Beschwerdeinstanz" eingefügt.

Art. 129 - In der Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel VII Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten oder" gestrichen.

Art. 130 - Artikel D.IV.48 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" und die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "vom beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "von der Regierung", die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung", das Wort "seinen" durch das Wort "ihren" und die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 131 - In Artikel D.IV.49 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 132 - Artikel D.IV.50 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 133 - Artikel D.IV.51 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 134 - In Artikel D.IV.54 Absatz 4 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 135 - In Artikel D.IV.57 desselben Gesetzbuches wird in Nummer 5 der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 6 eingefügt:

"6° Immobiliengüter, die in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt sind, sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes befinden oder sich in einer archäologischen Stätte befinden."

Art. 136 - In der Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel VIII desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" gestrichen.

Art. 137 - Artikel D.IV.62 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. In § 1 Absatz 1 werden folgende Nummern 6 und 7 eingefügt:

6° ob der Beschluss des Gemeindegremiums von der durch den Kommunalausschuss im Rahmen einer vorgeschriebenen Konsultation dieses Ausschusses abgegebenen Stellungnahme abweicht;

7° falls kein Kommunalausschuss besteht, ob der Beschluss des Gemeindegremiums die persönlichen und begründeten Bemerkungen berücksichtigt hat, die bei einer in Anwendung des vorliegenden Gesetzbuches durchgeführten öffentlichen Untersuchung über das Projekt geäußert wurden durch:

a) 25 Personen, die in dem Bevölkerungsregister der Gemeinde, in der das Projekt gelegen ist, eingetragen sind, für eine Gemeinde von weniger als 10.000 Einwohnern;

b) 50 Personen, die in dem Bevölkerungsregister der Gemeinde, in der das Projekt gelegen ist, eingetragen sind, für eine Gemeinde von 10.000 bis 25.000 Einwohnern."

4. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt und der folgende Satz eingefügt:

"Wenn die Genehmigung oder die Städtebaubescheinigung Nr. 2 den Punkten 6 und 7 des vorhergehenden Absatzes nicht genügt, kann die Regierung den Beschluss des Gemeindegremiums aussetzen."

5. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "der Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt, die Wortfolge "dem Antragsteller," durch die Wortfolge "dem Antragsteller und" ersetzt, die Wortfolge "und der Regierung" gestrichen und die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

6. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

7. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge ", dem beauftragten Beamten" gestrichen.

8. In § 4 Absatz 2 wird die Wortfolge "dem Antragsteller," durch die Wortfolge "dem Antragsteller und" ersetzt und die Wortfolge "und dem beauftragten Beamten" gestrichen.

Art. 138 - Artikel D.IV.63 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "an den Generaldirektor des OGD4" durch die Wortfolge "oder gegen Empfangsbescheinigung" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "Artikel D.IV.47 § 1 oder § 2 angeführten Beschlusses des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "Artikel D.IV.47 § 1 Absatz 2 oder § 2 Absatz 1 angeführten in erster Instanz gefassten Beschlusses der Regierung" ersetzt.

3. In § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "Beschlusses des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "in erster Instanz gefassten Beschlusses der Regierung" ersetzt.

4. In § 1 Absatz 1 Nummer 4 wird die Wortfolge "Beschluss des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "in erster Instanz gefasste Beschluss der Regierung" und das Wort "ihm" durch das Wort "ihr" ersetzt.

5. In § 3 Absatz 1 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt und zwischen die Wortfolge "erwähnten Fall, den" und das Wort "Beschluss" wird die Wortfolge "in erster Instanz gefassten" eingefügt.

Art. 139 - In Artikel D.IV.64 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "gefassten Beschlusses des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "in erster Instanz gefassten Beschlusses der Regierung" ersetzt und die Wortfolge "und dem beauftragten Beamten" gestrichen.

Art. 140 - Artikel D.IV.65 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 141 - Artikel D.IV.66 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten oder deren Vertreter," gestrichen und folgende Sätze werden eingefügt: "Handelt es sich um ein in Artikel D.IV.14.1 oder D.IV.14.2 genanntes Gut, wird der für Denkmalschutz zuständige Minister zur Anhörung eingeladen. Dabei kann dieser sich vertreten lassen."

2. Absatz 3 Nummer 2, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region von 26. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"2° die Auskunft, ob das betroffene Gut ganz oder teilweise in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt ist, sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes befindet oder sich in einer archäologischen Stätte befindet."

3. In Absatz 5 wird die Wortfolge "gleichzeitig ihre Stellungnahme der Verwaltung und" durch die Wortfolge "ihre Stellungnahme" ersetzt.

Art. 142 - Artikel D.IV.67 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird aufgehoben.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "von dreißig Tagen nach Eingang des Beschlussvorschlags oder in Ermangelung dessen innerhalb" gestrichen und die Wortfolge ", dem Gemeindegremium, sowie dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "und dem Gemeindegremium" ersetzt.

Art. 143 - In Artikel D.IV.69 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "gefassten Beschluss des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "in erster Instanz durch die Regierung gefassten Beschluss" ersetzt.

Art. 144 - In Artikel D.IV.70 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 145 - In Artikel D.IV.71 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 146 - In Artikel D.IV.73 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird im einleitenden Satz die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt und die Wortfolge "von dem beauftragten Beamten oder" gestrichen.

Art. 147 - In Artikel D.IV.74 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 148 - In Artikel D.IV.75 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 149 - Artikel D.IV.80 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 9 wird die Wortfolge "durch das Wallonische Gesetzbuch über den Tourismus, das Dekret vom 4. März 1991 über die Betriebsbedingungen für Caravaningplätze oder das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Mai 1994 zugelassenen mobilen Anlagen" durch die Wortfolge "mobilen Unterkünfte, die auf einem Campingplatz gemäß Artikel 9 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus genutzt werden" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 12 wird zwischen das Wort "Dekrets" und die Wortfolge "über die Umweltgenehmigung" die Angabe "vom 11. März 1999" eingefügt.

Art. 150 - Artikel D.IV.84 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" und die Wortfolge "vom beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

2. In § 5 wird die Angabe "D.IV.25" durch die Angabe "D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12" und die Angabe "D.IV.50" durch die Angabe "D.IV.48" ersetzt.

Art. 151 - In Artikel D.IV.85 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 152 - In Artikel D.IV.87 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "oder die OGD4 für die von der Regierung ausgestellten Genehmigungen" gestrichen.

Art. 153 - Artikel D.IV.89 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wie die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

2. Nummer 2, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"2° bei einem Zufallsfund im Sinne von Artikel 30 des Denkmalschutzdekrets;"

Art. 154 - Artikel D.IV.90 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" und die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "den Artikeln D.IV.64 und" durch das Wort "Artikel" ersetzt.

Art. 155 - Artikel D.IV.91 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

2. Absatz 1 Nummer 2, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"2° bei einem Zufallsfund im Sinne von Artikel 30 des Denkmalschutzdekrets;"

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge ", der beauftragte Beamte" gestrichen.

Art. 156 - In Artikel D.IV.92 § 1 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "den zuständigen Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 157 - In Artikel D.IV.93 § 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 158 - In Artikel D.IV.95 § 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 159 - Artikel D.IV.97 Absatz 1 Nummer 6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe *b)* wird wie folgt ersetzt:

"b) in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt ist, sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes befindet oder sich in einer archäologischen Stätte befindet;"

2. Buchstabe *c)*, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.

3. Buchstabe *d)*, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.

4. Buchstabe *e)*, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.

5. Buchstabe *f)* wird aufgehoben.

6. Buchstabe *g)*, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird aufgehoben.

Art. 160 - Artikel D.IV.98 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "nicht von ihr verfassten Städtebaubescheinigung Nr. 2 enthaltene" durch die Wortfolge "Städtebaubescheinigung Nr. 2 des Gemeindegremiums enthaltene" ersetzt.

Art. 161 - Artikel D.IV.99 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge ", und, für das französische Sprachgebiet, der gültigen Denkmalbescheinigungen" durch die Wortfolge ", und der Denkmalgenehmigungen gemäß Artikel 13 des Denkmalschutzdekrets, die nach dem 1. Januar 2009 ausgestellt wurden" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

3. In § 1 Absatz 2 Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 4 wird eingefügt:

"4° bauliche Veränderungsarbeiten, Unterhaltsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an einem vorläufig oder endgültig geschützten Gut oder an einer archäologischen Stätte im Sinne des Denkmalschutzdekrets sowie bauliche Veränderungsarbeiten oder Veränderungen des Erscheinungsbildes an Gütern, die im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes liegen, benötigen entweder eine Städtebaugenehmigung gemäß dem vorliegenden Gesetzbuch oder eine Denkmalgenehmigung gemäß Artikel 13 des Denkmalschutzdekrets."

Art. 162 - Artikel D.IV.102 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 163 - Artikel D.IV.106 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 164 - Artikel D.V.2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "der Gesellschaft zur Sanierung und Erneuerung der Industriestandorte in Wallonisch Brabant ("Société d'assainissement et de rénovation des sites industriels du Brabant wallon" (SARSI SA)), der Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft ("Société wallonne du Logement") und der von ihr zugelassenen" durch die Wortfolge "der im deutschen Sprachgebiet tätigen" ersetzt.

2. In § 3 Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.

Art. 165 - In Artikel D.V.4 § 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 166 - Artikel D.V.5 § 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

3. In Absatz 4 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 167 - Artikel D.V.10 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "oder des beauftragten Beamten" gestrichen.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 168 - Artikel D.V.11 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" und die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
3. In § 1 Absatz 3 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
4. § 1 Absatz 4 wird aufgehoben.
5. In § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge "oder des beauftragten Beamten" gestrichen.

Art. 169 - Artikel D.V.13 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird im einleitenden Satz das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.
2. In § 4 wird im einleitenden Satz das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 170 - In Artikel D.V.15 § 2 Nummer 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "regionale Durchschnitt" durch die Wortfolge "Durchschnitt im deutschen Sprachgebiet" ersetzt.

Art. 171 - Artikel D.V.16 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge ", Verstädterungsgenehmigung, Umweltgenehmigung oder Globalgenehmigung" durch die Wortfolge "und Verstädterungsgenehmigung" ersetzt.
2. In § 2 Absatz 1 wird der zweite Spiegelstrich aufgehoben.
3. In § 3 Absatz 2 Nummer 3 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.
4. § 3 Absatz 2 Nummer 4 wird aufgehoben.
5. In § 4 Absatz 2 wird die Wortfolge ", Verstädterungsgenehmigung, Umweltgenehmigung oder Globalgenehmigung" durch die Wortfolge "und Verstädterungsgenehmigung" ersetzt.

Art. 172 - Buch V Titel VIII desselben Gesetzbuches, der die Artikel D.V.17 und D.V.18 umfasst, wird aufgehoben.

Art. 173 - Artikel D.V.19 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1, neu nummeriert und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird im einleitenden Satz das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.
2. In § 2, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 174 - In Artikel D.VI.2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "die Region, die Provinzen" durch die Wortfolge "die Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 175 - Artikel D.VI.12 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 1 wird zwischen das Wort "Immobilienwerbskomitees" und das Wort "bestimmt" die Wortfolge "der Wallonischen Region" eingefügt.
2. In § 2 Absatz 3 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 176 - In Artikel D.VI.15 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt und die Wortfolge "oder dem beauftragten Beamten" gestrichen.

Art. 177 - Artikel D.VI.19 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird das Wort "Region" durch das Wort "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.
2. In Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "Gemeinde- und Provinzialregion" durch das Wort "Gemeinderegion" ersetzt.
3. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "Regionale Wohnungsbaugesellschaft der Wallonie ("Société régionale wallonne du Logement") und die von ihr" gestrichen.

Art. 178 - In Artikel D.VI.36 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 179 - In Artikel D.VI.38 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 180 - In Artikel D.VI.40 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "in der Wallonischen Region" jeweils durch die Wortfolge "im deutschen Sprachgebiet" ersetzt.

Art. 181 - In Artikel D.VI.44 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "in der Wallonischen Region" durch die Wortfolge "im deutschen Sprachgebiet" ersetzt.

Art. 182 - Artikel D.VI.46 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 183 - In Artikel D.VI.47 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" und die Wortfolge "Wallonischen Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 184 - In Artikel D.VI.50 § 1 Nummer 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 185 - In Artikel D.VI.56 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "bei der OGD4" gestrichen.

Art. 186 - In Artikel D.VI.57 Absatz 4 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge ", der beauftragte Beamte" gestrichen.

Art. 187 - In Buch VI Titel IV Kapitel II Abschnitt 1 Unterabschnitt 7 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VI.62.1 eingefügt:

"Art. D.VI.62.1 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen wird ab dem 1. Januar 2020 keine regionale Abgabe auf die Planungsgewinne erhoben."

Art. 188 - Artikel D.VII.1 § 1 Nummer 7 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018, wird wie folgt ersetzt:

"7° die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten oder die Verstärkerung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 unter Missachtung der in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahmen."

Art. 189 - Artikel D.VII.3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 3 wird das Wort "Region." durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft;" ersetzt.

2. In Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

"4° die gemäß Artikel 44 des Denkmalschutzdekrets von der Regierung bestellten Gerichtspolizeioffiziere."

3. In Absatz 2 wird die Wortfolge "regionalen Bediensteten" durch die Wortfolge "Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 190 - In Artikel D.VII.4 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "vom beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

Art. 191 - Artikel D.VII.6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt und die Wortfolge "sowie ebenfalls die Regierung," gestrichen.

Art. 192 - Artikel D.VII.9 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "vom beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "von der Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 193 - In Artikel D.VII.10 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" und die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 194 - Artikel D.VII.13 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "dass dieses Gut wieder auf der Schutzliste noch aufgrund des Wallonischen Gesetzbuches über das Erbe unter Denkmalschutz steht, und" gestrichen.

3. In Absatz 2 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt und die Wortfolge "sowie auf die in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahmen" eingefügt.

4. In Absatz 3 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 195 - In Artikel D.VII.14 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 196 - In Artikel D.VII.15 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 197 - Artikel D.VII.17 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" und die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 Nummer 1 wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 198 - Artikel D.VII.18 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 bis 4 werden zu § 1 Absätze 1 bis 4.

2. In Absatz 1, der zu § 1 Absatz 1 wird, wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

3. In Absatz 2, der zu § 1 Absatz 2 wird, wird die Wortfolge "den beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

4. In Absatz 3, der zu § 1 Absatz 3 wird, wird die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

5. In Absatz 4, der zu § 1 Absatz 4 wird, wird die Wortfolge "von beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "von ihr in erster Instanz" ersetzt.

6. Folgender § 2 wird eingefügt:

"§ 2 - Betreffen die in § 1 erwähnten Handlungen und Arbeiten:

1. ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor dem Vergleichsvorschlag ein gleich lautendes Denkmalgutachten eingeholt;

2. ein in Artikel D.IV.14.2 genanntes Gut, wird vor dem Vergleichsvorschlag ein einfaches Denkmalgutachten eingeholt.

Das Gutachten über den Vergleich wird innerhalb von sechzig Tagen nach der Einsendung durch die Regierung übermittelt. Andernfalls wird von einem positiven Gutachten ausgegangen."

Art. 199 - In Artikel D.VII.19 Absatz 2 Nummer 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "den Einnehmer des Einregistrierungsamtes auf ein Spezialkonto des Haushalts der Region" durch die Wortfolge "die Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 200 - Artikel D.VII.20 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 3 Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

2. In § 3 Absatz 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

3. In § 3 Absatz 2 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "der beauftragte Beamte" jeweils durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

4. In § 3 Absatz 2 Nummer 2 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

5. In § 3 Absatz 3 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

6. In § 3 Absatz 3 Nummer 2 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

7. In § 4 wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 201 - Artikel D.VII.21 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 1 bis 3 werden zu § 1 Absätze 1 bis 3.

2. In Absatz 1, der zu § 1 Absatz 1 wird, wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

3. In Absatz 2, der zu § 1 Absatz 2 wird, wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" und das Wort "seiner" durch das Wort "ihrer" ersetzt.

4. Folgender § 2 wird eingefügt:

"§ 2 - Betreffen die in § 1 erwähnten Wiederherstellungsmaßnahmen:

1. ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Auferlegung der Maßnahme ein gleich lautendes Denkmalgutachten eingeholt;

2. ein in Artikel D.IV.14.2 genanntes Gut, wird vor der Auferlegung der Maßnahme ein einfaches Denkmalgutachten eingeholt.

Das Gutachten über die Maßnahme wird innerhalb von sechzig Tagen nach der Einsendung durch die Regierung übermittelt. Andernfalls wird von einem positiven Gutachten ausgegangen."

Art. 202 - In Artikel D.VII.22 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird im einleitenden Satz die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 203 - In Artikel D.VII.25 Absatz 4 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "des beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 204 - Artikel D.VIII.5 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 3 wird die Angabe "OGD4" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

2. In § 3 Absatz 3 wird die Wortfolge "zwei regionalen Zeitungen und einer Reklamezeitung" durch die Wortfolge "mindestens einer im deutschen Sprachgebiet verbreiteten deutschsprachigen Tageszeitung und einer deutschsprachigen Reklamezeitung" ersetzt.

3. § 3 Absatz 4 Nummer 2 wird aufgehoben.

4. In § 3 Absatz 4 Nummer 3 wird die Angabe "OGD3" durch die Wortfolge "Wallonischen Regierung" ersetzt.

5. In § 3 Absatz 4 Nummer 6 wird die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.

Art. 205 - In Artikel D.VIII.6 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte oder" gestrichen.

Art. 206 - Artikel D.VIII.8 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Nummer 2 wird die Wortfolge "der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4" durch die Wortfolge "des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

2. In § 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "mindestens drei auf dem gesamten Gebiet der Wallonischen Region verbreiteten Tageszeitungen, wovon eine in deutscher Sprache" durch die Wortfolge "mindestens einer im deutschen Sprachgebiet verbreiteten deutschsprachigen Tageszeitung" ersetzt.

3. In § 1 Nummer 4 wird die Wortfolge "dem Hörfunk und Fernsehen der französischen Gemeinschaft Belgiens und" gestrichen.

4. In § 2 Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge "den lokalen Seiten zweier in der Wallonischen Region weit verbreiteter Tageszeitungen, von denen mindestens eine auf dem Gebiet jeder der Gemeinden verbreitet wird, in denen die öffentliche Untersuchung organisiert wird" durch die Wortfolge "mindestens einer im deutschen Sprachgebiet verbreiteten deutschsprachigen Tageszeitung" ersetzt.

5. § 2 Absatz 2 wird aufgehoben.

6. In § 4 wird die Wortfolge "der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4" durch die Wortfolge "des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 207 - In Artikel D.VIII.10 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Hauptort eines jeden Verwaltungsbezirks, so wie am Sitz der Deutschsprachigen Gemeinschaft" durch die Wortfolge "Norden und im Süden des deutschen Sprachgebiets" ersetzt.

Art. 208 - In Artikel D.VIII.21 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "oder der beauftragte Beamte" gestrichen.

Art. 209 - Artikel D.VIII.22 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort "Wallonischen" jeweils gestrichen und die Wortfolge "Pools "Raumordnung"" durch das Wort "Beirats" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort "Wallonischen" gestrichen.
3. In Absatz 3 wird das Wort "Wallonischen" gestrichen.
4. In Absatz 5 wird die Wortfolge "Kapitel III von Titel III des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung" durch die Angabe "Artikel 74 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018" ersetzt.

Art. 210 - In Artikel D.VIII.24 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "der Abteilung Raumordnung und Städtebau der OGD4" durch die Wortfolge "des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 211 - In Artikel D.VIII.25 desselben Gesetzbuches wird das Wort "Wallonischen" jeweils gestrichen.

Art. 212 - In Artikel D.VIII.30 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.

Art. 213 - Artikel D.VIII.31 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:
"Die auf die in Absatz 1 erwähnten Pläne und Schemen anwendbaren Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind auch entsprechend auf die Areale für die städtische Flurbereinigung anwendbar."
2. In § 4 Absatz 1 wird die Wortfolge "Pools "Raumordnung"" durch das Wort "Beirats" ersetzt.

Art. 214 - Artikel D.VIII.33 § 4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Pool "Raumordnung"" durch das Wort "Beirat" ersetzt.
2. In Absatz 3 wird die Angabe "ODG3" durch die Wortfolge "Wallonischen Regierung" ersetzt.

Art. 215 - In Artikel D.VIII.34 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Angabe "ODG4" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Abschnitt 2 — Kommunalwege

Art. 216 - In Artikel 1 Absatz 1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz wird zwischen die Wortfolge "kommunalen Verkehrswege" und die Wortfolge "zu erhalten" die Wortfolge "im deutschen Sprachgebiet" eingefügt.

Art. 217 - In Artikel 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "dem Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung" durch die Wortfolge "den Bestimmungen des Gemeindedekrets vom 23. April 2018" ersetzt.

Art. 218 - Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird die Wortfolge "dem Provinzkollegium" durch die Wortfolge "der Regierung", die Wortfolge "das Provinzkollegium" durch die Wortfolge "die Regierung" und das Wort "sein" jeweils durch das Wort "ihr" ersetzt.
2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "des Provinzkollegiums" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
3. In Absatz 4 wird die Wortfolge "Artikel L1133-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung" durch die Wortfolge "Artikel 74 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018" ersetzt.

Art. 219 - Artikel 8 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2016, wird die Wortfolge "der beauftragte Beamte im Sinne des GRE" gestrichen und die Wortfolge "dem beauftragten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 2, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 5. Februar 2015, wird zwischen das Wort "Dekrets" und die Wortfolge "über Handelniederlassungen" die Angabe "vom 5. Februar 2015" eingefügt und die Wortfolge "der beauftragte Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.

Art. 220 - In Artikel 9 § 1 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "im Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung vorgesehenen Register der Gemeindebeschlüsse" durch die Wortfolge "in Artikel 57 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 vorgesehenen Beschlussregister" ersetzt.

Art. 221 - Artikel 14 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "das Provinzkollegium gesandt, das für das Gebiet einer jeden Gemeinde, auf dem sich der Verkehrsweg befindet, der Gegenstand des Antrags ist, zuständig ist" durch die Wortfolge "die Regierung gesandt" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "der oder die Provinzkollegien" durch die Wortfolge "die Regierung" ersetzt.
3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "des Provinzkollegiums oder der Provinzkollegien" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 222 - In Artikel 15 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der Provinzkollegien" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 223 - In Artikel 17 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Artikel L1133-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung" durch die Wortfolge "Artikel 74 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018" ersetzt.

Art. 224 - In Artikel 19 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Artikel L1133-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung" durch die Wortfolge "Artikel 74 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018" ersetzt.

Art. 225 - In Artikel 24 Nummer 5 Buchstabe *b*) desselben Dekrets wird die Wortfolge "je nach Fall französisch- oder deutschsprachigen" gestrichen.

Art. 226 - In Artikel 32 Absatz 2 desselben Dekrets wird der erste Satz gestrichen.

Art. 227 - In Artikel 33 desselben Dekrets wird die Wortfolge „, von den anliegenden Eigentümern und vom Wegekommissar“ durch die Wortfolge „und von den anliegenden Eigentümern“ ersetzt.

Art. 228 - In Artikel 43 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolge „Antrag der Gemeinde“ und das Wort „können“ die Wortfolge „und gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 20. Juli 2017 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region zur Ermächtigung der wallonischen Erwerbskomitees, Rechtsgeschäfte in Immobilienangelegenheiten im Namen und für die Rechnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der von ihr abhängenden Körperschaften durchzuführen,“ eingefügt, die Wortfolge „können die beim Föderalen Öffentlichen Dienst Finanzen“ durch die Wortfolge „können die beim Öffentlichen Dienst der Wallonie“ ersetzt und die Wortfolge „beim Föderalen Öffentlichen Dienst Finanzen eingerichteten“ gestrichen.

Art. 229 - Artikel 61 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:
"1° die vom Gemeinderat zu diesem Zweck bestellten Gemeindebediensteten;"
2. In § 1 Absatz 1 Nummer 2 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.
3. § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird aufgehoben.
4. § 1 Absatz 1 Nummer 4 wird aufgehoben.
5. § 1 Absatz 1 Nummer 5 wird aufgehoben.
6. § 1 Absatz 2 wird aufgehoben.
7. § 2 wird aufgehoben.

Abschnitt 3 — Gewerbegebiete

Art. 230 - Artikel 1 des Dekrets der Wallonischen Region vom 2. Februar 2017 über die Entwicklung der Gewerbegebiete wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 2 wird aufgehoben.
2. Nummer 9 wird wie folgt ersetzt:

"9° Erwerbsausschuss: die aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 20. Juli 2017 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region zur Ermächtigung der wallonischen Erwerbskomitees, Rechtsgeschäfte in Immobilienangelegenheiten im Namen und für die Rechnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der von ihr abhängenden Körperschaften durchzuführen, beauftragten wallonischen Erwerbskomitees,"

Art. 231 - Artikel 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Buchstabe c) wird aufgehoben.
2. § 1 Buchstabe f) wird aufgehoben.

Art. 232 - Artikel 9 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „den leitenden Beamten“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“, das Wort „Er“ durch das Wort „Sie“ und das Wort „seine“ durch das Wort „ihre“ ersetzt.
3. In Absatz 3 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
4. In Absatz 4 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“, die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“ und das Wort „er“ durch das Wort „sie“ ersetzt.

Art. 233 - Artikel 10 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „des leitenden Beamten an Letzteren“ durch die Wortfolge „der Regierung an letztere“ ersetzt.

Art. 234 - Artikel 11 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 235 - In Artikel 12 § 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „, der (den) betroffenen Gemeinde(n), dem leitenden Beamten und dem beauftragten Beamten“ durch die Wortfolge „und der (den) betroffenen Gemeinde(n)“ ersetzt.

Art. 236 - Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „des leitenden Beamten oder“ gestrichen.
2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „oder von dem leitenden Beamten“ gestrichen und die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“ ersetzt.

Art. 237 - Artikel 14 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „den leitenden Beamten“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“, das Wort „Er“ durch das Wort „Sie“ und das Wort „seine“ durch das Wort „ihre“ ersetzt.
3. In Absatz 3 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
4. In Absatz 4 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“, die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“ und das Wort „er“ durch das Wort „sie“ ersetzt.

Art. 238 - Artikel 15 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „des leitenden Beamten an Letzteren“ durch die Wortfolge „der Regierung an letztere“ ersetzt.

Art. 239 - Artikel 16 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 240 - In Artikel 17 § 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „, der (den) betroffenen Gemeinde(n), dem leitenden Beamten und dem beauftragten Beamten“ durch die Wortfolge „und der (den) betroffenen Gemeinde(n)“ ersetzt.

Art. 241 - Artikel 18 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „des leitenden Beamten oder“ gestrichen.
2. In Absatz 3 wird die Wortfolge „oder von dem leitenden Beamten“ gestrichen und die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“ ersetzt.

Art. 242 - In Artikel 19 desselben Dekrets wird das Wort „Region“ durch die Wortfolge „Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 243 - In Artikel 21 Absatz 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge „vom leitenden Beamten festgestellt, der“ durch die Wortfolge „von der Regierung festgestellt, die“ und die Wortfolge „, die betroffene(n) Gemeinde(n) und den beauftragten Beamten nach Artikel D.IV.22 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung“ durch die Wortfolge „und die betroffene(n) Gemeinde(n)“ ersetzt.

Art. 244 - Artikel 41 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „den leitenden Beamten“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“, das Wort „Er“ durch das Wort „Sie“ und das Wort „seine“ durch das Wort „ihre“ ersetzt.
3. In Absatz 3 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
4. In Absatz 4 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“, die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“ und das Wort „er“ durch das Wort „sie“ ersetzt.

Art. 245 - Artikel 42 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „des leitenden Beamten“ durch die Wortfolge „der Regierung“ ersetzt.
3. In Absatz 6 wird die Wortfolge „den leitenden Beamten“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.

Art. 246 - Artikel 44 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „dem leitenden Beamten“ durch die Wortfolge „der Regierung“ ersetzt.

Art. 247 - Artikel 45 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 248 - In Artikel 46 § 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „, der (den) betroffenen Gemeinde(n), dem leitenden Beamten und dem beauftragten Beamten“ durch die Wortfolge „und der (den) betroffenen Gemeinde(n)“ ersetzt.

Art. 249 - Artikel 47 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge „vom leitenden Beamten festgestellt, der“ durch die Wortfolge „von der Regierung festgestellt, die“ ersetzt und die Wortfolge „, die betroffene(n) Gemeinde(n) und den beauftragten Beamten nach Artikel D. IV.22 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung“ durch die Wortfolge „und die betroffene(n) Gemeinde(n)“ ersetzt.
2. In § 3 Absatz 2 wird die Wortfolge „vom leitenden Beamten festgestellt, der“ durch die Wortfolge „von der Regierung festgestellt, die“ ersetzt.

Art. 250 - Artikel 48 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Buchstabe c) zweiter Spiegelstrich wird die Wortfolge „, dem Betriebsplan oder den besonderen Informationen im Sinne des Dekrets vom 12. Februar 2004 über den Geschäftsführungsvertrag und die Informationspflichten“ durch die Wortfolge „im Sinne von Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Region“ durch die Wortfolge „Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 251 - Artikel 50 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „Die Regierung“ und die Wortfolge „des leitenden Beamten an Letzteren“ durch die Wortfolge „der Regierung an letztere“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.
3. Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 252 - In Artikel 51 Absatz 4 desselben Dekrets wird die Wortfolge „und dem beauftragten Beamten im Sinne von Artikel D.IV.22 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung“ gestrichen.

Art. 253 - In Artikel 57 § 1 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der leitende Beamte“ durch die Wortfolge „die Regierung“ ersetzt.

Art. 254 - In der Überschrift von Titel 4 desselben Dekrets wird das Wort „Region“ durch die Wortfolge „Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

Art. 255 - Artikel 62 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „an den leitenden Beamten“ durch die Wortfolge „an die Regierung“ ersetzt.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 256 - In Artikel 69 desselben Dekrets wird das Wort „Region“ durch die Wortfolge „Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt und das Wort „regionalen“ gestrichen.

Art. 257 - In Artikel 71 Absatz 1 desselben Dekrets wird im einleitenden Satz die Wortfolge "dem leitenden Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

Art. 258 - In Artikel 72 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Der leitende Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 259 - Artikel 73 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "Der leitende Beamte" durch die Wortfolge "Die Regierung" und das Wort "er" durch das Wort "sie" ersetzt.

2. In Absatz 3 wird die Wortfolge "Nach Stellungnahme des leitenden Beamten übermittelt die Regierung" durch die Wortfolge "Die Regierung übermittelt" ersetzt.

KAPITEL 9 — WOHNUNGSWESEN

Art. 260 - Artikel 1 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1ter, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 2. Mai 2019, wird die Wortfolge "wallonischen Tourismusgesetzbuches" durch die Wortfolge "Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus" ersetzt.

2. In Nummer 2, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "Wallonischen Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

3. In Nummer 9, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

4. In Nummer 23, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "eine lokale Behörde, eine autonome Regie, die "Société wallonne du logement" (Wallonische Wohnungsbaugesellschaft), eine Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der "Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie" (Wohnungsfonds der kinderreichen Familien der Wallonie), eine Agentur für soziale Wohnungen oder eine Vereinigung zur Förderung des Wohnungswesens, die "Société wallonne du Crédit social" (Wallonische Sozialkreditgesellschaft)" durch die Wortfolge "die Regierung, eine lokale Behörde, eine autonome Regie, eine Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, eine Agentur für soziale Wohnungen oder eine Vereinigung zur Förderung des Wohnungswesens" ersetzt.

5. In Nummer 34 wird die Wortfolge "die Provinz," gestrichen.

6. In Nummer 36, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird im einleitenden Satz die Wortfolge "von der "Société wallonne du Crédit social" (Wallonische Sozialkreditgesellschaft), von dem "Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie" (Wohnungsfonds der kinderreichen Familien der Wallonie) oder von den "Guichets du Crédit social" (Sozialkreditschaltern)" durch die Wortfolge "von oder im Auftrag der Regierung" ersetzt.

7. In Nummer 36 Buchstabe a), eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird die Wortfolge "in der Wallonischen Region" durch die Wortfolge "im deutschen Sprachgebiet" ersetzt.

8. In Nummer 37 Absatz 1, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "mit Ausnahme der "Société wallonne du Crédit social"" gestrichen.

9. In Nummer 37 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "Auf Vorschlag der "Société wallonne du Logement" bestimmt die Regierung" durch die Wortfolge "Die Regierung bestimmt" ersetzt.

Art. 261 - Artikel 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

3. In § 3 Absatz 1, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2005 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

4. In § 3 Absatz 2, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 262 - In der Überschrift von Titel II desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "regionalen Politik" durch die Wortfolge "Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 263 - In Artikel 5 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 2. Mai 2019, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"Die Regierung kann externe Sachverständige unter der Aufsicht der in Absatz 1 erwähnten Beamten und Bediensteten der Verwaltung mit Untersuchungsaufgaben beauftragen. In diesem Fall unterstützen die beauftragten Sachverständigen die Beamten und Bediensteten der Verwaltung bei der Ausübung ihrer in Absatz 1 erwähnten Befugnisse."

Art. 264 - Artikel 7bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Der Bürgermeister schlägt dem zur Räumung gezwungenen Bewohner aufgrund von Artikel 7 Absatz 3 oder Absatz 7 ein Angebot für eine Ersatzwohnung vor."

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

3. Absatz 3 wird aufgehoben.

4. In Absatz 4 wird die Wortfolge "die Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch die Wortfolge "der Bürgermeister" ersetzt, die Wortfolge "auf dem Provinzgebiet" durch die Wortfolge "im deutschen Sprachgebiet" ersetzt, die Wortfolge "oder von der Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft" gestrichen und die Wortfolge "haben der Bürgermeister und die Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch die Wortfolge "hat der Bürgermeister" ersetzt.

5. In Absatz 5 wird die Wortfolge "oder bei der Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft" gestrichen.

6. In Absatz 6 wird die Wortfolge "und die Wallonische Wohnungsbaugesellschaft führen" durch das Wort "führt" ersetzt.

7. Absatz 7 wird aufgehoben.

Art. 265 - In Artikel 7ter Absatz 1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird die Wortfolge "per bei der Post aufgegebenen Einschreibebrief" durch die Wortfolge "per Einschreiben" ersetzt.

Art. 266 - In Artikel 12 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 2. Mai 2019, wird das Wort "Bürgermeister- und Schöffenkollegium" durch das Wort "Gemeindekollegium" ersetzt.

Art. 267 - In Artikel 13 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "Bürgermeister- und Schöffenkollegium" durch das Wort "Gemeindekollegium" ersetzt.

Art. 268 - Die Überschrift von Titel II Kapitel I Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 4 - Verwaltungsstrafen"

Art. 269 - Artikel 13bis desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012 und abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017 und vom 17. Juli 2018, wird aufgehoben.

Art. 270 - In Artikel 13ter desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 21. Dezember 2016, wird die Wortfolge "Der von der Regierung bestimmte Beamte der Verwaltung" durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 271 - In Artikel 13quater Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 272 - In Artikel 14 § 4 Nummer 5 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 1. Juni 2017, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 273 - In Artikel 22bis Absatz 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juli 2017, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 274 - Artikel 54 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft ("Société wallonne du Logement")" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

4. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 275 - Artikel 55 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 276 - Artikel 56 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 277 - Artikel 57 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 278 - In Artikel 59 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 279 - In Artikel 59bis desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird die Wortfolge "die Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" gestrichen und das Wort "gewähren" durch die Wortfolge "gewährt werden".

Art. 280 - In Artikel 59ter desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 281 - In Artikel 63bis desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird das Wort "Wallonische" gestrichen.

Art. 282 - Artikel 64 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 283 - In Artikel 65 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 284 - In Artikel 67 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 285 - In Artikel 69 § 1 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird im einleitenden Satz die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 286 - Artikel 71 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 287 - In Artikel 75 § 1 Absatz 3 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird die Wortfolge "regionalen Zuschusses" durch die Wortfolge "Zuschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 288 - Artikel 76 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 289 - In Artikel 78 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird die Wortfolge "Wallonische Wohnungsbaugesellschaft" durch das Wort "Regierung" ersetzt.

Art. 290 - Artikel 78bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge ", der "Fonds du Logement des Familles nombreuses der Wallonie", die "Société wallonne du Logement"" gestrichen und das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2 wird das Wort "Wallonische" gestrichen.

4. § 2 Absatz 3, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird aufgehoben.

5. In § 4, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird das Wort "regionalen" gestrichen.

Art. 291 - Artikel 79 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 Buchstabe a) wird die Wortfolge "auf dem regionalen Gebiet" durch die Wortfolge "im deutschen Sprachgebiet" und das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

2. Nummer 3 Buchstabe b) wird aufgehoben.

Art. 292 - Artikel 85bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2005, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachige Gemeinschaft" ersetzt.

2. § 2, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. April 2009, wird aufgehoben.

Art. 293 - In Artikel 85ter § 3 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird im einleitenden Satz die Wortfolge "bei der Post" gestrichen.

Art. 294 - In Artikel 85quater desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird die Wortfolge "bei der Post" gestrichen.

Art. 295 - In der Überschrift von Titel III desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "regionalen Politik" durch die Wortfolge "Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 296 - Titel III Kapitel I desselben Gesetzbuches, der die Artikel 86 bis 129 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 2. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 297 - Artikel 130 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 werden zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, folgende Absätze eingefügt:

"Die Regierung kann nur eine Einrichtung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Gesellschaft zulassen. Diese erfüllt folgende Kriterien:

1. die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzbuches und seiner Ausführungserlasse einhalten;
2. als Gesellschaft mit beschränkter Haftung konstituiert sein;
3. alle Gemeinden des deutschen Sprachgebiets als Gesellschafter aufweisen;
4. ihre Dienstleistungen im deutschen Sprachgebiet anbieten;
5. die Kontrolle der Regierung in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets akzeptieren.

Die Gesellschaft unterliegt dem Gesetzbuch der Gesellschaften und Vereinigungen mit Ausnahme der Bereiche, die durch das vorliegende Gesetzbuch geregelt werden."

2. Absatz 2, der zu Absatz 4 wird, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird aufgehoben.

3. In Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird die Wortfolge "Die Region, die Provinzen, die Interkommunalen, die" durch das Wort "Die" ersetzt, die Wortfolge ", die Organisationen der Arbeitswelt" gestrichen und das Wort "einer" durch das Wort "der" ersetzt.

4. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

“Die Regierung genehmigt die Satzungen der Gesellschaft sowie jede nachträgliche Satzungsänderung.”

Art. 298 - Artikel 131 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt ersetzt:

“Die Gesellschaft verfolgt folgende Ziele:

1. Verwaltung und Vermietung von Sozialwohnungen und gleichgestellten Sozialwohnungen, mittleren Wohnungen, angepassten und anpassbaren Wohnungen, Eingliederungswohnungen und Übergangswohnungen, gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten und Bedingungen;

2. Empfang der Mieter beim Eintritt in eine angepasste oder anpassbare Sozialwohnung, Eingliederungs- oder Transitwohnung, gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten;

3. Ankauf, Bau, Sanierung, Erhaltung, Verbesserung, Anpassung von Wohnungen und Umgestaltung von Gebäuden, die sie besitzt oder worauf sie über dingliche Rechte verfügt, um sie hauptsächlich für Wohnungszwecke zu verwenden;

4. jegliche Immobilientätigkeit sowie das Entwickeln von Immobilienprojekten und deren Umsetzung; jegliche Verwaltungstätigkeit oder Vermietung von Gebäuden, um sie teilweise zu Wohnzwecken zu verwenden, gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten und Bedingungen;

5. Verkauf von Immobilien, deren Besitzer sie ist;

6. Empfang der Mietkandidaten und der Mieter sowie ihre soziale Betreuung;

7. Information und Mitteilung an die Mieter bezüglich der Aktivitäten der Gesellschaft, des Unterhalts-, Renovierungs- und Bauprogramms von Wohnungen;

8. Untersuchung der Anträge der Haushalte, die eine Wohnung kaufen möchten, und die Weiterbearbeitung der Verträge;

9. Anmieten oder Verwalten von Gebäuden, um sie für Wohnungszwecke zu verwenden, gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten und Bedingungen;

10. Erstellung, Ausarbeitung und Projektbegleitung aller Immobilienangelegenheiten, die ganz oder teils den öffentlichen Wohnungsbau betreffen;

11. Intervention als Immobilienexperte für eigene Rechnung oder für Rechnung des Inhabers eines dinglichen Rechtes;

12. Beteiligung an der Gründung, Verwaltung und am Betrieb von öffentlichen oder privaten juristischen Personen, die an der Durchführung der Zielsetzung der Wohnungspolitik teilnehmen;

13. Einsetzen und Verwaltung des Katasters der Wohnungen, die von den öffentlichen Behörden verwaltet sind, gemäß den von der Regierung festgelegten Modalitäten;

14. Information an den Beratenden Ausschuss der Mieter und Eigentümer, damit dieser seine Aufgabe ordnungsgemäß wahrnehmen kann;

15. Unterstützung der untergeordneten Behörden bei der Durchführung der lokalen Wohnungspolitik;

16. Ausrüstung mit Verkehrswegen, Kanalisationen, Straßenbeleuchtung, Wasserversorgungsnetz, gemeinsamen Zugängen und Anlagen von kulturellem oder sozialem Interesse, die in einem Gebäudekomplex voll integriert sind, und die Einrichtung dieser Ausrüstung;

17. Bildung einer Reserve von für die harmonische Entwicklung des Lebensraums notwendigen Grundstücken, um sie an Privatpersonen zu veräußern oder ihnen dingliche Rechte zu gewähren, indem ihnen die Erhaltung der äußeren Gestaltung und der zweckentsprechenden Raumaufteilung der Gebäudekomplexe auferlegt wird;

18. jegliche neue Aufgabe, die mit den Aufgaben, die im vorliegenden Absatz erwähnt werden, direkt verbunden ist und die von der Regierung festgelegt wird.”

2. In Absatz 2, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird die Wortfolge “nach Stellungnahme der Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft” gestrichen.

Art. 299 - In Artikel 131^{bis} Absatz 1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 9. Februar 2012 und abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 2017, wird das Wort “muss” durch das Wort “kann” ersetzt.

Art. 300 - Artikel 132 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge “, die aufgrund des Dekrets vom 10. Juli 2013 über die Einrichtungen für sozialberufliche Eingliederung zugelassen ist,” gestrichen und die Wortfolge “einer Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes” durch die Wortfolge “der Gesellschaft” ersetzt.

2. Absatz 3, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird aufgehoben.

3. In Absatz 4, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird die Wortfolge “Auf Vorschlag der Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft bestimmt die Regierung” durch die Wortfolge “Die Regierung bestimmt” ersetzt.

Art. 301 - Artikel 133 § 2 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge “Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft” durch das Wort “Regierung” ersetzt.

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 302 - In Artikel 134 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge “Société wallonne du logement” durch das Wort “Regierung” ersetzt.

Art. 303 - Artikel 135 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 3, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird die Wortfolge “Société wallonne du Logement” jeweils durch die Wortfolge “Deutschsprachigen Gemeinschaft” ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 4, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 19. Dezember 2012 und vom 16. Mai 2013, wird die Wortfolge *“Société wallonne du logement”* oder von der Region *“Deutschsprachigen Gemeinschaft”* ersetzt.

3. § 1 Absatz 1 Nummer 5 wird aufgehoben.

4. In § 1 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2005, wird die Wortfolge *“Nachdem die ‘Société wallonne du logement’ ihr Gutachten abgegeben hat, kann die Regierung”* durch die Wortfolge *“Die Regierung kann”* ersetzt.

5. In § 2, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird das Wort *“einer”* durch das Wort *“der”* ersetzt und die Wortfolge *“nach Stellungnahme der Wallonischen Wohnungsbaugesellschaft”* gestrichen.

6. § 3, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird aufgehoben.

Art. 304 - Artikel 138 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird aufgehoben.

2. In § 1 Absatz 2 wird das Wort *“einer”* durch das Wort *“der”* ersetzt.

3. In § 1 Absatz 3 wird das Wort *“Anteile”* jeweils durch das Wort *“Aktien”* ersetzt.

4. In § 2 Absatz 1 wird das Wort *“Gesellschaftsanteile”* durch das Wort *“Aktien”* ersetzt und der zweite Satz gestrichen.

5. § 2 Absatz 2, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 23. November 2006, wird aufgehoben.

6. In § 2 Absatz 3 wird der zweite Satz gestrichen.

7. § 2 Absatz 4 wird aufgehoben.

8. § 3, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt ersetzt:

“§ 3 - Der freiwillig zurücktretende oder ausgeschlossene Aktionär hat das Recht auf Rückzahlung der Beträge, welche er auf seinen Aktien eingezahlt hat, ohne dass er ein Anrecht auf einen Teil der Reserven, Mehrwerte und andere Gelder hat.”

9. § 4, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt ersetzt:

“§ 4 - Im Falle der Auflösung der Gesellschaft wird der nach der Zahlung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft bestehende Saldo zuerst für die Rückzahlung der Aktien verwendet.

Wenn alle Aktien nicht im gleichen Maße eingezahlt worden sind, wird das Gleichgewicht zwischen den Aktien in Bezug auf die Einzahlung hergestellt, dies entweder mittels Aufforderungen zur Einzahlung oder mittels Teilrückzahlungen.

Das verbleibende Guthaben wird an eine von der Regierung zugelassene im öffentlichen Wohnungsbau tätige Gesellschaft überwiesen oder einem anderen von der Regierung genehmigten Zweck im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus zugeführt.”

Art. 305 - In der Überschrift von Titel III Kapitel II Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge *“, die Fusionen und die Umstrukturierungen”* gestrichen.

Art. 306 - Artikel 139 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt wieder eingefügt:

“Art. 139 - Das geographische Tätigkeitsfeld der Gesellschaft entspricht dem deutschen Sprachgebiet.”

Art. 307 - Artikel 140 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 308 - Artikel 141 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 309 - Artikel 142 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird aufgehoben.

Art. 310 - Artikel 143 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 311 - Artikel 144 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und vom 30. März 2006, wird aufgehoben.

Art. 312 - Artikel 145 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 313 - Artikel 146 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und vom 9. Februar 2012, wird aufgehoben.

Art. 314 - Artikel 147 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort *“Anteile”* durch das Wort *“Aktien”* ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge *“jeder Provinz,”* gestrichen.

3. In § 2 wird das Wort *“Anteile”* durch das Wort *“Aktien”* ersetzt.

Art. 315 - Artikel 148 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. § 1, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Mai 2013, wird wie folgt ersetzt:

“§ 1 - Der Verwaltungsrat besteht aus von der Generalversammlung der Gesellschaft bezeichneten Verwaltern und aus einem Verwalter, der den beratenden Ausschuss der Mieter und Eigentümer vertritt, wenn ein solcher Ausschuss gegründet worden ist. Unter den von der Generalversammlung bezeichneten Verwaltern können zwei Verwalter Aktien als Privatperson besitzen.”

2. § 2 wird aufgehoben.

3. In § 3 wird die Wortfolge *“einen Vorsitzenden”* durch die Wortfolge *“einen Präsidenten und einen Vize-Präsidenten”* ersetzt.

4. § 4, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird wie folgt ersetzt:

“§ 4 - Die Satzungen bestimmen, unter welchen Umständen die Verwalter abberufen werden können.”

Art. 316 - Artikel 148ter desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Es werden innerhalb der Gesellschaft zwei Ausschüsse für die Zuweisung der Wohnungen gegründet, wovon der eine für die Wohnungen in den Gemeinden Eupen, Kelmis, Lontzen und Raeren und der andere für die Wohnungen in den Gemeinden Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach und St. Vith zuständig ist.“

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

3. In Absatz 6 wird zwischen das Wort „legt“ und die Wortfolge „die Anwendungsmodalitäten“ die Wortfolge „die Zusammensetzung der Ausschüsse für die Zuweisung der Wohnungen sowie“ eingefügt.

Art. 317 - § 1 - Artikel 148^{quater} desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. April 2009, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 148^{quater} - Die Mitglieder des Verwaltungsrats oder eines anderen Verwaltungsorgans haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.“

§ 2 - In Artikel 149 Nummer 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Artikel 143 des Gesetzbuches über die Gesellschaften“ durch die Wortfolge „Artikel 3: 74 des Gesetzbuches der Gesellschaften und Vereinigungen“ ersetzt.

Art. 318 - Artikel 150 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 23. November 2006, wird die Wortfolge „einer Gesellschaft“ durch die Wortfolge „der Gesellschaft“ ersetzt und die Wortfolge „oder Provinzialabgeordneten einer Gemeinde oder Provinz, die Mitglied der Gesellschaft sind“ durch die Wortfolge „oder als Mitglied eines Gemeinderates, eines Provinzialrates oder eines Sozialhilferates, des Europäischen Parlaments, der föderalen gesetzgebenden Kammern, eines Regional- oder Gemeinschaftsparlaments, der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie als Personalmitglied der Regierung oder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das unter der Verantwortung des für die Raumordnung und für das Wohnungswesen zuständigen Ministers steht“ ersetzt.

2. In Absatz 3, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 23. November 2006 und abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012 und vom 16. Mai 2013, wird zwischen die Wortfolge „mit der Eigenschaft“ und die Wortfolge „als Mitglied eines Gemeinderates“ die Wortfolge „eines Bürgermeisters, Schöffen, Vorsitzenden eines Sozialhilfezentrums oder“ eingefügt und werden die drei letzten Sätze gestrichen.

3. Absatz 4, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Mai 2013, wird aufgehoben.

Art. 319 - In Artikel 151 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Die Provinzialräte, die“ durch das Wort „Die“ ersetzt.

Art. 320 - Artikel 152 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Mai 2013, wird aufgehoben.

Art. 321 - Artikel 152^{quater} desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006 und ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird aufgehoben.

Art. 322 - Artikel 152^{quinquies} Absätze 2 bis 6 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 23. November 2006 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. April 2009, werden aufgehoben.

Art. 323 - In Artikel 154 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „nach eingeholtem Gutachten der „Société wallonne du logement““ gestrichen.

Art. 324 - In Artikel 155 § 2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Société wallonne du logement“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Art. 325 - In Artikel 157 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge „auf Vorschlag der „Société wallonne du Logement““ gestrichen.

Art. 326 - Artikel 158 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2005, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird die Wortfolge „der Wallonischen Region“ durch die Wortfolge „der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird das Wort „Zielsetzungsvertrags“ durch das Wort „Geschäftsführungsvertrags“ ersetzt.

3. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge „auf Vorschlag der „Société wallonne du Logement““ gestrichen.

Art. 327 - In Artikel 158bis Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird die Wortfolge „und auf Vorschlag der „Société wallonne du Logement““ gestrichen.

Art. 328 - In Artikel 158^{quater} desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge „durch die „Société wallonne du Logement““ gestrichen.

Art. 329 - In Artikel 158^{quinquies} desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge „auf Vorschlag der „Société wallonne du Logement““ gestrichen und die Wortfolge „Die Société wallonne du Logement“ durch die Wortfolge „Die Regierung“ ersetzt.

Art. 330 - In Artikel 159 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2005, wird die Wortfolge „auf Vorschlag der „Société wallonne du Logement““ gestrichen.

Art. 331 - In Artikel 160 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird die Wortfolge „Société wallonne du logement“ bestimmten und von der Regierung gebilligten“ durch die Wortfolge „Regierung festgelegten“ ersetzt.

Art. 332 - Artikel 161 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Februar 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 161 - § 1 - Der Haushaltsentwurf der Gesellschaft wird bis spätestens 30. September des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, dem für das Wohnungswesen zuständigen Minister und dem Haushaltsminister übermittelt. Erfolgt die Übermittlung des Haushaltsentwurfes der Gesellschaft nicht innerhalb dieser Frist, werden eventuelle Zahlungen zulasten des Haushaltes der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die Gesellschaft ausgesetzt.

Der Haushalt wird von der Regierung genehmigt und dem Parlament sowie den Gemeinden zur Information übermittelt.

§ 2 - Jedes Jahr findet im Laufe des ersten Quartals eine Haushaltskontrolle hinsichtlich einer eventuellen Anpassung des Haushaltes statt. Weitere Haushaltskontrollen und Haushaltsanpassungen sind zu jedem Zeitpunkt bis zum endgültigen Abschluss der Rechnungslegung möglich.

Die Gesellschaft übermittelt den Entwurf zur Anpassung des Haushaltes zusammen mit den Erläuterungen dem für das Wohnungswesen zuständigen Minister und dem Haushaltsminister. Die Haushaltsanpassung wird von der Regierung genehmigt und dem Parlament sowie den Gemeinden zur Information übermittelt."

Art. 333 - In Titel III Kapitel II Abschnitt 2 Unterabschnitt 8 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Februar 2017, wird folgender Artikel 161bis eingefügt:

"Art. 161bis - Bis zum 15. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, übermittelt die Gesellschaft dem für das Wohnungswesen zuständigen Minister und dem Haushaltsminister den Jahresabschluss.

Der Jahresabschluss wird von der Regierung genehmigt und dem Parlament sowie den Gemeinden zur Information übermittelt."

Art. 334 - In Titel III Kapitel II Abschnitt 2 Unterabschnitt 8 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Februar 2017, wird folgender Artikel 161ter eingefügt:

"Art. 161ter - Bis zum 30. Juni des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, übermittelt die Gesellschaft dem für das Wohnungswesen zuständigen Minister und dem Haushaltsminister einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten während des abgelaufenen Haushaltsjahres. Hat die Gesellschaft einen Geschäftsführungsvertrag mit der Regierung abgeschlossen, enthält der Jahresbericht ebenfalls die Berichterstattung über den Stand der Ausführung dieses Geschäftsführungsvertrags.

Der Jahresbericht wird von der Regierung genehmigt und dem Parlament sowie den Gemeinden zur Information übermittelt."

Art. 335 - Die Überschrift von Titel III Kapitel II Abschnitt 2bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2005, wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 2bis - Geschäftsführungsverträge"

Art. 336 - Artikel 162 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2005 und ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 162 - Unbeschadet der weiteren Bestimmungen des vorliegenden Gesetzbuches kann die Bezuschussung und eine weitere Aufgabenbeschreibung im Rahmen von Geschäftsführungsverträgen gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen den Einrichtungen und der Regierung festgelegt werden."

Art. 337 - Artikel 163 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und vom 20. Juli 2005, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 163 - § 1 - Die Gesellschaft unterliegt der Aufsicht des für das Wohnungswesen zuständigen Ministers und des Haushaltsministers. Die Aufsicht des Haushaltsministers betrifft alle Entscheidungen, die finanzielle oder haushaltmäßige Auswirkungen haben.

Die Aufsicht erfolgt mittels eines oder mehrerer Regierungskommissare, die von der Regierung auf Vorschlag des für das Wohnungswesen zuständigen Ministers und des Haushaltsministers bezeichnet werden.

Für jeden Regierungskommissar kann die Regierung einen Stellvertreter bezeichnen, der im Fall einer Verhinderung die Aufgaben des Regierungskommissars wahrnimmt.

§ 2 - Der Regierungskommissar nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil. Er besitzt weitestgehende Befugnisse zur Erfüllung seiner Aufgabe.

§ 3 - Jeder Regierungskommissar verfügt über eine Frist von vier vollen Tagen, um Einspruch zu erheben gegen jeden Beschluss, der seiner Meinung nach gegen geltende Bestimmungen oder das Gemeinwohl verstößt. Durch den Einspruch des Regierungskommissars wird die Ausführung des Beschlusses ausgesetzt. Der Regierungskommissar informiert den Verwaltungsrat der Einrichtung schriftlich über seinen Einspruch.

Die in Absatz 1 erwähnte Frist von vier vollen Tagen läuft ab dem Tag der Sitzung, auf der die Entscheidung getroffen wurde, sofern der Regierungskommissar zu dieser Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde, andernfalls ab dem Tag, an dem er von der Entscheidung Kenntnis genommen hat.

§ 4 - Der Regierungskommissar erhebt Einspruch bei dem Minister, auf dessen Vorschlag er bezeichnet worden ist.

Der Minister, bei dem Einspruch erhoben wird, verfügt über eine Frist von dreißig vollen Tagen ab dem in § 3 Absatz 2 erwähnten Zeitpunkt, um das Gutachten der anderen betroffenen Minister einzuholen und die Entscheidung aufzuheben. Er teilt dem Verwaltungsrat die Aufhebung der Entscheidung mit. Erfolgt keine Aufhebung innerhalb der vorerwähnten Frist, gilt die Entscheidung als definitiv.

§ 5 - Die Regierung legt den Betrag der Entschädigungen und Anwesenheitsgelder fest, die den Regierungskommissaren zulasten des Haushaltes der Gesellschaft gewährt werden."

Art. 338 - Artikel 164 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 164 - § 1 - Wenn das Gemeinwohl oder geltende Bestimmungen es erfordern, kann der Aufsichtsminister oder der Haushaltsminister den Verwaltungsrat der Gesellschaft dazu anhalten, über bestimmte Beschlussvorlagen zu entscheiden oder bestimmte Fragen zu beantworten. Der Minister oder der Regierungskommissar, der auf seinen Vorschlag bezeichnet worden ist, teilt dem Verwaltungsrat mit, zu welchen Fragen der Verwaltungsrat der Gesellschaft innerhalb welcher Frist eine Entscheidung treffen muss.

Hat der Verwaltungsrat der Gesellschaft innerhalb der gewährten Frist keine Entscheidung getroffen oder kann der Minister sich der Entscheidung des Verwaltungsrates nicht anschließen, kann die Regierung per Erlass die Entscheidung anstelle des Verwaltungsrates treffen. Eine Kopie des entsprechenden Erlasses wird dem Parlament unmittelbar übermittelt.

§ 2 - Die Regierung kann einen Sonderkommissar bezeichnen, wenn die Gesellschaft es versäumt, die verlangten Auskünfte oder Angaben zu erteilen oder die Maßnahmen durchzuführen, die durch geltende Bestimmungen oder durch einen rechtskräftigen gerichtlichen Beschluss vorgeschrieben sind. Der Sonderkommissar ist anstelle der säumigen Gesellschaft dazu befugt, alle notwendigen Maßnahmen im Rahmen des Mandats zu treffen, das ihm per Ernennungserlass erteilt worden ist.

Bevor die Regierung einen Sonderkommissar entsendet:

1. übermittelt sie der Gesellschaft per Einschreiben eine begründete Anmahnung, in der erläutert wird, was von ihr verlangt wird oder welche Maßnahmen sie zu treffen versäumt hat;
2. gewährt sie der Gesellschaft in derselben Anmahnung eine bestimmte und angemessene Frist, um der an sie gerichteten Aufforderung nachzukommen, ihr Verhalten zu rechtfertigen, ihren Standpunkt zu bestätigen oder die vorgeschriebenen Maßnahmen zu treffen."

Art. 339 - Artikel 165 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird aufgehoben.

Art. 340 - Titel III Kapitel II Abschnitt 3 Unterabschnitt 1bis desselben Gesetzbuches, der den Artikel 165bis umfasst, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Mai 2013, wird aufgehoben.

Art. 341 - Titel III Kapitel II Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches, der die Artikel 166 bis 169 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 17. Juli 2018, wird aufgehoben.

Art. 342 - Titel III Kapitel II Abschnitt 3 Unterabschnitt 3 desselben Gesetzbuches, der die Artikel 170 und 171 umfasst, abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und vom 30. März 2006, wird aufgehoben.

Art. 343 - Artikel 171bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "in der "Société wallonne du Logement"" durch die Wortfolge "bei der Regierung" ersetzt.
2. § 2 Absatz 1 vierter Spiegelstrich wird aufgehoben.
3. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge ""Société wallonne du Logement"" durch das Wort "Verwaltung" ersetzt.
4. In § 2 Absatz 3 wird die Wortfolge "Die Kommissare der Regierung bei der "Société wallonne du Logement" dürfen" durch die Wortfolge "Ein Vertreter der Regierung darf" ersetzt.

Art. 344 - Die Überschrift von Titel III Kapitel II Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:
"Abschnitt 4 - Zugang zur Wohnung"

Art. 345 - Artikel 172 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 172 - § 1 - Die Regierung bestimmt gegebenenfalls in Abweichung von den Bestimmungen des Dekrets vom 15. März 2018 über den Wohnmietvertrag die Bedingungen für den Zugang, die Anmietung und Bewohnung einer von der Gesellschaft verwalteten oder gebauten Wohnung.

Diese Bedingungen betreffen:

1. die Zulassung der Bewerber und die Bedingungen für eine vorrangige Zulassung;
2. das einheitliche Bewerbungsformular, in dem insbesondere das Verfahren, die Einspruchswege und die Anschrift der in Artikel 171bis erwähnten Beschwerdekammer angegeben sind;
3. das Zulassungsverfahren;
4. die Klauseln für eine bestimmte oder unbestimmte Zeitdauer abgeschlossene Mietverträge oder Bewohnungsvereinbarungen im Hinblick auf:

a) deren Dauer, die unter Berücksichtigung insbesondere des Alters oder der Beeinträchtigung der zur Miete wohnenden Haushalte bestimmt wird, sowie auf die Kündigungsbedingungen, wobei es sich versteht, dass unbeschadet von Artikel 7 kein Ausweisungsbeschluss vom 1. November bis zum 15. März des darauffolgenden Jahres ausgeführt werden darf. Die Ausweisung findet Anwendung, wenn der Haushalt eine Betreuung des öffentlichen Sozialhilfeszentrums verweigert;

b) die Natur der Nebenkosten und deren Berechnungsmethode;

c) das Verfahren für die Sicherstellung, Einzahlung und Auszahlung der Garantie;

d) das Verfahren für den Ein- und Auszug;

e) die jeweiligen Verpflichtungen der Parteien;

f) die Strafen;

g) die Berechnungsmethode der Mietzinse und Entschädigungen, unter Berücksichtigung der Einkünfte der zur Miete wohnenden Haushalte, der Anzahl unterhaltsberechtigter Kinder sowie der Wohnqualität und der Einrichtung der Wohnung;

5. das Einspruchsverfahren.

§ 2 - Die Regierung verfasst eine Charta der Gesellschaften und der Mieter, in der an die Rechte und Verpflichtungen der Mieter erinnert wird.

§ 3 - Die Regierung legt die Bedingungen für den Erwerb oder den Verkauf einer von der Gesellschaft verwalteten, gebauten oder verkauften Wohnung fest.

Diese Bedingungen betreffen insbesondere:

1. die Einkünfte des Haushalts;

2. das Immobilienvermögen des Haushalts.

§ 4 - Der vorliegende Artikel findet keine Anwendung auf die gemeinnützigen Wohnungen, die von der Gesellschaft verwaltet werden, an denen sie ein dingliches Recht haben, und die nicht Gegenstand des Folgenden gewesen sind:

1. eine aufgrund des vorliegenden Gesetzbuches bewilligte öffentliche Beihilfe, außer mit der Erlaubnis der Regierung, wenn es sich um eine Beihilfe für die Ausstattung, die Neuausstattung, die Aufbesserung und die Neueinrichtung der Ausstattungen handelt;

2. für den Erwerb oder den Bau, einer indirekten öffentlichen Finanzierung durch Mieteinnahmen von Wohnungen, die Gegenstand einer öffentlichen Beihilfe gewesen sind."

Art. 346 - Artikel 173 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 347 - Titel III Kapitel II Abschnitt 5 desselben Gesetzbuches, der den Artikel 174 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 23. November 2006, wird aufgehoben.

Art. 348 - Titel III Kapitel II Abschnitt 6 desselben Gesetzbuches, der den Artikel 174bis umfasst, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird aufgehoben.

Art. 349 - Die Überschrift von Titel III Kapitel III desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt ersetzt:

"Kapitel III - Die Gewährung von Sozialkrediten oder Darlehen für Energieeinsparungen"

Art. 350 - Die Überschrift von Titel III Kapitel III Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 1 - Rückgriff auf Dienstleistungen"

Art. 351 - Artikel 175.1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 23. November 2006, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 175.1 - Die Regierung kann im Hinblick auf die Gewährung von Sozialkrediten oder Darlehen für Energieeinsparungen mit der "Société wallonne du Crédit social" und/oder den "Guichets du Crédit social" ein Abkommen abschließen, um auf deren Dienstleistungen zurückzugreifen. Die weiteren Rahmenbedingungen werden in dem Abkommen festgelegt.

Die Regierung kann im Hinblick auf die Gewährung von Sozialkrediten oder Darlehen für Energieeinsparungen für kinderreiche Familien mit dem "Fonds du logement des familles nombreuses de Wallonie" ein Abkommen abschließen, um auf dessen Dienstleistungen zurückzugreifen. Die weiteren Rahmenbedingungen werden in dem Abkommen festgelegt."

Art. 352 - Die Überschrift von Titel III Kapitel III Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt ersetzt:

"Unterabschnitt 2 - Aufgaben"

Art. 353 - Artikel 175.2 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

"Zu den Aufgaben im Hinblick auf die Gewährung von Sozialkrediten gehören: "

2. § 2 wird aufgehoben.

3. § 3, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird aufgehoben.

4. § 4 wird aufgehoben.

5. § 5 wird aufgehoben.

6. § 6 wird aufgehoben.

7. § 7 wird aufgehoben.

Art. 354 - Titel III Kapitel III Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 desselben Gesetzbuches, der den Artikel 175.3 umfasst, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird aufgehoben.

Art. 355 - Titel III Kapitel III Abschnitt 1 Unterabschnitt 4 desselben Gesetzbuches, der die Artikel 175.4 bis 175.12 umfasst, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 2. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 356 - Titel III Kapitel III Abschnitt 1 Unterabschnitt 5 desselben Gesetzbuches, der die Artikel 175.13 bis 175.14 umfasst, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird aufgehoben.

Art. 357 - Titel III Kapitel III Abschnitt 1 Unterabschnitt 6 desselben Gesetzbuches, der die Artikel 175.15 und 175.16 umfasst, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 18. Dezember 2003, wird aufgehoben.

Art. 358 - Titel III Kapitel III Abschnitt 1 Unterabschnitt 7 desselben Gesetzbuches, der die Artikel 175.17 bis 175.19 umfasst, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 23. November 2006 und vom 1. Juni 2017, wird aufgehoben.

Art. 359 - Titel III Kapitel III Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches, der die Artikel 176.1 bis 178.2 umfasst, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Mai 2013, wird aufgehoben.

Art. 360 - Titel III Kapitel IV desselben Gesetzbuches, das die Artikel 179 bis 186 umfasst, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 2. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 361 - Artikel 188 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "regionalen Leitlinien" durch die Wortfolge "Leitlinien der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "der Region, der Provinz" durch die Wortfolge "der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt und die Wortfolge ", dem "Fonds du logement des familles nombreuses de Wallonie"" gestrichen.

3. In § 2 Absatz 1, zuletzt abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "wallonischen Gebiet" durch die Wortfolge "deutschen Sprachgebiet" ersetzt.

Art. 362 - Artikel 189 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt, die Wortfolge ""Société wallonne du Logement", die ihr Gutachten binnen neunzig Tagen nach Eingang der gemeindlichen Akte abgibt," durch das Wort "Regierung" ersetzt und der zweite Satz gestrichen.

2. In § 3, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003, wird die Wortfolge "und der "Société wallonne du Logement"" gestrichen.

Art. 363 - Artikel 191 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 15. Mai 2003 und abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 15. Januar 2009 und vom 2. Mai 2019, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 191 - Die Regierung kann eine oder mehrere Einrichtungen bezeichnen, die als Agentur für soziale Wohnungen, Wohnviertelregie oder Vereinigung zur Förderung des Wohnungswesens tätig sind. Diese Einrichtungen entsprechen folgenden Kriterien:

1. die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets einhalten;
2. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert sein oder von einer öffentlichen Behörde abhängig sein;
3. Dienstleistungen als Agentur für soziale Wohnungen, Wohnviertelregie oder Vereinigung zur Förderung des Wohnungswesens im deutschen Sprachgebiet anbieten;
4. über qualifiziertes Personal verfügen, das den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;
5. die Kontrolle der Regierung in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Gesetzbuches akzeptieren."

Art. 364 - Artikel 192 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Art. 192 - § 1 - Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen den in Artikel 191 erwähnten Einrichtungen Zuschüsse gewähren.

Die Modalitäten der Bezuschussung sowie deren Höhe werden in einem zwischen der Regierung und der Einrichtung zu schließenden Vertrag festgelegt.

Die Bezuschussung und eine weitere Aufgabenbeschreibung kann im Rahmen von Geschäftsführungsverträgen gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen den Einrichtungen und der Regierung festgelegt werden.

§ 2 - Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen."

Art. 365 - Artikel 192/1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 2. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 366 - Artikel 194 desselben Gesetzbuches, wieder eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. April 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "den Provinzial-," gestrichen.

2. In Absatz 3, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "oder eine Provinz" gestrichen.

Art. 367 - Die Überschrift von Titel III Kapitel VII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

"Kapitel VII - Beirat für Wohnungswesen und Energie"

Art. 368 - Artikel 200 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "in Artikel 2/8 des Dekrets vom 6. November 2008 zur Rationalisierung der Beratungsfunktion genannte Pool "Wohnungswesen"" durch die Wortfolge "Beirat für Wohnungswesen und Energie, hiernach "Beirat" genannt," ersetzt.

2. In § 1 Nummer 5 wird zwischen das Wort "Wohnungswesens" und das Wort "beizutragen" die Wortfolge "und der Energie" eingefügt.

3. In § 1 Nummer 6 wird die Wortfolge "den Bereich Wohnungswesen" durch die Wortfolge "die Bereiche Wohnungswesen und Energie" ersetzt.

4. In § 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Fragt die Regierung zu einem Vorentwurf eines Dekrets oder eines Erlasses bezüglich des Wohnungswesens oder der Energie ein Gutachten an, gibt der Beirat das Gutachten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt der Anfrage ab. Diese Frist wird von Rechts wegen um 15 Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft."

5. § 2 Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Dem Beirat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. zwei Vertreter der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets;
2. zwei Vertreter der öffentlichen Sozialhilfezentren des deutschen Sprachgebiets;

3. zwei Vertreter des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wovon ein Vertreter der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen und ein Vertreter der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4. ein Vertreter der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

5. ein Vertreter von Organisationen, die von der Regierung vorrangig mit Aufgaben im Bereich des Verbraucherschutzes betraut worden sind;

6. ein Vertreter pro im deutschen Sprachgebiet tätige Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes;

7. ein Vertreter pro im deutschen Sprachgebiet tätige Agentur für soziale Wohnungen."

6. In § 2 Absatz 2 wird die Wortfolge "Abteilung Wohnungswesen der Operativen Generaldirektion "Raumordnung, Wohnungswesen, Erbe und Energie" des öffentlichen Dienstes der Wallonie" durch das Wort "Verwaltung" und das Wort "Pools" durch das Wort "Beirats" ersetzt.

7. Folgende § § 3 bis 9 werden eingefügt:

"§ 3 - Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandats einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied auf Vorschlag der im Beirat vertretenen Organisationen.

Die Mandatszeit der Mitglieder beträgt höchstens fünf Jahre und ist erneuerbar.

Auf Antrag der betreffenden Organisation kann die Regierung das Mandat eines Mitglieds vor Ablauf der normalen Mandatszeit beenden und ein neues Mitglied bestellen, das das Mandat seines Vorgängers fortführt.

§ 4 - Der Beirat tritt spätestens zwei Monate nach der Bestellung seiner Mitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt der Beirat sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Beirats.

§ 5 - Die Entscheidungen des Beirats werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Ist der Beirat nicht beschlussfähig, lädt der Vorsitzende zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Beirat ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Bedingungen beschlussfähig ist.

§ 6 - Der Beirat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Fachleute zu den Sitzungen einladen. Sie nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Darüber hinaus kann der Beirat Arbeitsgruppen einsetzen.

§ 7 - Die Regierung sorgt für die Protokollführung der Sitzungen des Beirats.

§ 8 - Zum 30. April eines jeden Kalenderjahres, mit Ausnahme des Jahres seiner Schaffung, verfasst der Beirat für die Regierung einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr.

§ 9 - Die stimmberechtigten Mitglieder des Beirats sowie die Fachleute, die in Anwendung von § 6 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen."

Art. 369 - Titel IIIbis desselben Gesetzbuches, der den Artikel 200/1 umfasst, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012 und abgeändert durch die Dekrete der Wallonischen Region vom 1. Juni 2017 und vom 2. Mai 2019, wird aufgehoben.

Art. 370 - Artikel 200bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 20. Juli 2005, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "Der Verwaltungsbeamte, den die Regierung zu diesem Zweck bezeichnet," durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

2. In § 1 Nummer 3 Absatz 2 wird die Wortfolge "und bei Untätigkeit des Kollegiums, durch die Regierung, dem durch die Regierung bezeichneten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

3. In § 1bis, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird die Wortfolge "Der Verwaltungsbeamte, den die Regierung zu diesem Zweck bezeichnet," durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

4. In § 4 Absatz 3, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 22. Juli 2010, wird die Wortfolge "dem von der Regierung bezeichneten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

5. In § 4 Absatz 4, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird die Wortfolge "der von der Regierung bezeichnete Beamte seine" durch die Wortfolge "die Regierung ihre" und die Wortfolge "diesem Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

6. In § 5 Absatz 1 wird die Wortfolge "der von der Regierung bezeichnete Beamte" durch die Wortfolge "die Regierung" und das Wort "er" durch das Wort "sie" ersetzt.

7. In § 5 Absatz 2 wird die Wortfolge "des Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt und die Wortfolge "bei der Post" gestrichen.

8. In § 6 Absatz 1 wird die Wortfolge "des von der Regierung bezeichneten Beamten" durch die Wortfolge "der Regierung" ersetzt.

9. In § 7 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 22. Juli 2010, wird die Wortfolge "kann der von der Regierung bezeichnete Beamte" durch die Wortfolge "können die von der Regierung bestellten Personen" ersetzt.

10. In § 7 Absatz 2, ersetzt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 22. Juli 2010, wird die Wortfolge "dem durch die Regierung bezeichneten Beamten" durch die Wortfolge "den von der Regierung bestellten Personen" ersetzt.

Art. 371 - Artikel 200ter desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. März 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "Der Verwaltungsbeamte, den die Regierung zu diesem Zweck bezeichnet," durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

2. In § 2 wird die Wortfolge "Der Verwaltungsbeamte, den die Regierung zu diesem Zweck bezeichnet," durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

3. In § 2bis, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird die Wortfolge "Der Beamte der Verwaltung, den die Regierung zu diesem Zweck bezeichnet," durch die Wortfolge "Die Regierung" ersetzt.

Art. 372 - Artikel 205 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 373 - Artikel 205bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 9. Februar 2012, wird aufgehoben.

Art. 374 - Artikel 208 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 30. April 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Nummer 2 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Wallonischen Region oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

2. In § 1 Nummer 3 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Wallonischen Region oder der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

3. In § 1 Nummer 4 wird das Wort "Region" durch die Wortfolge "Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

KAPITEL 10 — ENERGIE

Art. 375 - In Artikel 1 Nummer 3 des Dekrets der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1993 über die Förderung der rationellen Energienutzung, der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien wird die Wortfolge "die von der Wallonischen Region anerkannten und subventionierten Schalter, die eingerichtet worden sind," durch die Wortfolge "der von der Regierung organisierte Schalter, der eingerichtet wird," ersetzt.

KAPITEL 11 — INFRASTRUKTUR

Art. 376 - Artikel 45 Nummer 5 des Programmdekrets 2014 vom 24. Februar 2014, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt ersetzt:

"5. Artikel 30 bis 38, die am 1. Januar 2024 in Kraft treten."

KAPITEL 12 — FINANZEN UND HAUSHALT

Art. 377 - In Artikel 2 des Dekrets vom 21. Dezember 1995 zur Einrichtung eines Fonds zur Verwaltung der Finanzverbindlichkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird zwischen die Wortfolgen "die die Deutschsprachige Gemeinschaft aufnimmt" und ", sowie zur Begleichung" die Wortfolge "bzw. die ihr im Rahmen der Übernahme neuer Zuständigkeiten als Rechtsnachfolgerin der Förderalbehörde oder der Wallonischen Region übertragen wurden" eingefügt.

Art. 378 - In Kapitel VII des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird folgender Artikel 51.1 eingefügt:

"Art. 51.1 - Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen

Unbeschadet des Artikels 50 können die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Einrichtungen öffentlichen Interesses die Beitreibung festgestellter und nicht beanstandeter nichtsteuerlicher Forderungen durch die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen, die aufgrund der Bestimmungen des Domanialgesetzes vom 22. Dezember 1949 handelt, vornehmen lassen.

In diesem Fall sind die Artikel 49 und 51 nicht anwendbar."

KAPITEL 13 — VERSCHIEDENES

Abschnitt 1 — Elektronische Kommunikation

Art. 379 - Artikel 30 des Programmdekrets 2009 vom 27. April 2009 wird aufgehoben.

Art. 380 - In Artikel 44 des Dienstleistungsdekrets vom 15. März 2010 wird die Wortfolge "mit Artikel 30 des Programmdekrets 2009 vom 27. April 2009" durch die Wortfolge "mit den Bestimmungen des Dekrets vom 15. Oktober 2018 über die individuelle und öffentliche elektronische Kommunikation der Behörden des deutschen Sprachgebiets" ersetzt.

Abschnitt 2 — Nicht kommerzieller Sektor

Art. 381 - Artikel 65 des Programmdekrets 2013 vom 25. Februar 2013, abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 3 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "ab dem Jahr 2017" durch die Wortfolge "in den Jahren 2017-2019" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe *b*) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. In § 1 Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

"4. im Jahr 2020: 1.341,18 Euro pro Vollzeitäquivalentstelle."

4. In § 2 Absatz 1 Nummer 3 wird die Wortfolge "gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen der Paritätischen Kommission 329.02 vom 18. Februar 2013" durch die Wortfolge "gemäß dem jeweils zum Zeitpunkt der Förderung geltenden kollektiven Arbeitsabkommen der Paritätischen Kommission 329.02" ersetzt.

5. In § 3 Absätze 1 und 2 wird jeweils zwischen die Wortfolgen "Buchstabe *b*)" und "erwähnte Zuschuss" die Wortfolge "und Nummer 4" eingefügt.

KAPITEL 14 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 382 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2020 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 3, 7, 24 und 376, die am Tag seiner Verabschiedung in Kraft treten;

2. Artikel 296 bis 348, die an einem von der Regierung festgelegten Zeitpunkt in Kraft treten;

3. Artikel 318, der spätestens am 1. Januar 2021 in Kraft tritt.

Unbeschadet des Artikels 7 des Dekrets vom 29. April 2019 über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich des Wohnungswesens durch die Deutschsprachige Gemeinschaft kann die Regierung die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Bestimmungen differenziert in Kraft treten lassen, je nachdem ob es sich um Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes handelt, deren geografisches Tätigkeitsfeld sich im Sinne von

Artikel 139 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen sowohl über das deutsche wie auch über das französische Sprachgebiet erstreckt, oder um Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes, deren geografisches Tätigkeitsfeld sich ausschließlich über das deutsche Sprachgebiet erstreckt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das

Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 12. Dezember 2019

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung,
Forschung und Erziehung

—————
Fußnoten

Sitzungsperiode 2019-2020

Nummerierte Dokumente:

29 (2019-2020) Nr. 1 Dekretvorschlag

29 (2019-2020) Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge

29 (2019-2020) Nr. 5 Bericht + Erratum

29 (2019-2020) Nrn. 6+7 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

29 (2019-2020) Nr. 8 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht:

12. Dezember 2019 - Nr. 8 Diskussion und Abstimmung

—————
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/206043]

12 DECEMBRE 2019. — Décret-programme 2019

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Matières personnalisables*

Section 1^{re}. — Santé

Article 1^{er}. Dans le titre III de la loi relative à l'assurance obligatoire soins de santé et indemnités coordonnée le 14 juillet 1994, modifiée en dernier lieu par l'arrêté royal du 17 mai 2019, il est inséré un chapitre *Vbis*, comportant les articles *77novies* à *77quaterdecies*, rédigé comme suit :

« Chapitre *Vbis* - Participation aux frais d'une revalidation *long term care*

Art. *77novies* - Les dispositions du présent chapitre sont exclusivement applicables aux remboursements et autorisations accordés par la Communauté germanophone au sens de l'article *77decies*.

Art. *77decies* - Par dérogation aux dispositions de l'article 34, alinéa 1^{er}, 7^o et 10^o, et de l'article 136, § 1^{er}, le Gouvernement accorde, dans le cadre de la revalidation *long term care*, au sens de l'article 5, § 1^{er}, I, alinéa 1^{er}, 5^o, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles :

1^o un remboursement pour le recours à des mesures de revalidation *long term care*;

2^o une autorisation préalable, au sens du règlement (CE) 883/2004 du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 portant sur la coordination des systèmes de sécurité sociale, pour le recours à des mesures de revalidation *long term care* à l'étranger;

3^o dans la limite des crédits budgétaires disponibles, un remboursement des frais pour le recours à des soins exceptionnels;

4^o le remboursement des frais de déplacement pour le recours des mesures et soins mentionnés aux 1^o à 3^o.

Le Gouvernement détermine :

1^o d'autres critères qui doivent être respectés afin qu'un traitement puisse être considéré comme une revalidation *long term care*;

2^o les conditions pour obtenir un remboursement des frais pour le recours aux mesures et traitements énumérés dans l'alinéa 1^{er}, 1^o, 3^o et 4^o, ainsi que le montant remboursé;

3^o la procédure à suivre et les autres modalités pour obtenir les remboursements ou, selon le cas, l'autorisation préalable mentionnés à l'alinéa 1^{er}.

Art. *77undecies* - Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement est tenu de traiter de manière confidentielle les données qui lui sont confiées dans l'exercice des missions mentionnées à l'article *77decies*.

Art. 77*duodecies* - Le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 77*terdecies*, au sens du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (« règlement général sur la protection des données »). Il est considéré comme responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7°, du règlement général sur la protection des données.

Le Gouvernement traite les données à caractère personnel en vue d'exécuter les tâches décrites dans l'article 77*decies* et ses dispositions d'exécution. Le Gouvernement ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites tâches.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données.

Art. 77*terdecies* - Conformément à l'article 77*undecies*, le Gouvernement peut traiter toutes les données à caractère personnel des catégories suivantes, qui sont appropriées, utiles et proportionnées :

1° en ce qui concerne la personne qui introduit une demande relative aux prestations énumérées à l'article 77*decies* :

- a) les données d'identification;
- b) les données relatives à la santé;
- c) les données relatives au statut d'assuré;
- d) les données relatives au compte;

2° les données nécessaires à l'identification du médecin traitant de la personne mentionnée au 1°;

3° les données nécessaires à l'identification de l'établissement au sein duquel il est recouru à la mesure de revalidation ou aux soins exceptionnels et des personnes qui y sont responsables de la personne visée au 1°.

Le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées au premier alinéa.

Art. 77*quaterdecies* - En ce qui concerne les données mentionnées à l'article 77*terdecies*, le Gouvernement détermine :

- 1° les modalités de traitement des données relatives à la santé;
- 2° la durée dudit traitement;
- 3° les modalités de transmission des données à des tiers;
- 4° les modalités d'utilisation des données en vue d'établir des analyses et statistiques;
- 5° les mesures de sécurité nécessaires au traitement."

Art. 2. À l'article 4 du décret du 4 juin 2007 relatif au transport non urgent de patients, modifié par le décret du 25 février 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Les recours concernant le fonctionnement d'un service de transport de patients sont introduits par écrit auprès de son propre service de recours. »;

2° dans le § 2, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« En l'absence d'un règlement à l'amiable, la personne concernée peut adresser son recours par écrit à l'agent. »;

3° dans le § 2, nouvel alinéa 3, première phrase, les mots « en respectant l'anonymat du plaignant qui le souhaite » sont abrogés;

4° dans le § 2, nouvel alinéa 4, seconde phrase, les mots « du plaignant » sont remplacés par les mots « de la personne concernée » et les mots « au plaignant » sont remplacés par les mots « à la personne concernée »;

5° dans le § 2, nouvel alinéa 6, les mots « le plaignant » sont remplacés par les mots « la personne »;

6° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - Les factures établies par le service de transport de patients indiquent au moins :

1° la possibilité d'information et de recours fixée dans le présent article ainsi que l'adresse et le numéro de téléphone de l'agent ou, selon le cas, du collaborateur du service de transport compétent pour le propre service de recours;

2° la possibilité d'un remboursement du transport de patients par les mutualités. »;

7° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Tous les deux ans, chaque service de transport de patients présente, au cours du premier trimestre, au département compétent du Ministère, un rapport sur les recours reçus, leur nature et l'état d'avancement de leur traitement. »

Art. 3. Dans le chapitre 9 de la loi coordonnée du 10 mai 2015 relative à l'exercice des professions des soins de santé, la section 2 est complétée par les articles 104.1 et 104.2 rédigés comme suit :

« Art. 104.1 - Le Gouvernement détermine la procédure selon laquelle :

1° le titulaire d'une qualification professionnelle obtenue en Communauté germanophone qui souhaite exercer sa profession dans un autre État membre peut demander la délivrance d'une carte professionnelle européenne;

2° une carte professionnelle européenne peut être délivrée à un migrant qui a obtenu sa qualification professionnelle dans un autre État membre et souhaite s'installer en région de langue allemande.

Art. 104.2 - § 1^{er} - L'autorité compétente pour la reconnaissance des qualifications professionnelles s'assure que toutes les procédures et formalités qui concernent des questions relevant des articles 104.1, 105 et 106, puissent être exécutées facilement à distance par voie électronique.

L'application de l'alinéa 1^{er} n'empêche pas l'autorité compétente de demander des copies certifiées conformes à un stade ultérieur en cas de doutes justifiés et de stricte nécessité.

§ 2 - Le § 1^{er} ne s'applique pas au stage d'adaptation ni à l'épreuve d'aptitude.

§ 3 - Moyennant le respect de l'article 44 du décret du 15 mars 2010 sur les services, les délais de procédure pour l'application des articles 105 et 106 courent à partir de la date à laquelle un citoyen introduit sa demande ou un document manquant auprès de l'autorité compétente. La demande de copies certifiées conformes ou, le cas échéant, d'originaux au sens du § 1^{er}, n'est pas considérée comme une demande concernant des documents manquants. »

Section 2. — Famille

Art. 4. L'article 12 du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des dispositions de l'alinéa 2, le Gouvernement peut - pour les prestataires subsidiés - fixer des critères de priorité pour l'attribution des places d'accueil. »

Art. 5. L'article 57 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'alinéa 1^{er} s'applique sans préjudice de l'application de l'article 59.1. »

Art. 6. Dans le chapitre 5, section 5, du même décret, il est inséré un article 59.1 rédigé comme suit :

« Art. 59.1 - Recours à l'administration du Service public fédéral Finances en charge de la perception et du recouvrement de créances non fiscales

Les montants à récupérer peuvent être recouvrés conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

Dans ce cas, les articles 58 et 59 ne sont pas applicables. »

Art. 7. Dans l'article 56 du décret-programme 2018 (II) du 11 décembre 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 5°, les nombres « 7, » et « 25, » sont abrogés et le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° il est inséré un 6° rédigé comme suit :

« 6° des articles 7 et 25, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2021. »

Section 3. — Affaires sociales

Art. 8. Dans le chapitre II du décret du 29 avril 1996 concernant la médiation et l'apurement de dettes, il est inséré un article 14bis rédigé comme suit :

« Art. 14bis - Dans le cas d'une absence de remboursement du prêt sans intérêt octroyé conformément à l'article 11, les montants à récupérer peuvent être recouvrés conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. »

Art. 9. À l'article 6, § 2, alinéa 2, du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est complété par un d) rédigé comme suit :

« d) les membres de la famille d'un Belge qui a exercé son droit à la liberté de circulation et de séjour dans un État de l'UE, dans un État de l'Espace économique européen ou en Suisse et est revenu ensuite en Belgique; »

2° dans le 9°, les mots « , d'un permis unique avec la mention "marché du travail : limité" ou d'une carte professionnelle » sont insérés après les mots « d'un permis de travail "B" »;

3° dans le 12°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

4° l'alinéa est complété par un 13° rédigé comme suit :

« 13° les migrants qui, dans le cadre d'un programme de soutien, séjournent au maximum douze mois en région de langue allemande. »

Art. 10. À l'article 7, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le paragraphe est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° la nationalité du migrant. »

Art. 11. Dans l'article 12, § 2, alinéa 2, du même décret, le 3° est abrogé.

Section 4. — Aide à la jeunesse

Art. 12. Dans le chapitre IV, section 9, du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse, il est inséré un article 32.1 rédigé comme suit :

« Art. 32.1 - Si la participation aux frais mentionnée à l'article 32 n'est pas payée, les montants à récupérer peuvent être recouvrés conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. »

CHAPITRE 2. — Matières culturelles

Section 1^{re}. — Culture

Art. 13. L'article 2 du décret du 7 mai 2007 relatif à la promotion des musées et des publications dans le domaine du patrimoine culturel est complété par un 3.1 rédigé comme suit :

« 3.1 périodique : un imprimé paraissant au moins une fois par an à intervalles réguliers; »

Art. 14. Dans l'article 16 du même décret, il est inséré entre les alinéas 3 et 4, qui devient l'alinéa 5, un alinéa rédigé comme suit :

« Les subsides prévus au présent article peuvent être octroyés pour des périodiques et des non-périodiques. Les subsides pour les non-périodiques sont octroyés sous la forme d'avances correspondant à 100 % du subside probable. »

Art. 15. Dans l'article 11, alinéa 2, du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, les mots « les organisateurs d'événements culturels soutenus en cinq catégories et les producteurs culturels en trois » sont remplacés par les mots « les organisateurs d'événements culturels soutenus en dix catégories et les producteurs culturels en cinq ».

Art. 16. À l'article 16, § 3, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2, modifié par le décret du 11 décembre 2018, est complété par la phrase suivante :

« Si l'organisateur d'événements culturels est soutenu pour la première fois au cours de la dernière année d'une période de soutien, c'est la moyenne des quatre années calendrier précédant l'année de la demande qui est prise en considération en ce qui concerne les critères quantitatifs de classement. »;

2° dans l'alinéa 3, modifié par le décret du 11 décembre 2018, les mots « ou à des organisateurs d'événements culturels soutenus depuis moins de cinq ans » sont abrogés et les mots « précédant la demande » sont insérés entre les mots « années calendrier » et les mots « qui est prise en considération ».

Art. 17. Dans l'article 17 du même décret, le § 3, abrogé par le décret du 11 décembre 2018, est rétabli dans la rédaction suivante :

« § 3 - Le nombre d'équivalents temps plein pour le travail culturel conformément au § 2, alinéa 2, sera pris en compte au prorata, si lesdits équivalents temps plein sont subsidiés par un autre ressort de la Communauté germanophone ou en vertu d'une autre disposition du présent décret.

Pour les équivalents temps plein subsidiés conformément au § 2, alinéa 2, le nombre d'équivalents temps plein acceptables est réduit du pourcentage de soutien dans les coûts salariaux de ces équivalents temps plein, mentionné à l'alinéa 1^{er}, qui n'a pas été octroyé en vertu du présent article.

Le Gouvernement peut fixer d'autres critères et modalités de décompte pour l'application du présent paragraphe. »

Art. 18. À l'article 18, § 6, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2, modifié par le décret du 11 décembre 2018, est complété par la phrase suivante :

« Si le producteur culturel est soutenu pour la première fois au cours de la dernière année d'une période de soutien, c'est la moyenne des quatre années civiles précédant l'année de la demande qui est prise en considération en ce qui concerne les critères quantitatifs de classement. »;

2° dans l'alinéa 3, modifié par le décret du 11 décembre 2018, les mots « ou à des producteurs culturels soutenus depuis moins de cinq ans » sont abrogés et les mots « précédant l'année de la demande » sont insérés entre les mots « années calendrier » et les mots « qui est prise ».

Art. 19. Dans l'article 19 du même décret, le § 7, abrogé par le décret du 11 décembre 2018, est rétabli dans la rédaction suivante :

« § 7 - Le nombre d'équivalents temps plein pour le travail culturel conformément au § 6 sera pris en compte au prorata, si lesdits équivalents temps plein sont subsidiés par un autre ressort de la Communauté germanophone ou en vertu d'une autre disposition du présent décret.

Pour les équivalents temps plein subsidiés conformément au § 6, le nombre d'équivalents temps plein acceptables est réduit du pourcentage de soutien dans les coûts salariaux de ces équivalents temps plein, mentionné à l'alinéa premier, qui n'a pas été octroyé en vertu du présent article.

Le Gouvernement peut fixer d'autres critères et modalités de décompte pour l'application du présent paragraphe. »

Art. 20. À l'article 23, § 1^{er}, du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par les 5° et 6° rédigés comme suit :

« 5° les régies communales autonomes qui sont soutenues, pour mener des activités culturelles, par la Communauté germanophone ou par une autre autorité culturelle en dehors de la région de langue allemande;

6° les établissements d'enseignement organisés, reconnus ou subventionnés par la Communauté germanophone. »

Art. 21. Dans l'article 43.3, § 2, du même décret, inséré par le décret du 20 février 2017, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Le subside est octroyé sous la forme d'une avance correspondant à 100 % du subside probable. »

Art. 22. L'article 89.2 du même décret, inséré par le décret du 22 février 2016, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement fixe les critères d'évaluation en vertu desquels la Commission "Art" remplit ses missions mentionnées au premier alinéa. »

Section 2. — Jeunesse

Art. 23. À l'article 80 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa unique devient le § 1^{er};

2° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Par dérogation à l'article 4, alinéa 4, la mise en œuvre du second plan stratégique se termine la deuxième année suivant l'élection au Parlement de la Communauté germanophone.

Par dérogation aux dispositions de l'article 33, la durée du contrat de gestion conclu entre le Gouvernement et le Bureau de la jeunesse dans le cadre du second plan stratégique est prolongée d'un an.

Nonobstant toutes dispositions contraires, les contraintes temporelles en lien avec l'élaboration et la mise en œuvre du troisième plan stratégique et les délais d'introduction, tels que prévus par le présent décret, sont reportés d'un an. »

CHAPITRE 3. — Enseignement

Art. 24. L'article 3 du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009, remplacé par le décret du 26 juin 2017 et modifié par le décret du 6 mai 2019, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Le Gouvernement veille à ce que toutes les procédures et formalités concernant la demande conformément aux §§ 1^{er} et 2 puissent être exécutées facilement à distance et par voie électronique.

L'application de l'alinéa 1^{er} n'empêche pas le Gouvernement - en cas de doutes justifiés - de demander à l'autorité compétente d'un État membre, en application du § 1^{er}, alinéa 5, une confirmation de l'authenticité des attestations et titres de formation délivrés par cette autorité compétente.

L'alinéa 1^{er} ne s'applique pas au stage d'adaptation ni à l'épreuve d'aptitude.

Moyennant le respect de l'article 44 du décret du 15 mars 2010 sur les services, les délais de procédure conformément au § 1^{er} courent à partir de la date à laquelle un citoyen introduit sa demande ou un document manquant auprès du Gouvernement. Une invitation à présenter une confirmation de l'authenticité au sens de l'alinéa 2 n'est pas considérée comme une invitation à introduire des documents manquants. »

CHAPITRE 4. — Protection des monuments

Art. 25. Dans l'intitulé du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites ainsi qu'aux fouilles, le mot « sites » est remplacé par les mots « sites culturels historiques ».

Art. 26. Dans le même décret, à l'exception de l'article 1^{er}, 3^o, le mot « site » est à chaque fois remplacé par les mots « paysage culturel historique », et ce, avec les adaptations grammaticales appropriées.

Art. 27. À l'article 1^{er} du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le 1^o, les mots « créé par l'homme » sont remplacés par les mots « créé ou façonné par l'homme ou la nature »;

2^o le 3^o est remplacé par ce qui suit :

« 3^o paysage culturel historique : un espace créé par l'homme et la nature, dont la conception est en partie de nature structurelle ou en partie liée à son utilisation, à condition qu'il constitue un ensemble suffisamment cohérent permettant une délimitation topographique et soit d'intérêt général en raison de sa valeur archéologique, esthétique, historique, artistique, culturelle, folklorique, scientifique, sociale ou technique. Ce site est emblématique du développement de la société et de l'implantation humaine au fil du temps, et ce sous l'influence tant des limites physiques et/ou possibilités offertes par l'environnement naturel que des forces sociétales, économiques et culturelles qui se sont succédé en agissant de l'extérieur et de l'intérieur; »

3^o dans le 10^o, le point-virgule est remplacé par un point et, il est complété par une phrase rédigée comme suit :

« Il s'agit ici de sites sur lesquels des découvertes ont été confirmées ou dont l'existence est soupçonnée en raison d'implantations antérieures; ».

Art. 28. Dans l'article 7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, le 4^o est abrogé.

Art. 29. À l'article 8, § 3, alinéa 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le 5^o, le point-virgule est remplacé par un point;

2^o le 6^o est abrogé.

Art. 30. Dans l'article 8/1, § 2, alinéa 4, du même décret, inséré par le décret du 14 février 2011 et modifié en dernier lieu par le décret du 26 février 2018, les mots « , au Gouvernement de la Région wallonne » sont abrogés.

Art. 31. À l'article 13 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, remplacé par le décret du 26 février 2018, les mots « ou à un site archéologique ainsi que des travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur des biens situés dans la zone de protection d'un bien provisoirement ou définitivement classé, » sont insérés entre les mots « définitivement classé » et les mots « nécessitent un permis »;

2^o le § 1^{er}, alinéa 2, remplacé par le décret du 26 février 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Les actes et travaux mentionnés à l'alinéa 1^{er} :

1^o sont soumis au permis d'urbanisme mentionné dans l'article D.IV.4 du Code du développement territorial ou

2^o ne sont pas concernés par l'obligation d'obtenir un permis d'urbanisme ou en sont dispensés et sont soumis au permis de patrimoine délivré par le Gouvernement conformément aux dispositions du présent article. »;

3^o dans le § 1^{er}, alinéa 3, remplacé par le décret du 26 février 2018, la première phrase est abrogée et le mot « Celui-ci » est remplacé par les mots « Le permis de patrimoine »;

4^o le § 2, remplacé par le décret du 26 février 2018, est remplacé par ce qui suit :

« § 2 - Le permis de patrimoine est demandé auprès du Gouvernement par l'envoi par recommandé d'un formulaire fixé par loi. »;

5^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, remplacé par le décret du 26 février 2018, le 1^o est abrogé;

6^o dans le § 3, remplacé par le décret du 26 février 2018, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 3^{er} et 4, qui devient l'alinéa 5 :

« Si la demande de permis de patrimoine concerne un site archéologique, le Gouvernement examine, dans les quinze jours calendrier suivant la réception de la demande, si les travaux de transformation physique envisagés sont susceptibles de modifier, de remettre en état ou d'altérer les biens archéologiques. En l'absence de telles répercussions, le Gouvernement peut décider qu'un permis de patrimoine n'est pas requis. Cette décision est communiquée par écrit au demandeur et la procédure de demande prend fin. »;

7^o dans le § 3, alinéa 4, qui devient l'alinéa 5, remplacé par le décret du 26 février 2018, les mots « conformément à l'alinéa 3 » sont remplacés par les mots « conformément aux alinéas 3 ou 4 » et les mots « et au collège communal compétent » ainsi que la deuxième phrase sont abrogés;

8° au § 3, alinéa 5, qui devient l'alinéa 6, remplacé par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

a) les mots « la commission et le collège communal disposent » sont remplacés par les mots « la commission dispose »;

b) les mots « leur a transmis » sont remplacés par les mots « lui a transmis »;

c) les mots « ou le collège communal » sont abrogés;

d) la troisième phrase est abrogée;

9° au § 3, alinéa 6, qui devient l'alinéa 7, remplacé par le décret du 26 février 2018, le mot « dernier » est à chaque fois abrogé;

10° au § 3, alinéa 8, qui devient l'alinéa 9, remplacé par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

a) le 2° est abrogé;

b) dans le 3°, le point-virgule est remplacé par un point;

c) le 4° est abrogé.

11° dans le § 5, un alinéa rédigé comme suit est inséré avant l'alinéa unique :

« Le permis de patrimoine confère à son titulaire les droits acquis dans le cadre de l'application du présent décret, sous réserve de l'alinéa 2 et sans préjudice des droits civils de tiers. »;

12° dans le § 6, modifié par le décret du 15 mars 2010, les mots « et dans le cas de travaux modifiant des sites archéologiques » sont insérés entre les mots « en cas d'urgence » et les mots « , renoncer à demander » et les mots « et du collège communal » sont abrogés.

Art. 32. Dans le chapitre II, section 3, modifié en dernier lieu par le décret du 26 février 2018, il est inséré un article 13.1 rédigé comme suit :

« Art. 13.1 - Avis relatifs au patrimoine

Avant l'octroi de l'avis relatif au patrimoine mentionné à l'article D.IV.35, § 1^{er}, du Code du développement territorial, un avis doit être demandé auprès de la Commission. Les dispositions de l'article 13, § 3, alinéa 6, et § 6, sont applicables *mutatis mutandis*. »

Art. 33. L'article 25 du même décret, modifié par le décret du 25 février 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 25 - Carte de protection archéologique

§ 1^{er} - Le Gouvernement établit une carte de protection archéologique sur laquelle sont repris les sites archéologiques avec leurs limites précises et la tient à jour continuellement.

Cette carte de protection archéologique est publiée sur le site internet du Ministère de la Communauté germanophone et, par renvoi, au *Moniteur belge*.

§ 2 - Avant l'introduction de toute demande de permis d'urbanisme, de permis d'urbanisation, de certificat d'urbanisme n° 2, de permis unique, de permis intégré ou dans le cadre d'études ou de projets d'assainissement au sens du décret de la Région wallonne du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols, qui se rapporte à un bien inscrit sur la liste des sites archéologiques, le demandeur peut solliciter du Gouvernement des informations archéologiques concernant ce bien.

Le Gouvernement fournit lesdits renseignements dans un délai de vingt jours calendrier à compter de la réception de la demande et transmet une copie au collège communal compétent.

Le Gouvernement fixe les autres modalités. »

Art. 34. L'article 25.1 du même décret, remplacé par le décret du 25 février 2013, est abrogé.

Art. 35. Dans l'intitulé du chapitre IV, section 2, du même décret, les mots « et fouilles » sont remplacés par les mots « , fouilles ou utilisation de détecteurs ».

Art. 36. À l'article 26 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 15 mars 2010, les mots « Des fouilles ou des sondages archéologiques » sont remplacés par les mots « Les fouilles, sondages archéologiques ou l'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques en vue de mener des activités qui entraînent une modification du sol ou le prélèvement d'objets »;

2° dans l'alinéa 2, modifié par les décrets des 14 février 2011 et 26 février 2018, la première phrase est complétée par les mots « et peut être, le cas échéant, limitée géographiquement », et les mots « dans les soixante jours calendrier suivant la réception de la demande » sont remplacés par les mots « dans les trente jours calendrier suivant la réception de la demande complète »;

3° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Si une demande d'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques est introduite, une consultation doit obligatoirement être menée avec le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone afin de clarifier les conditions-cadres lors de l'utilisation de tels appareils. »

Art. 37. L'article 29 du même décret est abrogé.

Art. 38. À l'article 43, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, les mots « alinéa 3 » sont remplacés par les mots « alinéa 3 ou 4 » et les mots « à un site archéologique ou, selon le cas, » sont insérés entre les mots « définitivement ou » et les mots « des travaux de transformation »;

2° dans le 4°, les mots « à un site archéologique ou, selon le cas, » sont insérés entre les mots « définitivement ou » et les mots « des travaux de transformation »;

3° dans le 5°, les mots « ou à un site archéologique » sont insérés entre les mots « définitivement classé » et les mots « en violation des prescriptions »;

4° le 8° est abrogé;

5° le 9° est abrogé.

6° le 10° est complété par les mots « ou, selon le cas, utilise des détecteurs électroniques ou magnétiques sans l'autorisation prévue à l'article 26 ou en infraction des prescriptions y mentionnées »;

7° le 11° est abrogé.

Art. 39. À l'article 44, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 4°, le point-virgule est remplacé par un point;

2° le 5° est abrogé.

Art. 40. À l'article 46 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, remplacé par le décret du 26 février 2018, les mots « , à l'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques délivrée conformément à l'article 25.1 » sont abrogés et les mots « pour des fouilles ou sondages archéologiques » sont remplacés par les mots « pour des fouilles, sondages archéologiques ou pour l'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, remplacé par le décret du 26 février 2018, les mots « , sans l'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques délivrée conformément à l'article 25.1 » sont abrogés et les mots « pour des fouilles ou sondages archéologiques » sont remplacés par les mots « pour des fouilles, sondages archéologiques ou pour l'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques »;

3° dans l'alinéa 4, 4°, le point-virgule est remplacé par un point;

4° dans l'alinéa 4, remplacé par le décret du 26 février 2018, le 5° est abrogé.

Art. 41. À l'article 46/2 du même décret, inséré par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « , les demandes d'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques conformément à l'article 25.1 » sont abrogés et les mots « pour des fouilles ou sondages archéologiques » sont remplacés par les mots « pour des fouilles, sondages archéologiques ou l'utilisation de détecteurs électroniques ou magnétiques »;

2° dans le § 3, alinéa 3, les mots « , 25.1 » sont abrogés;

3° dans le § 4, alinéa 4, les mots « , 25.1 » sont abrogés;

4° dans le § 6, 4°, le point-virgule est remplacé par un point;

5° dans le § 6, le 5° est abrogé;

6° dans la phrase introductive du § 8, les mots « , 25.1 » sont abrogés;

7° dans le § 9, alinéa 1^{er}, 23°, les mots « , 25.1 » sont abrogés.

Art. 42. À l'article 46/3 du même décret, inséré par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « , 25.1 » sont abrogés;

2° dans le § 4, 4°, le point-virgule est remplacé par un point;

3° dans le § 4, le 5° est abrogé.

CHAPITRE 5. — *Emploi*

Art. 43. Dans l'article 16, alinéa 1^{er}, du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, les mots « ou d'une occupation dont la forme et la durée maximale sont fixées par le Gouvernement » sont insérés entre les mots « dans le cadre d'une mesure en faveur de l'emploi » et les mots « , ne sont pas subventionnés ».

Art. 44. Dans le chapitre 5 du même décret, il est inséré un article 32.1 rédigé comme suit :

« Art. 32.1 - Les subventions AKTIF et AktiF PLUS mentionnées dans les chapitres 3 et 4 ne peuvent pas être octroyées dans le cadre d'un contrat de travail d'étudiant mentionné au titre VII de la loi du 3 juillet 1978 sur les contrats de travail. »

Art. 45. L'intitulé du chapitre 6 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre 6 - Rejet de la demande, mise en demeure, suspension et suppression des subventions ».

Art. 46. À l'article 34, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « L'octroi des subventions est subordonné » sont remplacés par les mots « L'approbation de la demande ainsi que l'octroi des subventions sont subordonnés »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « l'octroi des subventions est subordonné » sont remplacés par les mots « l'approbation de la demande ainsi que l'octroi des subventions sont subordonnés ».

CHAPITRE 6. — *Pouvoirs locaux*

Art. 47. À l'article 7 du décret du 15 décembre 2008 portant financement des communes et des centres publics d'aide sociale par la Communauté germanophone, modifié par le décret du 13 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les tirets 12 à 14 sont remplacés par ce qui suit :

- « pour l'année budgétaire 2020 : 2.250.000 euros;

- pour l'année budgétaire 2021 : 2.250.000 euros;

- pour l'année budgétaire 2022 : 2.250.000 euros. »;

2° dans l'alinéa 2, le montant « 3 000 000 EUR » est remplacé par le montant « 2 250 000 euros ».

Art. 48. Dans l'article 193, alinéa 2, du décret communal du 23 avril 2018, les mots « , ainsi que les dispositions du Code du recouvrement amiable et forcé des créances fiscales et non fiscales, » sont insérés entre les mots « de ce Code » et « sont applicables aux taxes communales ».

CHAPITRE 7. — *Tourisme*

Art. 49. § 1^{er} - À l'article 7 du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, 7°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le § 1^{er} est complété par un 8° rédigé comme suit :

« 8° garantit, au moins pendant les heures d'ouverture, un accès internet gratuit pour les appareils mobiles. »;

3° le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement peut déterminer un écusson unique pour les centres d'information touristique. »;

4° dans le § 2, 1°, *b*), les mots « , et pour le monde de découvertes » sont abrogés;

5° dans le § 2, 1°, le *f*) est complété par la phrase suivante :

« Les jours de grande affluence, au moins un membre du personnel qualifié qui répond aux conditions mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, est présent; »

6° dans le § 2, le 1° est complété par les *g*) et *h*) rédigés comme suit :

« *g*) dispose, lors d'événements touristiques importants, d'une offre d'information mobile sur place;

h) garantit un accès internet gratuit pour les appareils mobiles. »;

7° dans le § 2, 2°, le *c*) est complété par la phrase suivante :

« Les jours de grande affluence, au moins un membre du personnel qualifié qui répond aux conditions mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, est présent. »;

§ 2 - Dans l'article 21, § 1^{er}, alinéa 2, 1°, du même décret, les mots « ou celui des mondes de découvertes » sont abrogés.

Art. 50. Dans l'article 25, § 1^{er}, du même décret, il est inséré un alinéa rédigé comme suit entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel des services de police visés à l'article 2 de la loi du 5 août 1992 sur la fonction de police sont également habilités à constater toute infraction au présent décret et à ses arrêtés d'exécution et à consigner ces infractions dans un procès-verbal. »

Art. 51. À l'article 26 du même décret, remplacé par le décret du 26 février 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « à l'article 25, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, » sont remplacés par les mots « à l'article 25, § 1^{er}, alinéas 1^{er} ou 3, ».

2° dans le § 2, les mots « à l'article 25, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, » sont remplacés par les mots « à l'article 25, § 1^{er}, alinéas 1^{er} ou 3, ».

CHAPITRE 8. — *Aménagement du territoire et urbanisme*Section 1^{re}. — Aménagement du territoire et urbanisme

Art. 52. À l'article D.I.1 du Code wallon du développement territorial, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le mot « Wallonie » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le mot « Région » est chaque fois remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 53. À l'article D.I.2 du même Code, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.I.2 - § 2 - Le Gouvernement coordonne les dispositions du présent Code tant en allemand qu'en français. »

Art. 54. Dans le livre I^{er}, titre unique du même Code, le chapitre II, comportant l'article D.I.3, est abrogé.

Art. 55. Dans le livre I^{er}, titre unique, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 1^{re} est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re} - Conseil consultatif pour l'aménagement du territoire »

Art. 56. À l'article D.I.4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Le conseil consultatif pour l'aménagement du territoire », ci-après dénommé « conseil consultatif », rend les avis : »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 2° est abrogé;

3° le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 3° est abrogé;

4° le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 4° est abrogé;

5° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 6°, introduit par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

6° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

7° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

8° dans le § 1^{er}, alinéa 4, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

9° le § 2 est abrogé.

Art. 57. À l'article D.I.5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le conseil consultatif est composé, outre le président, des membres suivants, ayant voix délibérative :

1° deux représentants de chaque commune de la région de langue allemande;

2° deux représentants du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, dont l'un représente l'organisation représentative des travailleurs et l'autre, les organisations interprofessionnelles d'employeurs ayant leur siège en Communauté germanophone;

3° un représentant des organisations environnementales;

4° un représentant du secteur agricole;

5° un représentant des organisations actives dans le domaine de la promotion économique;

6° trois experts dans le domaine de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme, dont au moins un architecte et un urbaniste. »;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Un représentant du Ministère de la Communauté germanophone siège avec voix consultative aux séances du conseil consultatif. »;

3° l'alinéa 3 est abrogé;

4° l'alinéa 4 est abrogé.

Art. 58. Dans le livre I^{er}, titre unique, chapitre III, section 1^{re}, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article D.I.5.1 rédigé comme suit :

« Art. D.I.5.1. — § 1^{er} - Sur la proposition des organisations représentées au sein du conseil consultatif, le Gouvernement désigne le président et les membres du conseil consultatif et, pour chaque membre, un suppléant.

Le mandat des membres dure au plus cinq ans et est renouvelable.

À la demande de l'organisation concernée, le Gouvernement peut mettre fin prématurément au mandat d'un membre et désigner un nouveau membre qui achève le mandat de son prédécesseur.

§ 2 - Le conseil consultatif siège pour la première fois au plus tard deux mois après la désignation de ses membres.

Dans les deux mois de cette première séance, le conseil consultatif se dote d'un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement. Ce règlement d'ordre intérieur règle les détails du fonctionnement du conseil consultatif.

Le Gouvernement fixe les modalités de fonctionnement ultérieur.

§ 3 - Les décisions du conseil consultatif sont prises à la majorité des voix émises par les membres présents. Le conseil consultatif peut délibérer valablement si la moitié de ses membres au moins est présente.

Si le quorum n'est pas atteint, le président invite les membres à une seconde séance au cours de laquelle le conseil consultatif peut délibérer valablement notwithstanding les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

§ 4 - Aux fins d'accomplissement de ses missions, la commission consultative peut inviter des experts aux séances. Ils siègent avec voix consultative. Par ailleurs, le conseil consultatif peut créer des groupes de travail.

§ 5 - Le Gouvernement assure la rédaction des procès-verbaux des séances du conseil consultatif.

§ 6 - Sauf l'année de sa création, le conseil consultatif établit, pour le 30 avril de chaque année calendrier, un rapport des activités menées au cours de l'année précédente et le transmet simultanément au Parlement et au Gouvernement.

§ 7 - Les membres du conseil consultatif ayant voix délibérative ainsi que les experts participant aux séances en application du § 4 ont droit à des jetons de présence et à une indemnité pour frais de déplacement conformément aux conditions fixées par le Gouvernement. »

Art. 59. À l'article D.I.6 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « Namur » et « fonctionnaire délégué » sont respectivement remplacés par les mots « Eupen » et « Gouvernement en première instance »;

2° dans le § 2, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« La Commission est composée, outre le président, des membres suivants, ayant voix délibérative :

1° deux architectes;

2° deux urbanistes;

3° un spécialiste dans le domaine de la conservation du patrimoine, si la plainte concerne un bien mentionné à l'article D.IV.14.1 ou D.IV.14.2. »;

3° dans le § 2, l'alinéa 3 est abrogé;

4° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « par la DGO4 » sont remplacés par les mots « par le Ministère de la Communauté germanophone ».

Art. 60. Dans l'article D.I.10, § 4, alinéa 2, du même Code, les mots « fonctionnaires de la DGO4 » sont remplacés par les mots « agents du Ministère de la Communauté germanophone ».

Art. 61. Dans la phrase introductive de l'article D.I.12, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « , dans la limite des crédits budgétaires disponibles, » sont insérés entre le mot « peut » et les mots « octroyer des subventions ».

Art. 62. Dans l'article D.I.13, alinéa 3, du même Code, les mots « décret du 27 mars 2014 relatif aux communications par voie électronique entre les usagers et les autorités publiques wallonnes » sont remplacés par les mots « décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique ou adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande ».

Art. 63. Dans l'article D.II.1, 1°, du même Code, le mot « Wallonie » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 64. À l'article D.II.2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « , à l'échelle régionale » sont abrogés et le mot « Wallonie » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° dans le § 2, alinéa 4, les mots « le Gouvernement » sont remplacés par les mots « la Région wallonne ».

Art. 65. À l'article D.II.3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif », les mots « de la Région wallonne, ci-après dénommée "pôle Environnement" » sont insérés après les mots « pôle "Environnement" », et les mots « au Conseil économique et social de la Wallonie » sont abrogés;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « pôle "Aménagement" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif » et les mots « du Conseil économique et social de la Wallonie » sont abrogés.

Art. 66. Dans l'article D.II.6, § 2, alinéa 5, du même Code, les mots « le Gouvernement » sont remplacés par les mots « la Région wallonne ».

Art. 67. À l'article D.II.7 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 2, les mots « du Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 ainsi que du ou des fonctionnaires délégués concernés » sont remplacés par les mots « du Ministère de la Communauté germanophone »;

2° dans le § 3, alinéa 2, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

3° dans le § 4, alinéa 3 [lire alinéa 2], les mots « au fonctionnaire délégué et au Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont remplacés par les mots « au Gouvernement »;

4° dans le § 4, l'alinéa 4 [lire alinéa 3] est abrogé;

5° dans le § 5, les mots « par le Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont abrogés;

6° dans la phrase introductive du § 6, alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

7° dans le § 6, alinéa 2, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont chaque fois remplacés par les mots « conseil consultatif ».

Art. 68. Dans l'article D.II.10, § 2, alinéa 5, du même Code, les mots « le gouvernement » sont remplacés par les mots « la Région wallonne ».

Art. 69. À l'article D.II.12 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 3, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

2° dans le § 4, alinéa 3 [lire alinéa 2], les mots « au fonctionnaire délégué et au Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont abrogés et les mots « au Gouvernement » sont insérés entre les mots « de transmettre » et les mots « le schéma »;

3° dans le § 4, l'alinéa 4 [lire alinéa 3], est abrogé;

4° dans le § 5, alinéa 1^{er}, les mots « par le Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont abrogés;

5° dans le § 5, alinéa 6, les mots « au fonctionnaire dirigeant et » sont abrogés.

Art. 70. Dans l'article D.II.14 du même Code, les mots « l'article L1133-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation » sont remplacés par les mots « l'article 74 du décret communal du 23 avril 2018 ».

Art. 71. Dans l'article D.II.16, alinéa 2, 1^o, a), du même Code, les mots « l'article D.IV.25 » sont remplacés par les mots « l'article D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12^o ».

Art. 72. Dans l'article D.II.19 du même Code, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif ».

Art. 73. Dans l'article D.II.37, § 4, du même Code, les mots « du projet régional de valorisation touristique des massifs forestiers développé par la Région wallonne ou » sont abrogés.

Art. 74. Dans l'article D.II.45, § 4, alinéa 1^{er}, du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 75. Dans l'article D.II.47, § 2, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « au fonctionnaire délégué, au pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « au conseil consultatif ».

Art. 76. Dans l'article D.II.48, § 4, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « au fonctionnaire délégué, au pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « au conseil consultatif ».

Art. 77. À l'article D.II.49 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

2° dans le § 6, les mots « pôle "Aménagement" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif » et les mots « et du fonctionnaire délégué » sont abrogés;

3° dans le § 7, les mots « pôle "Aménagement du territoire", » sont remplacés par les mots « conseil consultatif et »;

4° dans le § 8, les mots « pôle "Aménagement du territoire", » sont remplacés par les mots « conseil consultatif et ».

Art. 78. Dans l'article D.II.50, § 1^{er}, alinéa 4, du même Code, les mots « au fonctionnaire dirigeant et » sont abrogés.

Art. 79. À l'article D.II.51 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

2° dans le § 5, alinéa 3, les mots « au fonctionnaire dirigeant et » sont abrogés.

Art. 80. À l'article D.II.52 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

2° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

3° dans le § 7, alinéa 3, les mots « au fonctionnaire dirigeant et » sont abrogés.

Art. 81. À l'article D.II.54 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, les mots « , de permis d'environnement ou de permis unique au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement » sont abrogés;

2° dans le § 2, alinéa 6, le 4° est abrogé.

Art. 82. Dans l'article D.III.1, alinéa 2, du même Code, le mot « Wallonie » est remplacé par les mots « région de langue allemande ».

Art. 83. À l'article D.III.3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

2° dans le § 4, les mots « pôle "Aménagement du territoire", » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

3° dans le § 5, les mots « du Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont remplacés par les mots « du Ministère de la Communauté germanophone ».

Art. 84. À l'article D.III.6 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 2, les mots « pôle "Aménagement du territoire" et au fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

2° dans le § 5, alinéa 1^{er}, les mots « au fonctionnaire délégué et au Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont remplacés par les mots « au Gouvernement »;

3° dans le § 5, l'alinéa 2 est abrogé;

4° dans le § 6, alinéa 1^{er}, les mots « par le Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont abrogés.

Art. 85. À l'article D.IV.1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° soit non concernés ou exonérés de permis d'urbanisme et soumis au permis de patrimoine mentionné à l'article 13 du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles, ci-après dénommé "décret sur le patrimoine". »;

2° dans le § 2, l'alinéa 2, remplacé par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

3° dans le § 2, l'alinéa 3, remplacé par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

4° dans le § 3, 2°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 86. À l'article D.IV.4 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1^{er}, 15°, b), les mots « installations mobiles autorisées par une autorisation visée par le Code wallon du tourisme, le décret du 4 mars 1991 relatif aux conditions d'exploitation des terrains de caravanage ou par le décret de la Communauté germanophone du 9 mai 1994 » sont remplacés par les mots « hébergements mobiles utilisés sur un terrain de camping conformément à l'article 9, alinéa 1^{er}, 5°, du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 16°, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

Art. 87. Dans l'article D.IV.10 du même Code, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif ».

Art. 88. Dans l'article D.IV.11 du même Code, les mots « , 10° et 11° » sont remplacés par les mots « et 10° ».

Art. 89. À l'article D.IV.14 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 1^{er}, 3°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 90. Dans le livre IV, titre II, chapitre 1^{er}, section 1^{re}, sous-section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article D.IV.14.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.14.1 - Sans préjudice de l'article D.IV.14, le collège communal statue sur les demandes de permis et délivre les certificats d'urbanisme n° 2 sur avis conforme du Ministre compétent pour la protection des monuments, en particulier, ci-après "avis conforme relatif au patrimoine" lorsque la demande porte sur un bien qui est classé provisoirement ou définitivement en application du décret sur le patrimoine. »

Art. 91. Dans le livre IV, titre II, chapitre 1^{er}, section 1^{re}, sous-section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article D.IV.14.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.14.2 - Sans préjudice de l'article D.IV.14, le collège communal statue sur les demandes de permis et délivre les certificats d'urbanisme n° 2 sur avis préalable du Ministre compétent pour la protection des monuments, en particulier, ci-après "simple avis relatif au patrimoine" lorsque la demande porte sur un bien qui, en application du décret sur le patrimoine, est situé dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement ou sur un site archéologique. »

Art. 92. À l'article D.IV.15 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans la phrase introductive de l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 93. À l'article D.IV.16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

Art. 94. À l'article D.IV.17 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 3°, remplacé par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

3° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 95. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 1^{re}, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article D.IV.17.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.17.1 - Le collège communal ne peut délivrer le permis que sur avis conforme relatif au patrimoine si la demande concerne un projet mentionné dans l'article D.IV.14.1.

Cependant, le collège peut refuser le permis sans demander d'avis relatif au patrimoine. »

Art. 96. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 1^{re}, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article D.IV.17.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.17.2 - Le collège communal ne peut délivrer le permis que sur simple avis relatif au patrimoine si la demande concerne un projet mentionné dans l'article D.IV.14.2.

Cependant, le collège peut refuser le permis sans demander d'avis relatif au patrimoine. »

Art. 97. Dans la phrase introductive de l'article D.IV.18 du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 98. À l'article D.IV.19 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 99. À l'article D.IV.20 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 100. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 1^{re}, sous-section 3, du même Code, il est inséré un article D.IV.20.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.20.1 - Le collège communal délivre, sur avis conforme relatif au patrimoine, les certificats d'urbanisme n° 2 concernant des projets qui relèvent du champ d'application de l'article D.IV.14.1.

Toutefois, le collège communal peut délivrer le certificat d'urbanisme n° 2 avec un avis défavorable sans solliciter l'avis relatif au patrimoine. »

Art. 101. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 1^{re}, sous-section 3, du même Code, il est inséré un article D.IV.20.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.20.2 - Le collège communal délivre, sur simple avis relatif au patrimoine, les certificats d'urbanisme n° 2 concernant des projets qui relèvent du champ d'application de l'article D.IV.14.2.

Toutefois, le collège communal peut délivrer le certificat d'urbanisme n° 2 avec un avis défavorable sans solliciter l'avis relatif au patrimoine. »

Art. 102. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, du même Code, l'intitulé de la section 2 est remplacé par ce qui suit :

« Section 2 - Gouvernement »

Art. 103. À l'article D.IV.22 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 11°, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

3° l'alinéa 1^{er} est complété par un 12° rédigé comme suit :

« 12° justifiés par des raisons impérieuses d'intérêt général, à savoir les actes et travaux en lien avec le plan d'investissement pluriannuel de la Société nationale des chemins de fer belges. »;

4° l'alinéa 4 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement est compétent pour statuer sur les demandes de permis visées à l'article D.IV.106. »;

5° l'alinéa 5 est abrogé;

6° l'alinéa 6 est abrogé;

7° dans l'alinéa 7, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 104. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 2, sous-section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article D.IV.22.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.22.1 - Le Gouvernement ne peut délivrer le permis que sur avis conforme relatif au patrimoine si la demande concerne un projet mentionné dans l'article D.IV.14.1.

Cependant, le Gouvernement peut refuser le permis sans demander d'avis relatif au patrimoine. »

Art. 105. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 2, sous-section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article D.IV.22.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.22.2 - Le Gouvernement ne peut délivrer le permis que sur simple avis relatif au patrimoine si la demande concerne un projet mentionné dans l'article D.IV.14.2.

Cependant, le Gouvernement peut refuser le permis sans demander d'avis relatif au patrimoine. »

Art. 106. Dans l'article D.IV.23 du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et les mots « ainsi que sur les modifications mineures des permis délivrés par le Gouvernement en vertu de l'article D.IV.25 » sont abrogés.

Art. 107. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 2, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article D.IV.23.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.23.1 - Le Gouvernement délivre, sur avis conforme relatif au patrimoine, les certificats d'urbanisme n° 2 concernant des projets qui relèvent du champ d'application de l'article D.IV.14.1.

Cependant, le Gouvernement peut délivrer le certificat d'urbanisme n° 2 avec un avis défavorable, sans obtenir l'avis relatif au patrimoine. »

Art. 108. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, section 2, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article D.IV.23.2 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.23.2 - Le Gouvernement délivre, sur simple avis relatif au patrimoine, les certificats d'urbanisme n° 2 concernant des projets qui relèvent du champ d'application de l'article D.IV.14.2.

Cependant, le Gouvernement peut délivrer le certificat d'urbanisme n° 2 avec un avis défavorable, sans obtenir l'avis relatif au patrimoine. »

Art. 109. Dans le livre IV, titre II, chapitre I^{er}, du même Code, l'intitulé de la section 3 est remplacé par ce qui suit :

« Section 3 - Instance de recours ».

Art. 110. Dans l'article D.IV.24 du même Code, les mots « du fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « contre celles prises par lui en première instance » et les mots « par le fonctionnaire délégué », par les mots « par lui en première instance ».

Art. 111. L'article D.IV.25 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, est abrogé.

Art. 112. Dans le livre IV, titre II, chapitre II, section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article D.IV.27.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.27.1 - Si la demande porte sur des actes et travaux concernant un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, elle comprend une copie du procès-verbal mentionné à l'article D.IV.31.1, § 3, ainsi que les informations et les documents que le Gouvernement estime, dans son procès-verbal, nécessaires pour évaluer les répercussions significatives que le projet aura au niveau du patrimoine. »

Art. 113. L'article D.IV.28, alinéa 1^{er}, 2^o, du même Code, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) le cas échéant, les mesures de protection imposées en application du décret sur le patrimoine; ».

Art. 114. À l'article D.IV.31 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement », les mots « de la Région wallonne » sont insérés après les mots « fonctionnaire technique » et entre les mots « implantations commerciales » et les mots « au sens du décret »;

2^o dans le § 2, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Lorsque l'autorité compétente est le collège et que le Gouvernement, le fonctionnaire technique ou le fonctionnaire des implantations commerciales de la Région wallonne est appelé à prononcer un avis sur le projet, il est également convié à la réunion. Il peut se faire représenter. »

3^o dans le § 3, l'alinéa 2, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« S'il s'agit d'un bien visé à l'article D.IV.14.2, elle invite à la réunion de projet le ministre compétent en matière de Protection des monuments. Celui-ci peut s'y faire représenter. »;

4^o dans la phrase introductive du § 5, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 115. Dans le livre IV, titre II, chapitre III, du même Code, il est inséré un article D.IV.31.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.31.1 - § 1^{er} - S'il s'agit d'un bien mentionné à l'article D.IV.14.1 et par dérogation à l'article D.IV.31, le porteur de projet sollicite - préalablement au dépôt de la demande de certificat ou de permis - la tenue d'une réunion de projet contraignante avec le Gouvernement et soumet à celui-ci les ébauches de ses plans et documents. Dans ce cas, l'intéressé reçoit, dans les quinze jours de sa demande, une invitation à une réunion.

§ 2 - Le Gouvernement invite en même temps à la réunion de projet les personnes et autorités suivantes :

1^o le collège communal ou son représentant;

2^o le fonctionnaire technique de la Région wallonne au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement, s'il est l'autorité compétente pour statuer sur la demande;

3^o le fonctionnaire des implantations commerciales de la Région wallonne au sens du décret du 5 février 2015 relatif aux implantations commerciales, s'il est l'autorité compétente pour statuer sur la demande.

Le Gouvernement peut également inviter à la réunion toute instance mentionnée à l'article D.IV.35. Il invite la commission communale (si elle existe) à y déléguer un représentant.

§ 3 - Le porteur de projet peut discuter de son projet avec le Gouvernement et le ou les représentants de l'autorité compétente et, le cas échéant, l'adapter avant de finaliser sa demande. Le Gouvernement établit un procès-verbal de la réunion, qui n'a pas valeur de décision. Le procès-verbal sera adressé, par voie électronique, aux parties présentes qui ont trente jours pour adresser leurs remarques au Gouvernement. À défaut, le procès-verbal est réputé approuvé.

Dans le procès-verbal, le Gouvernement mentionne les informations et les documents qu'il estime nécessaires pour évaluer les répercussions significatives du projet au niveau du patrimoine et qui doivent être joints à la demande de certificat ou de permis, selon le cas. Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, cette mention est contraignante pour le porteur de projet.

§ 4 - La rencontre a lieu dans les trente jours après le dépôt de la demande visée au § 1^{er}. »

Art. 116. Dans l'article D.IV.32 du même Code, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Les demandes de permis et les demandes de certificat d'urbanisme relevant de la compétence du Gouvernement, ainsi que les pièces manquantes réclamées si la demande est incomplète, lui sont adressées par envoi ou déposées contre récépissé. »

Art. 117. À l'article D.IV.33 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, 1^o, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2^o dans l'alinéa 1^{er}, 2^o, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3^o dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

4^o dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « le Gouvernement ».

Art. 118. À l'article D.IV.34 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, 1^o, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2^o dans l'alinéa 1^{er}, 5^o, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et le point en fin de phrase par un point-virgule;

3^o l'alinéa 1^{er} est complété par un 6^o rédigé comme suit :

« 6^o l'avis conforme ou simple relatif au patrimoine »;

4^o dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 119. À l'article D.IV.35 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'alinéa 1^{er}, remplacé par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est remplacé par le § 1^{er} rédigé comme suit :

« § 1^{er} - Le permis ou le certificat d'urbanisme n^o 2 ne peut être délivré que sur avis conforme relatif au patrimoine si la demande concerne un projet mentionné dans l'article D.IV.14.1.

Le permis ou le certificat d'urbanisme n^o 2 ne peut être délivré que sur simple avis relatif au patrimoine si la demande concerne un projet mentionné dans l'article D.IV.14.2. »;

2^o les alinéas 2 et 3 forment le § 2, alinéas 1^{er} et 2;

3^o dans l'alinéa 3, qui devient le § 2, alinéa 2, les mots « , le fonctionnaire délégué » sont abrogés.

Art. 120. À l'article D.IV.36 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2^o dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3^o dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et les mots « ou qu'il est l'autorité chargée de l'instruction du dossier » sont abrogés.

Art. 121. À l'article D.IV.37 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o les alinéas 1^{er} à 3 forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3;

2^o l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, qui devient le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est remplacé par ce qui suit :

« Les services ou commissions visés à l'article D.IV.35, § 2, transmettent leur avis dans les trente jours de l'envoi de la demande de l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable. »;

3^o l'alinéa 3 est abrogé;

4^o l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - L'avis relatif au patrimoine demandé conformément à l'article D.IV.35, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est transmis dans les quarante-cinq jours suivant l'envoi de la demande par l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable.

L'avis relatif au patrimoine demandé conformément à l'article D.IV.35, § 1^{er}, alinéa 2, est transmis dans les trente jours suivant l'envoi de la demande par l'autorité compétente. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable. »

Art. 122. À l'article D.IV.38 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2^o dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué est l'autorité compétente ou lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction du dossier, le collège communal envoie son avis au fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « Gouvernement est l'autorité compétente, le collège communal lui envoie son avis ».

Art. 123. À l'article D.IV.39 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2^o dans le § 1^{er}, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, l'avis du Gouvernement est réputé défavorable au terme dudit délai si la demande concerne un bien visé à l'article D.IV.14.1 et que l'avis conforme relatif au patrimoine est négatif. »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° le § 2 est abrogé.

Art. 124. Dans l'article D.IV.40 du même Code, l'alinéa 4, inséré par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé.

Art. 125. À l'article D.IV.42 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et les mots « ainsi que pour les modifications mineures des permis délivrés par le Gouvernement en vertu de l'article D.IV.25 » sont abrogés;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 3° est abrogé;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° du Gouvernement lors de la procédure de recours lorsque celle-ci a pour objet une décision prise par lui en première instance en vertu de l'article D.IV.22, alinéa 1^{er}. »;

4° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « , sauf à la demande du Gouvernement visée à l'article D.IV.51 » sont abrogés;

5° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

6° l'article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4 - Sans préjudice du paragraphe 3, l'avis conforme relatif au patrimoine est à nouveau sollicité lors de demandes visées à l'article D.IV.35, § 1^{er}, alinéa 1^{er}. Le demandeur en sera informé. »

Art. 126. À l'article D.IV.45, alinéa 3, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3° est abrogé;

2° le 4° est abrogé;

3° le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° un terrain de camping au sens de l'article 9, alinéa 1^{er}, 5°, du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme ».

Art. 127. À l'article D.IV.46 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, c), les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, 3°, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

5° dans l'alinéa 4, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 128. À l'article D.IV.47 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement », et la phrase est complétée par les mots « en tant qu'instance de recours »;

4° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

5° dans le § 2, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement », et la phrase est complétée par les mots « en tant qu'instance de recours »;

6° dans le § 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement », et la phrase est complétée par les mots « en tant qu'instance de recours ».

Art. 129. Dans le livre IV, titre II, chapitre VII, section 1^{re}, les mots « du fonctionnaire délégué ou » sont abrogés dans l'intitulé de la sous-section 2.

Art. 130. À l'article D.IV.48 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

3° dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

Art. 131. Dans l'article D.IV.49, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 132. L'article D.IV.50 du même Code est abrogé.

Art. 133. L'article D.IV.51 du même Code est abrogé.

Art. 134. Dans l'article D.IV.54, alinéa 4, du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 135. Dans l'article D.IV.57, 5°, du même Code, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule et l'article est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° les biens immobiliers qui, en application du décret sur le patrimoine, sont provisoirement ou définitivement classés, se situent dans la zone de protection d'un tel bien ou sur un site archéologique. »

Art. 136. Dans le livre IV, titre II, du même Code, les mots « du fonctionnaire délégué » sont abrogés dans l'intitulé du chapitre VIII.

Art. 137. À l'article D.IV.62 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par les 6° et 7° rédigés comme suit :

« 6° si la décision du collège communal déroge à l'avis rendu par la commission communale dans le cadre d'une consultation obligatoire;

7° dans le cas où il n'existe pas de commission communale, si la décision du collège communal a tenu compte des remarques personnelles et motivées qui, lors d'une enquête publique menée à propos du projet en application du présent Code, ont été exprimées par :

a) 25 personnes, inscrites au registre de la population de la commune dans laquelle se situe le projet, pour une commune de moins de 10.000 habitants;

b) 50 personnes, inscrites au registre de la population de la commune dans laquelle se situe le projet, pour une commune de 10.000 à 25.000 habitants. »;

4° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement », et l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« Si le permis ou le certificat d'urbanisme n° 2 ne répond pas aux 6° et 7° de l'alinéa précédent, le Gouvernement peut suspendre la décision du collège communal. »;

5° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « le fonctionnaire envoie la suspension au demandeur, au collège communal et au Gouvernement. Le fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « le Gouvernement envoie la suspension au demandeur et au collège communal. Le Gouvernement »;

6° dans le § 2, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

7° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « , au fonctionnaire délégué » sont abrogés;

8° dans le § 4, alinéa 2, les mots « au demandeur, » sont remplacés par les mots « au demandeur et » et les mots « et au fonctionnaire délégué » sont abrogés.

Art. 138. À l'article D.IV.63 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « à l'adresse du directeur général de la DGO4 » sont remplacés par les mots « ou contre accusé de réception »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° soit de la réception de la décision visée à l'article D.IV.47, § 1^{er}, alinéa 2 ou § 2, alinéa 1^{er}, prise par le Gouvernement en première instance; »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° soit de la réception de la décision visée à l'article D.IV.48 prise par le Gouvernement en première instance; »;

4° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et les mots « sa décision » par les mots « la décision qu'il a prise en première instance »;

5° dans le § 3, alinéa 1^{er}, les mots « par le fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « qu'il a prise en première instance ».

Art. 139. Dans l'article D.IV.64 du même Code, les mots « de la décision du fonctionnaire délégué » sont abrogés, les mots « par le Gouvernement en première instance » sont insérés entre le mot « prise » et les mots « en application de » et les mots « et au fonctionnaire délégué » sont abrogés.

Art. 140. L'article D.IV.65 du même Code est abrogé.

Art. 141. À l'article D.IV.66 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « , le fonctionnaire délégué ou leurs représentants » sont abrogés et l'alinéa est complété par les phrases suivantes : « S'il s'agit d'un bien visé aux articles D.IV.14.1 ou D.IV.14.2, le ministre compétent en matière de Protection des monuments est invité à l'audition. Celui-ci peut s'y faire représenter. »;

2° dans l'alinéa 3, le 2°, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« 2° le fait que le bien concerné, en application du décret sur le patrimoine, est provisoirement ou définitivement classé, se situe dans la zone de protection d'un tel bien ou sur un site archéologique. »;

3° dans l'alinéa 5, les mots « simultanément son avis à l'administration et » sont remplacés par les mots « son avis ».

Art. 142. À l'article D.IV.67 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est abrogé.

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Dans les nonante-cinq jours à dater de la réception du recours, le Gouvernement envoie simultanément sa décision au demandeur et au collège communal. »

Art. 143. Dans l'article D.IV.69 du même Code, les mots « du fonctionnaire délégué » sont abrogés et les mots « par le Gouvernement en première instance » sont insérés entre le mot « prise » et les mots « en vertu de ».

Art. 144. Dans l'article D.IV.70 du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 145. Dans l'article D.IV.71 du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 146. Dans la phrase introductive de l'article D.IV.73, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « au Gouvernement » et les mots « du fonctionnaire délégué ou » sont abrogés.

Art. 147. Dans l'article D.IV.74, alinéa 2, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 148. Dans l'article D.IV.75 du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 149. À l'article D.IV.80 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 9°, les mots « des installations mobiles autorisées par le Code wallon du tourisme, le décret du 4 mars 1991 relatif aux conditions d'exploitation des terrains de caravanage ou le décret de la Communauté germanophone du 9 mai 1994 » sont remplacés par les mots « hébergements mobiles utilisés sur un terrain de camping conformément à l'article 9, alinéa 1^{er}, 5°, du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 12°, les mots « du 11 mars 1999 » sont insérés entre le mot « décret » et les mots « relatif au permis d'environnement ».

Art. 150. À l'article D.IV.84 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans le § 5, les mots « article D.IV.25 » sont remplacés par les mots « article D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° » et les mots « article D.IV.50 » par les mots « article D.IV.48 ».

Art. 151. Dans l'article D.IV.85, alinéa 2, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 152. Dans l'article D.IV.87 du même Code, les mots « ou la DGO4 pour les permis délivrés par le Gouvernement » sont abrogés.

Art. 153. À l'article D.IV.89 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° le 2°, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« 2° en cas de découverte fortuite au sens de l'article 30 du décret sur le patrimoine; ».

Art. 154. À l'article D.IV.90 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « aux articles D.IV.64 et » sont remplacés par les mots « à l'article ».

Art. 155. À l'article D.IV.91 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, le 2°, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« 2° en cas de découverte fortuite au sens de l'article 30 du décret sur le patrimoine; »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « , le fonctionnaire délégué » sont abrogés.

Art. 156. Dans l'article D.IV.92, § 1^{er}, alinéa 3, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 157. Dans l'article D.IV.93, § 3, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 158. Dans l'article D.IV.95, § 2, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 159. À l'article D.IV.97, alinéa 1^{er}, 6°, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le *b)* est remplacé par ce qui suit :

« *b)* en application du décret sur le patrimoine, provisoirement ou définitivement classé, se situe dans la zone de protection d'un tel bien ou sur un site archéologique; »;

2° le *c)*, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

3° le *d)*, modifié par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

4° le *e)*, remplacé par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé;

5° le *f)* est abrogé;

6° le *g)*, inséré par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est abrogé.

Art. 160. À l'article D.IV.98 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « , par le fonctionnaire délégué ou » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 2, les mots « dont il n'est pas l'auteur » sont remplacés par les mots « délivré par le collègue ».

Art. 161. À l'article D.IV.99 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, les mots « et, pour la région de langue française, des certificats de patrimoine valables » sont remplacés par les mots « et des permis de patrimoine délivrés après le 1^{er} janvier 2009 conformément à l'article 13 du décret sur le patrimoine »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule et l'alinéa est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° des travaux de transformation physique, d'entretien ou de transformation de l'aspect extérieur réalisés sur un bien provisoirement ou définitivement classé ou sur un site archéologique au sens du décret sur le patrimoine, ainsi que des travaux de transformation physique ou de transformation de l'aspect extérieur de biens situés dans la zone de protection d'un bien provisoirement ou définitivement classé, nécessitent soit un permis d'urbanisme conformément au présent Code ou un permis de patrimoine conformément à l'article 13 du décret sur le patrimoine. »

Art. 162. À l'article D.IV.102 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 163. À l'article D.IV.106 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 164. À l'article D.V.2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, les mots « , de la Société d'assainissement et de rénovation des sites industriels du Brabant Wallon » (SARSI SA), de la Société wallonne du logement » sont abrogés et les mots « qu'elle agréée » sont remplacés par les mots « actives en région de langue allemande »;

2° dans le § 3, alinéa 1^{er}, 3°, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif ».

Art. 165. Dans l'article D.V.4, § 2, du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 166. À l'article D.V.5, § 1^{er}, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° dans l'alinéa 3, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

3° dans l'alinéa 4, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 167. À l'article D.V.10 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « ou du fonctionnaire délégué » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 168. À l'article D.V.11 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° dans le § 1^{er}, l'alinéa 4 est abrogé.

5° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « ou du fonctionnaire délégué » sont abrogés.

Art. 169. À l'article D.V.13 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 2, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° dans la phrase introductive du § 4, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 170. Dans l'article D.V.15, § 2, 1°, du même Code, les mots « moyenne régionale » sont remplacés par les mots « moyenne en région de langue allemande ».

Art. 171. À l'article D.V.16 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, les mots « , permis d'urbanisation, permis d'environnement ou permis unique » sont remplacés par les mots « et permis d'urbanisation »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le deuxième tiret est abrogé;

3° dans le § 3, alinéa 2, 3°, le point-virgule en fin de phrase est remplacé par un point;

4° dans le § 3, alinéa 2, le 4° est abrogé;

5° dans le § 4, alinéa 2, les mots « , permis d'urbanisation, permis d'environnement ou permis unique » sont remplacés par les mots « et permis d'urbanisation ».

Art. 172. Dans le livre V du même Code, le titre VIII, comportant les articles D.V.17 et D.V.18, est abrogé.

Art. 173. À l'article D.V.19 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, renuméroté et modifié par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° dans le § 2, inséré par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 174. Dans l'article D.VI.2, du même Code, les mots « la Région, les provinces » sont remplacés par les mots « la Communauté germanophone ».

Art. 175. À l'article D.VI.12 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « de la Région wallonne » sont insérés entre les mots « comités d'acquisition d'immeubles » et les mots « agissant dans le cadre de »;

2° dans le § 2, alinéa 3, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 176. Dans l'article D.VI.15, alinéa 2, du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone » et les mots « ou au fonctionnaire délégué » sont abrogés.

Art. 177. À l'article D.VI.19 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° la Communauté germanophone »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 2°, les mots « et provinciales » sont abrogés;

3° dans l'alinéa 1^{er}, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° les sociétés immobilières de service public; ».

Art. 178. Dans l'article D.VI.36, alinéa 3, du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 179. Dans l'article D.VI.38, alinéa 1^{er}, du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 180. Dans l'article D.VI.40 du même Code, les mots « dans la Région » sont chaque fois remplacés par les mots « en région de langue allemande ».

Art. 181. Dans l'article D.VI.44 du même Code, les mots « dans la Région » sont remplacés par les mots « en région de langue allemande ».

Art. 182. À l'article D.VI.46 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° dans l'alinéa 2, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 183. Dans l'article D.VI.47, alinéa 1^{er}, du même Code, le mot « Région » et les mots « Région wallonne » sont remplacés par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 184. Dans l'article D.VI.50, § 1^{er}, 1°, du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 185. Dans l'article D.VI.56, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « à la DGO4 » sont abrogés.

Art. 186. Dans l'article D.VI.57, alinéa 4, du même Code, les mots « , le fonctionnaire délégué » sont abrogés.

Art. 187. Dans le livre VI, titre IV, chapitre II, section 1^{re}, sous-section 7, du même Code, il est inséré un article D.VI.62.1 rédigé comme suit :

« Art. D.VI.62.1 - Nonobstant toute disposition contraire, aucune taxe régionale n'est prélevée sur les bénéfices de la planification à partir du 1^{er} janvier 2020 ».

Art. 188. Dans l'article D.VII.1, § 1^{er}, du même Code, le 7°, remplacé par le décret de la Région wallonne du 26 avril 2018, est remplacé par ce qui suit :

« 7° l'exécution des actes ou travaux mentionnés à l'article D.IV.4 ou l'urbanisation d'un bien au sens de l'article D.IV.2 au mépris des mesures de protection imposées en application du décret sur le patrimoine. »

Art. 189. À l'article D.VII.3 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 3°, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° les officiers de police judiciaire désignés par le Gouvernement conformément à l'article 44 du décret sur le patrimoine. »;

3° à l'alinéa 2, les mots « agents régionaux » sont remplacés par les mots « agents de la Communauté germanophone ».

Art. 190. Dans l'article D.VII.4, alinéa 2, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 191. À l'article D.VII.6 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et les mots « et le Gouvernement » sont abrogés.

Art. 192. À l'article D.VII.9 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 193. Dans l'article D.VII.10, du même Code, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone » et les mots « fonctionnaire délégué » par le mot « Gouvernement ».

Art. 194. À l'article D.VII.13 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 3°, les mots « qu'il ne soit ni inscrit sur la liste de sauvegarde, ni classé en vertu du Code wallon du Patrimoine, et » sont abrogés;

3° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et la phrase est complétée par les mots « ainsi que sur les mesures de protection imposées en application du décret sur le patrimoine »;

4° dans l'alinéa 3, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 195. Dans l'article D.VII.14, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 196. Dans l'article D.VII.15, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 197. À l'article D.VII.17 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, 1°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 198. À l'article D.VII.18 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1^{er} à 4 forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 4;

2° dans l'alinéa 1^{er}, qui devient le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 2, qui devient le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° dans l'alinéa 3, qui devient le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

5° dans l'alinéa 4, qui devient le § 1^{er}, alinéa 4, les mots « par le fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « par lui en première instance »;

6° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Lorsque les actes et travaux mentionnés au § 1^{er} concernent :

1° un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant la proposition de transaction;

2° un bien mentionné à l'article D.IV.14.2, un simple avis relatif au patrimoine est demandé avant la proposition de transaction.

L'avis relatif à la transaction est transmis dans les soixante jour suivant l'envoi par le Gouvernement. À défaut, l'avis est réputé positif. »

Art. 199. Dans l'article D.VII.19, alinéa 2, du même Code, le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° soit entre les mains de la Communauté germanophone dans les autres cas. »

Art. 200. À l'article D.VII.20 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 3, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans le § 3, alinéa 1^{er}, 2°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans la phrase introductive du § 3, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° dans le § 3, alinéa 2, 2°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

5° dans la phrase introductive du § 3, alinéa 3, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

6° dans le § 3, alinéa 3, 2°, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

7° dans le § 4, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 201. À l'article D.VII.21 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 1^{er} à 3 forment le § 1^{er}, alinéas 1^{er} à 3;

2° dans l'alinéa 1^{er}, qui devient le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 2, qui devient le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° l'article est complété par un § 2 rédigé comme suit :

« § 2 - Lorsque les mesures de restitution mentionnées au § 1^{er} concernent :

1° un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant d'imposer la mesure;

2° un bien mentionné à l'article D.IV.14.2, un simple avis relatif au patrimoine est demandé avant d'imposer la mesure.

L'avis relatif à la mesure est transmis dans les soixante jours suivant l'envoi par le Gouvernement. À défaut, l'avis est réputé positif. »

Art. 202. Dans l'article D.VII.22, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « le Gouvernement ».

Art. 203. Dans l'article D.VII.25, alinéa 4, du même Code, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 204. À l'article D.VIII.5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 3, les mots « à la DGO4 » sont remplacés par les mots « au Gouvernement »;

2° dans le § 3, alinéa 3, les mots « deux journaux régionaux et un journal toute boîte » sont remplacés par les mots « au moins un journal de langue allemande diffusé en région de langue allemande et un journal toute boîte de langue allemande »;

3° dans le § 3, alinéa 4, le 2° est abrogé;

4° dans le § 3, alinéa 4, 3°, les mots « de la DGO3 » sont remplacés par les mots « du Gouvernement wallon »;

5° dans le § 3, alinéa 4, le 6° est remplacé par ce qui suit :

« 6° le conseil consultatif ».

Art. 205. Dans l'article D.VIII.6, alinéa 3, du même Code, les mots « le Fonctionnaire délégué ou » sont abrogés.

Art. 206. À l'article D.VIII.8 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, 2°, les mots « Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont remplacés par les mots « Ministère de la Communauté germanophone »;

2° dans le § 1^{er}, 3°, les mots « trois journaux diffusés dans l'ensemble de la Région wallonne, dont un de langue allemande » sont remplacés par les mots « au moins un journal de langue allemande diffusé en région de langue allemande »;

3° dans le § 1^{er}, 4°, les mots « par la Radio-Télévision belge de la Communauté française et » sont abrogés;

4° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° par un avis inséré dans au moins un journal de langue allemande diffusé en région de langue allemande; »;

5° dans le § 2, l'alinéa 2 est abrogé;

6° dans le § 4, les mots « Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont remplacés par les mots « Ministère de la Communauté germanophone ».

Art. 207. Dans l'article D.VIII.10 du même Code, les mots « au chef-lieu de chaque arrondissement administratif et au siège de la Communauté germanophone » sont remplacés par les mots « au nord et au sud de la région de langue allemande ».

Art. 208. Dans l'article D.VIII.21, alinéa 2, du même Code, les mots « ou le fonctionnaire délégué » sont abrogés.

Art. 209. À l'article D.VIII.22 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

2° (concerne le texte allemand);

3° (concerne le texte allemand);

4° dans l'alinéa 5, les mots " au chapitre III du titre III du Code de la démocratie locale et de la décentralisation " sont remplacés par les mots " à l'article 74 du décret communal du 23 avril 2018 ".

Art. 210. Dans l'article D.VIII.24 du même Code, les mots « Département de l'Aménagement du territoire et de l'Urbanisme de la DGO4 » sont remplacés par les mots « Ministère de la Communauté germanophone ».

Art. 211. [Concerne le texte allemand.]

Art. 212. Dans l'article D.VIII.30 du même Code, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif ».

Art. 213. À l'article D.VIII.31 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les dispositions du présent chapitre applicables aux plans et schémas mentionnés à l'alinéa 1^{er} s'appliquent aussi *mutatis mutandis* aux périmètres de remembrement urbain. »;

2° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif ».

Art. 214. À l'article D.VIII.33, § 4, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « pôle "Aménagement du territoire" » sont remplacés par les mots « conseil consultatif »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « à la DGO3 » sont remplacés par les mots « au Gouvernement wallon ».

Art. 215. Dans l'article D.VIII.34, alinéa 2, du même Code, les mots « à la DGO4 » sont remplacés par les mots « au Gouvernement ».

Section 2. — Voiries communales

Art. 216. Dans l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret de la Région wallonne du 6 février 2014 relatif à la voirie communale, les mots « en région de langue allemande » sont insérés entre les mots « voiries communales » et les mots « , ainsi que ».

Art. 217. Dans l'article 3 du même décret, les mots « à l'article L-1123-23, 6°, du Code de la démocratie locale et de la décentralisation » sont remplacés par les mots « aux dispositions du décret communal du 23 avril 2018 ».

Art. 218. À l'article 5 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots « collège provincial » sont chaque fois remplacés par les mots « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 3, les mots « collège provincial » sont chaque fois remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 4, les mots « l'article L1133-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation » sont remplacés par les mots « l'article 74 du décret communal du 23 avril 2018 ».

Art. 219. À l'article 8 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2016, les mots « le fonctionnaire délégué au sens du CoDT » sont abrogés et les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « Gouvernement »;

2° à l'alinéa 2, inséré par le décret de la Région wallonne du 5 février 2015, les mots « du 5 février 2015 » sont insérés entre le mot « décret » et les mots « relatif aux implantations commerciales » et les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 220. Dans l'article 9, § 1^{er}, alinéa 3, du même décret, les mots « registre des délibérations communales prévu par le Code de la démocratie locale et de la décentralisation » sont remplacés par les mots « registre des délibérations prévu à l'article 57 du décret communal du 23 avril 2018 ».

Art. 221. À l'article 14 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et au collège provincial compétent pour le territoire de chaque commune où est située la voirie faisant l'objet de la demande » sont remplacés par les mots « au Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « le ou les collèges provinciaux » sont remplacés par les mots « le Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « du ou des collèges provinciaux » sont remplacés par les mots « du Gouvernement ».

Art. 222. Dans l'article 15, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « des collèges provinciaux » sont remplacés par les mots « du Gouvernement ».

Art. 223. Dans l'article 17, alinéa 2, du même décret, les mots « l'article L1133-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation » sont remplacés par les mots « l'article 74 du décret communal du 23 avril 2018 ».

Art. 224. Dans l'article 19, alinéa 3, du même décret, les mots « l'article L1133-1 du Code de la démocratie locale et de la décentralisation » sont remplacés par les mots « l'article 74 du décret communal du 23 avril 2018 ».

Art. 225. Dans l'article 24, 5°, b) du même décret, les mots « d'expression française ou allemande selon le cas » sont abrogés.

Art. 226. Dans l'article 32, alinéa 2, du même décret, la première phrase est abrogée.

Art. 227. Dans l'article 33 du même décret, les mots « , par les propriétaires riverains et par le commissaire voyer » sont remplacés par les mots « et par les propriétaires riverains ».

Art. 228. Dans l'article 43, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « et conformément à l'accord de coopération conclu le 20 juillet 2017 entre la Communauté germanophone et la Région wallonne habilitant les comités d'acquisition wallons à réaliser des opérations patrimoniales pour le compte et au nom de la Communauté germanophone et des entités qui en dépendent » sont insérés entre les mots « À la demande de la commune, » et les mots « les comités d'acquisition d'immeubles », les mots « auprès du SPF Finances » sont remplacés par les mots « auprès du Service Public de Wallonie » et les mots « institués auprès du SPF Finances » sont abrogés.

Art. 229. À l'article 61 du même décret, modifié par le décret du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 1° est remplacé par ce qui suit :

« 1° les agents communaux désignés à cette fin par le conseil communal; »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, le point-virgule est remplacé par un point;

3° le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 3° est abrogé;

4° le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 4° est abrogé;

5° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 5° est abrogé;

6° dans le § 1^{er}, l'alinéa 2 est abrogé.

7° le § 2 est abrogé.

Section 3. — Parcs d'activités économiques

Art. 230. À l'article 1^{er} du décret de la Région wallonne du 2 février 2017 relatif au développement des parcs d'activités économiques, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 2° est abrogé;

2° le 9° est remplacé par ce qui suit :

« 9° le comité d'acquisition : les comités d'acquisition wallons mandatés conformément à l'accord de coopération conclu le 20 juillet 2017 entre la Communauté germanophone et la Région wallonne habilitant les comités d'acquisition wallons à réaliser des opérations patrimoniales pour le compte et au nom de la Communauté germanophone et des entités qui en dépendent; ».

Art. 231. À l'article 2 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, le c) est abrogé;

2° dans le § 1^{er}, le f) est abrogé.

Art. 232. À l'article 9 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° dans l'alinéa 4, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 233. À l'article 10 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 234. L'article 11 du même décret est abrogé.

Art. 235. Dans l'article 12, § 3, du même décret, les mots « , à la ou aux commune(s) concernée(s), au fonctionnaire dirigeant et au fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « et à la ou aux communes concernées ».

Art. 236. À l'article 13 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « du fonctionnaire dirigeant ou » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 3, les mots « ou par le fonctionnaire dirigeant » sont abrogés et les mots « Le fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 237. À l'article 14 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° dans l'alinéa 4, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 238. À l'article 15 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 239. L'article 16 du même décret est abrogé.

Art. 240. Dans l'article 17, § 3, du même décret, les mots « , à la ou aux commune(s) concernée(s), au fonctionnaire dirigeant et au fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « et à la ou aux communes concernées ».

Art. 241. À l'article 18 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « du fonctionnaire dirigeant ou » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 3, les mots « ou par le fonctionnaire dirigeant » sont abrogés et les mots « Le fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 242. Dans l'article 19 du même décret, le mot « régionales » est remplacé par les mots « de la Communauté germanophone ».

Art. 243. Dans l'article 21, alinéa 2, du même décret, la seconde phrase est remplacée par ce qui suit :

« Elle est constatée par le Gouvernement qui en informe l'opérateur ainsi que la ou les communes concernées. »

Art. 244. À l'article 41 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 3, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

4° dans l'alinéa 4, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 245. À l'article 42 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

3° dans l'alinéa 6, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

Art. 246. À l'article 44 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 247. L'article 45 du même décret est abrogé.

Art. 248. Dans l'article 46, § 3, du même décret, les mots « , à la ou aux commune(s) concernée(s), au fonctionnaire dirigeant et au fonctionnaire délégué » sont remplacés par les mots « et à la ou aux communes concernées ».

Art. 249. À l'article 47 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 2, la seconde phrase est remplacée par ce qui suit :

« Elle est constatée par le Gouvernement qui en informe l'opérateur ainsi que la ou les communes concernées. »

2° dans le § 3, alinéa 2, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 250. À l'article 48 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, c), le deuxième tiret est remplacé par ce qui suit :

« - ou au contrat de gestion au sens de l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone »;

2° dans l'alinéa 2, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 251. À l'article 50 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « au fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « au Gouvernement » et la première phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le Gouvernement adresse, pour avis, une copie de la demande aux services, commissions et autorités désignés par lui. »;

2° l'alinéa 2 est abrogé.

3° l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 252. Dans l'article 51, alinéa 4, du même décret, les mots « et au fonctionnaire délégué au sens de l'article D.IV.22 du Code de Développement territorial » sont abrogés.

Art. 253. Dans l'article 57, § 1^{er}, alinéa 3, du même décret, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 254. Dans l'intitulé du titre 4 du même décret, le mot « régionales » est remplacé par les mots « de la Communauté germanophone ».

Art. 255. À l'article 62 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2° l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 256. Dans l'article 69 du même décret, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone » et le mot « régional » est abrogé.

Art. 257. Dans la phrase introductive de l'article 71, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 258. Dans l'article 72 du même décret, les mots « fonctionnaire dirigeant » sont remplacés par le mot « Gouvernement ».

Art. 259. À l'article 73 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « fonctionnaire délégué » sont remplacés par le mot « Gouvernement »;

2^o dans l'alinéa 3, les mots « Sur avis du fonctionnaire dirigeant, le » sont remplacés par le mot « Le ».

CHAPITRE 9. — *Logement*

Art. 260. À l'article 1^{er} du Code wallon du logement et de l'habitat durable, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le 1^{ter}, inséré par le décret de la Région wallonne du 2 mai 2019, les mots « au sens du Code wallon du Tourisme » sont remplacés par les mots « au sens du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme »;

2^o dans le 2^o, modifié par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « par le Gouvernement wallon » sont remplacés par les mots « par la Communauté germanophone »;

3^o dans le 9^o, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

4^o dans le 23^o, modifié par les décrets de la Région wallonne des 15 mai 2003 et 9 février 2012, les mots « un pouvoir local, une régie autonome, la Société wallonne du logement, une société de logement de service public, le Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie, une agence immobilière sociale ou une association de promotion du logement, la Société wallonne du Crédit social » sont remplacés par les mots « le Gouvernement, un pouvoir local, une régie autonome, une société de logement de service public, une agence immobilière sociale ou une association de promotion du logement »;

5^o dans le 34^o, les mots « la province, » sont abrogés;

6^o dans la phrase introductive du 36^o, inséré par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003 et modifié par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les mots « par la Société wallonne du crédit social, par le Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie ou par les Guichets du Crédit social, » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement ou pour le compte de celui-ci »;

7^o dans le 36^o, a), inséré par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, les mots « en Région wallonne » sont remplacés par les mots « en région de langue allemande »;

8^o dans le 37^o, alinéa 1^{er}, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « , à l'exclusion de la Société wallonne du Crédit social » sont abrogés;

9^o dans le 37^o, alinéa 2, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « Sur proposition de la Société wallonne du Logement, le Gouvernement détermine » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement détermine ».

Art. 261. À l'article 2 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012 et modifié par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

3^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, inséré par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2005 et modifié par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

4^o dans le § 3, alinéa 2, inséré par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

Art. 262. Dans l'intitulé du titre II du même Code, les mots « de la politique régionale du logement » sont remplacés par les mots « de la politique du logement de la Communauté germanophone ».

Art. 263. Dans l'article 5 du même Code, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 2 mai 2019, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Le Gouvernement peut confier à des experts externes des tâches de recherche sous l'autorité des fonctionnaires et agents de l'administration mentionnés à l'alinéa 1^{er}. Dans ce cas, les experts mandatés appuient les fonctionnaires et agents de l'administration dans l'exercice des pouvoirs mentionnés à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 264. À l'article 7^{bis} du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« En vertu de l'article 7, alinéas 3 ou 7, le bourgmestre propose une offre de relogement à l'occupant expulsé. »;

2^o l'alinéa 2 est abrogé;

3^o l'alinéa 3 est abrogé;

4^o dans l'alinéa 4, les mots « Si la Société wallonne du Logement ne trouve aucun logement sur le territoire de la province » sont remplacés par les mots « Si le bourgmestre ne trouve aucun logement sur le territoire de la région de langue allemande », les mots « ou par la Société wallonne du Logement » sont abrogés et les mots « au bourgmestre et à la Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « au bourgmestre »;

5^o dans l'alinéa 5, les mots « , ou de la Société wallonne du Logement » sont abrogés;

6^o dans l'alinéa 6, les mots « La commune et la Société wallonne du Logement tiennent » sont remplacés par les mots « La commune tient »;

7^o l'alinéa 7 est abrogé.

Art. 265. Dans l'article 7^{ter}, alinéa 1^{er}, du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, les mots « par pli recommandé à la poste » sont remplacés par les mots « par recommandé ».

Art. 266. [Concerne le texte allemand.]

Art. 267. [Concerne le texte allemand.]

Art. 268. Dans le titre II, chapitre 1^{er}, du même Code, l'intitulé de la section 4, insérée par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 - Amendes administratives ».

Art. 269. L'article 13bis du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012 et modifié par les décrets de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017 et 17 juillet 2018, est abrogé.

Art. 270. Dans l'article 13ter du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 21 décembre 2016, les mots « Le fonctionnaire de l'Administration que le Gouvernement désigne » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement désigne ».

Art. 271. Dans l'article 13quater, alinéa 2, du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012 et modifié par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 272. Dans l'article 14, § 4, 5^o, du même Code, remplacé par le décret du 1^{er} juin 2017, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 273. Dans l'article 22bis, alinéa 1^{er}, du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juillet 2017, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

Art. 274. À l'article 54 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « La Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

3^o dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

4^o dans le § 2, alinéa 2, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 275. À l'article 55 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2^o dans l'alinéa 2, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 276. À l'article 56 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « de la Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « du Gouvernement ».

Art. 277. À l'article 57 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « de la Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « du Gouvernement ».

Art. 278. Dans l'article 59 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les mots « La Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 279. Dans l'article 59bis du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les mots « la Société wallonne du Logement » sont abrogés.

Art. 280. Dans l'article 59ter du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les mots « La Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 281. À l'article 63bis du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, le mot « wallon » est abrogé.

Art. 282. À l'article 64 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2^o dans l'alinéa 2, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 283. Dans l'article 65 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les mots « La Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 284. Dans l'article 67 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les mots « La Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 285. Dans l'article 69, § 1^{er}, du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les mots « la Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « le Gouvernement ».

Art. 286. À l'article 71 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2° l'alinéa 2 est abrogé;

Art. 287. Dans l'article 75, § 1^{er}, alinéa 3, du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les mots « de la subvention régionale » sont remplacés par les mots « de la subvention de la Communauté germanophone ».

Art. 288. À l'article 76 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « La Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 289. Dans l'article 78, alinéa 1^{er}, du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les mots « la Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « le Gouvernement ».

Art. 290. À l'article 78*bis* du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « , le Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie, la Société wallonne du Logement » sont abrogés et le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

3° [concerne le texte allemand];

4° dans le § 2, l'alinéa 3, remplacé par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, est abrogé;

5° dans le § 4, modifié par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, le mot « régionales » est abrogé.

Art. 291. À l'article 79 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 3°, a), les mots « sur le territoire régional » sont remplacés par les mots « sur le territoire de la région de langue allemande » et le point-virgule est remplacé par un point;

2° dans le 3°, le b) est abrogé.

Art. 292. À l'article 85*bis* du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, modifié par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2005, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2° le § 2, remplacé par le décret de la Région wallonne du 30 avril 2009, est abrogé.

Art. 293. Dans la phrase introductive de l'article 85*ter*, § 3, alinéa 2, du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les mots « à la poste » sont abrogés.

Art. 294. Dans l'article 85*quater* du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les mots « à la poste » sont abrogés.

Art. 295. Dans l'intitulé du titre III du même Code, les mots « de la politique régionale du logement » sont remplacés par les mots « de la politique du logement de la Communauté germanophone ».

Art. 296. Dans le titre III, le chapitre I^{er} du même Code, comportant les articles 86 à 129, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 2 mai 2019, est abrogé.

Art. 297. À l'article 130 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les alinéas rédigés comme suit sont insérés entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 4 :

« Le Gouvernement ne peut agréer en tant que société qu'un seul organisme en Communauté germanophone. Ladite société répond aux critères suivants :

1° respecter les dispositions du présent Code et de ses arrêtés d'exécution;

2° être constituée sous la forme d'une société à responsabilité limitée;

3° avoir comme sociétaires toutes les communes de la région de langue allemande;

4° proposer ses services en région de langue allemande;

5° accepter le contrôle du Gouvernement concernant l'application du présent décret.

La société est soumise au Code des sociétés et des associations, à l'exception des domaines réglés par le présent Code. »

2° l'alinéa 2, qui devient l'alinéa 4, modifié par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est abrogé;

3° l'alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, est remplacé par ce qui suit :

« Les communes, les centres publics d'action sociale, les personnes morales de droit privé et les personnes physiques sont admis à souscrire au capital de la société. »;

4° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement approuve les statuts de la société ainsi que toute modification ultérieure y apportée. »

Art. 298. À l'article 131 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, est remplacé par ce qui suit :

« La société poursuit les objectifs suivants :

1° la gestion et la location de logements sociaux et de logements sociaux assimilés, de logements moyens, de logements adaptés et adaptables, de logements d'insertion et de transit, et ce, conformément aux modalités et conditions fixées par le Gouvernement;

2° l'accueil des locataires lors de l'entrée dans un logement social adapté ou adaptable ou dans un logement d'insertion ou de transit, et ce, conformément aux modalités fixées par le Gouvernement;

3° l'acquisition, la construction, la restauration, l'entretien, l'amélioration, l'adaptation de logements et la transformation d'immeubles dont elle est propriétaire ou sur lesquels elle a des droits réels, principalement à des fins de logement;

4° toute activité immobilière ainsi que l'élaboration de projets immobiliers et leur mise en œuvre; toute activité de gestion ou la location d'immeubles destinées en partie à des fins de logement, et ce, conformément aux modalités et conditions fixées par le Gouvernement;

5° la vente de biens immobiliers dont elle est propriétaire;

6° l'accueil des candidats-locataires et des locataires ainsi que leur accompagnement social;

7° l'information et la notification aux locataires concernant les activités menées par la société ainsi que le programme d'entretien, de rénovation et de construction de logements;

8° l'examen des demandes des ménages qui souhaitent acheter un logement et le suivi des contrats;

9° la prise en location ou la gestion d'immeubles en vue de les utiliser à des fins de logement, conformément aux modalités et conditions fixées par le Gouvernement;

10° l'élaboration, l'exécution et le suivi des projets de toutes les opérations immobilières qui concernent en tout ou partie le logement public;

11° l'intervention, en tant qu'expert immobilier, pour son propre compte ou pour le compte du détenteur d'un droit réel;

12° la participation à la création, à la gestion et à l'exploitation de personnes morales publiques ou privées qui prennent part à la réalisation des objectifs de la politique du Logement;

13° la mise en place et la tenue du cadastre des logements qui seront gérés par les autorités publiques, et ce, conformément aux modalités fixées par le Gouvernement;

14° l'information fournie au comité consultatif des locataires et des propriétaires afin qu'il puisse remplir correctement sa mission;

15° le soutien apporté aux autorités subordonnées lors de la mise en œuvre de la politique locale du logement;

16° l'équipement en voiries, canalisations, éclairage public, réseau de distribution d'eau, abords communs et installations d'intérêt culturel ou public, intégrés parfaitement dans un complexe immobilier, ainsi que l'installation de cet équipement;

17° la création d'une réserve de terrains, nécessaire au développement harmonieux de l'habitat, afin de les vendre à des particuliers ou de leur accorder des droits réels en leur imposant la préservation de l'aspect extérieur et de l'agencement des espaces du complexe immobilier en fonction de leur affectation;

18° toute nouvelle mission directement liée à celles mentionnées dans le présent alinéa et définie par le Gouvernement. »;

2° dans l'alinéa 2, inséré par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les mots « , après avis de la Société wallonne du logement » sont abrogés.

Art. 299. [Concerne le texte allemand.]

Art. 300. À l'article 132 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « agréé en vertu du décret du 10 juillet 2013 relatif aux centres d'insertion socioprofessionnelle » sont abrogés et les mots « par une société de logement de service public » sont remplacés par les mots « par la société »;

2° l'alinéa 3, remplacé par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, est abrogé;

3° l'alinéa 4, remplacé par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement fixe les conditions de mise en location de ces logements. »

Art. 301. À l'article 133, § 2, du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « de la Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « du Gouvernement »;

2° l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 302. Dans l'article 134, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « de la Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « du Gouvernement ».

Art. 303. À l'article 135 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, remplacé par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, les mots « Société wallonne du Logement » sont à chaque fois remplacés par les mots « Communauté germanophone »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, modifié par les décrets de la Région wallonne des 19 décembre 2012 et 16 mai 2013, les mots « par la Société wallonne du logement ou par la Région » sont remplacés par les mots « par la Communauté germanophone »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le 5° est abrogé;

4° dans le § 1^{er}, alinéa 3, modifié par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2005, les mots « , sur avis de la Société wallonne du logement, » sont abrogés;

5° dans le § 2, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les mots « d'une société » sont remplacés par les mots « de la société » et les mots « après avis de la Société wallonne du Logement » sont abrogés;

6° le § 3, inséré par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, est abrogé.

Art. 304. À l'article 138 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er}, remplacé par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, est abrogé;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « d'une société » sont remplacés par les mots « de la société »;

3° dans le § 1^{er}, alinéa 3, le mot « parts » est remplacé par le mot « actions »;

4° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « parts de la société » sont remplacés par les mots « actions », et la deuxième phrase est abrogée;

5° dans le § 2, l'alinéa 2, modifié par le décret de la Région wallonne du 23 novembre 2006, est abrogé;

6° dans le § 2, alinéa 3, la deuxième phrase est abrogée;

7° dans le § 2, l'alinéa 4 est abrogé;

8° le § 3, inséré par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est remplacé par ce qui suit :

« § 3 - L'actionnaire qui se retire volontairement ou qui est exclu a le droit d'être remboursé des montants qu'il a versés sur ses actions, sans qu'il lui soit attribué une part des réserves, plus-values et autres fonds. »;

9° le § 4, inséré par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - En cas de liquidation de la société, les actifs qui subsistent après apurement du passif sont affectés en premier lieu au remboursement des actions.

Si toutes les actions n'ont pas été libérées dans la même mesure, le solde entre les actions sera établi par rapport à la libération, au moyen soit de demandes de paiement, soit de remboursements partiels.

Le solde restant est transféré à une société active dans le logement public agréée par le Gouvernement ou affecté à un autre objectif dans le domaine du logement public, autorisé par le Gouvernement. »

Art. 305. Dans l'intitulé de la sous-section 2 du titre III, chapitre II, section 2, du même Code, les mots « , des fusions et des restructurations » sont abrogés.

Art. 306. L'article 139 du même Code, abrogé par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. 139 - Le champ d'activités territorial de la société correspond au territoire de la région de langue allemande. »

Art. 307. L'article 140 du même Code est abrogé.

Art. 308. L'article 141 du même Code est abrogé.

Art. 309. L'article 142 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, est abrogé.

Art. 310. L'article 143 du même Code est abrogé.

Art. 311. L'article 144 du même Code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 15 mai 2003 et 30 mars 2006, est abrogé.

Art. 312. L'article 145 du même Code est abrogé.

Art. 313. L'article 146 du même Code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 15 mai 2003 et 9 février 2012, est abrogé.

Art. 314. À l'article 147 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « de parts » sont remplacés par les mots « d'actions »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « de chaque province, » sont abrogés;

3° dans le § 2, le mot « parts » est remplacé par le mot « actions ».

Art. 315. À l'article 148 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 16 mai 2013, est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Le conseil d'administration est composé d'administrateurs désignés par l'assemblée générale de la société et d'un administrateur représentant le comité consultatif des locataires et des propriétaires si celui-ci est constitué. Parmi les administrateurs désignés par l'assemblée générale, deux peuvent détenir des actions en tant que particulier. »;

2° le § 2 est abrogé;

3° dans le § 3, la phrase est complétée par les mots « et un vice-président »;

4° le § 4, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006 et modifié par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, est remplacé par ce qui suit :

« § 4 - Les statuts déterminent les conditions selon lesquelles les administrateurs peuvent être révoqués. »

Art. 316. À l'article 148^{ter} du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Sont créés au sein de la société deux comités d'attribution de logements dont l'un est compétent pour les communes d'Eupen, de La Calamine, de Lontzen et de Raeren et l'autre, pour les communes d'Amblève, de Bullange, de Burg-Reuland, de Butgenbach et de Saint-Vith. »;

2° l'alinéa 2 est abrogé;

3° dans l'alinéa 6, les mots « la composition des comités d'attribution de logements ainsi que » sont insérés entre les mots « détermine » et les mots « les modalités ».

Art. 317. § 1^{er} - L'article 148^{quater} du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006 et modifié par le décret de la Région wallonne du 30 avril 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 148^{quater} - Les membres du conseil d'administration ou d'un autre organe de gestion ont droit à des jetons de présence et à des indemnités de déplacement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement. »

§ 2 - Dans l'article 149, 1^o, du même Code, les mots « l'article 143 du Code des sociétés » sont remplacés par les mots « l'article 3: 74 du Code des sociétés et des associations ».

Art. 318. À l'article 150 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 2, inséré par le décret de la Région wallonne du 23 novembre 2006, les mots « d'une société » sont remplacés par les mots « de la société » et les mots « ou de député provincial d'une commune ou d'une province sociétaires » sont remplacés par les mots « ou de membre d'un conseil communal, d'un conseil provincial ou d'un conseil de l'action sociale, du parlement européen, des Chambres législatives fédérales, d'un parlement de Région ou de Communauté, du Gouvernement de la Communauté germanophone ou de membre du personnel du Gouvernement ou du Ministère de la Communauté germanophone placé sous la responsabilité du Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire et de Logement »;

2^o dans l'alinéa 3, inséré par le décret de la Région wallonne du 23 novembre 2006 et modifié par les décrets de la Région wallonne des 9 février 2012 et 16 mai 2013, les mots « de bourgmestre, d'échevin, de président du centre public d'action sociale ou » sont insérés entre les mots « avec les qualités » et les mots « de membre d'un conseil communal », et les trois dernières phrases sont abrogées;

3^o l'alinéa 4, inséré par le décret de la Région wallonne du 16 mai 2013, est abrogé.

Art. 319. Dans l'article 151 du même Code, les mots « Les conseils communaux, provinciaux et de l'action sociale » sont remplacés par les mots « Les conseils communaux et les conseils de l'action sociale ».

Art. 320. L'article 152 du même Code, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 16 mai 2013, est abrogé.

Art. 321. L'article 152^{quater} du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006 et remplacé par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, est abrogé.

Art. 322. À l'article 152^{quinquies} du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 23 novembre 2006 et modifié par le décret de la Région wallonne du 30 avril 2009, les alinéas 2 jusqu'au dernier sont abrogés.

Art. 323. Dans l'article 154, alinéa 3, du même Code, les mots « après avis de la Société wallonne du logement » sont abrogés.

Art. 324. Dans l'article 155, § 2, alinéa 2, du même Code, les mots « à la Société wallonne du logement » sont remplacés par les mots « au Gouvernement ».

Art. 325. Dans l'article 157 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « , sur proposition de la Société wallonne du Logement » sont abrogés.

Art. 326. À l'article 158 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2005, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, remplacé par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, les mots « de la Région wallonne » sont remplacés par les mots « de la Communauté germanophone »;

2^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, devenu § 2, alinéa 1^{er}, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les mots « du contrat d'objectifs » sont remplacés par les mots « du contrat de gestion »;

3^o dans le § 3, alinéa 1^{er}, devenu § 2, alinéa 2, par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les mots « , sur la proposition de la Société wallonne du logement, » sont abrogés.

Art. 327. Dans l'article 158^{bis}, alinéa 2, du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, les mots « sur la proposition de la Société wallonne du logement » sont abrogés.

Art. 328. Dans l'article 158^{quater} du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « par la Société wallonne du Logement » sont abrogés.

Art. 329. Dans l'article 158^{quinquies} du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « , sur proposition de la Société wallonne du Logement » sont abrogés et les mots « La Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 330. Dans l'article 159 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2005, les mots « , sur la proposition de la Société wallonne du logement » sont abrogés.

Art. 331. Dans l'article 160 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, les mots « déterminées par la Société wallonne du logement et approuvées par le Gouvernement » sont remplacés par les mots « fixées par le Gouvernement ».

Art. 332. L'article 161 du même Code, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 16 février 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 161 - § 1^{er} - Le projet de budget de la société est transmis au ministre compétent en matière de Logement et au ministre compétent en matière de Budget au plus tard le 30 septembre de l'année précédant l'exercice budgétaire. À défaut d'une transmission du budget de la société dans le délai imparti, les éventuels paiements à la société, à charge du budget de la Communauté germanophone, sont suspendus.

Le budget est approuvé par le Gouvernement et transmis pour information au Parlement ainsi qu'aux communes.

§ 2 - Chaque année, un contrôle est mené au cours du premier trimestre afin de procéder à une éventuelle adaptation du budget. D'autres contrôles et ajustements budgétaires sont possibles à tout moment jusqu'à la reddition définitive des comptes.

La société transmet au ministre compétent en matière de Logement ainsi qu'au ministre compétent en matière de Budget le projet d'ajustement du budget, accompagné d'une note explicative. Tout ajustement du budget est approuvé par le Gouvernement et transmis pour information au Parlement ainsi qu'aux communes. »

Art. 333. Dans le titre III, chapitre II, section 2, sous-section 8, du même Code, modifiée en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 16 février 2017, il est inséré un article 161*bis* rédigé comme suit :

« Art. 161*bis* - Pour le 15 avril de l'année suivant l'exercice budgétaire, la société transmet les comptes annuels au ministre compétent en matière de Logement et au ministre compétent en matière de Budget.

Les comptes annuels sont approuvés par le Gouvernement et transmis pour information au Parlement ainsi qu'aux communes. »

Art. 334. Dans le titre III, chapitre II, section 2, sous-section 8, du même Code, modifiée en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 16 février 2017, il est inséré un article 161*ter* rédigé comme suit :

« Art. 161*ter* - Pour le 30 juin de l'année suivant l'exercice budgétaire, la société transmet au ministre compétent en matière de Logement et au ministre compétent en matière de Budget un rapport annuel sur les activités menées au cours de l'exercice budgétaire écoulée. Si la société a conclu un contrat de gestion avec le Gouvernement, le rapport annuel comprend également le rapport relatif à l'exécution dudit contrat.

Le rapport annuel est approuvé par le Gouvernement et transmis pour information au Parlement ainsi qu'aux communes. »

Art. 335. Dans le titre III, chapitre II, du même Code, l'intitulé de la section 2*bis*, insérée par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2005, est remplacé par ce qui suit :

« Section 2*bis* - Des contrats de gestion ».

Art. 336. L'article 162 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2005 et remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 162 - Sans préjudice des autres dispositions du présent Code, le subventionnement et une description plus précise des missions peuvent être fixés dans le cadre des contrats de gestion conclus entre les organismes et le Gouvernement, conformément à l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. »

Art. 337. L'article 163 du même Code, modifié par les décrets de la Région wallonne des 15 mai 2003 et 20 juillet 2005, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 163 - § 1^{er} - La société est soumise à la tutelle du ministre compétent en matière de Logement et du ministre compétent en matière de Budget. La tutelle du ministre compétent en matière de Budget concerne toutes les décisions qui ont des conséquences financières ou budgétaires.

La tutelle est exercée par le biais d'un ou plusieurs commissaires du Gouvernement désignés par lui sur la proposition du ministre compétent en matière de Logement et du ministre compétent en matière de Budget.

Le Gouvernement peut, pour chaque commissaire du Gouvernement, désigner un suppléant qui, en cas d'empêchement dudit commissaire du Gouvernement, assurera ses missions.

§ 2 - Le commissaire du Gouvernement siège avec voix consultative aux séances du conseil d'administration. Aux fins d'accomplissement de sa mission, il dispose de pouvoirs étendus.

§ 3 - Tout commissaire du Gouvernement dispose d'un délai de quatre jours francs pour introduire un recours contre toute décision qu'il estime contraire aux dispositions applicables ou à l'intérêt général. Tout recours introduit par le commissaire du Gouvernement suspend l'exécution de la décision. Le commissaire du Gouvernement informe par écrit de son recours le conseil d'administration de l'organe.

Le délai de quatre jours francs mentionné à l'alinéa 1^{er} court à partir du jour de la séance au cours de laquelle la décision a été prise, pour autant que le commissaire du Gouvernement y ait été dûment invité, sinon, à compter de la date à laquelle il a pris connaissance de ladite décision.

§ 4 - Le commissaire du Gouvernement introduit son recours auprès du ministre sur proposition duquel il a été désigné.

Le ministre auprès de qui le recours est introduit dispose d'un délai de trente jours francs à partir du moment mentionné dans le § 3, alinéa 2, pour demander l'avis des autres ministres concernés et pour annuler la décision. Il communique l'annulation de la décision au conseil d'administration. Si aucune annulation n'est prononcée dans le délai imparti, la décision est réputée définitive.

§ 5 - Le Gouvernement fixe le montant des indemnités et jetons de présence octroyés aux commissaires du Gouvernement, à charge du budget de la société. »

Art. 338. L'article 164 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017 et modifié par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 164 - § 1^{er} - Si l'intérêt général ou les dispositions applicables l'exigent, le ministre de tutelle ou le ministre compétent en matière de Budget peuvent sommer le conseil d'administration de la société à se prononcer sur certains projets de décision ou à répondre à certaines questions. Le ministre ou le commissaire du Gouvernement désigné sur sa proposition communique au conseil d'administration les questions sur lesquelles celui-ci doit statuer ainsi que le délai pour ce faire.

Si le conseil d'administration de la société n'a pris aucune décision dans le délai imparti ou que le ministre ne peut se rallier à la décision du conseil d'administration, le Gouvernement peut rendre une décision par arrêté à la place du conseil d'administration. Une copie dudit arrêté est transmise immédiatement au Parlement.

§ 2 - Le Gouvernement peut désigner un commissaire spécial si la société reste en défaut de fournir les renseignements et éléments demandés ou de mettre à exécution les mesures prescrites par les dispositions applicables ou par une décision de justice coulée en force de chose jugée. Le commissaire spécial est habilité à prendre toutes les mesures nécessaires en lieu et place de la société défaillante, dans les limites du mandat qui lui est donné par l'arrêté qui le désigne.

Préalablement à l'envoi d'un commissaire spécial, le Gouvernement :

1° adresse à la société, par recommandé, un avertissement motivé expliquant ce qui lui est demandé ou les mesures qu'elle reste en défaut de prendre;

2° donne à la société, dans le même avertissement, un délai précis et raisonnable pour répondre à la demande lui adressée, justifier son attitude, confirmer sa position ou prendre les mesures prescrites. »

Art. 339. L'article 165 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est abrogé.

Art. 340. Dans le titre III, chapitre II, section 3, du même Code, la sous-section 1^{re}bis, comportant l'article 165bis, insérée par le décret du 30 mars 2006 et modifiée en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 16 mai 2013, est abrogée.

Art. 341. Dans le titre III, chapitre II, section 3, du même Code, la sous-section 2, comportant les articles 166 à 169, modifiée en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 17 juillet 2018, est abrogée.

Art. 342. Dans le titre III, chapitre II, section 3, du même Code, la sous-section 3, comportant les articles 170 et 171, modifiée en dernier lieu par les décrets de la Région wallonne des 15 mai 2003 et 30 mars 2006, est abrogée.

Art. 343. À l'article 171bis du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « au sein de la Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « auprès du Gouvernement »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, le quatrième tiret est abrogé;

3° dans le § 2, alinéa 2, les mots « la Société wallonne du Logement » sont remplacés par les mots « l'administration ».

4° dans le § 2, alinéa 3, les mots « Les commissaires du Gouvernement près la Société wallonne du Logement peuvent » sont remplacés par les mots « Un représentant du Gouvernement peut ».

Art. 344. Dans le titre III, chapitre II, du même Code, l'intitulé de la section 4 est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 - De l'accès au logement ».

Art. 345. L'article 172 du même Code, modifié par le décret de la Région wallonne du 1^{er} juin 2017 est remplacé par ce qui suit :

« Art. 172 - § 1^{er} - Le Gouvernement détermine, le cas échéant, par dérogation aux dispositions du décret du 15 mars 2018 relatif au bail d'habitation, les conditions d'accès, de location et d'occupation d'un logement géré ou construit par la société.

Ces conditions concernent :

1° l'admissibilité des candidats et les priorités d'accès;

2° le formulaire de demande unique précisant notamment la procédure, les voies de recours et l'adresse de la chambre de recours mentionnée à l'article 171bis;

3° la procédure d'admission;

4° les clauses contenues dans les conventions de bail ou d'occupation conclues pour une durée déterminée ou indéterminée relatives :

a) à leur durée, déterminée en tenant compte notamment de l'âge ou des désavantages des ménages locataires, ainsi qu'aux conditions de résiliation, étant entendu que, sans préjudice de l'article 7, aucune décision d'expulsion ne peut être exécutée entre le 1^{er} novembre et le 15 mars de l'année suivante. L'expulsion s'opère si le ménage refuse l'assistance du centre public d'action sociale;

b) à la nature et au mode de calcul des charges;

c) au mode de constitution, de versement et de libération de la garantie;

d) à la procédure d'entrée et de sortie des lieux;

e) aux obligations respectives des parties;

f) aux sanctions;

g) au mode de calcul des loyers et des indemnités, en tenant compte des ressources des ménages locataires, du nombre d'enfants à charge ainsi que du degré de confort et d'équipement du logement;

5° à la procédure de recours.

§ 2 - Le Gouvernement rédige une charte des sociétés et des locataires qui rappelle les droits et obligations des locataires.

§ 3 - Le Gouvernement fixe les conditions d'acquisition ou de vente d'un logement géré, construit ou vendu par la société.

Ces conditions concernent notamment :

1° les revenus du ménage;

2° le patrimoine immobilier du ménage.

§ 4 - Le présent article ne s'applique pas aux logements d'utilité publique qui sont gérés par la société, sur lesquels elle dispose d'un droit réel et qui n'ont pas fait l'objet de ce qui suit :

1° d'une aide publique octroyée en vertu du présent Code, sauf autorisation du Gouvernement s'il s'agit d'une aide destinée à l'équipement, au rééquipement, à l'amélioration ou à l'installation de nouveaux équipements;

2° pour l'acquisition ou la construction, d'un financement public indirect par le biais de revenus locatifs de logements qui ont fait l'objet d'une aide publique. »

Art. 346. L'article 173 du même Code est abrogé.

Art. 347. Dans le titre III, chapitre II, du même Code, la section 5, comportant l'article 174, modifiée en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 23 novembre 2006, est abrogée.

Art. 348. Dans le titre III, chapitre II, du même Code, la section 6, comportant l'article 174bis, insérée par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006 et modifiée par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, est abrogée.

Art. 349. Dans le titre III du même Code, l'intitulé du chapitre III, remplacé par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre III - De l'octroi de crédits sociaux ou de prêts en vue de réaliser des économies d'énergie ».

Art. 350. Dans le titre III, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 1^{re}, remplacée par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re} - Recours aux prestations ».

Art. 351. L'article 175.1 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003 et modifié par le décret de la Région wallonne du 23 novembre 2006, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 175.1 - Pour l'octroi de crédits sociaux ou de prêts en vue de réaliser des économies d'énergie, le Gouvernement peut conclure un accord avec la Société wallonne du crédit social et/ou les Guichets du Crédit social afin de pouvoir recourir à leurs prestations. Toutes les autres conditions-cadres seront fixées dans ledit accord.

Pour l'octroi de crédits sociaux ou de prêts en vue de réaliser des économies d'énergie à des familles nombreuses, le Gouvernement peut conclure un accord avec le Fonds du logement des familles nombreuses de Wallonie afin de pouvoir recourir à ses prestations. Toutes les autres conditions-cadres seront fixées dans ledit accord. »

Art. 352. Dans le titre III, chapitre III, section 1^{re}, du même Code, l'intitulé de la sous-section 2, remplacée par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est remplacé par ce qui suit :

« Sous-section 2 - Des missions ».

Art. 353. À l'article 175.2 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, la phrase introductive est remplacée par la suivante :

« En ce qui concerne l'octroi de crédits sociaux, il convient :

2^o le § 2 est abrogé;

3^o le § 3, modifié par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, est abrogé;

4^o le § 4 est abrogé;

5^o le § 5 est abrogé;

6^o le § 6 est abrogé;

7^o le § 7 est abrogé.

Art. 354. Dans le titre III, chapitre III, section 1^{re}, du même Code, la sous-section 3, comportant l'article 175.3, remplacée par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003 et modifiée par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, est abrogée.

Art. 355. Dans le titre III, chapitre III, section 1^{re}, du même Code, la sous-section 4, comportant les articles 175.4 à 175.12, remplacée par le décret du 15 mai 2003 et modifiée en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 2 mai 2019, est abrogée.

Art. 356. Dans le titre III, chapitre III, section 1^{re}, du même Code, la sous-section 5, comportant les articles 175.13 à 175.14, remplacée par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, est abrogée.

Art. 357. Dans le titre III, chapitre III, section 1^{re}, du même Code, la sous-section 6, comportant les articles 175.15 et 175.16, remplacée par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003 et modifiée par le décret de la Région wallonne du 18 décembre 2003, est abrogée.

Art. 358. Dans le titre III, chapitre III, section 1^{re}, du même Code, la sous-section 7, comportant les articles 175.17 à 175.19, remplacée par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003 et modifiée par les décrets de la Région wallonne des 23 novembre 2006 et 1^{er} juin 2017, est abrogée.

Art. 359. Dans le titre III, chapitre III, du même Code, la section 2, comportant les articles 176.1 à 178.2, remplacée par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003 et modifiée en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 16 mai 2013, est abrogée.

Art. 360. Dans le titre III du même Code, le chapitre IV, comportant les articles 179 à 186, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 2 mai 2019, est abrogé.

Art. 361. À l'article 188 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, modifié par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « les orientations régionales » sont remplacés par les mots « les orientations de la Communauté germanophone »;

2^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, les mots « la Région, la province, » sont remplacés par les mots « la Communauté germanophone » et les mots « , le Fonds du logement des familles nombreuses de Wallonie, » sont abrogés;

3^o dans le § 2, alinéa 1^{er}, modifié en dernier lieu par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « du territoire wallon » sont remplacés par les mots « du territoire de la région de langue allemande ».

Art. 362. À l'article 189 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 2, remplacé par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone », les mots « à la Société wallonne du Logement, qui émet son avis dans les nonante jours de la réception du dossier communal » sont remplacés par le mot « au Gouvernement » et la deuxième phrase est abrogée;

2^o dans le § 3, remplacé par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003, les mots « et à la Société wallonne du Logement » sont abrogés.

Art. 363. L'article 191 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 15 mai 2003 et modifié par les décrets de la Région wallonne des 15 janvier 2009 et 2 mai 2019, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 191 - Le Gouvernement peut désigner un ou plusieurs organismes qui seront actifs en tant qu'agence immobilière sociale, régie des quartiers ou association de promotion du logement. Ces organismes répondent aux critères suivants :

1^o respecter les dispositions du présent décret;

2^o être constitué en association sans but lucratif ou dépendre de l'attachement à une autorité publique;

3° proposer, en région de langue allemande, des prestations en tant qu'agence immobilière sociale, régie des quartiers ou association de promotion du logement;

4° disposer d'un personnel qualifié qui satisfait aux exigences minimales requises fixées par le Gouvernement;

5° accepter le contrôle du Gouvernement concernant l'application du présent décret. »

Art. 364. L'article 192 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. 192 - § 1^{er} - Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut, aux conditions fixées par lui, octroyer des subventions aux organismes mentionnés à l'article 191.

Les modalités de subventionnement ainsi que le montant desdites subventions seront fixés dans un contrat à conclure entre le Gouvernement et l'organisme.

Le subventionnement et la description des missions peuvent être fixés dans le cadre des contrats de gestion conclus entre les organismes et le Gouvernement, conformément à l'article 105 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

§ 2 - Le contrôle de l'utilisation des subventions octroyées s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes. »

Art. 365. L'article 192/1 du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 2 mai 2019, est abrogé.

Art. 366. À l'article 194 du même Code, rétabli par le décret de la Région wallonne du 30 avril 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, remplacé par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « à la proportionnelle des conseils provinciaux, » sont abrogés;

2° dans l'alinéa 3, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « ou une province » sont abrogés.

Art. 367. Dans le titre III du même Code, l'intitulé du chapitre VII est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VII - Conseil consultatif du Logement et de l'Énergie ».

Art. 368. À l'article 200 du même Code, remplacé par le décret de la Région wallonne du 16 février 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, la phrase introductive est remplacée par la suivante :

« Le conseil consultatif du Logement et de l'Énergie, ci-après, "conseil consultatif", est chargé : »;

2° dans le § 1^{er}, 5°, les mots « et d'énergie » sont insérés entre les mots « en matière de logement » et les mots « , en menant des activités »;

3° dans le § 1^{er}, 6°, les mots « la matière du logement » sont remplacés par les mots « les matières du logement et de l'énergie »;

4° le § 1^{er} est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le Gouvernement introduit une demande d'avis relatif à l'avant-projet d'un décret ou d'un arrêté en matière de logement ou d'énergie, le conseil consultatif rend cet avis dans les trente jours suivant la réception de la demande. Ce délai est prolongé de plein droit de quinze jours s'il commence ou expire entre le 1^{er} juillet et le 31 août. »;

5° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Sont membres du conseil consultatif avec voix délibérative :

1° deux représentants de chaque commune de la région de langue allemande;

2° deux représentants de chaque centre public d'action sociale de la région de langue allemande;

3° deux représentants du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, dont l'un représente l'organisation représentative des travailleurs et l'autre, les organisations interprofessionnelles d'employeurs ayant leur siège en Communauté germanophone;

4° un représentant de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

5° un représentant des organisations auxquelles le Gouvernement a confié en priorité des missions dans le domaine de la protection des consommateurs;

6° un représentant par société de logement de service public active en région de langue allemande;

7° un représentant par agence immobilière sociale active en région de langue allemande. »;

6° dans le § 2, alinéa 2, les mots « du Département du Logement de la Direction générale opérationnelle Aménagement du Territoire, Logement, Patrimoine et Énergie du Service public de Wallonie » sont remplacés par les mots « de l'administration » et les mots « du pôle » sont remplacés par les mots « du conseil consultatif »;

7° l'article est complété par les §§ 3 à 9 rédigés comme suit :

« § 3 - Le conseil consultatif choisit, parmi ses membres ayant voix délibérative, un président et un vice-président pour la durée du mandat.

Sur la proposition des organisations représentées au sein du conseil consultatif, le Gouvernement désigne les membres effectifs et, pour chacun d'eux, un suppléant.

Le mandat des membres dure au plus cinq ans et est renouvelable.

À la demande de l'organisation concernée, le Gouvernement peut mettre fin prématurément au mandat d'un membre et désigner un nouveau membre qui achève le mandat de son prédécesseur.

§ 4 - Le conseil consultatif siège pour la première fois au plus tard deux mois après la désignation de ses membres.

Dans les deux mois de cette première séance, le conseil consultatif se dote d'un règlement d'ordre intérieur qui doit être approuvé par le Gouvernement. Ce règlement d'ordre intérieur règle les détails du fonctionnement du conseil consultatif.

§ 5 - Les décisions du conseil consultatif sont prises à la majorité des voix émises par les membres présents. Le conseil consultatif peut délibérer valablement si la moitié de ses membres au moins est présente.

Si le quorum n'est pas atteint, le président invite les membres à une seconde séance au cours de laquelle le conseil consultatif peut délibérer valablement notwithstanding les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

§ 6 - Aux fins d'accomplissement de ses missions, le conseil consultatif peut inviter des experts aux séances, qui siègent avec voix consultative. Par ailleurs, le conseil consultatif peut créer des groupes de travail.

§ 7 - Le Gouvernement assure la rédaction des procès-verbaux des séances du conseil consultatif.

§ 8 - Sauf l'année de sa création, le conseil consultatif établit, pour le 30 avril de chaque année calendrier, un rapport des activités menées au cours de l'année précédente et le rend au Gouvernement.

§ 9 - Les membres du conseil consultatif ayant voix délibérative ainsi que les experts participant aux séances en application du § 6 ont droit à des jetons de présence et à une indemnité pour frais de déplacement conformément aux conditions fixées par le Gouvernement. »

Art. 369. Le titre III*bis* du même Code, comportant l'article 200/1, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012 et modifié par les décrets de la Région wallonne des 1^{er} juin 2017 et 2 mai 2019, est abrogé.

Art. 370. À l'article 200*bis* du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 20 juillet 2005, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans la phrase introductive du § 1^{er}, les mots « Le fonctionnaire de l'administration, que le Gouvernement désigne à cette fin, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2^o dans le § 1^{er}, 3^o, alinéa 2, les mots « et, en cas d'inaction du collège, par le Gouvernement, au fonctionnaire désigné par le Gouvernement » sont remplacés par les mots « au Gouvernement »;

3^o dans le § 1*bis*, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, les mots « Le fonctionnaire de l'administration, que le Gouvernement désigne à cette fin, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

4^o dans le § 4, alinéa 3, modifié par le décret de la Région wallonne du 22 juillet 2010, les mots « au fonctionnaire désigné par le Gouvernement » sont remplacés par les mots « au Gouvernement »;

5^o dans le § 4, alinéa 4, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, les mots « par le fonctionnaire désigné par le Gouvernement » sont remplacés par les mots « par le Gouvernement » et les mots « à ce fonctionnaire » sont remplacés par les mots « au Gouvernement »;

6^o dans le § 5, alinéa 1^{er}, les mots « le fonctionnaire désigné par le Gouvernement » sont remplacés par les mots « le Gouvernement »;

7^o dans le § 5, alinéa 2, les mots « du fonctionnaire » sont remplacés par les mots « du Gouvernement » et les mots « à la poste » sont abrogés;

8^o dans le § 6, alinéa 1^{er}, les mots « du fonctionnaire désigné par le Gouvernement » sont remplacés par les mots « du Gouvernement »;

9^o dans le § 7, alinéa 1^{er}, remplacé par le décret de la Région wallonne du 22 juillet 2010, les mots « l'agent désigné par le Gouvernement peut » sont remplacés par les mots « les personnes désignées par le Gouvernement peuvent »;

10^o dans le § 7, alinéa 2, remplacé par le décret de la Région wallonne du 22 juillet 2010, les mots « l'agent désigné » sont remplacés par les mots « les personnes désignées ».

Art. 371. À l'article 200*ter* du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 mars 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, les mots « Le fonctionnaire de l'administration, que le Gouvernement désigne à cette fin, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

2^o dans le § 2, les mots « Le fonctionnaire de l'administration, que le Gouvernement désigne à cette fin, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement »;

3^o dans le § 2*bis*, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, les mots « Le fonctionnaire de l'administration, que le Gouvernement désigne à cette fin, » sont remplacés par les mots « Le Gouvernement ».

Art. 372. L'article 205 du même Code est abrogé.

Art. 373. L'article 205*bis* du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 9 février 2012, est abrogé.

Art. 374. À l'article 208 du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 30 avril 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, 2^o, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone »;

2^o dans le § 1^{er}, 3^o, le mot « Région » est remplacé par les mots « Région wallonne ou de la Communauté germanophone »;

3^o dans le § 1^{er}, 4^o, le mot « Région » est remplacé par les mots « Communauté germanophone ».

CHAPITRE 10. — Énergie

Art. 375. Dans l'article 1^{er}, 3^o, du décret de la Région wallonne du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables, les mots « le service reconnu et subventionné par la Région wallonne, mis en place en vue de » sont remplacés par les mots « le service organisé par le Gouvernement, mis en place en vue de ».

CHAPITRE 11. — Infrastructure

Art. 376. L'article 45, 5^o, du décret-programme 2014 du 24 février 2014, remplacé par le décret du 26 février 2018, est remplacé par ce qui suit :

« 5^o des articles 30 à 38, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2024. »

CHAPITRE 12. — Finances et budget

Art. 377. Dans l'article 2 du décret du 21 décembre 1995 portant création d'un fonds de gestion des dettes financières de la Communauté germanophone, les mots « ou qui, selon le cas, lui ont été transférés dans le cadre de la reprise de nouvelles compétences en tant que successeur de l'autorité fédérale ou de la Région wallonne et au remboursement » sont insérés entre les mots « par la Communauté germanophone » et les mots « des frais bancaires ».

Art. 378. - Dans le chapitre VII du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, il est inséré un article 51.1 rédigé comme suit :

« Art. 51.1 - Recours à l'administration du Service public fédéral Finances en charge de la perception et du recouvrement de créances non fiscales

Sans préjudice des dispositions de l'article 50, la Communauté germanophone et les organismes d'intérêt public peuvent faire procéder, par l'administration du Service public fédéral Finances en charge de la perception et du recouvrement de créances non fiscales agissant en vertu des dispositions de la loi domaniale du 22 décembre 1949, au recouvrement de créances non fiscales constatées et non contestées.

Dans ce cas, les articles 49 et 51 ne sont pas applicables. »

CHAPITRE 13. — *Dispositions diverses*

Section 1^{re}. — Communication électronique

Art. 379. L'article 30 du décret-programme 2009 du 27 avril 2009 est abrogé.

Art. 380. Dans l'article 44 du décret du 15 mars 2010 sur les services, les mots « Conformément à l'article 30 du décret-programme 2009 du 27 avril 2009, » sont remplacés par les mots « Conformément aux dispositions du décret du 15 octobre 2018 relatif à la communication électronique, publique et adressée aux particuliers, des autorités de la région de langue allemande, ».

Section 2. — Secteur non marchand

Art. 381. À l'article 65 du décret-programme 2013 du 25 février 2013, modifié par le décret du 20 février 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, les mots « à partir de 2017 » sont remplacés par les mots « dans les années 2017-2019 »;

2° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, b), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° dans le § 1^{er}, l'alinéa 1^{er} est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° en 2020 : 1 341,18 euros par équivalent temps plein. »;

4° dans le § 2, alinéa 1^{er}, 3°, les mots « conformément à la convention collective de travail de la sous-commission paritaire n° 329.02 du 18 février 2013 » sont remplacés par les mots « conformément à la convention collective de travail de la sous-commission paritaire n° 329.02 applicable au moment du subventionnement »;

5° dans le § 3, alinéas 1^{er} et 2, les mots « et 4° » sont à chaque fois insérés après les mots « subside mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, b) ».

CHAPITRE 14. — *Dispositions finales*

Art. 382. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2020, à l'exception :

1° des articles 3, 7, 24 et 376, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret;

2° des articles 296 à 348, qui entrent en vigueur à un moment déterminé par le Gouvernement;

3° de l'article 318, qui entrera en vigueur au plus tard le 1^{er} janvier 2021.

Sans préjudice de l'article 7 du décret du 29 avril 2019 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière de Logement, le Gouvernement peut déterminer des dates d'entrée en vigueur différentes pour les dispositions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°, et ce, en fonction du fait qu'il s'agisse de sociétés de logement de service public dont le champ d'activités territorial au sens de l'article 139 du Code du logement et de l'habitat durable s'étend aussi bien sur le territoire de la région de langue française que sur celui de la région de langue allemande ou qu'il s'agisse de sociétés de logement de service public dont le champ d'activités territorial se limite exclusivement au territoire de la région de langue allemande.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 12 décembre 2019.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports,
de l'Emploi et des Médias

H. MOLLERS,

Le Ministre de l'Éducation
et de la Recherche scientifique

Notes

Session 2019-2020

Documents parlementaires :

29 (2019-2020) n° 1 Proposition de décret

29 (2019-2020) n°s 2 à 4 Propositions d'amendement

29 (2019-2020) n° 5 Rapport + erratum

29 (2019-2020) n°s 6 et 7 Propositions d'amendement du texte adopté en séance plénière

29 (2019-2020) n° 8 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral :

12 décembre 2019 - n° 8 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/206043]

12 DECEMBER 2019. — Programmadecreet 2019

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — *PERSOONSGEBONDEN AANGELEGENHEDEN**Afdeling 1. — Gezondheid*

Artikel 1. In titel III van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 17 mei 2019, wordt het volgende hoofdstuk *Vbis* ingevoegd, dat de artikelen *77novies* tot *77quaterdecies* omvat, luidende:

"HOOFDSTUK *Vbis* - TEGEMOETKOMING IN DE KOSTEN VAN EEN LONGTERMCARE-REVALIDATIE

Art. *77novies* - De bepalingen van dit hoofdstuk zijn alleen van toepassing op de door de Duitstalige Gemeenschap toegekende vergoedingen en toestemmingen in de zin van artikel *77decies*.

Art. *77decies* - In afwijking van artikel 34, eerste lid, 7° en 10°, en artikel 136, § 1, kent de Regering het volgende toe in het kader van de longtermcare-revalidatie in de zin van artikel 5, § 1, I, eerste lid, 5°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen:

1° een terugbetaling van de tegemoetkoming in de kosten als gebruik gemaakt wordt van maatregelen inzake longtermcare-revalidatie;

2° een voorafgaande toestemming in de zin van de verordening (EG) nr. 883/2004 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels om gebruik te maken van maatregelen inzake longtermcare-revalidatie in het buitenland;

3° binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen: een terugbetaling van de tegemoetkoming in de kosten voor buitengewone behandelingen;

4° een terugbetaling van de reiskosten als gebruik gemaakt wordt van de maatregelen en behandelingen vermeld in de bepalingen onder 1° tot 3°.

De Regering bepaalt:

1° andere criteria waaraan moet worden voldaan, opdat een behandeling als longtermcare-revalidatie kan worden beschouwd;

2° de voorwaarden die vervuld moeten zijn om terugbetaling van de tegemoetkoming in de kosten te verkrijgen voor het gebruik van de maatregelen en behandelingen vermeld in het eerste lid, 1°, 3° en 4°, alsook het bedrag van die terugbetalingen;

3° de procedure en de verdere nadere regels voor het verkrijgen van de in het eerste lid vermelde terugbetalingen of voorafgaande toestemming.

Art. *77undecies* - Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen is de Regering ertoe verplicht de gegevens die haar in de uitoefening van de in artikel *77decies* vermelde opdrachten worden toevertrouwd, vertrouwelijk te behandelen.

Art. *77duodecies* - De Regering is verantwoordelijk voor de verwerking van de in artikel *77terdecies* vermelde persoonsgegevens in de zin van de verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en van de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van de Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming). Ze geldt als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van die gegevens.

De Regering verwerkt persoonsgegevens met het oog op de taken beschreven in artikel *77decies* en de uitvoeringsbepalingen ervan. De Regering mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van die taken gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens.

Art. *77terdecies* - De Regering kan alle overeenkomstig artikel *77undecies* toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken:

1° over de indiener van een aanvraag tot het verkrijgen van de vergoedingen vermeld in artikel *77decies*:

- a) de identificatiegegevens;
- b) de gezondheidsgegevens;
- c) de gegevens over de verzekeringsstatus;
- d) de rekeninggegevens;

2° de gegevens die noodzakelijk zijn om de behandelende arts van de persoon vermeld in 1° te identificeren;

3° de gegevens die noodzakelijk zijn om te identificeren in welke instelling de maatregel inzake longtermcare-revalidatie of de buitengewone behandeling wordt uitgevoerd, alsook de gegevens die noodzakelijk zijn om te identificeren welke personen daar verantwoordelijk zijn voor de persoon vermeld in 1°.

De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid.

Art. *77quaterdecies* - Met betrekking tot de gegevens vermeld in artikel *77terdecies* bepaalt de Regering:

- 1° de nadere regels voor de verwerking van gezondheidsgegevens;
- 2° de duur van de gegevensverwerking;
- 3° de nadere regels voor de doorgifte van gegevens aan derden;
- 4° de nadere regels voor het gebruik van gegevens voor onderzoek en statistieken;
- 5° de veiligheidsmaatregelen die noodzakelijk zijn voor de verwerking."

Art. 2. In artikel 4 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende het niet-dringend ziekenvervoer, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 2, eerste lid, wordt vervangen als volgt:

"Klachten over de werkwijze van een dienst voor ziekenvervoer worden schriftelijk ingediend bij de interne klachtendienst van de betrokken dienst voor ziekenvervoer."

2° in paragraaf 2 wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Als het geschil niet onderling kan worden opgelost, kan de belanghebbende zijn klacht schriftelijk indienen bij het personeelslid."

3° in paragraaf 2 wordt het tweede lid, dat het derde lid wordt, vervangen als volgt: "Na ontvangst van de klacht brengt het personeelslid de bevoegde minister en de directeur van de betrokken dienst voor ziekenvervoer onmiddellijk op de hoogte van de klacht."

4° in paragraaf 2 wordt in het derde lid, dat het vierde lid wordt, het woord "klager" twee keer vervangen door het woord "belanghebbende";

5° in paragraaf 2 wordt in het vijfde lid, dat het zesde lid wordt, het woord "klager" vervangen door het woord "belanghebbende";

6° paragraaf 3 wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - Op de door de dienst voor ziekenvervoer opgestelde facturen staan minstens de volgende gegevens:

1° de in dit artikel vastgelegde mogelijkheden om op de hoogte te worden gebracht of klacht in te dienen, alsook het adres en het telefoonnummer van de bevoegde medewerker van de interne klachtendienst van de dienst voor ziekenvervoer of van het personeelslid;

2° een verwijzing naar de terugbetalingsmogelijkheden voor ziekenvervoer door de ziekenfondsen."

7° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

"§ 4 - Elke dienst voor ziekenvervoer bezorgt aan het bevoegde departement van het Ministerie om de twee jaar, in de loop van de eerste drie maanden van het jaar, een verslag over de ontvangen klachten, de aard van de klachten en het stadium van de behandeling van de klachten."

Art. 3. In hoofdstuk 9, afdeling 2, van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen worden de volgende artikelen 104.1 en 104.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 104.1 - De Regering bepaalt hoe:

1° een houder van een in de Duitstalige Gemeenschap behaalde beroepskwalificatie die zijn beroep wil uitoefenen in een andere lidstaat, een aanvraag kan indienen tot afgifte van een Europese beroepskaart;

2° een Europese beroepskaart met het oog op vestiging in het Duitse taalgebied kan worden afgegeven aan een migrant die zijn beroepskwalificatie in een andere lidstaat verworven heeft.

Art. 104.2 - § 1 - De voor de erkenning van beroepskwalificaties bevoegde autoriteit zorgt ervoor dat alle procedures en formaliteiten inzake aangelegenheden die onder de artikelen 104.1, 105 en 106 vallen, eenvoudig, op afstand en met elektronische middelen kunnen worden afgewikkeld.

De toepassing van het eerste lid belet de bevoegde autoriteit niet om in een latere fase, indien ze gegronde twijfels heeft en indien dit strikt noodzakelijk is, voor eensluidend gewaarmerkte afschriften te vragen.

§ 2 - Paragraaf 1 is niet van toepassing op het uitvoeren van een aanpassingsstage of een proeve van bekwaamheid.

§ 3 - Met inachtneming van artikel 44 van het dienstendecreet van 15 maart 2010 gaan de proceduretermijnen voor de toepassing van de artikelen 105 en 106 in vanaf het ogenblik dat een burger een aanvraag of eventuele ontbrekende documenten bij de bevoegde autoriteit indient. Een verzoek om voor eensluidend gewaarmerkte afschriften of om originele stukken in de zin van paragraaf 1 wordt niet als een verzoek om ontbrekende documenten beschouwd."

Afdeling 2. — Gezin

Art. 4. Artikel 12 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Onverminderd het tweede lid kan de Regering, in het geval van gesubsidieerde dienstverrichters, prioriteitscriteria vastleggen voor de toewijzing van de plaatsen in de kinderopvang."

Art. 5. Artikel 57 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Het eerste lid geldt onverminderd de toepassing van artikel 59.1."

Art. 6. In hoofdstuk 5, afdeling 5, van hetzelfde decreet wordt het volgende artikel 59.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 59.1 - Inschakeling van de administratie van de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en de invordering van niet-fiscale vorderingen

De terug te vorderen bedragen kunnen ingevorderd worden overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

In dat geval zijn de artikelen 58 en 59 niet van toepassing."

Art. 7. In artikel 56 van het programmadecreet 2018 (II) van 11 december 2018 worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 5° worden de woorden "artikel 7" en de woorden "artikel 25" opgeheven en wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° er wordt een bepaling onder 6° ingevoegd, luidende:

"6° de artikelen 7 en 25, die in werking treden op 1 januari 2021."

Afdeling 3. — Sociale aangelegenheden

Art. 8. Hoofdstuk II van het decreet van 29 april 1996 betreffende de schuldbemiddeling en de afbetaling van schulden wordt aangevuld met een artikel *14bis*, luidende:

"Art. 14bis - Bij het uitblijven van de terugbetaling van de overeenkomstig artikel 11 toegekende renteloze lening kunnen de terug te vorderen bedragen ingevorderd worden overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 9. In artikel 6, § 2, tweede lid, van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt aangevuld met een bepaling onder *d)*, luidende:

"d) familieleden van een Belg die gebruikgemaakt heeft van zijn recht van vrij verkeer en verblijf in een EU-Staat, een staat van de Europese Economische Ruimte of Zwitserland en daarna naar België terugkeert;"

2° de bepaling onder 9° wordt vervangen als volgt: "migranten die een arbeidskaart B, een gecombineerde vergunning met de vermelding "arbeidsmarkt - beperkt" of een beroepskaart hebben";

3° in de bepaling onder 12° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

4° er wordt een bepaling onder 13° ingevoegd, luidende:

"13° migranten die in het kader van een ondersteuningsprogramma hoogstens twaalf maanden op het Duitse taalgebied verblijven."

Art. 10. In artikel 7, § 2, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° er wordt een bepaling onder 5° ingevoegd, luidende:

"5° de nationaliteit van de migrant."

Art. 11. Artikel 12, § 2, tweede lid, 3°, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Afdeling 4 - Jeugdbijstand

Art. 12. In hoofdstuk IV, afdeling 9, van het decreet van 19 mei 2008 over de Jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming wordt een artikel 32.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 32.1 - Bij het uitblijven van de betaling van de kostenbijdrage vermeld in artikel 32 kunnen de uitstaande bedragen ingevorderd worden overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap."

HOOFDSTUK 2. — CULTURELE AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1. — Cultuur

Art. 13. In artikel 2 van het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties wordt een bepaling onder 3.1 ingevoegd, luidende:

"3.1° periodieke publicatie: een drukwerk dat ten minste één keer per jaar op regelmatige tijdstippen verschijnt;"

Art. 14. In artikel 16 van hetzelfde decreet wordt tussen het derde lid en het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"De subsidies bepaald in dit artikel kunnen toegekend worden voor periodieke en niet-periodieke publicaties. De subsidies voor periodieke publicaties worden toegekend in de vorm van voorschotten die 100 % van het te verwachten bedrag bedragen."

Art. 15. In artikel 11, tweede lid, van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "cultuurorganisatoren in vijf categorieën en de cultuurproducenten in drie categorieën" vervangen door de woorden "cultuurorganisatoren in tien categorieën en de cultuurproducenten in vijf categorieën".

Art. 16. In artikel 16, § 3, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid, vervangen bij decreet van 11 december 2018, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Als een cultuurorganisator in het laatste jaar van een ondersteuningsperiode voor het eerst ondersteuning krijgt, wordt bij de kwantitatieve indelingscriteria rekening gehouden met het gemiddelde van de vier kalenderjaren die aan het jaar van de aanvraag voorafgaan."

2° in het derde lid, gewijzigd bij decreet van 11 december 2018, worden de woorden "of voor ondersteunde cultuurorganisatoren die nog geen vijf jaar lang ondersteund worden" opgeheven en wordt hetzelfde lid aangevuld met de woorden "die aan het jaar van de aanvraag voorafgaan".

Art. 17. Artikel 17, § 3, van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 11 december 2018, wordt hersteld als volgt:

"§ 3 - Het aantal voltijdse equivalenten voor cultureel werk overeenkomstig § 2, tweede lid, wordt proportioneel meegerekend, als die voltijdse equivalenten via een ander bevoegdheidssterrein van de Duitstalige Gemeenschap of overeenkomstig een andere bepaling van dit decreet ondersteund worden.

Voor de overeenkomstig § 2, tweede lid, ondersteunde voltijdse equivalenten wordt het aantal in aanmerking komende voltijdse equivalenten evenredig verminderd met de in het eerste lid vermelde en niet op basis van dit artikel toegekende procentuele subsidiëring van de loonkosten van die voltijdse equivalenten.

De Regering kan nog andere verrekeningscriteria en verrekeningsregels voor de toepassing van deze paragraaf vastleggen."

Art. 18. In artikel 18, § 6, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het tweede lid, vervangen bij decreet van 11 december 2018, wordt aangevuld met de volgende zin:

“Als een cultuurproducent in het laatste jaar van een ondersteuningsperiode voor het eerst ondersteuning krijgt, wordt bij de kwantitatieve indelingscriteria rekening gehouden met het gemiddelde van de vier kalenderjaren die aan het jaar van de aanvraag voorafgaan.”

2° in het derde lid, gewijzigd bij decreet van 11 december 2018, worden de woorden “of voor ondersteunde cultuurproducenten die nog geen vijf jaar lang ondersteund worden” opgeheven en wordt hetzelfde lid aangevuld met de woorden “die aan het jaar van de aanvraag voorafgaan”.

Art. 19. Artikel 19, § 7, van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 11 december 2018, wordt hersteld als volgt:

“§ 7 - Het aantal voltijdse equivalenten voor cultureel werk overeenkomstig § 6 wordt proportioneel meegerekend, als die voltijdse equivalenten via een ander bevoegdheidssterrein van de Duitstalige Gemeenschap of overeenkomstig een andere bepaling van dit decreet ondersteund worden.

Voor de overeenkomstig § 6 ondersteunde voltijdse equivalenten wordt het aantal in aanmerking komende voltijdse equivalenten evenredig verminderd met de in het eerste lid vermelde en niet op basis van dit artikel toegekende procentuele subsidiëring van de loonkosten van die voltijdse equivalenten.

De Regering kan nog andere verrekeningscriteria en verrekeningsregels voor de toepassing van deze paragraaf vastleggen.”

Art. 20. In artikel 23, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° de paragraaf wordt aangevuld met de bepalingen onder 5° en 6°, luidende:

“5° autonome gemeentebesturen die door de Duitstalige Gemeenschap of door een andere, voor cultuur bevoegde overheidsinstantie buiten het Duitse taalgebied ondersteund worden om culturele activiteiten te organiseren;

6° de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde, erkende of gesubsidieerde onderwijsinstellingen.”

Art. 21. In artikel 43.3, § 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 februari 2017, wordt tussen het eerste en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“De subsidie wordt toegekend in de vorm van een voorschot dat 100 % van het te verwachten bedrag bedraagt.”

Art. 22. Artikel 89.2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De Regering bepaalt de beoordelingscriteria volgens welke de kunstcommissie haar in het eerste lid vermelde taken vervult.”

Afdeling 2. — Jeugd

Art. 23. In artikel 80 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het enige lid wordt paragraaf 1;

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

“§ 2 - In afwijking van artikel 4, vierde lid, eindigt de omzetting van het tweede strategisch plan in het tweede jaar dat volgt op het jaar waarin de verkiezingen voor het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap plaatsvinden.

In afwijking van artikel 33 wordt de duur van het beheerscontract dat de Regering en het Jeugdbureau in het kader van het tweede strategisch plan hebben gesloten, met één jaar verlengd.

Ongeacht alle andersluidende bepalingen worden de in dit decreet gestelde tijdsbepalingen en indieningstermijnen die verband houden met de uitwerking en de uitvoering van het derde strategisch plan één jaar verschoven.”

HOOFDSTUK 3. — ONDERWIJS

Art. 24. Artikel 3 van het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009, vervangen bij het decreet van 26 juni 2017 en gewijzigd bij het decreet van 6 mei 2019, wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

“§ 3 - De Regering zorgt ervoor dat alle procedures en formaliteiten die betrekking hebben op de aanvraagprocedure vermeld in de § 1 en 2 eenvoudig, op afstand en met elektronische middelen kunnen worden afgewikkeld.

De toepassing van het eerste lid belet de Regering niet om de bevoegde autoriteit van een lidstaat in geval van gegronde twijfel met toepassing van § 1, vijfde lid, om bevestiging te vragen van de echtheid van de in die lidstaat afgegeven getuigenschappen en opleidingstitels.

Het eerste lid is niet van toepassing op het uitvoeren van een aanpassingsstage of een proeve van bekwaamheid.

Met inachtneming van artikel 44 van het dienstendecreet van 15 maart 2010 gaan de proceduretermijnen vermeld in paragraaf 1 in vanaf het ogenblik dat een burger een aanvraag of eventuele ontbrekende documenten bij de Regering indient. Een verzoek om bevestiging van de echtheid in de zin van het tweede lid wordt niet als een verzoek om ontbrekende documenten beschouwd.”

HOOFDSTUK 4. — MONUMENTENZORG

Art. 25. In het opschrift van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen wordt het woord “landschappen” vervangen door de woorden “historische cultuurlandschappen”.

Art. 26. In hetzelfde decreet wordt, met uitzondering van artikel 1, 3°, het woord “landschap” telkens vervangen door de woorden “historisch cultuurlandschap” en wordt het woord “landschappen” telkens vervangen door de woorden “historische cultuurlandschappen”.

Art. 27. In artikel 1 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° wordt het woord "geschapen" vervangen door de woorden "of de natuur geschapen of gevormd";

2° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° historisch cultuurlandschap: een zowel door de mens als de natuur geschapen gebied waarvan de vormgeving gedeeltelijk van bouwkundige aard is of gedeeltelijk door de benutting wordt bepaald, op voorwaarde dat het geheel coherent genoeg is om een topografische afbakening mogelijk te maken en van algemeen belang is omwille van zijn archeologische, esthetische, historische, artistieke, culturele, volkskundige, wetenschappelijke, sociale of technische waarde. Het historisch cultuurlandschap is typisch voor de ontwikkeling van de menselijke samenleving en vestiging in de loop der tijd onder invloed van de fysieke beperkingen en/of mogelijkheden van de natuurlijke omgeving en de externe en interne opeenvolging van sociale, economische en culturele krachten;"

3° in de bepaling onder 10° wordt de puntkomma vervangen door een punt; voorts wordt de bepaling onder 10° aangevuld met de volgende zin:

"Het gaat hierbij om plaatsen waar vondsten bevestigd werden of op basis van vroegere nederzettingen vermoed worden;"

Art. 28. Artikel 7, § 1, eerste lid, 4°, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 29. In artikel 8, § 3, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 5° wordt de puntkomma vervangen door een punt;

2° de bepaling onder 6° wordt opgeheven.

Art. 30. In artikel 8.1, § 2, vierde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 14 februari 2011 en gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de woorden ", de Regering van het Waalse Gewest" opgeheven.

Art. 31. In artikel 13 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, worden na de woorden "gerangschikt goed" de volgende woorden ingevoegd: "of aan een archeologische vindplaats, alsook voor verbouwingswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken van goederen die binnen het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed liggen";

2° § 1, tweede lid, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt vervangen als volgt:

"de handelingen en werken vermeld in het eerste lid:

1° zijn onderworpen aan de stedenbouwkundige vergunning vermeld in artikel D.IV.4 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling of

2° zijn niet betroffen door of zijn bevrijd van de verplichting van de stedenbouwkundige vergunning en zijn onderworpen aan de erfgoedvergunning die de Regering overeenkomstig de bepalingen van dit artikel heeft toegekend."

3° in § 1, derde lid, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt de eerste zin opgeheven en worden de woorden "Aan die vergunning" vervangen door de woorden "Aan de erfgoedvergunning".

4° paragraaf 2, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - De erfgoedvergunning wordt bij de Regering per aangetekend schrijven aangevraagd via een door de Regering vastgelegd formulier."

5° § 3, eerste lid, 1°, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt opgeheven;

6° in paragraaf 3, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt tussen het derde lid en het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Als de aanvraag voor een erfgoedvergunning betrekking heeft op een archeologische vindplaats, dan onderzoekt de Regering binnen 15 kalenderdagen na ontvangst van de aanvraag of de aangevraagde verbouwingswerken de archeologische goederen kunnen veranderen, in de oorspronkelijke staat kunnen herstellen of kunnen beschadigen. Indien ze geen invloed hebben, kan de Regering beslissen dat geen erfgoedvergunning vereist is. Dat wordt de aanvrager schriftelijk meegedeeld en de aanvraagprocedure wordt beëindigd."

7° in § 3, vierde lid, dat het vijfde lid wordt, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, worden de woorden "derde lid" vervangen door de woorden "derde lid en vierde lid", worden de woorden "en het bevoegde gemeentecollege" opgeheven en wordt de tweede zin opgeheven;

8° in § 3, vijfde lid, dat het zesde lid wordt, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

a) de woorden "De commissie en het gemeentecollege brengen advies uit" worden vervangen door de woorden "De commissie brengt advies uit";

b) het woord "hen" wordt vervangen door het woord "haar";

c) de woorden "of, naargelang van het geval, het gemeentecollege" worden opgeheven;

d) de derde zin wordt opgeheven.

9° in § 3, zesde lid, dat het zevende lid wordt, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt het woord "laatste" opgeheven;

10° in § 3, achtste lid, dat het negende lid wordt, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

a) de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

b) in de bepaling onder 3° wordt de puntkomma vervangen door een punt;

c) de bepaling onder 4° wordt opgeheven.

11° in paragraaf 5 wordt vóór het eerste lid een lid ingevoegd, luidende:

"De erfgoedvergunning verleent de houder ervan in het kader van de toepassing van dit decreet verworven rechten, onder voorbehoud van het tweede lid en onverminderd de burgerlijke rechten van derden."

12° paragraaf 6, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt vervangen als volgt: "§ 6 - In uiterst dringende gevallen en in geval van aangevraagde veranderingswerken op archeologische vindplaatsen hoeft de Regering, in afwijking van paragraaf 3, het advies van de commissie niet in te winnen."

Art. 32. In hoofdstuk II, afdeling 3, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt een artikel 13.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 13.1 - Erfgoedadvies

Voordat het erfgoedadvies bedoeld in artikel D.IV.35, § 1, van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling wordt afgegeven, wordt een advies aangevraagd bij de commissie. Artikel 13, § 3, zesde lid, en artikel 13, § 6, zijn mutatis mutandis van toepassing."

Art. 33. Artikel 25 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt vervangen als volgt:

"Art. 25 - Archeologische beschermingskaart

§ 1 - De Regering maakt een archeologische beschermingskaart op waarin de archeologische vindplaatsen met hun nauwkeurige afbakeningen vermeld worden en werkt die kaart voortdurend bij.

De archeologische beschermingskaart wordt bekendgemaakt op de website van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en via een verwijzing in het *Belgisch Staatsblad*.

§ 2 - Voordat een aanvraag wordt ingediend voor een stedenbouwkundige vergunning, een bebouwingsvergunning, een stedenbouwkundig attest nr. 2, een globale vergunning, een geïntegreerde vergunning of in het kader van onderzoeken of saneringsprojecten in de zin van het decreet van het Waals Gewest van 1 maart 2018 betreffende bodembeheer en bodemsanering die betrekking heeft op een goed dat als archeologische vindplaats wordt vermeld, kan de aanvrager aan de Regering vragen om archeologische inlichtingen over dat goed te verstrekken.

De Regering verstrekt de inlichtingen binnen twintig kalenderdagen na ontvangst van de aanvraag en bezorgt een kopie ervan aan het bevoegde gemeentecollege.

De Regering legt de nadere regels vast."

Art. 34. Artikel 25.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt opgeheven.

Art. 35. Het opschrift van hoofdstuk IV, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt: "Afdeling 2 - Archeologische peilingen, opgravingen of gebruik van detectoren".

Art. 36. In artikel 26 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, worden de woorden "Opgravingen of archeologische peilingen" vervangen door de woorden "Opgravingen, archeologische peilingen of het gebruik van elektronische of magnetische detectoren met het oog op activiteiten die tot een bodemwijziging of de verwijdering van voorwerpen leiden,";

2° in het tweede lid, gewijzigd bij de decreten van 14 februari 2011 en 26 februari 2018, wordt de eerste zin na de woorden "archeologische peiling" aangevuld met de woorden "en kan eventueel geografisch afgebakend worden" en worden, in de vijfde zin, de woorden "zestig kalenderdagen na de ontvangst van de aanvraag" vervangen door de woorden "dertig kalenderdagen na de ontvangst van de volledige aanvraag";

3° tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"Als het gebruik van elektronische of magnetische detectoren aangevraagd wordt, moet met de bevoegde dienst van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap een adviesgesprek worden gevoerd om duidelijkheid te scheppen omtrent de raamvoorwaarden bij het gebruik van detectoren."

Art. 37. Artikel 29 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 38. In artikel 43, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° worden de woorden "goed of" vervangen door de woorden "goed of aan een archeologische vindplaats" en worden de woorden "artikel 13, § 3, derde lid," vervangen door de woorden "artikel 13, § 3, derde lid of vierde lid,";

2° in de bepaling onder 4° worden de woorden "goed of" vervangen door de woorden "goed of aan een archeologische vindplaats";

3° in de bepaling onder 5° worden de woorden "gerangschikt goed" vervangen door de woorden "gerangschikt goed of aan een archeologische vindplaats";

4° de bepaling onder 8° wordt opgeheven;

5° de bepaling onder 9° wordt opgeheven;

6° de bepaling onder 10° wordt na de woorden "voorschriften ervan" aangevuld met de woorden ", resp. elektronische of magnetische detectoren gebruikt zonder de in artikel 26 vermelde machtiging of in strijd met de daarin vervatte voorschriften,"

7° de bepaling onder 11° wordt opgeheven.

Art. 39. In artikel 44 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 4° wordt de puntkomma vervangen door een punt;

2° de bepaling onder 5° wordt opgeheven.

Art. 40. In artikel 46 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt de bepaling onder 1° vervangen als volgt: "1° deze niet in overeenstemming zijn met de verleende erfgoedvergunning overeenkomstig artikel 13 of met de verleende machtiging tot het uitvoeren van opgravingen, archeologische peilingen of het gebruik van elektronische of magnetische detectoren overeenkomstig artikel 26;"

2° in het eerste lid, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt: "2° deze zijn uitgevoerd zonder erfgoedvergunning overeenkomstig artikel 13 of zonder machtiging tot het uitvoeren van opgravingen, archeologische peilingen of het gebruik van elektronische of magnetische detectoren overeenkomstig artikel 26 of in overtreding van de bepalingen van dit decreet;"

3° in het vierde lid, 4°, wordt de puntkomma vervangen door een punt;

4° het vierde lid, 5°, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt opgeheven.

Art. 41. In artikel 46/2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden ", van een vergunning voor veranderingswerken op archeologische vindplaatsen overeenkomstig artikel 25.1" opgeheven en worden de woorden "archeologische peilingen of opgravingen" vervangen door de woorden "opgravingen, archeologische peilingen of het gebruik van elektronische of magnetische detectoren";

2° in § 3, derde lid, worden de woorden ", 25.1" opgeheven;

3° in § 4, vierde lid, worden de woorden ", 25.1" opgeheven;

4° in § 6, 4°, wordt de puntkomma vervangen door een punt;

5° § 6, 5°, wordt opgeheven;

6° in de inleidende zin van paragraaf 8 worden de woorden ", 25.1" opgeheven;

7° in § 9, eerste lid, 23°, worden de woorden ", 25.1" opgeheven.

Art. 42. In artikel 46/3 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden ", 25.1" opgeheven;

2° in § 4, 4°, wordt de puntkomma vervangen door een punt;

3° § 4, 5°, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 5. — TEWERKSTELLING

Art. 43. In artikel 16, eerste lid, van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid worden de woorden "in het kader van een tewerkstellingsmaatregel tewerkgesteld waren" vervangen door de woorden "tewerkgesteld waren in het kader van een tewerkstellingsmaatregel of in het kader van een baan waarvan de vorm en de maximale duur vastgelegd worden door de Regering".

Art. 44. In hoofdstuk 5 van hetzelfde decreet wordt een artikel 32.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 32.1 - De AktiF-subsidies en AktiF PLUS-subsidies vermeld in hoofdstuk 3 en hoofdstuk 4 kunnen niet toegekend worden in het kader van een studentenovereenkomst als bedoeld in titel VII van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten."

Art. 45. Het opschrift van hoofdstuk 6 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"HOOFDSTUK 6 - Weigering van de aanvraag, ingebrekestelling, schorsing en stopzetting van de subsidies"

Art. 46. In artikel 34, § 1, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "De toekenning van de subsidies is" vervangen door de woorden "De goedkeuring van de aanvraag en de toekenning van de subsidies zijn";

2° in het tweede lid worden de woorden "is de toekenning van de subsidies" vervangen door de woorden "zijn de goedkeuring van de aanvraag en de toekenning van de subsidies".

HOOFDSTUK 6. — LOKALE BESTUREN

Art. 47. In artikel 7 van het decreet van 15 december 2008 betreffende de financiering van de gemeenten en van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn door de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden het twaalfde streepje tot het veertiende streepje vervangen als volgt:

"- voor het begrotingsjaar 2020: 2.250.000 euro;

- voor het begrotingsjaar 2021: 2.250.000 euro;

- voor het begrotingsjaar 2022: 2.250.000 euro."

2° in het tweede lid worden de woorden "3.000.000 euro" vervangen door de woorden "2.250.000 euro".

Art. 48. In artikel 193, tweede lid, van het gemeentedecreet van 23 april 2018 worden de woorden "dat Wetboek" vervangen door de woorden "dat Wetboek, alsook de bepalingen van het Wetboek van de minnelijke en gedwongen invordering van fiscale en niet-fiscale schuldvorderingen".

HOOFDSTUK 7. — TOERISME

Art. 49. § 1 - In artikel 7 van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 7°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een bepaling onder 8°, luidende:

"8° biedt minstens tijdens de openingstijden kosteloze internettoegang voor mobiele toestellen."

3° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De Regering kan een eenvormig herkenningsteken voor de toeristische informatiepunten vastleggen."

4° in § 2, 1°, b), worden de woorden "en van de belevingswereld" opgeheven;

5° § 2, 1°, f), wordt aangevuld met de volgende zin:

"Op drukke dagen is minstens één gekwalificeerd personeelslid aanwezig dat voldoet aan de voorwaarden vermeld in § 1, eerste lid, 4°;"

6° § 2, 1°, wordt aangevuld met bepalingen onder *g)* en *h)*, luidende:

"*g)* is bij toeristisch relevante evenementen met een mobiel informatie-aanbod ter plaatse;

h) biedt permanent kosteloze internettoegang aan voor mobiele toestellen.

7° § 2, 2°, *c)*, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Op drukke dagen is minstens één gekwalificeerd personeelslid aanwezig dat voldoet aan de voorwaarden vermeld in § 1, eerste lid, 4°."

§ 2 - In artikel 21, § 1, tweede lid, 1°, van hetzelfde decreet worden de woorden "of de belevingswerelden" opgeheven.

Art. 50. In artikel 25, § 1, van hetzelfde decreet wordt tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Onverminderd het eerste lid zijn de personeelsleden van de politiediensten bedoeld in artikel 2 van de wet van 5 augustus 1992 op het politieambt ook bevoegd om overtredingen van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan vast te stellen en proces-verbaal daarover op te maken."

Art. 51. In artikel 26 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden "artikel 25, § 1, eerste lid," vervangen door de woorden "artikel 25, § 1, eerste lid of derde lid,".

2° in paragraaf 2 worden de woorden "artikel 25, § 1, eerste lid," vervangen door de woorden "artikel 25, § 1, eerste lid of derde lid,".

HOOFDSTUK 8. — RUIMTELIJKE ORDENING EN STEDENBOUW

Afdeling 1. — Ruimtelijke ordening en stedenbouw

Art. 52. In artikel D.I.1 van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "Wallonië" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "Het Gewest" vervangen door de woorden "De Duitstalige Gemeenschap" en worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 53. Artikel D.I.2, § 2, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"§ 2 - De Regering coördineert de bepalingen van dit Wetboek zowel in het Duits als in het Frans."

Art. 54. Boek I, enige titel, hoofdstuk II, van hetzelfde Wetboek, dat artikel D.I.3 omvat, wordt opgeheven.

Art. 55. Het opschrift van Boek I, enige titel, hoofdstuk III, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek, wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 1 - Adviesraad voor Ruimtelijke Ordening"

Art. 56. In artikel D.I.4 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van § 1, eerste lid, worden de woorden "De "Pôle "Aménagement du territoire" (hierna Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening)" vervangen door de woorden "De Adviesraad voor Ruimtelijke Ordening (hierna: Adviesraad)";

2° § 1, eerste lid, 2°, wordt opgeheven;

3° § 1, eerste lid, 3°, wordt opgeheven;

4° § 1, eerste lid, 4°, wordt opgeheven;

5° § 1, eerste lid, 6°, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven;

6° in § 1, tweede lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ontwikkeling" vervangen door het woord "Adviesraad";

7° in § 1, derde lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ontwikkeling" vervangen door het woord "Adviesraad";

8° in § 1, vierde lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

9° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 57. In artikel D.I.5 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

"De Adviesraad bestaat, naast de voorzitter, uit de volgende stemgerechtigde leden:

1° twee vertegenwoordigers van de gemeenten van het Duitse taalgebied;

2° twee vertegenwoordigers van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, onder wie één vertegenwoordiger van de representatieve werknemersorganisaties en één vertegenwoordiger van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;

3° een vertegenwoordiger van de milieuorganisaties;

4° een vertegenwoordiger van de landbouwsector;

5° een vertegenwoordiger van organisaties ter stimulering van de economie;

6° drie deskundigen inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw, waaronder minstens een architect en een stedenbouwkundige."

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt:

"Een vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap neemt met raadgevende stem deel aan de vergaderingen van de Adviesraad."

3° het derde lid wordt opgeheven;

4° het vierde lid wordt opgeheven.

Art. 58. In boek I, enige titel, hoofdstuk III, afdeling 1, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.I.5.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.I.5.1 - § 1 - Op de voordracht van de organisaties die in de Adviesraad vertegenwoordigd zijn, wijst de Regering de voorzitter en de leden van de Adviesraad aan en voor elk lid ook een plaatsvervangend lid.

Het mandaat van de leden duurt hoogstens vijf jaar en kan worden verlengd.

Op verzoek van de betreffende organisatie kan de Regering het mandaat van een lid vroegtijdig beëindigen en een nieuw lid aanwijzen dat het mandaat van zijn voorganger voortzet.

§ 2 - De eerste vergadering van de Adviesraad vindt ten laatste twee maanden na de aanwijzing van de leden ervan plaats.

Binnen twee maanden na deze eerste vergadering neemt de Adviesraad een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dat huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de Adviesraad.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de verdere werkwijze.

§ 3 - De beslissingen van de Adviesraad worden genomen bij meerderheid van stemmen, uitgebracht door de aanwezige leden. De Adviesraad kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste de helft van zijn leden aanwezig is.

Indien de Adviesraad niet rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen waarop de Adviesraad rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, ongeacht de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

§ 4 - Om zijn taken te vervullen, kan de Adviesraad deskundigen op de vergaderingen uitnodigen. Ze nemen met raadgevende stem deel aan de vergaderingen. Bovendien kan de Adviesraad werkgroepen oprichten.

§ 5 - De Regering stelt de notulen van de vergaderingen van de Adviesraad op.

§ 6 - Uiterlijk op 30 april van elk kalenderjaar, met uitzondering van het jaar waarin de Adviesraad wordt opgericht, maakt de Adviesraad een verslag over de activiteiten van het afgelopen jaar op en zendt dat gelijktijdig toe aan het Parlement en aan de Regering.

§ 7 - De stemgerechtigde leden van de Adviesraad en de deskundigen die met toepassing van paragraaf 4 de vergaderingen bijwonen, hebben recht op presentiegelden en reiskostenvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden."

Art. 59. In artikel D.I.6 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "Namen" vervangen door het woord "Eupen" en worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "door de Regering in eerste instantie";

2° § 2, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"De Adviescommissie bestaat, naast de voorzitter, uit de volgende stemgerechtigde leden:

1° twee architecten;

2° twee stedenbouwkundigen;

3° een deskundige op het vlak van monumentenzorg, als het beroep betrekking heeft op een goed vermeld in artikel D.IV.14.1 of artikel D.IV.14.2."

3° § 2, derde lid, wordt opgeheven;

4° in § 4, eerste lid, worden de woorden "de DGO4" vervangen door de woorden "het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 60. In artikel D.I.10, § 4, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "ambtenaren van de DGO4" vervangen door de woorden "personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 61. In de inleidende zin van artikel D.I.12, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "De Regering kan" vervangen door de woorden "Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering".

Art. 62. In artikel D.I.13, derde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het decreet van 27 maart 2014 betreffende de communicaties via elektronische weg tussen de gebruikers en de Waalse openbare overheden," vervangen door de woorden "het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied".

Art. 63. In artikel D.II.1, 1°, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "Wallonië" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 64. In artikel D.II.2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "op gewestelijke schaal" opgeheven en wordt het woord "Wallonië" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° in § 2, vierde lid, worden de woorden "de Regering" vervangen door de woorden "het Waals Gewest".

Art. 65. In artikel D.II.3 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad", worden de woorden "Beleidsgroep Leefmilieu" vervangen door de woorden "Beleidsgroep Leefmilieu van het Waals Gewest, hierna: Beleidsgroep Leefmilieu" en worden de woorden "de Sociaal-Economische Raad van Wallonië" opgeheven;

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad" en worden de woorden ", van de Beleidsgroep Leefmilieu, van de Sociaal-Economische Raad van Wallonië" vervangen door de woorden "en van de Beleidsgroep Leefmilieu".

Art. 66. In artikel D.II.6, § 2, vijfde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de Regering" vervangen door de woorden "het Waals Gewest".

Art. 67. In artikel D.II.7 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, tweede lid, worden de woorden "van het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4 en door de betrokken gemachtigde ambtenaar (ambtenaren)" vervangen door de woorden "van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap";

2° in § 3, tweede lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

3° in § 4, derde lid (lees: tweede lid), worden de woorden "aan de gemachtigd ambtenaar en aan het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" vervangen door de woorden "aan de Regering";

4° § 4, vierde lid (lees: derde lid), wordt opgeheven;

5° in paragraaf 5 worden de woorden "door het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" opgeheven;

6° in de inleidende zin van § 6, eerste lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

7° in § 6, tweede lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" telkens vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 68. In artikel D.II.10, § 2, vijfde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de Regering" vervangen door de woorden "het Waals Gewest".

Art. 69. In artikel D.II.12 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 3, derde lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

2° in § 4, derde lid (lees: tweede lid), worden de woorden "aan de gemachtigd ambtenaar en aan het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" vervangen door de woorden "aan de Regering";

3° § 4, vierde lid (lees: derde lid), wordt opgeheven;

4° in § 5, eerste lid, worden de woorden "door het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" opgeheven;

5° In § 5, zesde lid, worden de woorden "aan de leidend ambtenaar en" opgeheven.

Art. 70. In artikel D.II.14 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "artikel L1133-1 van het Wetboek van de Plaatselijke Democratie en de Decentralisatie" vervangen door de woorden "artikel 74 van het gemeentedecreet van 23 april 2018".

Art. 71. In artikel D.II.16, tweede lid, 1°, a), van hetzelfde Wetboek worden de woorden "D.IV.25" vervangen door de woorden "D.IV.22, eerste lid, 12°".

Art. 72. In artikel D.II.19 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 73. In artikel D.II.37, § 4, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het gewestelijk project voor de toeristische valorisering van de bosarealen van het Waalse Gewest of" opgeheven.

Art. 74. In artikel D.II.45, § 4, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 75. In artikel D.II.47, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "aan de gemachtigd ambtenaar," opgeheven en worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 76. In artikel D.II.48, § 4, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "aan de gemachtigd ambtenaar," opgeheven en worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 77. In artikel D.II.49 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

2° in paragraaf 6 worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening," vervangen door de woorden "Adviesraad en" en worden de woorden "en van de gemachtigd ambtenaar" opgeheven;

3° in paragraaf 7 worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

4° in paragraaf 8 worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 78. In artikel D.II.50, § 1, vierde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "aan de leidend ambtenaar en" opgeheven.

Art. 79. In artikel D.II.51 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

2° In § 5, derde lid, worden de woorden "aan de leidend ambtenaar en" opgeheven.

Art. 80. In artikel D.II.52 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 3, eerste lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

2° in § 4, eerste lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

3° In § 7, derde lid, worden de woorden "aan de leidend ambtenaar en" opgeheven.

Art. 81. In artikel D.II.54 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van paragraaf 1 worden de woorden ", van een milieuvergunning of van een globale vergunning in de zin van het decreet van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning" opgeheven;

2° § 2, zesde lid, 4°, wordt opgeheven.

Art. 82. In artikel D.III.1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "Wallonië" vervangen door de woorden "het Duitse taalgebied".

Art. 83. In artikel D.III.3 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 3, eerste lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

2° in paragraaf 4 worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

3° in paragraaf 5 worden de woorden "van het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" vervangen door de woorden "van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 84. In artikel D.III.6 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, tweede lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

2° in § 5, eerste lid, worden de woorden "aan de gemachtigd ambtenaar en aan het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" vervangen door de woorden "aan de Regering";

3° § 5, tweede lid, wordt opgeheven;

4° in § 6, eerste lid, worden de woorden "door het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" opgeheven.

Art. 85. In artikel D.IV.1 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, 3°, wordt vervangen als volgt: "3° ofwel niet betroffen door of vrijgesteld van een stedenbouwkundige vergunning en onderworpen aan de erfgoedvergunning vermeld in artikel 13 van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen, hierna 'erfgoeddecreet' genoemd;"

2° § 2, tweede lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven;

3° § 2, derde lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven;

4° in § 3, 2°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 86. In artikel D.IV.4 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 15°, b), worden de woorden "mobiele installaties die door een vergunning bedoeld in het Waalse Wetboek van Toerisme, het decreet van 4 maart betreffende de voorwaarden voor het exploiteren van caravanterreinen of het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 9 mei 1994 zijn toegelaten" vervangen door de woorden "mobiele verblijven die gebruikt worden op een kampeerterrein als bedoeld in artikel 9, eerste lid, 5°, van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme";

2° het eerste lid, 16°, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven.

Art. 87. In artikel D.IV.10 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 88. In artikel D.IV.11 van hetzelfde Wetboek worden de woorden ", 10° en 11°," vervangen door de woorden "en 10°".

Art. 89. In artikel D.IV.14 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in het eerste lid, 2°, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

3° in het eerste lid, 3°, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

4° in het tweede lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 90. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 1, onderafdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.14.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.14.1 - Onverminderd artikel D.IV.14 beslist het gemeentecollege over de vergunningsaanvragen en geeft de stedenbouwkundige attesten nr. 2 af na eensluitend advies van in het bijzonder de Minister bevoegd voor Monumentenzorg, hierna "eensluitend erfgoedadvies" genoemd, wanneer de aanvraag betrekking heeft op een goed dat met toepassing van het erfgoeddecreet voorlopig of definitief gerangschikt is."

Art. 91. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 1, onderafdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.14.2 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.14.2 - Onverminderd artikel D.IV.14 beslist het gemeentecollege over de vergunningsaanvragen en geeft de stedenbouwkundige attesten nr. 2 af na voorafgaand advies van in het bijzonder de Minister bevoegd voor Monumentenzorg, hierna "niet-dwingend erfgoedadvies" genoemd, wanneer de aanvraag betrekking heeft op een goed dat zich met toepassing van het erfgoeddecreet in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed of op een archeologische vindplaats bevindt."

Art. 92. In artikel D.IV.15 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in de inleidende zin van het tweede lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

3° in het derde lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 93. In artikel D.IV.16 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 94. In artikel D.IV.17 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

2° het eerste lid, 3°, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven;

3° in het tweede lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 95. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 1, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.17.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.17.1 - Wanneer de aanvraag betrekking heeft op een project als bedoeld in artikel D.IV.14.1 mag het gemeentecollege de vergunning slechts afgeven na een eensluidend erfo goedadvies.

Het gemeentecollege mag de vergunning echter weigeren zonder erfo goedadvies in te winnen."

Art. 96. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 1, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.17.2 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.17.2 - Wanneer de aanvraag betrekking heeft op een project als bedoeld in artikel D.IV.14.2 mag het gemeentecollege de vergunning slechts afgeven na een niet-dwingend erfo goedadvies.

Het gemeentecollege mag de vergunning echter weigeren zonder erfo goedadvies in te winnen."

Art. 97. In de inleidende zin van artikel D.IV.18 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 98. In artikel D.IV.19 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 99. In artikel D.IV.20 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 100. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 1, onderafdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.20.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.20.1 - Het gemeentecollege verstrekt na eensluidend erfo goedadvies de stedenbouwkundige attesten nr. 2 met betrekking tot projecten die onder het toepassingsgebied vallen van artikel D.IV.14.1.

Het gemeentecollege kan het stedenbouwkundig attest nr. 2 evenwel met een ongunstig advies verstrekken, zonder erfo goedadvies in te winnen."

Art. 101. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 1, onderafdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.20.2 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.20.2 - Het gemeentecollege verstrekt na niet-dwingend erfo goedadvies de stedenbouwkundige attesten nr. 2 met betrekking tot projecten die onder het toepassingsgebied vallen van artikel D.IV.14.2.

Het gemeentecollege kan het stedenbouwkundig attest nr. 2 evenwel met een ongunstig advies verstrekken, zonder erfo goedadvies in te winnen."

Art. 102. Het opschrift van Boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 2, van hetzelfde Wetboek, wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 2 - Regering"

Art. 103. In artikel D.IV.22 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° het eerste lid, 11°, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven;

3° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 12°, luidende:

"12° dwingende redenen van algemeen belang, met name handelingen en werken die verband houden met het meerjarig investeringsplan van de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen."

4° in het vierde lid worden de woorden "De gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering" en worden de woorden ", alsook over de geringe wijzigingen in de vergunningen die krachtens artikel D.IV.25 door de Regering worden afgegeven" opgeheven;

5° het vijfde lid wordt opgeheven;

6° het zesde lid wordt opgeheven;

7° in het zevende lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 104. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 2, onderafdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.22.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.22.1 - Wanneer de aanvraag betrekking heeft op een project als bedoeld in artikel D.IV.14.1 mag de Regering de vergunning slechts afgeven na een eensluidend erfgoedadvies.

De Regering mag de vergunning echter weigeren zonder erfgoedadvies in te winnen."

Art. 105. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 2, onderafdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.22.2 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.22.2 - Wanneer de aanvraag betrekking heeft op een project als bedoeld in artikel D.IV.14.2 mag de Regering de vergunning slechts afgeven na een niet-dwingend erfgoedadvies.

De Regering mag de vergunning echter weigeren zonder erfgoedadvies in te winnen."

Art. 106. In artikel D.IV.23 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "De gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering" en worden de woorden ", alsook met betrekking tot geringe wijzigingen van de vergunningen die krachtens artikel D.IV.25 door de Regering worden afgegeven" opgeheven.

Art. 107. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 2, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.23.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.23.1 - De Regering verstrekt na eensluidend erfgoedadvies de stedenbouwkundige attesten nr. 2 met betrekking tot projecten die onder het toepassingsgebied vallen van artikel D.IV.14.1.

De Regering kan het stedenbouwkundig attest nr. 2 evenwel met een ongunstig advies verstrekken, zonder erfgoedadvies in te winnen."

Art. 108. In boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 2, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.23.2 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.23.2 - De Regering verstrekt na niet-dwingend erfgoedadvies de stedenbouwkundige attesten nr. 2 met betrekking tot projecten die onder het toepassingsgebied vallen van artikel D.IV.14.2.

De Regering kan het stedenbouwkundig attest nr. 2 evenwel met een ongunstig advies verstrekken, zonder erfgoedadvies in te winnen."

Art. 109. Het opschrift van Boek IV, titel II, hoofdstuk I, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek, wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 3 - Beroepsinstantie"

Art. 110. In artikel D.IV.24 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "tegen de beslissingen genomen door het gemeentecollege of de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "tegen de beslissingen van het gemeentecollege of tegen haar eigen in eerste instantie genomen beslissingen" en worden de woorden "genomen door de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "die ze in eerste instantie heeft genomen".

Art. 111. Artikel D.IV.25 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, wordt opgeheven.

Art. 112. In boek IV, titel II, hoofdstuk II, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.27.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.27.1 - Als de aanvraag betrekking heeft op handelingen en werken die betrekking hebben op een goed als bedoeld in artikel D.IV.14.1, omvat ze een kopie van de notulen vermeld in artikel D.IV.31.1, § 3, alsook de inlichtingen en stukken die de Regering in de notulen noodzakelijk acht voor de inschatting van de relevante uitwerkingen die het project op het erfgoed kan hebben."

Art. 113. Artikel D.IV.28, eerste lid, 2°, van hetzelfde Wetboek wordt aangevuld met een bepaling onder g), luidende:

"g) in voorkomend geval: de beschermingsmaatregelen die met toepassing van het erfgoeddecreet zijn opgelegd;"

Art. 114. In artikel D.IV.31 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden "de technisch ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de technisch ambtenaar van het Waals Gewest" en worden de woorden "de ambtenaar van de handelsvestigingen in de zin van het decreet" vervangen door de woorden "de ambtenaar van de handelsvestigingen in de zin van het decreet van het Waals Gewest";

2° § 2, tweede lid, wordt vervangen als volgt:

"Wanneer de bevoegde overheid het college is en de Regering, de technisch ambtenaar van het Waals Gewest of de ambtenaar van de handelsvestigingen van het Waals Gewest om advies wordt gevraagd, wordt zij resp. hij eveneens op de vergadering uitgenodigd. Zij resp. hij kan zich laten vertegenwoordigen."

3° § 3, tweede lid, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"Als het gaat om een goed als bedoeld in artikel D.IV.14.2, nodigt zij de Minister bevoegd voor Monumentenzorg uit op de projectvergadering." Deze kan zich laten vertegenwoordigen."

4° in de inleidende zin van § 5, eerste lid, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 115. In boek IV, titel II, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.31.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.IV.31.1 - § 1 - Als het gaat om een goed bedoeld in artikel D.IV.14.1 en in afwijking van artikel D.IV.31 verzoekt de projectontwerper, vóór de indiening van de aanvraag van een attest of een vergunning, de Regering om een verplicht te organiseren projectvergadering te houden en zendt hij de Regering de ontwerpen van zijn plannen en stukken. In dat geval krijgt betrokkene binnen vijftien dagen na zijn aanvraag een oproeping om bedoelde vergadering bij te wonen.

§ 2 - De Regering nodigt tegelijk volgende personen en instanties uit om aan de projectvergadering deel te nemen:

1° het gemeentecollege of zijn vertegenwoordiger;

2° de technisch ambtenaar van het Waals Gewest in de zin van het decreet van 11 maart 1999 betreffende de milieuvergunning, als deze de medebevoegde overheid is om over de aanvraag van betrokkene te beslissen;

3° de ambtenaar van de handelsvestigingen van het Waals Gewest in de zin van het decreet van 5 februari 2015 betreffende de handelsvestigingen, als deze de medebevoegde overheid is om over de aanvraag van betrokkene te beslissen.

De Regering kan ook elke instantie bedoeld in artikel D.IV.35 uitnodigen. Ze vraagt de gemeentelijke commissie, indien ze bestaat, om een vertegenwoordiger af te vaardigen.

§ 3 - De projectontwerper kan zijn project met de Regering en met de vertegenwoordiger(s) van de bevoegde overheid bespreken en zijn project eventueel aanpassen voordat hij zijn aanvraag afrondt. De Regering maakt de notulen over de vergadering op; die notulen hebben een informatief karakter. De notulen worden elektronisch gericht aan de aanwezige partijen; deze beschikken over dertig dagen om hun bemerkingsen aan de Regering te bezorgen. Als geen bemerkingsen worden ingediend, worden de notulen goedgekeurd geacht.

In de notulen vermeldt de Regering de inlichtingen en stukken die zij voor de inschatting van de erfgoedrelevante uitwerkingen van het project noodzakelijk acht en die bij de attest- of vergunningsaanvraag moeten worden gevoegd. In afwijking van het eerste lid heeft die vermelding een bindend karakter voor de projectontwerper.

§ 4 - De vergadering vindt plaats binnen dertig dagen na indiening van het verzoek vermeld in paragraaf 1."

Art. 116. In artikel D.IV.32, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "tot de bevoegdheid van de gemachtigd ambtenaar behoren, of die door de gemachtigd ambtenaar behandeld worden" vervangen door de woorden "tot de bevoegdheid van de Regering behoren" en worden de woorden "aan de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "aan de Regering".

Art. 117. In artikel D.IV.33 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het eerste lid, 2°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering";

4° in het derde lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 118. In artikel D.IV.34 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in het eerste lid, 5°, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering" en wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

3° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° het eensluidend erfgoedadvies of niet-dwingend erfgoedadvies."

4° in het derde lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 119. In artikel D.IV.35 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt vervangen door een paragraaf 1, luidende:

" § 1 - De vergunning of het stedenbouwkundig attest nr. 2 kan alleen worden verstrekt na eensluidend erfgoedadvies, wanneer de aanvraag betrekking heeft op een goed als bedoeld in artikel D.IV.14.1.

De vergunning of het stedenbouwkundig attest nr. 2 kan alleen worden verstrekt na niet-dwingend erfgoedadvies, wanneer de aanvraag betrekking heeft op een goed als bedoeld in artikel D.IV.14.2."

2° het tweede en het derde lid worden vernummerd tot § 2, eerste lid en tweede lid;

3° in het derde lid, dat § 2, tweede lid, wordt, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" opgeheven.

Art. 120. In artikel D.IV.36 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in het derde lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden ", of wanneer hij de met de behandeling van het dossier belaste overheid is," opgeheven en wordt het woord "hij" telkens vervangen door het woord "zij".

Art. 121. In artikel D.IV.37 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste tot het derde lid worden vernummerd tot § 1, eerste tot derde lid;

2° het eerste lid dat gewijzigd is bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018 en dat § 1, eerste lid, wordt, wordt vervangen als volgt: "De in artikel D.IV.35, § 2, bedoelde diensten of commissies brengen binnen dertig dagen na de zending van de aanvraag van de bevoegde overheid advies uit. Na afloop van deze termijn wordt het advies gunstig geacht.";

3° het derde lid wordt opgeheven;

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

" § 2 - Het erfgoedadvies dat overeenkomstig artikel D.IV.35, § 1, eerste lid, vereist wordt, wordt overgezonden binnen vijftien dagen na zending van de aanvraag van de bevoegde overheid. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht.

Het erfgoedadvies dat overeenkomstig artikel D.IV.35, § 1, tweede lid, vereist wordt, wordt overgezonden binnen dertig dagen na zending van de aanvraag van de bevoegde overheid. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht."

Art. 122. In artikel D.IV.38 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden ", of wanneer hij de met de behandeling van het dossier belaste overheid is," opgeheven.

Art. 123. In artikel D.IV.39 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "De gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering", worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en wordt het woord "zijn" vervangen door het woord "haar";

2° in paragraaf 1 worden tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"In afwijking van het eerste lid wordt het advies van de Regering na afloop van de vermelde termijn ongunstig geacht, wanneer de aanvraag betrekking heeft op een goed als bedoeld in artikel D.IV.14.1 en het eensluidend erfgoedadvies negatief is."

3° in § 1, tweede lid, dat het derde lid wordt, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar zijn" vervangen door de woorden "de Regering haar" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

4° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 124. Artikel D.IV.40, vierde lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven.

Art. 125. In artikel D.IV.42 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 2°, worden de woorden "gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "Regering", wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij" en worden de woorden "alsook voor de geringe wijzigingen van de vergunningen die krachtens artikel D.IV.25 door de Regering worden afgegeven," opgeheven;

2° § 1, eerste lid, 3°, wordt opgeheven;

3° in § 1, eerste lid, 4°, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar genomen" vervangen door de woorden "genomen in eerste instantie" en worden de woorden "alsook voor de geringe wijzigingen van de vergunningen die krachtens artikel D.IV.25 door de Regering worden afgegeven, of bij gebrek aan een daarop betrekking hebbende beslissing" opgeheven;

4° in § 1, tweede lid, worden de woorden "behalve op verzoek van de Regering, zoals bedoeld in artikel D.IV.51" opgeheven;

5° in § 1, derde lid, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

6° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende:

" § 4 - Onverminderd paragraaf 3 wordt het eensluidend erfgoedadvies opnieuw ingewonnen voor de in artikel D.IV.35, § 1, eerste lid, bedoelde aanvragen. De aanvrager wordt daarvan in kennis gesteld."

Art. 126. In artikel D.IV.45, derde lid, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 4° wordt opgeheven;

3° in de bepaling onder 5° worden de woorden "in de zin van artikel 1 van het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 9 mei 1994 over de campings en kampeerterrainen" vervangen door de woorden "in de zin van artikel 9, eerste lid, 5°, van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme".

Art. 127. In artikel D.IV.46 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in het eerste lid, 2°, c), worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "van de Regering";

3° in de inleidende zin van het eerste lid, 3°, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "van de Regering";

4° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

5° in het vierde lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 128. In artikel D.IV.47 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering";

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "Regering", wordt het woord "zijn" vervangen door het woord "haar" en wordt het woord "Hij" vervangen door het woord "Zij";

3° in § 1, derde lid, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering" en worden de woorden "bij de Regering aanhangig gemaakt" vervangen door de woorden "aanhangig gemaakt bij de Regering die optreedt als beroepsinstantie";

4° in § 2, eerste lid, worden de woorden "gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "Regering";

5° in § 2, tweede lid, worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering" en worden de woorden "bij de Regering aanhangig gemaakt" vervangen door de woorden "aanhangig gemaakt bij de Regering die optreedt als beroepsinstantie";

6° in paragraaf 3 worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar zijn" vervangen door de woorden "de Regering haar" en worden de woorden "bij de Regering aanhangig gemaakt" vervangen door de woorden "aanhangig gemaakt bij de Regering die optreedt als beroepsinstantie".

Art. 129. Het opschrift van boek IV, titel II, hoofdstuk VII, afdeling 1, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt: "Onderafdeling 2 - Beslissing van de Regering".

Art. 130. In artikel D.IV.48 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

2° in het tweede lid worden de woorden "De gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering";

3° in het derde lid worden de woorden "gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door het woord "Regering" en wordt het woord "zijn" vervangen door het woord "haar".

Art. 131. In artikel D.IV.49, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 132. Artikel D.IV.50 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 133. Artikel D.IV.51 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 134. In artikel D.IV.54, vierde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 135. In artikel D.IV.57 van hetzelfde Wetboek wordt de punt op het einde van de bepaling onder 5° vervangen door een puntkomma en wordt een bepaling onder 6° ingevoegd, luidende:

"6° onroerende goederen die met toepassing van het erfgoeddecreet voorlopig of definitief gerangschikt zijn, zich in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed bevinden of zich op een archeologische vindplaats bevinden."

Art. 136. Het opschrift van boek IV, titel II, hoofdstuk VIII, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt: "Hoofdstuk VIII - Toezicht op de vergunningen en de attesten".

Art. 137. In artikel D.IV.62 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van § 1, eerste lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in § 1, eerste lid, 5°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

3° § 1, eerste lid, wordt aangevuld met bepalingen onder 6° en 7°, luidende:

"6° de beslissing van het gemeentecollege afwijkt van het advies dat door de gemeentelijke commissie is uitgebracht in het kader van een verplichte raadpleging van laatstgenoemde;

7° als er geen gemeentelijke commissie bestaat, in de beslissing van het gemeentecollege tegemoetgekomen werd aan de individuele en gemotiveerde bemerkingen die in het kader van een overeenkomstig dit Wetboek uitgevoerd openbaar onderzoek over het project geopperd werden door:

a) 25 personen ingeschreven in het bevolkingsregister van de gemeente waar het project gelegen is als het gaat om een gemeente met minder dan 10.000 inwoners;

b) 50 personen ingeschreven in het bevolkingsregister van de gemeente waar het project gelegen is als het gaat om een gemeente met 10.000 tot 25.000 inwoners."

4° in § 1, tweede lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering"; voorts wordt § 1, tweede lid, aangevuld met de volgende zin:

"Indien de vergunning of het stedenbouwkundig attest nr. 2 niet voldoet aan de punten 6° en 7° van vorig lid, kan de Regering de beslissing van het gemeentecollege opschorten."

5° in § 2, eerste lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden "aan de aanvrager, het gemeentecollege en de Regering" vervangen door de woorden "aan de aanvrager en aan het gemeentecollege"; voorts worden de woorden "De gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering";

6° in § 2, tweede lid, worden de woorden "de ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

7° in § 3, eerste lid, worden de woorden ", aan de gemachtigd ambtenaar" opgeheven;

8° in § 4, tweede lid, worden de woorden "aan de aanvrager, het gemeentecollege en de gemachtigde ambtenaar" vervangen door de woorden "aan de aanvrager en aan het gemeentecollege".

Art. 138. In artikel D.IV.63 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van § 1, eerste lid, worden de woorden "per schrijven aan het adres van de directeur-generaal van DGO4" vervangen door de woorden "per zending of tegen ontvangstbewijs";

2° in § 1, eerste lid, 2°, worden de woorden "de beslissing van de gemachtigd ambtenaar bedoeld in artikel D.IV.47, § 1 of § 2" vervangen door de woorden "de in eerste instantie genomen beslissing van de Regering bedoeld in artikel D.IV.47, § 1, tweede lid, of § 2, eerste lid";

3° in § 1, eerste lid, 3°, worden de woorden "de beslissing van de gemachtigd ambtenaar bedoeld in artikel D.IV.48" vervangen door de woorden "de in eerste instantie genomen beslissing van de Regering";

4° in § 1, eerste lid, 4°, worden de woorden "de beslissing van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de in eerste instantie genomen beslissing van de Regering" en worden de woorden "hij beschikte om zijn beslissing" vervangen door de woorden "zij beschikte om haar beslissing";

5° in § 3, eerste lid, worden de woorden "en bij gebrek aan zending van de beslissing door de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "en als de Regering de in eerste instantie genomen beslissing niet heeft gezonden".

Art. 139. In artikel D.IV.64 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "beslissing van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "in eerste instantie genomen beslissing van de Regering" en worden de woorden "en aan de gemachtigd ambtenaar" opgeheven.

Art. 140. Artikel D.IV.65 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 141. In artikel D.IV.66 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar of hun vertegenwoordigers" opgeheven; voorts wordt het tweede lid aangevuld met de volgende zinnen: "Als het gaat om een goed als bedoeld in artikel D.IV.14.1 of D.IV.14.2, wordt de Minister bevoegd voor Monumentenzorg uitgenodigd op de hoorzitting. Hij kan zich laten vertegenwoordigen."

2° het derde lid, 2°, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"2° de inlichting of het betrokken goed geheel of gedeeltelijk met toepassing van het erfgoeddecreet voorlopig of definitief gerangschikt is, zich in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed bevindt of zich op een archeologische vindplaats bevindt."

3° in het vijfde lid worden de woorden "tegelijkertijd zijn advies aan het bestuur" vervangen door de woorden "haar advies".

Art. 142. In artikel D.IV.67 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt opgeheven;

2° het tweede lid wordt vervangen als volgt: "Binnen vijftien dagen na de ontvangst van het beroep stuurt de Regering haar beslissing tegelijkertijd aan de aanvrager en aan het gemeentecollege."

Art. 143. In artikel D.IV.69 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "genomen beslissing van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "in eerste instantie genomen beslissing van de Regering".

Art. 144. In artikel D.IV.70 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigde ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 145. In artikel D.IV.71 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigde ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 146. In de inleidende zin van artikel D.IV.73, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "en aan de gemachtigd ambtenaar indien de aanvraag onder de gemachtigd ambtenaar ressorteert" vervangen door de woorden "of aan de Regering indien de aanvraag onder de Regering ressorteert".

Art. 147. In artikel D.IV.74, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 148. In artikel D.IV.75 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 149. In artikel D.IV.80 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 9°, worden de woorden "mobiele installaties die door een vergunning bedoeld in het Waalse Wetboek van Toerisme, het decreet van 4 maart 1991 betreffende de voorwaarden voor het exploiteren van caravanterreinen of het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 9 mei 1994 zijn toegelaten" vervangen door de woorden "'mobiele verblijven die gebruikt worden op een kampeerterrein als bedoeld in artikel 9, eerste lid, 5°, van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme'".

2° in § 1, eerste lid, 12°, wordt het woord "decreet" vervangen door de woorden "decreet van 11 maart 1999".

Art. 150. In artikel D.IV.84 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, tweede lid, wordt de tweede zin vervangen als volgt: "Wanneer de vergunning overeenkomstig artikel D.IV.22 door de Regering afgegeven is, wordt verlenging evenwel door de Regering toegestaan."

2° in paragraaf 5 worden de woorden "artikel D.IV.25" vervangen door de woorden "artikel D.IV.22, eerste lid, 12°", en worden de woorden "artikel D.IV.50" vervangen door de woorden "artikel D.IV.48".

Art. 151. In artikel D.IV.85, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 152. In artikel D.IV.87 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "of DGO4, voor de door de Regering afgegeven vergunningen," opgeheven.

Art. 153. In artikel D.IV.89 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° de bepaling onder 2°, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"2° bij een toevallige ontdekking in de zin van artikel 30 van het erfgoeddecreet;"

Art. 154. In artikel D.IV.90 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "de artikelen D.IV.64 en" vervangen door de woorden "artikel".

Art. 155. In artikel D.IV.91 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° het eerste lid, 2°, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt vervangen als volgt:
"2° bij een toevallige ontdekking in de zin van artikel 30 van het erfgoeddecreet;"

3° in het derde lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" opgeheven.

Art. 156. In artikel D.IV.92, § 1, derde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 157. In artikel D.IV.93, § 3, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 158. In artikel D.IV.95, § 2, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 159. In artikel D.IV.97, eerste lid, 6°, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder *b)* wordt vervangen als volgt:

"*b)* met toepassing van het erfgoeddecreet voorlopig of definitief gerangschikt is, zich in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed bevindt of zich op een archeologische vindplaats bevindt;"

2° de bepaling onder *c)*, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven;

3° de bepaling onder *d)*, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven;

4° de bepaling onder *e)*, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven;

5° de bepaling onder *f)* wordt opgeheven;

6° de bepaling onder *g)*, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt opgeheven.

Art. 160. In artikel D.IV.98 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" opgeheven;

2° in het tweede lid worden de woorden "stedenbouwkundig attest nr. 2 die zij niet opgesteld heeft" vervangen door de woorden "stedenbouwkundig attest nr. 2 van het gemeentecollege".

Art. 161. In artikel D.IV.99 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 2°, worden de woorden "en, voor het Franse taalgebied, van de geldige erfgoedattesten" vervangen door de woorden "en van de erfgoedvergunningen in de zin van artikel 13 van het erfgoeddecreet die na 1 januari 2009 werden afgegeven";

2° in § 1, eerste lid, 3°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in § 1, tweede lid, 3°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma; voorts wordt dat tweede lid aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° dat verbouwwerken, onderhoudswerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken van een voorlopig of definitief gerangschikt goed of van een archeologische vindplaats in de zin van het erfgoeddecreet, alsook verbouwwerken of wijzigingen van de uiterlijke kenmerken van goederen die in het beschermingsgebied van een voorlopig of definitief gerangschikt goed liggen, ofwel een stedenbouwkundige vergunning overeenkomstig dit Wetboek vereisen, ofwel een erfgoedvergunning overeenkomstig artikel 13 van het erfgoeddecreet vereisen."

Art. 162. In artikel D.IV.102 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 163. In artikel D.IV.106 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "De gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering".

Art. 164. In artikel D.V.2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 2°, worden de woorden "de "Société d'assainissement et de rénovation des sites industriels du Brabant wallon" (SARSI sa), de "Société wallonne du Logement" (Waalse Huisvestingsmaatschappij) en de door haar erkende" vervangen door de woorden "de in het Duitse taalgebied actieve";

2° in § 3, eerste lid, 3°, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 165. In artikel D.V.4, § 2, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 166. In artikel D.V.5, § 1, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° in het derde lid worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

3° in het vierde lid worden de woorden "het Gewest" telkens vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

Art. 167. In artikel D.V.10 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "of de gemachtigd ambtenaar" opgeheven;

2° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 168. In artikel D.V.11 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering";

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in § 1, derde lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

4° § 1, vierde lid, wordt opgeheven;

5° in § 4, eerste lid, worden de woorden "of de gemachtigd ambtenaar" opgeheven.

Art. 169. In artikel D.V.13 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van paragraaf 2 worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° in de inleidende zin van paragraaf 4 worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 170. In artikel D.V.15, § 2, 1°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het gewestelijk gemiddelde" vervangen door de woorden "het gemiddelde in het Duitse taalgebied".

Art. 171. In artikel D.V.16 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van § 1 worden de woorden ", bebouwingsvergunning, milieuvergunning of globale vergunning" vervangen door de woorden "en bebouwingsvergunning";

2° in § 2, eerste lid, wordt het tweede streepje opgeheven;

3° in § 3, tweede lid, 3°, wordt de puntkomma vervangen door een punt;

4° § 3, tweede lid, 4°, wordt opgeheven;

5° in § 4, tweede lid, worden de woorden ", bebouwingsvergunning, milieuvergunning of globale vergunning" vervangen door de woorden "en bebouwingsvergunning".

Art. 172. In boek V van hetzelfde Wetboek wordt titel VIII, die de artikelen D.V.17 en D.V.18 omvat, opgeheven.

Art. 173. In artikel D.V.19 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van paragraaf 1, die vernummerd en gewijzigd is bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "Het Gewest" vervangen door de woorden "De Duitstalige Gemeenschap";

2° in paragraaf 2, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 174. In artikel D.VI.2 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest, de provincies," vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 175. In artikel D.VI.12 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, eerste lid, wordt het woord "aankoopcomités van onroerende goederen" vervangen door de woorden "aankoopcomités van het Waals Gewest voor de aankoop van onroerende goederen";

2° in § 2, derde lid, worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 176. In artikel D.VI.15, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Waalse Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap" en worden de woorden "of aan de gemachtigde ambtenaar" opgeheven.

Art. 177. In artikel D.VI.19 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° in het eerste lid, 2°, worden de woorden "zelfstandige gemeente- of provinciebedrijven" vervangen door de woorden "autonome gemeentebedrijven";

3° het eerste lid, 3°, wordt vervangen als volgt: "de erkende openbare vastgoedmaatschappijen".

Art. 178. In artikel D.IV.36, derde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 179. In artikel D.VI.38, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 180. In artikel D.VI.40 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "in het Gewest" telkens vervangen door de woorden "in het Duitse taalgebied".

Art. 181. In artikel D.VI.44 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "in het Gewest" vervangen door de woorden "in het Duitse taalgebied".

Art. 182. In artikel D.VI.46 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° in het tweede lid worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 183. In artikel D.VI.47, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Waalse Gewest" telkens vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 184. In artikel D.VI.50, § 1, 1°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 185. In artikel D.VI.56, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "bij DGO4" opgeheven.

Art. 186. In artikel D.VI.57, vierde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden ", de afgevaardigd ambtenaar" opgeheven.

Art. 187. In boek VI, titel IV, hoofdstuk II, afdeling 1, onderafdeling 7, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.VI.62.1 ingevoegd, luidende:

"Art. D.VI.62.1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen wordt vanaf 1 januari 2020 geen gewestelijke retributie op de planwinsten geheven."

Art. 188. Artikel D.VII.1, § 1, 7°, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 26 april 2018, wordt vervangen als volgt:

"7° de uitvoering van de in artikel D.IV.4 bedoelde handelingen en werken of de bebouwing van een goed in de zin van artikel D.IV.2 zonder naleving van de beschermingsmaatregelen die met toepassing van het erfgoeddecreet zijn opgelegd."

Art. 189. In artikel D.VII.3 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid, 3°, wordt vervangen als volgt: "de ambtenaren en beambten van de Duitstalige Gemeenschap, opgenomen op de lijst bepaald door de Regering";

2° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° de officieren van gerechtelijke politie die overeenkomstig artikel 44 van het erfgoeddecreet door de Regering zijn aangewezen."

3° in het tweede lid worden de woorden "gewestelijke personeelsleden" vervangen door de woorden "personeelsleden van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 190. In artikel D.VII.4, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 191. In artikel D.VII.6 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden "of de Regering" opgeheven.

Art. 192. In artikel D.VII.9 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 193. In artikel D.VII.10 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap" en worden de woorden "de gemachtigde ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 194. In artikel D.VII.13 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "van de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering";

2° in het eerste lid, 3°, worden de woorden ", voor zover het noch op de beschermingslijst noch op de monumentenlijst voorkomt krachtens het Waals Erfgoedwetboek en " opgeheven;

3° in het tweede lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en wordt de zin aangevuld met de woorden ", alsook op de beschermingsmaatregelen die met toepassing van het erfgoeddecreet zijn opgelegd."

4° in het derde lid worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 195. In artikel D.VII.14, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigde ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 196. In artikel D.VII.15, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "van de gemachtigde ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 197. In artikel D.VII.17 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid, 1°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in het derde lid worden de woorden "aan de overtreder, het gemeentecollege of aan de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "aan de overtreder of aan het gemeentecollege".

Art. 198. In artikel D.VII.18 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste tot het vierde lid worden vernummerd tot § 1, eerste tot vierde lid;

2° in het eerste lid, dat § 1, eerste lid, wordt, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in het tweede lid, dat § 1, tweede lid, wordt, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

4° in het derde lid, dat § 1, derde lid, wordt, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

5° in het vierde lid, dat § 1, vierde lid, wordt, worden de woorden "bij gebrek aan vergelijk voorgesteld door de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "bij gebrek aan een door haar in eerste instantie voorgesteld vergelijk";

6° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 - Als de handelingen en werken vermeld in paragraaf 1 betrekking hebben op:

1° een in artikel D.IV.14.1 bedoeld goed, dan wordt een eensluitend erfgoedadvies ingewonnen voordat een vergelijk wordt voorgesteld;

2° een in artikel D.IV.14.2 bedoeld goed, dan wordt een niet-dwingend erfoedadvies ingewonnen voordat een vergelijk wordt voorgesteld.

Het advies betreffende het vergelijk wordt overgemaakt binnen zestig dagen na de zending van de Regering. Zo niet, dan wordt van een gunstig advies uitgegaan."

Art. 199. In artikel D.VII.19, tweede lid, 2°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de ontvanger der registratie op een bijzondere rekening van de gewestbegroting" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 200. In artikel D.VII.20 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van § 3, eerste lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in § 3, eerste lid, 2°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in de inleidende zin van § 3, tweede lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

4° in § 3, tweede lid, 2°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

5° in de inleidende zin van § 3, derde lid, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

6° in § 3, derde lid, 2°, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

7° in paragraaf 4 worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 201. In artikel D.VII.21 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste tot het derde lid worden vernummerd tot § 1, eerste tot derde lid;

2° in het eerste lid, dat § 1, eerste lid, wordt, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en wordt het woord "teruggavemaatregelen" vervangen door de woorden "maatregelen tot herstelling in de oorspronkelijke staat";

3° in het tweede lid, dat § 1, tweede lid, wordt, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering", wordt het woord "teruggavemaatregelen" telkens vervangen door de woorden "maatregelen tot herstelling in de oorspronkelijke staat" en wordt het woord "zijn beslissing" vervangen door het woord "haar beslissing";

4° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 - Als de maatregelen tot herstelling in de oorspronkelijke staat bedoeld in paragraaf 1 betrekking hebben op:

1° een in artikel D.IV.14.1 bedoeld goed, dan wordt een eensluidend erfoedadvies ingewonnen voordat de maatregel wordt opgelegd;

2° een in artikel D.IV.14.2 bedoeld goed, dan wordt een niet-dwingend erfoedadvies ingewonnen voordat de maatregel wordt opgelegd.

Het advies over de maatregel wordt binnen zestig dagen na de zending van de Regering overgemaakt. Zo niet, dan wordt van een gunstig advies uitgegaan."

Art. 202. In de inleidende zin van artikel D.VII.22, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 203. In artikel D.VII.25, vierde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "van de gemachtigde ambtenaar" vervangen door de woorden "van de Regering".

Art. 204. In artikel D.VIII.5 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, derde lid, worden de woorden "DGO4" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in § 3, derde lid, worden de woorden "in twee gewestelijke dagbladen en in een huis-aan-huisblad" vervangen door de woorden "in minstens één in het Duitse taalgebied verspreid dagblad en in één Duitstalig huis-aan-huisblad";

3° § 3, vierde lid, 2°, wordt opgeheven;

4° in § 3, vierde lid, 3°, wordt het woord "DGO3" vervangen door de woorden "de Waalse Regering";

5° in § 3, vierde lid, 6°, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 205. In artikel D.VIII.6, derde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar of" opgeheven.

Art. 206. In artikel D.VIII.8 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 2°, worden de woorden "van het Departement Ruimtelijke Ordening van DGO4" vervangen door de woorden "van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap";

2° in § 1, 3°, worden de woorden "minstens drie dagbladen verspreid in het geheel van het Waalse Gewest, waaronder één in het Duits" vervangen door de woorden "minstens één in het Duitse taalgebied verspreid Duitstalig dagblad";

3° in § 1, 4°, worden de woorden "de Belgische Radiotelevisie van de Franse Gemeenschap en het Belgische Radio- en Televisiecentrum voor uitzendingen in de Duitse taal" vervangen door de woorden "het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap";

4° in § 2, eerste lid, 1°, worden de woorden "op de bladzijden voor plaatselijk nieuws van twee dagbladen met een ruime verspreiding in het Waalse Gewest, waarvan minstens één verspreid wordt op het grondgebied van elke gemeente waarin het openbaar onderzoek wordt georganiseerd" vervangen door de woorden "in minstens één in het Duitse taalgebied verspreid Duitstalig dagblad";

5° § 2, tweede lid, wordt opgeheven;

6° in paragraaf 4 worden de woorden "van het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" vervangen door de woorden "van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 207. In artikel D.VIII.10 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "in de hoofdplaats van elk arrondissement en op de zetel van de Duitstalige Gemeenschap" vervangen door de woorden "in het noorden en in het zuiden van het Duitse taalgebied".

Art. 208. In artikel D.VIII.21, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "of de gemachtigd ambtenaar" opgeheven.

Art. 209. In artikel D.VIII.22 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ontwikkeling" vervangen door het woord "Adviesraad".

2° geldt alleen voor de Duitse tekst;

3° geldt alleen voor de Duitse tekst;

4° in het vijfde lid worden de woorden "Hoofdstuk III van Titel III van het Wetboek van de Plaatselijke Democratie en de Decentralisatie" vervangen door de woorden "artikel 74 van het gemeentedecreet van 23 april 2018".

Art. 210. In artikel D.VIII.24 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "van het Departement Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw van DGO4" vervangen door de woorden "van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 211. Geldt alleen voor de Duitse tekst.

Art. 212. In artikel D.VIII.30 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 213. In artikel D.VIII.31 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De bepalingen van dit hoofdstuk die van toepassing zijn op de plannen en ontwikkelingsplannen vermeld in het eerste lid zijn mutatis mutandis ook van toepassing op de stedelijke verkavelingsontrekken."

2° in § 4, eerste lid, worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad".

Art. 214. In artikel D.VIII.33, § 4, van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Beleidsgroep Ruimtelijke Ordening" vervangen door het woord "Adviesraad";

2° in het derde lid wordt het woord "DGO3" vervangen door de woorden "de Waalse Regering".

Art. 215. In artikel D.VIII.34, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt het woord "DGO4" vervangen door de woorden "de Regering".

Afdeling 2. — Gemeentewegen

Art. 216. In artikel 1, eerste lid, van het decreet van het Waalse Gewest van 6 februari 2014 betreffende de gemeentewegen worden de woorden "gemeentewegen" vervangen door de woorden "gemeentewegen in het Duitse taalgebied".

Art. 217. In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de woorden "artikel L1123-23, 6°, van het Wetboek van de plaatselijke democratie en de decentralisatie" vervangen door de woorden "de bepalingen van het gemeentedecreet van 23 april 2018".

Art. 218. In artikel 5 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid worden de woorden "het provinciecollege" telkens vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden "zijn advies" en "diens advies" vervangen door de woorden "haar advies";

2° in het derde lid worden de woorden "het provinciecollege" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in het vierde lid worden de woorden "artikel L1133-1 van het Wetboek van de Plaatselijke Democratie en de Decentralisatie" vervangen door de woorden "artikel 74 van het gemeentedecreet van 23 april 2018".

Art. 219. In artikel 8 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 20 juli 2016, worden de woorden "de gemachtigd ambtenaar in de zin van het Wetboek" opgeheven en worden de woorden "en de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "en de Regering";

2° in het tweede lid, ingevoegd bij het decreet van het Waalse Gewest van 5 februari 2015, wordt het woord "decreet" vervangen door de woorden "decreet van 5 februari 2015" en worden de woorden "de gemachtigde ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 220. In artikel 9, § 1, derde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "het register van de gemeentelijke beraadslagingen bedoeld in het Wetboek van de plaatselijke democratie en de decentralisatie" vervangen door de woorden "het register van de beraadslagingen vermeld in artikel 57 van het gemeentedecreet van 23 april 2018".

Art. 221. In artikel 14 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "een aan het provinciecollege dat bevoegd is voor het grondgebied van elke gemeente waar de weg die het voorwerp van de aanvraag is, gelegen is" vervangen door de woorden "en aan de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "de provinciecolleges" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in het derde lid worden de woorden "het (de) provinciecollege(s)" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 222. In artikel 15, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "de provinciecolleges" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 223. In artikel 17, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "artikel L1133-1 van het Wetboek van de Plaatselijke Democratie en de Decentralisatie" vervangen door de woorden "artikel 74 van het gemeentedecreet van 23 april 2018".

Art. 224. In artikel 19, derde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "artikel L1133-1 van het Wetboek van de Plaatselijke Democratie en de Decentralisatie" vervangen door de woorden "artikel 74 van het gemeentedecreet van 23 april 2018".

Art. 225. In artikel 24, 5°, *b)*, van hetzelfde decreet worden de woorden "Franstalig of Duitstalig" opgeheven.

Art. 226. In artikel 32, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt de eerste zin opgeheven.

Art. 227. In artikel 33 van hetzelfde decreet worden de woorden ", door de naburige eigenaars en door de wegcommissaris" vervangen door de woorden "en door de naburige eigenaars".

Art. 228. In de eerste zin van artikel 43, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "Op verzoek van de gemeente kunnen de comités voor de aankoop van onroerende goederen, die onder de FOD Financiën ressorteren," vervangen door de woorden "Op verzoek van de gemeente en overeenkomstig het Samenwerkingsakkoord van 20 juli 2017 tussen de Duitstalige Gemeenschap en het Waals Gewest, waarbij de Waalse aankoopcomités ertoe gemachtigd worden om handelingen met een onroerend karakter te stellen namens en voor rekening van de Duitstalige Gemeenschap en de entiteiten die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren, kunnen de comités voor de aankoop van onroerende goederen die onder de Waalse overheidsdienst ressorteren"; in de tweede zin van artikel 43, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "die onder de FOD Financiën ressorteren," opgeheven.

Art. 229. In artikel 61 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, 1°, wordt vervangen als volgt:

"1° de door de gemeenteraad daartoe aangewezen gemeentepersoneelsleden;"

2° in § 1, eerste lid, 2°, wordt de puntkomma vervangen door een punt;

3° § 1, eerste lid, 3°, wordt opgeheven;

4° § 1, eerste lid, 4°, wordt opgeheven;

5° § 1, eerste lid, 5°, wordt opgeheven;

6° § 1, tweede lid, wordt opgeheven;

7° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Afdeling 3. — Bedrijfsparken

Art. 230. In artikel 1 van het decreet van het Waalse Gewest van 2 februari 2017 betreffende de ontwikkeling van bedrijfsparken worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 2° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 9° wordt vervangen als volgt:

"9° aankoopcomité: de Waalse aankoopcomités aangewezen op grond van het Samenwerkingsakkoord van 20 juli 2017 tussen de Duitstalige Gemeenschap en het Waals Gewest, waarbij de Waalse aankoopcomités ertoe gemachtigd worden om handelingen met een onroerend karakter te stellen namens en voor rekening van de Duitstalige Gemeenschap en de entiteiten die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;"

Art. 231. In artikel 2 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, *c)*, wordt opgeheven;

2° § 1, *f)*, wordt opgeheven.

Art. 232. In artikel 9 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering", wordt het woord "Hij" vervangen door het woord "Zij", wordt het woord "zijn beslissing" vervangen door het woord "haar beslissing" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

3° in het derde lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

4° in het vierde lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 233. In artikel 10 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

2° in het tweede lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden "zijn zending" vervangen door de woorden "haar zending".

Art. 234. Artikel 11 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 235. In artikel 12, § 3, van hetzelfde decreet worden de woorden ", de betrokken gemeente(n), de leidend ambtenaar en de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "en de betrokken gemeente(n)".

Art. 236. In artikel 13 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° In het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar of" opgeheven;

2° in het derde lid worden de woorden "of de leidend ambtenaar" opgeheven en worden de woorden "De leidend ambtenaar deelt" vervangen door de woorden "De Regering deelt".

Art. 237. In artikel 14 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "De leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering", wordt het woord "Hij" vervangen door het woord "Zij", wordt het woord "zijn beslissing" vervangen door het woord "haar beslissing" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

3° in het derde lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

4° in het vierde lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 238. In artikel 15 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

2° in het tweede lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden "zijn zending" vervangen door de woorden "haar zending".

Art. 239. Artikel 16 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 240. In artikel 17, § 3, van hetzelfde decreet worden de woorden ", de betrokken gemeente(n), de leidend ambtenaar en de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "en de betrokken gemeente(n)".

Art. 241. In artikel 18 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° In het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar of" opgeheven;

2° in het derde lid worden de woorden "of de leidend ambtenaar" opgeheven en worden de woorden "De leidend ambtenaar deelt" vervangen door de woorden "De Regering deelt".

Art. 242. In artikel 19 van hetzelfde decreet wordt het woord "bestluit" vervangen door het woord "besluit" en worden de woorden "gewestelijke financiële tegemoetkomingen" vervangen door de woorden "financiële tegemoetkomingen van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 243. In artikel 21, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "vastgesteld door de leidend ambtenaar die" vervangen door de woorden "vastgesteld door de Regering die" en worden de woorden "de betrokken gemeente(n) en de gemachtigd ambtenaar in de zin van artikel D.IV.22 van het Wetboek van Ruimtelijke Ordening" vervangen door de woorden "en de betrokken gemeente(n)".

Art. 244. In artikel 41 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "De leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering", wordt het woord "Hij" vervangen door het woord "Zij", wordt het woord "zijn beslissing" vervangen door de woorden "haar beslissing" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

3° in het derde lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

4° in het vierde lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 245. In artikel 42 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

3° in het zesde lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 246. In artikel 44 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

2° in het tweede lid worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 247. Artikel 45 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 248. In artikel 46, § 3, van hetzelfde decreet worden de woorden ", de betrokken gemeente(n), de leidend ambtenaar en de gemachtigd ambtenaar" vervangen door de woorden "en de betrokken gemeente(n)".

Art. 249. In artikel 47 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 2, tweede lid, worden de woorden "vastgesteld door de leidend ambtenaar die" vervangen door de woorden "vastgesteld door de Regering die" en worden de woorden "de betrokken gemeente en de gemachtigd ambtenaar in de zin van artikel D.IV.22 van het Wetboek van Ruimtelijke Ordening" vervangen door de woorden "en de betrokken gemeente(n)";

2° in § 3, tweede lid, worden de woorden "vastgesteld door de leidend ambtenaar die" vervangen door de woorden "vastgesteld door de Regering die".

Art. 250. In artikel 48 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, c), tweede streepje, worden de woorden ", het ondernemingsplan of de specifieke informatie bedoeld in het decreet van 12 februari 2004 betreffende het beheerscontract en de verplichtingen tot informatieverstrekking" vervangen door de woorden "in de zin van artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap";

2° in het tweede lid worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 251. In artikel 50 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "De leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering";

2° het tweede lid wordt opgeheven;

3° het derde lid wordt opgeheven.

Art. 252. In artikel 51, vierde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "en de gemachtigd ambtenaar in de zin van artikel D.IV.22 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling" opgeheven.

Art. 253. In artikel 57, § 1, derde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 254. Het opschrift van titel 4 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt: "Titel 4 - Financiële tegemoetkomingen van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 255. In artikel 62 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "aan de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "aan de Regering";

2° het tweede lid wordt opgeheven.

Art. 256. In artikel 69 van hetzelfde decreet worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap" en worden de woorden "gewestelijke subsidie" vervangen door de woorden "subsidie van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 257. In de inleidende zin van artikel 71, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "de leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering".

Art. 258. In artikel 72 van hetzelfde decreet worden de woorden "De leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering".

Art. 259. In artikel 73 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van het eerste lid worden de woorden "De leidend ambtenaar" vervangen door de woorden "De Regering" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

2° in het derde lid worden de woorden "Op advies van de leidend ambtenaar stuurt de Regering" vervangen door de woorden "De Regering stuurt".

HOOFDSTUK 9. — HUISVESTING

Art. 260. In artikel 1 van het Waals Wetboek voor duurzaam wonen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1ter, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 2 mei 2019, worden de woorden "van het Waalse Toerismewetboek" vervangen door de woorden "van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme";

2° in de bepaling onder 2°, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden "de Waalse Regering" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

3° in de bepaling onder 9°, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

4° in de bepaling onder 23°, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en 9 februari 2012, worden de woorden "een plaatselijk bestuur, een autonoom bedrijf, de "Société wallonne du logement" (Waalse Huisvestingsmaatschappij), een openbare huisvestingsmaatschappij, het "Fonds du logement des familles nombreuses de Wallonie" (Waals Woningfonds van de Grote Gezinnen), een agentschap voor sociale huisvesting of een vereniging ter bevordering van de huisvesting, de "Société wallonne du Crédit social" (Waalse Maatschappij voor Sociaal Krediet)" vervangen door de woorden "de Regering, een plaatselijk bestuur, een autonoom bedrijf, een openbare huisvestingsmaatschappij, een agentschap voor sociale huisvesting of een vereniging ter bevordering van de huisvesting";

5° in de bepaling onder 34° wordt het woord "provincie," opgeheven;

6° in de inleidende zin van de bepaling onder 36°, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden "door de Société wallonne du Crédit social, het Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie of de Guichets du Crédit social" vervangen door de woorden "door of in opdracht van de Regering";

7° in de bepaling onder 36°, a), ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, worden de woorden "in het Waalse Gewest" vervangen door de woorden "in het Duitse taalgebied";

8° in de bepaling onder 37°, eerste lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden ", met uitsluiting van de "Société wallonne du Crédit social" (Waalse Maatschappij voor sociaal Krediet)" opgeheven;

9° in de bepaling onder 37°, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden "Op de voordracht van de Société wallonne du Logement (Waalse Huisvestingsmaatschappij), bepaalt de Regering" vervangen door de woorden "De Regering bepaalt".

Art. 261. In artikel 2 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "Het Gewest" vervangen door de woorden "De Duitstalige Gemeenschap";

2° in § 1, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012 en gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden "Het Gewest" vervangen door de woorden "De Duitstalige Gemeenschap";

3° in § 3, eerste lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 20 juli 2005 en gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden "Het Gewest" vervangen door de woorden "De Duitstalige Gemeenschap";

4° in § 3, tweede lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden "Het Gewest" vervangen door de woorden "De Duitstalige Gemeenschap".

Art. 262. Het opschrift van titel II van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt: "Titel II - Middelen voor het huisvestingsbeleid van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 263. In artikel 5 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 2 mei 2019, wordt tussen het eerste en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“De Regering kan externe deskundigen, onder toezicht van de in het eerste lid vermelde ambtenaren en personeelsleden van de administratie, met onderzoekstaken belasten. In dat geval ondersteunen de met die taak belaste deskundigen de ambtenaren en personeelsleden van de administratie bij het uitoefenen van hun bevoegdheden vermeld in het eerste lid.”

Art. 264. In artikel 7*bis* van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

“De burgemeester maakt een voorstel tot herhuisvesting aan de gebruiker die krachtens artikel 7, derde lid of zevende lid, uit de woning is gezet.”

2° het tweede lid wordt opgeheven;

3° het derde lid wordt opgeheven;

4° in het vierde lid worden de woorden “de Société wallonne du Logement” vervangen door de woorden “de burgemeester” en worden de woorden “op het grondgebied van de provincie” vervangen door de woorden “in het Duitse taalgebied”; voorts worden de woorden “of van de Société wallonne du Logement” en de woorden “, noch op de Société wallonne du Logement” opgeheven;

5° in het vijfde lid worden de woorden “of bij de Société wallonne du Logement” opgeheven;

6° in het zesde lid worden de woorden “en de Société wallonne du Logement werken” vervangen door het woord “werkt”;

7° het zevende lid wordt opgeheven.

Art. 265. In artikel 7*ter*, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, worden de woorden “bij ter post aangetekend schrijven” vervangen door de woorden “per aangetekend schrijven”.

Art. 266. Geldt alleen voor het Duits.

Art. 267. Geldt alleen voor het Duits.

Art. 268. Het opschrift van titel II, hoofdstuk I, afdeling 4, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, wordt vervangen als volgt:

“Afdeling 4 - Administratieve sancties”

Art. 269. Artikel 13*bis* van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012 en gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 1 juni 2017 en 17 juli 2018, wordt opgeheven.

Art. 270. In artikel 13*ter* van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 21 december 2016, worden de woorden “De door de Regering aangewezen ambtenaar van de administratie” vervangen door de woorden “De Regering”.

Art. 271. In artikel 13*quater*, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012 en gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden “het Gewest” vervangen door de woorden “de Duitstalige Gemeenschap”.

Art. 272. In artikel 14, § 4, 5°, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 1 juni 2017, worden de woorden “het Gewest” vervangen door de woorden “de Duitstalige Gemeenschap”.

Art. 273. In artikel 22*bis*, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden “Het Gewest” vervangen door de woorden “De Duitstalige Gemeenschap”.

Art. 274. In artikel 54 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”;

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”;

3° in § 2, eerste lid, worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”;

4° in § 2, tweede lid, worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”.

Art. 275. In artikel 55 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”;

2° in het tweede lid worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”.

Art. 276. In artikel 56 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”;

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”.

Art. 277. In artikel 57 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”;

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden “Société wallonne du Logement” vervangen door het woord “Regering”.

Art. 278. In artikel 59 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering".

Art. 279. In artikel 59bis van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "door de Société wallonne du Logement" opgeheven.

Art. 280. In artikel 59ter van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering".

Art. 281. In artikel 63bis van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, wordt het woord "Waalse" opgeheven.

Art. 282. In artikel 64 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering".

Art. 283. In artikel 65 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering".

Art. 284. In artikel 67 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering".

Art. 285. In de inleidende zin van artikel 69, § 1, van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering".

Art. 286. In artikel 71 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering";

2° het tweede lid wordt opgeheven.

Art. 287. In artikel 75, § 1, derde lid, van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "gewestelijke tegemoetkoming" vervangen door de woorden "subsidie van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 288. In artikel 76 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering";

2° in het tweede lid worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering".

Art. 289. In artikel 78, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "Société wallonne du Logement" vervangen door het woord "Regering".

Art. 290. In artikel 78bis van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden ", het Fonds du Logement des Familles nombreuses de Wallonie, de Société wallonne du Logement" opgeheven en worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

3° geldt alleen voor de Duitse tekst;

4° § 2, derde lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, wordt opgeheven;

5° geldt alleen voor de Duitse tekst.

Art. 291. In artikel 79 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3°, a), worden de woorden "op het gewestelijk grondgebied" vervangen door de woorden "in het Duitse taalgebied" en wordt de puntkomma vervangen door een punt;

2° de bepaling onder 3°, b), wordt opgeheven.

Art. 292. In artikel 85bis van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 20 juli 2005, worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° paragraaf 2, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 30 april 2009, wordt opgeheven.

Art. 293. In de inleidende zin van artikel 85ter, § 3, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden "bij een ter post aangetekende brief" vervangen door de woorden "bij aangetekend schrijven".

Art. 294. In artikel 85quater van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden "kan bij de Regering" vervangen door de woorden "kan bij aangetekend schrijven bij de Regering".

Art. 295. Het opschrift van titel III van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt: "Titel III - Actoren van het huisvestingsbeleid van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 296. In titel III van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 2 mei 2019, wordt hoofdstuk I, dat de artikelen 86 tot 129 omvat, opgeheven.

Art. 297. In artikel 130 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het vierde lid wordt, de volgende leden ingevoegd, luidende:

“De Regering kan slechts één instantie in de Duitstalige Gemeenschap als “maatschappij” toelaten. Die voldoet aan de volgende criteria:

- 1° de bepalingen van dit Wetboek en de uitvoeringsbesluiten ervan naleven;
- 2° als vennootschap met beperkte aansprakelijkheid opgericht zijn;
- 3° alle gemeenten van het Duitse taalgebied als vennoot hebben;
- 4° haar diensten in het Duitse taalgebied aanbieden;
- 5° de door de Regering uitgeoefende controle op de toepassing van dit decreet aanvaarden.

De maatschappij valt onder het Wetboek van Vennootschappen en Verenigingen, met uitzondering van de aspecten die door dit Wetboek worden geregeld.”

2° het tweede lid, dat het vierde lid wordt, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, wordt opgeheven;

3° in het derde lid, dat het vierde lid wordt, worden de woorden “Het Gewest, de provincies, de intercommunales, de” vervangen door het woord “De”, worden de woorden “de vakorganisaties” opgeheven en wordt het woord “een” vervangen door het woord “de”;

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De Regering keurt de statuten en elke latere statutenwijziging van de maatschappij goed.”

Art. 298. In artikel 131 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, wordt vervangen als volgt:

“De maatschappij heeft de volgende doelen:

1° het beheer en de verhuring van sociale woningen en gelijkgestelde woningen, middelgrote woningen, aangepaste en aanpasbare woningen, integratiewoningen en transitwoningen, overeenkomstig de door de Regering bepaalde nadere regels en voorwaarden;

2° het onthaal van de huurders bij hun intrek in een aangepaste of aanpasbare sociale woning, integratiewoning of transitwoning, overeenkomstig de door de Regering bepaalde nadere regels;

3° de aankoop, de bouw, de renovatie, de instandhouding, de verbetering, de aanpassing van woningen en de herstructurering van gebouwen waarvan ze eigenaar is of waarop ze zakelijke rechten heeft, om ze hoofdzakelijk voor huisvesting te bestemmen;

4° elke vastgoedverrichting alsook het ontwikkelen en uitvoeren van vastgoedprojecten; elke verrichting inzake beheer of verhuring van gebouwen om ze gedeeltelijk voor huisvesting te bestemmen, overeenkomstig de door de Regering bepaalde nadere regels en voorwaarden;

5° de verkoop van vastgoed waarvan ze eigenaar is;

6° het onthaal van de kandidaat-huurders en de huurders, alsook hun sociale begeleiding;

7° het informeren en de kennisgeving van de huurders over de activiteiten van de vennootschap, alsook over het programma voor de instandhouding, renovatie en bouw van woningen;

8° het onderzoeken van de aanvragen van de gezinnen die een woning willen kopen en de opvolging van de overeenkomsten;

9° het huren en beheren van gebouwen om ze voor huisvesting te bestemmen, overeenkomstig de door de Regering bepaalde nadere regels en voorwaarden;

10° de opstelling, uitwerking en projectbegeleiding van alle vastgoedaangelegenheden die geheel of gedeeltelijk met de openbare huisvesting te maken hebben;

11° optreden als vastgoedexpert voor eigen rekening of voor rekening van de houder van een zakelijk recht;

12° deelnemen aan de oprichting, het beheer en de exploitatie van publiekrechtelijke of privaatrechtelijke rechtspersonen die betrokken zijn bij de verwezenlijking van de doelstelling van het huisvestingsbeleid;

13° het gebruik en het beheer van het kadaster van de woningen die door de overheid beheerd worden, overeenkomstig de door de Regering bepaalde nadere regels;

14° het inlichten van het adviescomité voor huurders en eigenaars, zodat dit comité zijn taak behoorlijk kan vervullen;

15° de ondersteuning van de plaatselijke besturen bij het uitvoeren van het plaatselijk huisvestingsbeleid;

16° de uitrusting met wegen, rioleringen, openbare verlichting, watervoorzieningsnetwerken, gezamenlijke toegangswegen en installaties van cultureel of sociaal nut die volledig geïntegreerd zijn in een gebouwencomplex en het inrichten van die uitrusting;

17° het aanleggen van een reserve van de nodige gronden met het oog op de harmonische ontwikkeling van de leefruimte om ze af te staan aan particulieren of zakelijke rechten op die terreinen toe te kennen aan particulieren, met als verplichting het uitzicht en de functionele indeling van de ruimte van de gebouwencomplexen te behouden;

18° elke nieuwe taak die rechtstreeks verband houdt met de taken die in dit lid vermeld worden en die door de Regering wordt vastgelegd.”

2° in het tweede lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de woorden “na advies van de “Société wallonne du Logement”” opgeheven.

Art. 299. In artikel 131bis, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 9 februari 2012 en gewijzigd bij het decreet van 1 juni 2017, wordt het woord “moet” vervangen door het woord “kan”.

Art. 300. In artikel 132 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "erkend krachtens het decreet van 10 juli 2013 betreffende de centra voor socioprofessionele inschakeling" opgeheven en worden de woorden "een openbare huisvestingsmaatschappij" vervangen door de woorden "de maatschappij";

2° het derde lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, wordt opgeheven;

3° in het vierde lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de woorden "Op voorstel van de Société wallonne du logement bepaalt de Regering" vervangen door de woorden "De Regering bepaalt".

Art. 301. In artikel 133, § 2, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden "'Société wallonne du Logement'" vervangen door het woord "Regering";

2° het tweede lid wordt opgeheven.

Art. 302. In artikel 134, eerste lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "'Société wallonne du Logement'" vervangen door het woord "Regering".

Art. 303. In artikel 135 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, 3°, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, worden de woorden "Société wallonne du Logement" telkens vervangen door de woorden "Duitstalige Gemeenschap" en worden de woorden "diens toelating" vervangen door de woorden "haar toelating";

2° in § 1, eerste lid, 4°, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 19 december 2012 en 16 mei 2013, worden de woorden "'Société wallonne du Logement'" vervangen door de woorden "Duitstalige Gemeenschap" en worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

3° § 1, eerste lid, 5°, wordt opgeheven;

4° in § 1, derde lid, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 20 juli 2005, worden de woorden "Na advies van de Société wallonne du logement" kan de Regering" vervangen door de woorden "De Regering kan";

5° in paragraaf 2, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, wordt het woord "een" vervangen door het woord "de" en worden de woorden "na advies van de Société wallonne du logement" opgeheven;

6° paragraaf 3, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, wordt opgeheven.

Art. 304. In artikel 138 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° § 1, eerste lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, wordt opgeheven;

2° in § 1, tweede lid, wordt het woord "een" vervangen door het woord "de";

3° in § 1, derde lid, wordt het woord "deelbewijzen" telkens vervangen door het woord "aandelen";

4° in § 2, eerste lid, wordt de tweede zin opgeheven;

5° § 2, tweede lid, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 23 november 2006, wordt opgeheven;

6° in § 2, derde lid, wordt de tweede zin opgeheven;

7° § 2, vierde lid, wordt opgeheven;

8° paragraaf 3, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, wordt vervangen als volgt:

"§ 3 - De vrijwillig terugtrekkende of uitgesloten aandeelhouder heeft recht op terugbetaling van de bedragen die hij voor zijn aandelen heeft betaald, zonder dat hij recht heeft op een deel van de reserve, de meerwaarde en andere geldbedragen."

9° paragraaf 4, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, wordt vervangen als volgt:

"§ 4 - In geval van ontbinding van de vennootschap wordt het saldo dat na betaling van de schulden van de vennootschap overblijft, eerst gebruikt voor de terugbetaling van de aandelen.

Als niet alle aandelen in dezelfde mate betaald werden, wordt het evenwicht tussen de aandelen in verhouding tot de storting gecreëerd, ofwel via vorderingen tot storting of via gedeeltelijke terugbetalingen.

Het overblijvende saldo wordt overgeschreven naar een vennootschap die door de Regering erkend is en in de openbare huisvesting actief is of naar een ander door de Regering goedgekeurd doel op het gebied van openbare huisvesting."

Art. 305. Het opschrift van titel III, hoofdstuk II, afdeling 2, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt: "Onderafdeling 2 - Activiteitengebied".

Art. 306. Artikel 139 van hetzelfde Wetboek, opgeheven bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, wordt hersteld als volgt:

"Art. 139 - Geografisch strekt het activiteitengebied van de maatschappij zich uit over het Duitse taalgebied."

Art. 307. Artikel 140 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 308. Artikel 141 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 309. Artikel 142 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, wordt opgeheven.

Art. 310. Artikel 143 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 311. Artikel 144 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en 30 maart 2006, wordt opgeheven.

Art. 312. Artikel 145 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 313. Artikel 146 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en 9 februari 2012, wordt opgeheven.

Art. 314. In artikel 147 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° geldt alleen voor de Duitse tekst;

2° in § 1, tweede lid, wordt het woord "provincie" opgeheven;

3° geldt alleen voor de Duitse tekst.

Art. 315. In artikel 148 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 1, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 mei 2013, wordt vervangen als volgt:

"§ 1 - De raad van bestuur bestaat uit bestuurders die aangewezen zijn door de algemene vergadering van de maatschappij en uit een bestuurder die het adviescomité voor huurders en eigenaars vertegenwoordigt, indien zo een adviescomité opgericht werd. Onder de bestuurders die door de algemene vergadering zijn aangewezen, kunnen twee bestuurders aandelen hebben voor eigen rekening."

2° paragraaf 2 wordt opgeheven;

3° in paragraaf 3 worden de woorden "een voorzitter" vervangen door de woorden "een voorzitter en een ondervoorzitter";

4° paragraaf 4, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006 en gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, wordt vervangen als volgt:

"§ 4 - In de statuten wordt bepaald wanneer bestuurders afgezet kunnen worden."

Art. 316. In artikel 148^{ter} van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt:

"Binnen de maatschappij worden twee comités voor de toewijzing van woningen opgericht: één comité dat bevoegd is voor de woningen in de gemeenten Eupen, Kelmis, Lontzen en Raeren en één dat bevoegd is voor de woningen in de gemeenten Amel, Büllingen, Burg-Reuland, Bütgenbach en Sankt Vith."

2° het tweede lid wordt opgeheven;

3° het zesde lid wordt vervangen als volgt: "De Regering bepaalt de samenstelling van de comités voor de toewijzing van woningen, alsook de nadere regels voor de uitvoering van dit artikel."

Art. 317. § 1 - Artikel 148^{quater} van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006 en gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 30 april 2009, wordt vervangen als volgt:

"Art. 148^{quater} - De leden van de raad van bestuur of van een ander beheersorgaan hebben recht op presentiegeld en reisvergoedingen overeenkomstig de door de Regering vastgelegde bepalingen."

§ 2 - In artikel 149, 1°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "artikel 143 van het Wetboek van vennootschappen" vervangen door de woorden "artikel 3: 74 van het Wetboek van Vennootschappen en Verenigingen" en worden de woorden "de in dit artikel 917 bepaalde regels" vervangen door de woorden "de in dit artikel bepaalde regels".

Art. 318. In artikel 150 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 23 november 2006, worden de woorden "een maatschappij" vervangen door de woorden "de maatschappij" en worden de woorden "of van provinciaal gedeputeerde van een gemeente of een provincie die vennoot zijn" vervangen door de woorden "of lid van een gemeenteraad, provincieraad of raad voor maatschappelijk welzijn, van het Europees Parlement, van de federale wetgevende kamers, van een gewests- of gemeenschapsparlement, van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap en personeelslid van de Regering of het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat onder de verantwoordelijkheid staat van de minister die bevoegd is voor ruimtelijke ordening en huisvesting";

2° in het derde lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 23 november 2006 en gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 9 februari 2012 en 16 mei 2013, worden de woorden "met de hoedanigheid van gemeenteraadslid" vervangen door de woorden "met de hoedanigheid van burgemeester, schepen, voorzitter van een centrum voor maatschappelijk welzijn of gemeenteraadslid" en worden de drie laatste zinnen opgeheven;

3° het vierde lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 mei 2013, wordt opgeheven.

Art. 319. In artikel 151 van hetzelfde Wetboek worden de woorden "De gemeente- en provincieraden" vervangen door de woorden "De gemeenteraden".

Art. 320. Artikel 152 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 mei 2013, wordt opgeheven.

Art. 321. Artikel 152^{quater} van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006 en vervangen bij het decreet van het Waalse Gewest van 9 februari 2012, wordt opgeheven.

Art. 322. In artikel 152^{quinquies} van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 23 november 2006 en gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 30 april 2009, worden het tweede tot en met het laatste lid opgeheven.

Art. 323. In artikel 154, derde lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "na advies van de Société wallonne du logement" opgeheven.

Art. 324. In artikel 155, § 2, tweede lid, van hetzelfde Wetboek worden de woorden "Société wallonne du logement" vervangen door de woorden "Regering".

Art. 325. In artikel 157 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden "op voorstel van de Société wallonne du logement" opgeheven.

Art. 326. In artikel 158 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 20 juli 2005, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, tweede lid, 1°, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, worden de woorden "het Waalse Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap";

2° in het eerste lid van paragraaf 3, dat bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017 is vervangen en paragraaf 2, eerste lid, is geworden, wordt het woord "doelstellingencontract" vervangen door het woord "beheerscontract";

3° in het tweede lid van paragraaf 3, dat bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017 paragraaf 2, tweede lid, is geworden, worden de woorden "'Société wallonne du logement'" opgeheven.

Art. 327. In artikel 158*bis*, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, worden de woorden "op voorstel van de "Société wallonne du logement"," opgeheven.

Art. 328. In artikel 158*quater* van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden "door de "Société wallonne du Logement'" opgeheven.

Art. 329. In artikel 158*quinquies* van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden ", op voorstel van de "Société wallonne du Logement'" opgeheven en worden de woorden "De "Société wallonne du Logement" is" vervangen door de woorden "De Regering is".

Art. 330. In artikel 159 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 20 juli 2005, worden de woorden ", "op voorstel van de Société wallonne du logement'" opgeheven.

Art. 331. Artikel 160 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, wordt vervangen als volgt: "Art. 160 - De maatschappij beheert haar thesaurie onder de door de Regering bepaalde voorwaarden."

Art. 332. Artikel 161 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 februari 2017, wordt vervangen als volgt:

"Art. 161 - § 1 - Uiterlijk op 30 september van het jaar dat aan het begrotingsjaar voorafgaat, wordt de ontwerpbegroting van de maatschappij toegezonden aan de minister bevoegd voor huisvesting en aan de minister bevoegd voor begroting. Als de ontwerpbegroting van de maatschappij niet binnen die termijn wordt toegezonden, worden eventuele betalingen die ten laste van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap aan de maatschappij worden gedaan, opgeschort.

De begroting wordt door de Regering goedgekeurd en wordt ter informatie toegezonden aan het Parlement en aan de gemeenten.

§ 2 - Elk jaar vindt in de loop van het eerste kwartaal een begrotingscontrole plaats om de begroting eventueel aan te passen. Verdere begrotingscontroles en begrotingsaanpassingen zijn te allen tijde mogelijk tot de definitieve afsluiting van de rekeningen.

De maatschappij zendt het ontwerp tot aanpassing van de begroting samen met de toelichtingen toe aan de minister bevoegd voor huisvesting en aan de minister bevoegd voor begroting. De begrotingsaanpassing wordt door de Regering goedgekeurd en wordt ter informatie toegezonden aan het Parlement en aan de gemeenten."

Art. 333. In titel III, hoofdstuk II, afdeling 2, onderafdeling 8, van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 februari 2017, wordt een artikel 161*bis* ingevoegd, luidende:

"Art. 161*bis* - Uiterlijk op 15 april van het jaar dat volgt op het begrotingsjaar zendt de maatschappij de jaarrekening toe aan de minister bevoegd voor huisvesting en aan de minister bevoegd voor begroting.

De jaarrekening wordt door de Regering goedgekeurd en wordt ter informatie toegezonden aan het Parlement en aan de gemeenten."

Art. 334. In titel III, hoofdstuk II, afdeling 2, onderafdeling 8, van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 februari 2017, wordt een artikel 161*ter* ingevoegd, luidende:

"Art. 161*ter* - Uiterlijk op 30 juni van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt, zendt de maatschappij een jaarverslag over de activiteiten tijdens het afgelopen begrotingsjaar toe aan de minister bevoegd voor huisvesting en aan de minister bevoegd voor begroting. Indien de maatschappij een beheerscontract met de Regering heeft gesloten, bevat het jaarverslag ook een beschrijving van de situatie qua uitvoering van dit beheerscontract.

Het jaarverslag wordt door de Regering goedgekeurd en wordt ter informatie toegezonden aan het Parlement en aan de gemeenten."

Art. 335. Het opschrift van titel III, hoofdstuk II, afdeling 2*bis*, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 20 juli 2005, wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 2*bis* - Beheerscontracten"

Art. 336. Artikel 162 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 20 juli 2005 en vervangen bij het decreet van het Waalse Gewest van 1 juni 2017, wordt vervangen als volgt:

"Art. 162 - Onverminderd de andere bepalingen van dit Wetboek kunnen de subsidiëring en een nadere taakomschrijving tussen de instellingen en de Regering vastgelegd worden in het kader van beheerscontracten overeenkomstig artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 337. Artikel 163 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en 20 juli 2005, wordt vervangen als volgt:

"Art. 163 - § 1 - De maatschappij valt onder het toezicht van de minister bevoegd voor huisvesting en de minister bevoegd voor begroting. Het toezicht door de begrotingsminister betreft alle beslissingen die uitwerkingen hebben op de financiën of op de begroting.

Het toezicht wordt uitgeoefend door één of meer regeringscommissarissen die aangewezen worden door de Regering, op voordracht van de minister bevoegd voor huisvesting en op voordracht van de minister bevoegd voor begroting.

Voor elke regeringscommissaris kan de Regering een plaatsvervanger aanwijzen die de taken van de regeringscommissaris uitoefent als deze verhinderd is.

§ 2 - De regeringscommissaris neemt met raadgevende stem deel aan de vergaderingen van de raad van bestuur. Hij bezit zo ruim mogelijke bevoegdheden voor de uitoefening van zijn taken.

§ 3 - Elke regeringscommissaris beschikt over een termijn van vier volle dagen om beroep in te stellen tegen elke beslissing die volgens hem indruist tegen geldende bepalingen of het algemeen belang schaadt. Als de regeringscommissaris beroep instelt, wordt de uitvoering van de beslissing opgeschort. De regeringscommissaris licht de raad van bestuur van de instelling schriftelijk in over zijn beroep.

De in het eerste lid vermelde termijn van vier volle dagen verstrijkt op de dag van de zitting waarop de beslissing genomen werd, voor zover de regeringscommissaris volgens de regels uitgenodigd werd en, als dat niet zo is, op de dag dat de regeringscommissaris kennis genomen heeft van de beslissing.

§ 4 - De Regeringscommissaris stelt beroep in bij de minister die hem voor de aanwijzing heeft voorgedragen.

De minister bij wie beroep wordt ingesteld, beschikt over een termijn van dertig volle dagen, te rekenen vanaf het tijdstip vermeld in § 3, tweede lid, om het advies van de andere betrokken minister in te winnen en de beslissing op te heffen. Hij deelt de opheffing van de beslissing mee aan de raad van bestuur. Als de beslissing niet opgeheven wordt binnen de vermelde termijn, wordt ze als definitief beschouwd.

§ 5 - De Regering bepaalt het bedrag van de vergoedingen en presentiegelden die aan de regeringscommissarissen toegekend worden ten laste van de begroting van de maatschappij."

Art. 338. Artikel 164 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017 en gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 17 juli 2018, wordt vervangen als volgt:

"Art. 164 - § 1 - Als het algemeen belang of geldende bepalingen dit vereisen, kan de toezichthoudende minister of de begrotingsminister eisen dat de raad van bestuur van de maatschappij over bepaalde beslissingsontwerpen beslist of bepaalde vragen beantwoordt. De Minister of de regeringscommissaris die op diens voordracht aangewezen is, deelt de raad van bestuur mee over welke vragen de raad van bestuur van de maatschappij een beslissing moet nemen en binnen welke termijn.

Als de raad van bestuur van de maatschappij binnen de gestelde termijn geen beslissing heeft genomen of als de Minister zich niet kan aansluiten bij de beslissing van de raad van bestuur, dan kan de Regering de beslissing in de plaats van de raad van bestuur bij besluit uitvaardigen. Een kopie van dat besluit wordt onmiddellijk toegezonden aan het Parlement.

§ 2 - De Regering kan een bijzondere commissaris aanwijzen indien de maatschappij verzuimt de aangevraagde inlichtingen of elementen te verstrekken of de maatregelen uit te voeren die bij geldende bepalingen of bij een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke beslissing voorgeschreven zijn. De bijzondere commissaris is bevoegd om alle noodzakelijke maatregelen te treffen in plaats van de in gebreke gebleven maatschappij, binnen de grenzen van het mandaat toegekend door het besluit waarbij hij wordt aangewezen.

Voordat de Regering een bijzondere commissaris stuurt:

1° zendt ze de maatschappij bij aangetekend schrijven een met redenen omklede waarschuwing, waarin uiteengezet wordt wat van haar verlangd wordt of welke maatregelen ze verzuimd heeft te treffen;

2° kent ze de maatschappij in dezelfde waarschuwing een bepaalde en redelijke termijn toe om de aan haar gerichte aanvraag te beantwoorden, haar houding te verantwoorden, haar standpunt te bevestigen of de voorgeschreven maatregelen te treffen."

Art. 339. Artikel 165 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, wordt opgeheven.

Art. 340. In titel III, hoofdstuk II, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 1*bis*, die artikel 165*bis* omvat, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 16 mei 2013, opgeheven.

Art. 341. In titel III, hoofdstuk II, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 2, die de artikelen 166 tot 169 omvat, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 17 juli 2018, opgeheven.

Art. 342. In titel III, hoofdstuk II, afdeling 3, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 3, die de artikelen 170 en 171 omvat, gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en 30 maart 2006, opgeheven.

Art. 343. In artikel 171*bis* van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1 worden de woorden "in de "Société wallonne du Logement"" vervangen door de woorden "bij de Regering";

2° § 2, eerste lid, vierde streepje, wordt opgeheven;

3° in § 2, tweede lid, worden de woorden ""Société wallonne du Logement"" vervangen door het woord "administratie";

4° in § 2, derde lid, worden de woorden "De regeringscommissarissen bij de "Société wallonne du Logement" kunnen" vervangen door de woorden "Een vertegenwoordiger van de Regering kan".

Art. 344. Het opschrift van titel III, hoofdstuk II, afdeling 4, van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:
"Afdeling 4 - Toegang tot de woning"

Art. 345. Artikel 172 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 1 juni 2017, wordt vervangen als volgt:

"Art. 172 - § 1 - De Regering bepaalt in voorkomend geval in afwijking van het decreet van 15 maart 2018 betreffende de woninghuurovereenkomst de voorwaarden voor de toegang, de verhuring en de bewoning van een door de maatschappij beheerde of gebouwde woning.

Die voorwaarden hebben betrekking op:

- 1° de toelating van de kandidaat-huurders en de voorwaarden voor prioriteiten in de toewijzing;
- 2° het eenvormige formulier om kandidaat-huurder te worden, waarin in het bijzonder de procedure, de beroepsmogelijkheden en het adres van de kamer van beroep bedoeld in artikel 171*bis* worden vermeld;
- 3° de toelatingsprocedure;
- 4° de bepalingen in huurovereenkomsten van bepaalde of onbepaalde duur of bewoningsafspraken met betrekking tot:
 - a) de duur die in het bijzonder bepaald wordt met inachtneming van de leeftijd of de beperking van de hurende gezinnen, alsook de opzeggingsvoorwaarden, met dien verstande dat, onverminderd artikel 7, geen uitzettingsbesluit mag worden uitgevoerd van 1 november tot en met 15 maart van het daaropvolgende jaar. De uitzetting is van toepassing als het gezin een begeleiding door het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn weigert;
 - b) de aard van de bijkomende kosten en de manier waarop die worden berekend;
 - c) de procedure voor de zekerheidstelling, de betaling en uitbetaling van de waarborg;
 - d) de procedure voor het betrekken en verlaten van de woning;
 - e) de verplichtingen van de partijen;
 - f) de sancties;
 - g) de berekeningsmethode voor de huurbedragen en vergoedingen, met inachtneming van de inkomsten van de hurende gezinnen, het aantal kinderen ten laste en de woonkwaliteit en de inrichting van de woning;
- 5° de beroepsprocedure.

§ 2 - De Regering maakt een handvest van de maatschappijen en de huurders op waarin aan de rechten en verplichtingen van de huurders herinnerd wordt.

§ 3 - De Regering bepaalt de voorwaarden voor het verwerven of verkopen van een door de maatschappij beheerde, gebouwde of verkochte woning.

Die voorwaarden hebben in het bijzonder betrekking op:

- 1° de inkomsten van het gezin;
- 2° het vastgoedvermogen van het gezin.

§ 4 - Dit artikel is niet van toepassing op de woningen van algemeen nut die door de maatschappij beheerd worden, waarop de maatschappij een zakelijk recht heeft en die geen voorwerp zijn geweest van:

- 1° overheidssteun op basis van dit Wetboek, behalve met toestemming van de Regering, als het gaat om steun voor uitrusting, nieuwe uitrusting, verbetering en vernieuwing van de uitrustingen;
- 2° indirecte overheidsfinanciering voor het verwerven of het bouwen via huurinkomsten uit woningen waarvoor overheidssteun is gegeven."

Art. 346. Artikel 173 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 347. In titel III, hoofdstuk II, afdeling 5, van hetzelfde Wetboek wordt artikel 174, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 23 november 2006, opgeheven.

Art. 348. Titel III, hoofdstuk II, afdeling 6, van hetzelfde Wetboek, dat artikel 174*bis* omvat, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006 en gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, wordt opgeheven.

Art. 349. Het opschrift van titel III, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, wordt vervangen als volgt:

"Hoofdstuk III - De toekenning van sociale kredieten of leningen voor energiebesparingen"

Art. 350. Het opschrift van titel III, hoofdstuk III, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, wordt vervangen als volgt:

"Afdeling 1 - Gebruikmaking van diensten"

Art. 351. Artikel 175.1 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 23 november 2006, wordt vervangen als volgt:

"Art. 175.1 - Voor de toekenning van sociale kredieten of leningen voor energiebesparingen kan de Regering een overeenkomst sluiten met de "Société wallonne du Crédit social" en/of met de "Guichets du Crédit social" om een beroep te doen op hun diensten. De verdere raamvoorwaarden worden in de overeenkomst vastgelegd.

Voor de toekenning van sociale kredieten of leningen voor energiebesparingen voor grote gezinnen kan de Regering een overeenkomst sluiten met het "Fonds du logement des familles nombreuses de Wallonie" om een beroep te doen op zijn diensten. De verdere raamvoorwaarden worden in de overeenkomst vastgelegd."

Art. 352. Het opschrift van titel III, hoofdstuk III, afdeling 1, onderafdeling 2, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, wordt vervangen als volgt:

“Onderafdeling 2 - Taken”

Art. 353. In artikel 175.2 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de inleidende zin van paragraaf 1 wordt vervangen als volgt:

“Tot de taken met het oog op de toekenning van sociale kredieten behoren: ”

2° paragraaf 2 wordt opgeheven;

3° paragraaf 3, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, wordt opgeheven;

4° paragraaf 4 wordt opgeheven;

5° paragraaf 5 wordt opgeheven;

6° paragraaf 6 wordt opgeheven;

7° paragraaf 7 wordt opgeheven.

Art. 354. Titel III, hoofdstuk III, afdeling 1, onderafdeling 3, van hetzelfde Wetboek, dat artikel 175.3 omvat, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, wordt opgeheven.

Art. 355. In titel III, hoofdstuk III, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek, wordt onderafdeling 4, die de artikel 175.4 tot 175.12 omvat, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 2 mei 2019, opgeheven.

Art. 356. In titel III, hoofdstuk III, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 5, die de artikelen 175.13 tot 175.14 omvat, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, opgeheven.

Art. 357. In titel III, hoofdstuk III, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek wordt onderafdeling 6, die de artikelen 175.15 en 175.16 omvat, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 18 december 2003, opgeheven.

Art. 358. In titel III, hoofdstuk III, afdeling 1, van hetzelfde Wetboek, wordt onderafdeling 7, die de artikel 175.17 tot 175.19 omvat, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en gewijzigd bij de decreten van het Waalse Gewest van 23 november 2006 en 1 juni 2017, opgeheven.

Art. 359. In titel III, hoofdstuk III, van hetzelfde Wetboek, wordt afdeling 2, die de artikel 176.1 tot 178.2 omvat, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 16 mei 2013, opgeheven.

Art. 360. In titel III van hetzelfde Wetboek wordt hoofdstuk IV, dat de artikelen 179 tot 186 omvat, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 2 mei 2019, opgeheven.

Art. 361. In artikel 188 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden “ § 1” ingevoegd en worden de woorden “gewestelijke beleidsopties” vervangen door de woorden “richtsnoeren van de Duitstalige Gemeenschap”;

2° in § 1, tweede lid, worden de woorden “het Gewest, de provincie” vervangen door de woorden “de Duitstalige Gemeenschap” en worden de woorden “het “Fonds du logement des familles nombreuses de Wallonie”” opgeheven;

3° in § 2, eerste lid, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden “Waalse grondgebied” vervangen door de woorden “Duitse taalgebied”.

Art. 362. In artikel 189 van hetzelfde Wetboek worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 2, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, worden de woorden “het Gewest” vervangen door de woorden “de Duitstalige Gemeenschap”, worden de woorden “aan de “Société wallonne du Logement” gericht, die haar advies uitbrengt binnen de negentig dagen na ontvangst van het gemeentelijk dossier” vervangen door de woorden “aan de Regering gericht” en wordt de tweede zin opgeheven;

2° in paragraaf 3, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003, worden de woorden “en aan de “Société wallonne du Logement”” opgeheven.

Art. 363. Artikel 191 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 15 mei 2003 en gewijzigd bij de decreten van het Waalse Gewest van 15 januari 2009 en 2 mei 2019, wordt vervangen als volgt:

“Art. 191 - De Regering kan één of meer instellingen aanwijzen die werkzaam zijn als agentschap voor sociale huisvesting, buurtregie of vereniging ter bevordering van de huisvesting. Die instellingen voldoen aan de volgende criteria:

1° de bepalingen van dit decreet naleven;

2° als vereniging zonder winstoogmerk opgericht zijn of onder een overheidsinstantie ressorteren;

3° in het Duitse taalgebied diensten aanbieden als agentschap voor sociale huisvesting, buurtregie of vereniging ter bevordering van de huisvesting;

4° over gekwalificeerd personeel beschikken dat aan de door de Regering vastgelegde minimale voorwaarden voldoet;

5° de door de Regering uitgeoefende controle op de toepassing van dit Wetboek aanvaarden.”

Art. 364. Artikel 192 van hetzelfde Wetboek wordt vervangen als volgt:

"Art. 192 - § 1 - De Regering kan binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de door haar vastgestelde voorwaarden subsidies toekennen aan de instellingen vermeld in artikel 191.

De nadere regels omtrent de subsidiëring en de desbetreffende bedragen worden vastgelegd in een overeenkomst die tussen de Regering en de instelling wordt gesloten.

De subsidiëring en een nadere taakomschrijving kunnen tussen de instellingen en de Regering worden vastgelegd in het kader van beheerscontracten overeenkomstig artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof."

Art. 365. Artikel 192/1 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 2 mei 2019, wordt opgeheven.

Art. 366. In artikel 194 van hetzelfde Wetboek, hersteld bij het decreet van het Waals Gewest van 30 april 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden "van de provincieraden," opgeheven;

2° in het derde lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden "of een provincie" opgeheven.

Art. 367. In titel III van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van hoofdstuk VII vervangen als volgt:

"Hoofdstuk VII - Adviesraad voor Huisvesting en Energie"

Art. 368. In artikel 200 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 16 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van paragraaf 1 worden de woorden "De beleidsgroep "Huisvesting" bedoeld in artikel 2/8 van het decreet van 6 november 2008 houdende rationalisatie van de adviesverlenende functie" vervangen door de woorden "De Adviesraad voor Huisvesting en Energie, hierna "adviesraad" te noemen,";

2° in § 1, 5°, wordt het woord "huisvesting" vervangen door de woorden "huisvesting en energie";

3° in § 1, 6°, wordt het woord "huisvesting" vervangen door de woorden "huisvesting en energie";

4° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Als de Regering een advies aanvraagt omtrent een voorontwerp van decreet of besluit inzake huisvesting of energie, dan verstrekt de adviesraad het advies binnen een termijn van dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de aanvraag. Die termijn wordt van rechtswege met 15 dagen verlengd, als de termijn tussen 1 juli en 31 augustus ingaat of verstrijkt."

5° § 2, eerste lid, wordt vervangen als volgt:

"De volgende leden van de adviesraad zijn stemgerechtigd:

1° twee vertegenwoordigers van de gemeenten van het Duitse taalgebied;

2° twee vertegenwoordigers van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn van het Duitse taalgebied;

3° twee vertegenwoordigers van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, onder wie één vertegenwoordiger van de representatieve werknemersorganisaties en één vertegenwoordiger van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;

4° één vertegenwoordiger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

5° één vertegenwoordiger van organisaties die door de Regering bij voorrang belast zijn met taken inzake consumentenbescherming;

6° één vertegenwoordiger per openbare huisvestingsmaatschappij die in het Duitse taalgebied werkzaam is;

7° één vertegenwoordiger per agentschap voor sociale huisvesting dat in het Duitse taalgebied werkzaam is."

6° in § 2, tweede lid, worden de woorden "het Departement Huisvesting van het Operationeel Directoraat-generaal Ruimtelijke Ordening, Huisvesting, Erfgoed en Energie van de Waalse Overheidsdienst" vervangen door de woorden "de adviesraad";

7° het artikel wordt aangevuld met de §§ 3 tot 9, luidende:

"§ 3 - De adviesraad kiest uit haar stemgerechtigde leden, voor de duur van het mandaat, een voorzitter en een plaatsvervangend voorzitter.

Op de voordracht van de organisaties die in de adviesraad vertegenwoordigd zijn, wijst de Regering de leden van de adviesraad aan en voor elk van hen ook een plaatsvervangend lid.

Het mandaat van de leden duurt hoogstens vijf jaar en kan worden verlengd.

Op verzoek van de betreffende organisatie kan de Regering het mandaat van een lid vroegtijdig beëindigen en een nieuw lid aanwijzen dat het mandaat van zijn voorganger voortzet.

§ 4 - De eerste vergadering van de adviesraad vindt ten laatste twee maanden na de aanwijzing van de leden ervan plaats.

Binnen twee maanden na deze eerste vergadering neemt de adviesraad een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dat huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de adviesraad.

§ 5 - De beslissingen van de adviesraad worden genomen bij meerderheid van stemmen, uitgebracht door de aanwezige leden. De adviesraad kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste de helft van zijn leden aanwezig is.

Indien de adviesraad niet rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen waarop de adviesraad rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, ongeacht de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

§ 6 - Om zijn taken te vervullen, kan de adviesraad deskundigen op de vergaderingen uitnodigen. Ze nemen met raadgevende stem deel aan de vergaderingen. Bovendien kan de adviesraad werkgroepen oprichten.

§ 7 - De Regering stelt de notulen van de vergaderingen van de adviesraad op.

§ 8 - Tegen 30 april van elk kalenderjaar, met uitzondering van het oprichtingsjaar, stelt de adviesraad een verslag over zijn activiteiten van het afgelopen jaar op voor de Regering.

§ 9 - De stemgerechtigde leden van de adviesraad en de deskundigen die met toepassing van paragraaf 6 de vergaderingen bijwonen, hebben recht op presentiegelden en reiskostenvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden."

Art. 369. Titel III*bis* van hetzelfde Wetboek, die artikel 200/1 omvat, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012 en gewijzigd bij de decreten van het Waals Gewest van 1 juni 2017 en 2 mei 2019, wordt opgeheven.

Art. 370. In artikel 200*bis* van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 20 juli 2005, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van paragraaf 1 worden de woorden "De ambtenaar van de administratie die de Regering daartoe aanwijst" vervangen door de woorden "De Regering".

2° in § 1, 3°, tweede lid, worden de woorden "en, indien het college verzuimt op te treden, door de Regering aan de door de Regering aangewezen ambtenaar of aan het openbaar ministerie wordt overgemaakt" vervangen door de woorden "aan de Regering of aan het openbaar ministerie";

3° in § 1*bis*, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, worden de woorden "De bestuursambtenaar die de Regering daartoe aanwijst" vervangen door de woorden "De Regering";

4° in § 4, derde lid, gewijzigd bij het decreet van het Waals Gewest van 22 juli 2010, worden de woorden "de door de Regering aangewezen ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

5° in § 4, vierde lid, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, worden de woorden "de door de Regering aangewezen ambtenaar van diens voornemen" vervangen door de woorden "de Regering van haar voornemen";

6° in § 5, eerste lid, worden de woorden "de door de Regering aangewezen ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en wordt het woord "hij" vervangen door het woord "zij";

7° in § 5, tweede lid, worden de woorden "de ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering" en worden de woorden "ter post" opgeheven;

8° in § 6, eerste lid, worden de woorden "de door de Regering aangewezen ambtenaar" vervangen door de woorden "de Regering";

9° in § 7, eerste lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 22 juli 2010, worden de woorden "kan het door de Regering aangewezen personeelslid" vervangen door de woorden "kunnen de door de Regering aangewezen personen";

10° in § 7, tweede lid, vervangen bij het decreet van het Waals Gewest van 22 juli 2010, worden de woorden "het personeelslid dat door de Regering is aangewezen" vervangen door de woorden "de door de Regering aangewezen personen".

Art. 371. In artikel 200*ter* van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 maart 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "De bestuursambtenaar, die de Regering daartoe aanwijst," vervangen door de woorden "De Regering";

2° in paragraaf 2 worden de woorden "De bestuursambtenaar, die de Regering daartoe aanwijst," vervangen door de woorden "De Regering";

3° in paragraaf 2*bis*, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, worden de woorden "De bestuursambtenaar, die de Regering daartoe aanwijst," vervangen door de woorden "De Regering".

Art. 372. Artikel 205 van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 373. Artikel 205*bis* van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 9 februari 2012, wordt opgeheven.

Art. 374. In artikel 208 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 30 april 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 2°, worden de woorden "van het Gewest" vervangen door de woorden "van het Waalse Gewest of van de Duitstalige Gemeenschap";

2° in § 1, 3°, worden de woorden "van het Gewest" vervangen door de woorden "van het Waalse Gewest of van de Duitstalige Gemeenschap";

3° in § 1, 4°, worden de woorden "het Gewest" vervangen door de woorden "de Duitstalige Gemeenschap".

HOOFDSTUK 10. — ENERGIE

Art. 375. In artikel 1, 3°, van het decreet van het Waals Gewest van 9 december 1993 betreffende de bevordering van rationeel energiegebruik, energiebesparingen en hernieuwbare energieën worden de woorden "de door het Waalse Gewest erkende en gesubsidieerde dienst" vervangen door de woorden "het door de Regering georganiseerde loket".

HOOFDSTUK 11. — INFRASTRUCTUUR

Art. 376. Artikel 45, 5°, van het programmadecreet 2014 van 24 februari 2014, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018, wordt vervangen als volgt:

"5° de artikelen 30 tot 38, die in werking treden op 1 januari 2024."

HOOFDSTUK 12. — FINANCIËN EN BEGROTING

Art. 377. In artikel 2 van het decreet van 21 december 1995 houdende oprichting van een Fonds voor het beheer van de financiële schulden van de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "Het Fonds dient om de door de Duitstalige Gemeenschap aangegane leningen af te betalen," vervangen door de woorden "Het Fonds dient om de leningen af te betalen die de Duitstalige Gemeenschap heeft aangegaan of die aan de Duitstalige Gemeenschap worden overgedragen in het kader van de overname van nieuwe bevoegdheden als rechtsopvolger van de federale overheid of van het Waals Gewest".

Art. 378. In hoofdstuk VII van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap wordt een artikel 51.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 51.1 - Inschakeling van de administratie van de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en de invordering van niet-fiscale vorderingen

Onverminderd artikel 50 kunnen de Duitstalige Gemeenschap en de instellingen van openbaar nut vastgestelde en niet-betwiste niet-fiscale vorderingen laten invorderen door de administratie van de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en de invordering van niet-fiscale vorderingen en die handelt op basis van de bepalingen van de domaniale wet van 22 december 1949.

In dat geval zijn de artikelen 49 en 51 niet van toepassing."

HOOFDSTUK 13. — DIVERSE BEPALINGEN

Afdeling 1. — Elektronische communicatie

Art. 379. Artikel 30 van het programmadecreet van 27 april 2009 wordt opgeheven.

Art. 380. In artikel 44 van het Dienstendecreet van 15 maart 2010 worden de woorden "Overeenkomstig artikel 30 van het programmadecreet 2009 van 27 april 2009" vervangen door de woorden "Overeenkomstig het decreet van 15 oktober 2018 betreffende de niet-openbare en openbare elektronische communicatie van de overheden van het Duitse taalgebied".

Afdeling 2. — Niet-commerciële sector

Art. 381. In artikel 65 van het programmadecreet 2013 van 25 februari 2013, gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de inleidende zin van § 1, eerste lid, 3°, worden de woorden "vanaf 2017" vervangen door de woorden "in de jaren 2017-2019";

2° in § 1, eerste lid, 3°, b), wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

3° § 1, eerste lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° in 2020: 1.341,18 euro per voltijds equivalente betrekking;"

4° in § 2, eerste lid, 3°, worden de woorden "overeenkomstig de collectieve arbeidsovereenkomst van het paritair subcomité 329.02 van 18 februari 2013" vervangen door de woorden "overeenkomstig de op het tijdstip van de ondersteuning geldende collectieve arbeidsovereenkomst van het paritair subcomité 329.02";

5° in § 3, eerste lid en tweede lid, worden de woorden "paragraaf 1, eerste lid, 3°, b)," telkens vervangen door de woorden "paragraaf 1, eerste lid, 3°, b), en 4°,".

HOOFDSTUK 14. — SLOTBEPALINGEN

Art. 382. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2020, met uitzondering van:

1° de artikelen 3, 7, 24 en 376, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen;

2° de artikelen 296 tot 348, die in werking treden op een door de Regering vastgesteld tijdstip;

3° artikel 318, dat uiterlijk op 1 januari 2021 in werking treedt.

Onverminderd artikel 7 van het decreet van 29 april 2019 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waals Gewest inzake huisvesting kan de Regering verschillende data van inwerkingtreding vaststellen voor de bepalingen vermeld in het eerste lid, 2°, naargelang het gaat om openbare huisvestingsmaatschappijen waarvan het geografische activiteitengebied in de zin van artikel 139 van het Wetboek voor duurzaam wonen zich zowel over het Duitse taalgebied als over het Franse taalgebied uitstrekt, dan wel om openbare huisvestingsmaatschappijen waarvan het geografische activiteitengebied zich uitsluitend over het Duitse taalgebied uitstrekt.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.
Eupen, 12 december 2019.

O. PAASCH,
De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
A. ANTONIADIS,
De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
I. WEYKMANS,
De Minister van Cultuur en Sport,
Werkgelegenheid en Media
H. MOLLERS,
De Minister van Onderwijs
en Wetenschappelijk Onderzoek

—
Nota's

Zitting 2019-2020

Parlementaire stukken:

29 (2019-2020) Nr. 1 Voorstel van decreet

29 (2019-2020) Nr. 2-4 Voorstellen tot wijziging

29 (2019-2020) Nr. 5 Verslag + Erratum

29 (2019-2020) Nr. 6+7 Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst

29 (2019-2020) Nr. 8 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag:

12 december 2019 - Nr. 8 Bespreking en aanneming

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/206044]

12. DEZEMBER 2019 — Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Einziges Artikel - Das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche wird gebilligt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 12. Dezember 2019

O. PAASCH
Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
A. ANTONIADIS
Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales,
Raumordnung und Wohnungswesen
I. WEYKMANS
Die Ministerin für Kultur und Sport,
Beschäftigung und Medien
H. MOLLERS
Der Minister für Bildung,
Forschung und Erziehung

—
Sitzungsperiode 2019-2020

Nummerierte Dokumente: 35 (2019-2020) Nr. 1 Dekretentwurf

35 (2019-2020) Nr. 2 Bericht

35 (2019-2020) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 12. Dezember 2019 - Nr. 8 Diskussion und Abstimmung